

FROHE WEIHNACHTEN UND EIN GLÜCKLICHES NEUES JAHR 2014!

DAS WÜNSCHEN IHNEN UND DEN IHREN
CHRISTA UND MICHAEL MÖSSMER

GOD JUL!

Schweden (1995)

BUON NATALE!

Italien (1952)

JOYEUX NOËL! BOAS FESTAS!

Frankreich (1952) Portugal (1986)

SRETAN BOZIC! VASEL KOLEDA!

Kroatien (2013) Bulgarien (2007)

GLÆDELIG JUL! FELIZ NAVIDAD

Dänemark (1973) Spanien (1986)

VESELE VIANOCE! HYVÄÄ JOULUA!

Slowakei (2004) Finnland (1995)

LINKSMU KALEDU! CRACIUN FERICIT!

Litauen (2004) Rumänien (2007)

WESOLYCH SWIAT! SCHÉI KRËSCHTDEEG!

Polen (2004) Luxemburg (1952)

MERRY CHRISTMAS! RÕÕMSAID JÕULUPÜHI!

United Kingdom (1973) Estland (2004)

VROLIJK KERSTFEEST! KALA CHRISTOUGENNA!

Niederlande (1952) Griechenland (1981)

KALA CHRISTOUGENNA! NOLLAIG SHONA DHUIT!

Zypern (2004) Irland (1973)

FROHE WEIHNACHTEN! FROHE WEIHNACHTEN!

Österreich (1995) Deutschland (1952)

PRIECI'GUS ZIEMSVE'TKUS! NIXTIEKLEK MILIED TAJJEB!

Lettland (2004) Malta (2004)

VESELE BOZICNE PRAZNIKE! PREJEME VAM VESELE VANOCE!

Slowenien (2004) Tschechische Republik (2004)

KELLEMES KARACSONYIUNNEPEKET! JOYEUX NOËL! VROLIJK KERSTFEEST!

Ungarn (2004) Belgien (1952)

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,
wir haben eine neue Regierung. Es steht – aus deren aktueller Sicht zumindest in den meisten Belangen – wirklich gut um uns. Aus Sicht der Opposition läuft das meiste schlecht in unserem Land. Gegen letzteres helfen meist nicht einmal internationale Einschätzungen. Das läge in der Natur der Sache, würde es nicht über die Wahlzeiten hinaus andauern. Man könnte den Eindruck gewinnen, daß viele der Akteure in zwei verschiedenen Ländern leben, und nicht in unserem Österreich, auf das wir wohl auch nach der Wahl stolz sein können.

Liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 126

| | | | |
|---|-----------|--|-----|
| Europawahl 2014 | 3 | Haydnfestival 2014 | 70 |
| Wählerevidenz bzw. Europa-Wählerevidenz | 9 | Kulturperspektiven 2020 | 71 |
| Ihre Stimme für die Zukunft Europas | 10 | ----- | |
| Rückblick auf das Europäische Jahr der BürgerInnen | 12 | Plus für Südtirol – Einigung bei Aufteilung von EU-Geldern | 73 |
| Einzigtartiger Schulerschluß der Regionen | 13 | Landesrätin Kasslatter Mur bei Südtirolern in München | 73 |
| »Mein Alter hat auch Vorteile« Außenminister Sebastian Kurz im Interview mit der »Presse« | 14 | EU: Recht auf ein faires Verfahren | 74 |
| Nationalratspräsidentin auf Besuch in Kroatien | 16 | Grundlegende Kontodienste für alle | 75 |
| Neuer Schwung für Brenner- und Koralmtunnel | 18 | EU-Unterstützung für Arbeitslose wird bis 2020 fortgesetzt | 76 |
| Erholung des Meinungsbildes zu Euro und EU-Mitgliedschaft | 21 | Konjunktur bessert sich in mäßigem Tempo | 77 |
| Leistbares Wohnen in Europas Städten | 23 | Österreichs Wirtschaft läßt zwei-jährige Schwächephase hinter sich | 79 |
| Nationalrat will EU-Kommission bremsen | 24 | Exporte auch heuer mit neuem Rekord | 81 |
| »Nittel Award« an Anton Pelinka | 32 | Die größte und modernste Kraftpapier-Maschine Europas | 83 |
| Österreich etabliert sich im Kreis der Nettogläubiger | 35 | Stadt Wien-Projekte gut »auf Schiene« | 84 |
| Art en Capital 2013 | 36 | Ring der Stadt Salzburg für Erzbischof Alois Kothgasser | 88 |
| 1914 – 2014: Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este | 39 | ÖsterreicherInnen sind Käsetiger | 89 |
| Die neue Regierung | 42 | Eduard Wallnöfer ist nach wie vor ein Vorbild für Tirols Politik | 90 |
| Preise für erfolgreiches »Erinnern für die Zukunft« | 54 | Gehirnmodell aus der Organkultur | 94 |
| Gedenkstunde der Österreichischen Freunde von Yad Vashem | 55 | Eiskalte Methoden entschlüsseln bakterielle Infektionssysteme | 96 |
| ----- | | Jedes Teilchen zählt | 97 |
| »Burgenland Journal« | | Krebszellen den Garaus gemacht | 98 |
| Burgenland bei Windkraftleistung Österreichs Nummer 1 | 56 | Kochrezept für ein Universum | 99 |
| Mit Sicherheit auf gutem Weg auf Burgenlands Straßen | 58 | Reifenwechsel bei voller Fahrt | 100 |
| Hilfestellung bei Finanzspirale mit negativem Trend | 60 | Die Vermessung von Molekülen | 101 |
| Gesundheitsbarometer | 61 | Weltmuseum Wien | 102 |
| Burgenland Tourismusenquete wird zum »Flow-Moment« | 62 | 85. Geburtstag von Arik Brauer | 106 |
| Familienpaß geht über die Grenzen | 63 | Kinder, wie die Zeit vergeht! Österreichische Nationalbibliothek | 109 |
| Eisenstadt beschließt Haushalt | 64 | Drehscheibe – 5 Positionen | 113 |
| Akademie Burgenland | 66 | Neujahrskonzert 2014 | 115 |
| 60 Jahre Volkshilfe Burgenland | 68 | Ein Fest der Musik in Steyr | 118 |
| Hit-Musical »Anatevka« und ein Operetten-Feuerwerk 2014 | 69 | Filmpreis 2014 in Grafenegg | 119 |
| | | Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich - diesmal: Regisseur Paul L. Stein | 122 |
| | | ÖJ-Reisetip: Ein Berliner lernt Skifahren | 124 |



Europawahl 2014

S 3



Die neue Regierung

S 42



Weltmuseum Wien

S 102



Neujahrskonzert 2014

S 115



Ein Berliner lernt Skifahren

S 124

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 2: European Union 2013; BKA/Andy Wenzel; Ralph Appelbaum Associates/Gareth Hoskins Architects; ORF/Ali Schaffer; Tirol Werbung / Laurin Moser

Europawahl 2014: Diesmal geht's um mehr!

Die europäischen BürgerInnen wählen im Mai 2014 ihr Europäisches Parlament und haben damit die Möglichkeit, den Kurs der Europäischen Union für die kommenden fünf Jahre mitzubestimmen.

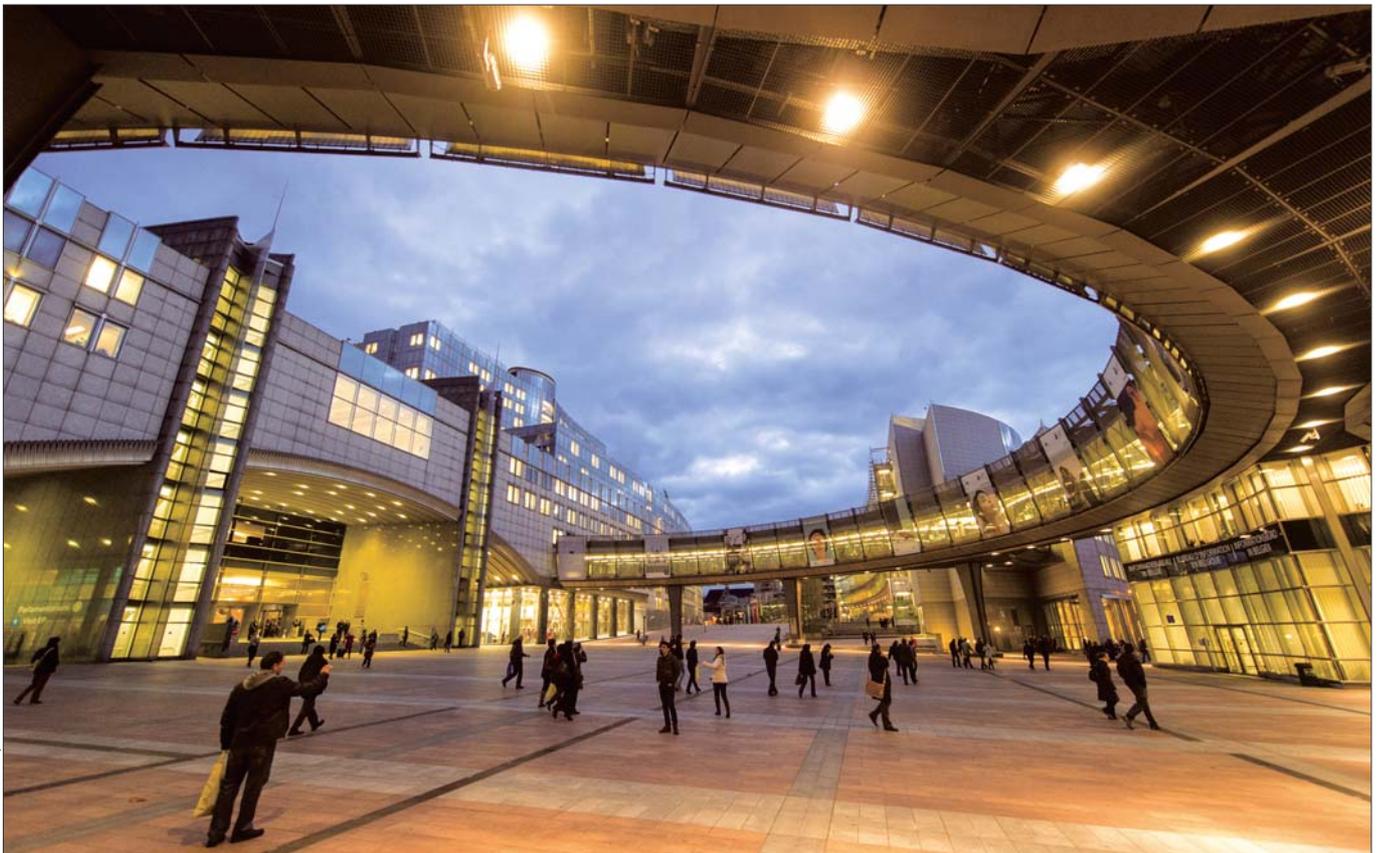


Foto: © European Union 2013

Außenansicht des Hauptsitzes des Europäischen Parlaments in der belgischen Hauptstadt Brüssel

Der genaue Termin der Europawahl richtet sich nach den jeweiligen Wahl-Traditionen der Mitgliedsstaaten: so sind in den meisten Ländern Wahlen traditionell am Sonntag, in anderen Ländern jedoch am Donnerstag oder auch am Samstag. Festgelegt ist, daß die Europawahl in der Zeit zwischen dem 22. und 25. Mai 2014 abzuhalten ist.

In Deutschland, Belgien, Luxemburg und Österreich ist die Europawahl am Sonntag, den 25. Mai 2014. Die Wahlergebnisse aus allen 28 EU-Staaten werden am Sonntagabend bekanntgegeben, wenn alle Wahllokale geschlossen sind.

Wie viele Europa-Abgeordnete werden insgesamt gewählt?

Nach der Europawahl 2014 wird das Europäische Parlament 751 Abgeordnete

zählen – diese Zahl ist durch den Vertrag von Lissabon festgelegt. Diese 751 Europa-Abgeordneten vertreten über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus 28 Staaten. Die Bevölkerungsgröße der einzelnen Mitgliedsstaaten bestimmt die Anzahl der Abgeordneten; aus den „kleinsten“ EU-Staaten kommen sechs Europa-Abgeordnete, die mit Abstand meisten Europa-Abgeordneten kommen aus Deutschland, nämlich 96, dem bevölkerungsreichsten EU-Mitgliedsstaat. Österreich ist mit 18 Europa-Abgeordneten im EU-Parlament vertreten, Belgien mit 21 und Luxemburg mit sechs Abgeordneten.

Es gilt bei der Sitzverteilung nach Ländern das Prinzip der „degressiven Proportionalität“. Das bedeutet, daß die Bevölkerungen der kleineren Mitgliedsstaaten relativ „besser“ im EU-Parlament vertreten sind als die Bevölkerungen der größeren Mitglieds-

staaten. Dieses Prinzip ist in einer parlamentarischen Demokratie nichts Ungewöhnliches: Im deutschen Bundesrat beispielsweise sind die kleineren Bundesländer auch „relativ besser“ vertreten als die größeren Bundesländer.

Warum ist diese Europawahl anders?

Europa steckt noch mitten in der Bewältigung der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise, vieles mußte in Frage gestellt werden. Die Europawahl ist damit auch eine Wahl über den künftigen Kurs der Europäischen Union und somit die bislang wichtigste Europawahl überhaupt.

Die Europawahl erlaubt den WählerInnen darüber abzustimmen, wie die Europäische Union gestaltet werden soll und wie die wirtschaftliche und politische Integration verlaufen soll.

Österreich, Europa und die Welt

Die Europawahl 2014 ist zudem die erste Europawahl nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon. Dieser Vertrag hat dem Europäischen Parlament deutlich mehr Macht und Einfluß gegeben, es bestimmt über Gesetze mit, die in allen 28 Mitgliedsstaaten gelten und entscheidet über alle internationalen Abkommen sowie über den Haushalt der Europäischen Union mit. So ist das Europäische Parlament als einzig direkt gewählte Institution der Europäischen Union der Dreh- und Angelpunkt für echte europäische Entscheidungen.

Die Europawahl 2014 wird zudem darüber entscheiden, wer der Nachfolger oder die Nachfolgerin von José Manuel Barroso als Präsident der Europäischen Kommission wird. Die Staats- und Regierungschefs werden zum ersten Mal den Ausgang der Europawahl zu berücksichtigen haben, wenn sie den Kandidaten für dieses Amt bestimmen. Das neugewählte Europäische Parlament wird über diesen Kandidaten mitentscheiden: „Es wählt den Präsidenten der Europäischen Kommission“, so steht es wörtlich in Artikel 14 des Lissabon Vertrages. Die WählerInnen haben also einen Einfluß darauf, wer an die Spitze der nächsten EU-Kommission kommt.

Welche Aufgaben hat das Parlament?

Das Ergebnis der Europawahl 2014 wird zum ersten Mal in der Geschichte der EU darüber bestimmen, wer die Europäische Kommission, das Exekutivorgan der EU, leiten wird.

Die KandidatInnen für die übrigen Kommissions-Posten („Kommissare“) werden ebenfalls ein anspruchsvolles parlamentarisches Überprüfungsverfahren durchlaufen müssen, bevor sie ein Amt übernehmen können. Diese „Bewerbungsgespräche“ zwischen den einzelnen KandidatInnen und den Europa-Abgeordneten werden live über das Internet gestreamt und sind somit öffentlich.

Sobald die Zusammensetzung der Kommission feststeht, werden sich die Europa-Abgeordneten ihren parlamentarischen Pflichten zuwenden: der Gestaltung von Gesetzen. Diese haben Einfluß auf den Alltag der BürgerInnen Europas. Außerdem bestimmen die Europa-Abgeordneten über den EU-Haushalt.

Bei der Gesetzgebung und der Festlegung auf den EU-Haushalt muß das Europäische Parlament mit dem Ministerrat (dem die 28 nationalen Regierungen der EU angehören) zusammenarbeiten und sich mit diesem einigen. So ist die EU eine Art Zweikammersy-

stem. Das Parlament verfügt zudem über Prüfungs- und Aufsichtsrechte über die anderen Organe und Institutionen der Europäischen Union: Es überwacht, wie sie arbeiten und wofür das Geld der Steuerzahler ausgegeben wird. Das Europäische Parlament ist zudem, wie jedes Parlament auch, der Resonanzboden für die Anliegen der BürgerInnen und kann neue Themen auf die politische Tagesordnung Europas setzen.

Hier erhalten Sie einen Überblick über die Zuständigkeiten und Befugnisse des Parlaments.

1. Verfahren zur Ernennung der Europäischen Kommission

Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union wird das Ergebnis der Europawahl einen entscheidenden Einfluß auf die Auswahl des Kandidaten, der Kandidatin für das Amt des Präsidenten, der Präsidentin der Europäischen Kommission haben. Die Staats- und Regierungschefs müssen das Wahlergebnis berücksichtigen, bevor sie den Kandidaten oder die Kandidatin benennen. Das Verfahren läuft folgendermaßen ab:

- Unter Berücksichtigung der Europawahl schlagen die Staats- und Regierungschefs einen Kandidaten oder eine Kandidatin für das Amt des Kommissionspräsidenten vor;
- der Kandidat/die Kandidatin stellt dem Parlament seine/ihre politischen Leitlinien (ein Programm) vor;
- der Kandidat/die Kandidatin muß durch eine absolute Mehrheit im Europäischen Parlament (das sind 376 von 751 Stimmen) bestätigt werden; mit der Bestätigung gilt er/sie als durch das Parlament gewählt; wird er/sie nicht bestätigt, müssen die Staats- und Regierungschefs einen neuen Kandidaten/eine neue Kandidatin vorschlagen;
- der designierte Präsident/ die designierte Präsidentin und die Regierungen der Mitgliedsstaaten einigen sich gemeinsam auf eine Kandidatenliste für die anderen Amtsbereiche der Kommission (es gilt: ein Kandidat/eine Kandidatin pro Land);
- jeder Kandidat und jede Kandidatin stellt sich einer Anhörung im Parlament (bei diesen Anhörungen handelt es sich nicht um bloße Formalitäten: das Parlament hat in der Vergangenheit Kandidaten/Kandidatinnen, die ungeeignet schienen, abgelehnt);
- der Präsident/die Präsidentin und die anderen Kommissare/Kommissarinnen stellen sich dann als Organ „Europäische Kommission“ einem Zustimmungsvotum

im Europäischen Parlament; hierbei reicht die einfache Mehrheit (die Mehrheit der abgegebenen Stimmen);

- nachdem sie durch das Parlament gebilligt wurde, wird die neue Europäische Kommission von den Staats- und Regierungschefs der EU förmlich ernannt und durch den Europäischen Gerichtshof vereidigt.

2. Gesetzgebung

Das Europäische Parlament ist gemeinsam mit dem Rat Gesetzgeber der Europäischen Union: Ohne den Beitrag und die Zustimmung der Europa-Abgeordneten können EU-Gesetze nicht in Kraft treten. Mit dem Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2009 hat das Parlament weitere Gesetzgebungsrechte über wichtige Politikbereiche erhalten – vor allem zu Landwirtschaft und bürgerliche Freiheiten. Zuvor hatte es hier lediglich eine beratende Funktion.

Im Folgenden werden die wichtigsten Arten der legislativen Befugnisse aufgeführt.

○ Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Auch bekannt als „Mitentscheidungsverfahren“. Dies ist das wichtigste Gesetzgebungsverfahren der EU, fast alle europäischen Gesetze werden durch dieses verfaßt und verabschiedet (in etwa 70 bis 80 Politikbereichen). Das Europäische Parlament ist hier gleichberechtigter Partner mit den Regierungen der Mitgliedsstaaten. Die Europa-Abgeordneten können die von der EU-Kommission vorgelegten Gesetzesvorschläge verändern und so die EU-Gesetze und deren Wirkungen maßgeblich mitgestalten. Beim Mitentscheidungsverfahren müssen Parlament und Rat zu einer gemeinsamen Position finden, damit ein EU-Gesetz verabschiedet werden kann. Das Mitentscheidungsverfahren gilt beispielsweise in allen Bereichen des gemeinsamen Binnenmarktes, in der Umweltpolitik, beim Verbraucherschutz, bei Regeln zu den bürgerlichen Freiheiten, in der Landwirtschaftspolitik, der Verkehrspolitik, zu Forschung und zu weiteren Bereichen, die die EU regelt. In dieser Legislaturperiode haben die Europa-Abgeordneten beispielsweise ihre gesetzgeberischen Kräfte eingesetzt, um schärfere Regeln zum Datenschutz, eine Beschränkung der Bonuszahlungen an Bankmitarbeiter und eine größere demokratische Kontrolle des noch jungen wirtschaftspolitischen Steuerungssystems der EU durchzusetzen.

Österreich, Europa und die Welt

- **Konsultation:** Zu einigen Arten von Rechtsvorschriften (z. B. im Bereich Steuern, Wettbewerb, neue Mitglieder der Eurozone) gibt das Parlament lediglich eine Stellungnahme ab. Die Zahl der Politikbereiche, die durch dieses Verfahren gesteuert werden, ist jedoch erheblich zurückgegangen, und die meisten EU-Gesetze entstehen nun im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens.
- **Zustimmung:** Wenn die EU beabsichtigt, neue Mitgliedsstaaten aufzunehmen oder Abkommen mit Nicht-EU-Ländern abzuschließen (etwa Handelsabkommen), so braucht es die Zustimmung des Parlaments. Das Europäische Parlament kann zwar keine Einzelheiten solcher Abkommen ändern, jedoch begleitet es Verhandlungen zu internationalen Abkommen aktiv mit; gleiches gilt bei Verhandlungen über Beitritte zur Europäischen Union. In der aktuellen Legislaturperiode haben die Europa-Abgeordneten das Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (ACTA) abgelehnt und sich geweigert, den Transfer von Bankdaten an die USA über das SWIFT-Netz zu ermöglichen.
- **Initiativrecht:** Das Parlament kann die Kommission dazu auffordern, Gesetzesvorschläge vorzulegen und tut dies häufig nach der Prüfung des jährlichen Arbeitsprogramms der Kommission.

3. Haushaltsbefugnisse

Landwirtschaft, regionale Entwicklung, Energieversorgung, Verkehr, Umweltschutz, Entwicklungshilfe oder auch Forschung: all das erhält Förderung durch den europäischen Haushalt. Das Europäische Parlament muß wie auch die nationalen Regierungen den langfristigen Haushaltsplan der Europäischen Union bewilligen. Auch über den jährlichen Haushalt der EU entscheiden beide Seiten. Das Parlament prüft zudem, ob das Geld der Steuerzahler wie geplant eingesetzt worden ist. Bei zahlreichen Gelegenheiten hat es strengere Kontrollen gefordert, damit EU-Mittel nicht verschwendet werden und diese besser eingesetzt werden. Im Jahr 1999 zwang es sogar die gesamte EU-Kommission zur Amtsaufgabe, weil es große Zweifel an einer ordentlichen Haushaltsführung hatte.

4. Demokratische Kontrolle und Überwachungsbefugnisse

Eine grundlegende Aufgabe eines jeden Parlaments ist die Kontrolle und Aufsicht über die ausführenden, also die exekutiven Organe. Das Europäische Parlament sichert also auch die demokratische Rechenschaftspflicht in der Europäischen Union.

Nominierungsbefugnisse

Dem Europäischen Parlament kommt eine Schlüsselrolle bei der Installierung der Europäischen Kommission zu und es hat auch bei der Besetzung weiterer Top-Posten in der EU eine wichtige Rolle. Der designierte Präsident (oder Präsidentin) der Europäischen Zentralbank muß sich ebenso einer Anhörung im Europäischen Parlament stellen wie auch die Mitglieder des Direktoriums der Europäischen Zentralbank. Auch die Kandidaten für den Europäischen Rechnungshof müssen sich im Europäischen Parlament vorstellen.

Parlamentarische Kontrolle der Europäischen Zentralbank

Um die Rechenschaftspflicht der europäischen Währungspolitik sicherzustellen, erstattet der Präsident der Europäischen

Das ABC der EU-Institutionen



Europäisches Parlament

Die einzige direkt gewählte EU-Institution. Repräsentiert rund 500 Millionen EU-Bürger. Das EU-Parlament spielt eine Schlüsselrolle bei der Wahl des Kommissionspräsidenten. Gemeinsam mit dem Rat entscheidet es über den EU-Haushalt.

751

EU-Abgeordnete

Nach dem EU-Beitritt Kroatiens besteht das EP derzeit aus 766 EU-Abgeordneten. Dem Vertrag von Lissabon zufolge werden in der Europawahl im Mai 2014 nur noch 751 EU-Abgeordnete bestimmt.

Abgeordnete pro Land 2014

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---------|-----------|------------------------|----------|-------------|---------|--------|--------------|---------|------------|----------|---------|--------|----------|-----------|--------|-------|-------------|------------|-------|----------|----------|-----------|----------|----------|----------|------------------------|----|
| 21 | 17 | 21 | 13 | 96 | 6 | 11 | 21 | 54 | 74 | 11 | 73 | 6 | 8 | 11 | 6 | 21 | 6 | 26 | 18 | 51 | 21 | 32 | 8 | 13 | 13 | 20 | 73 |
| BELGIEN | BULGARIEN | TSSCHECHISCHE REPUBLIK | DÄNEMARK | DEUTSCHLAND | ESTLAND | IRLAND | GRIECHENLAND | SPANIEN | FRANKREICH | KROATIEN | ITALIEN | ZYPERN | LITTAUEN | LUXEMBURG | UNGARN | MALTA | NIEDERLANDE | ÖSTERREICH | POLEN | PORTUGAL | RUMÄNIEN | SLOWENIEN | SLOWAKEI | FINNLAND | SCHWEDEN | VEREINIGTES KÖNIGREICH | |



Europäische Kommission

Exekutivorgan der EU, verantwortlich für Gesetzesinitiativen und Umsetzung von EU-Regelungen. Überwacht die Einhaltung der EU-Verträge.



Rat der Europäischen Union

Legislativorgan der EU, zusammengesetzt aus den Ministern der Mitgliedsstaaten. Teilt sich mit dem Europaparlament die Haushaltshoheit.

Europäischer Rat

Besteht aus den Staats- und Regierungschefs der EU und entscheidet über die Eckpunkte der europäischen Politik.



Quelle:
Europäisches Parlament



Foto: © European Union 2013 / Architects: Association des architectes du CIC: Vandens Bossche sprl, C.R.V. s.a., CDG sprl, Studiegroep D. Bontinck

Luftaufnahme des Europaparlaments mit dem dazugehörigen Europaviertel in der belgischen Hauptstadt Brüssel

Zentralbank (EZB) dem Wirtschaftsausschuß des Europäischen Parlaments alle drei Monate Bericht und stellt dem Parlament auch den Jahresbericht der EZB vor.

In ihrer neuen Eigenschaft als Bankenaufsicht der EU wird die EZB einer strengen parlamentarischen Aufsicht durch die Europa-Abgeordneten unterliegen, die auch ermächtigt sein werden, die Führungsspitze der Aufsichtsbehörde zu billigen.

Parlamentarische Untersuchungen

Das Parlament hat die Befugnis, einen nichtständigen Ausschuß einzuberufen, um entweder ein Thema von öffentlichem Interesse zu untersuchen (ein aktueller Fall ist der Ausschuß gegen organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche) oder sich mit Verstößen gegen das Gemeinschaftsrecht oder dessen mangelhafter Umsetzung zu befassen.

Parlamentarische Anfragen

Um die anderen Gemeinschaftsorgane einer Bewertung zu unterziehen, können die Europa-Abgeordneten mündliche und schriftliche Anfragen stellen. Dadurch werden die Kommission und der Rat regelmäßig gezwungen, Anfragen zu beantworten, detaillierte Informationen zur Verfügung zu stel-

len oder sich an einer Aussprache im Parlament zu bestimmten Themen zu beteiligen.

5. Außenpolitik und Menschenrechte

Die Hohe Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist dem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig. So werden die Europa-Abgeordneten regelmäßig und detailliert über die Außen- und Sicherheitspolitik der EU informiert und dazu konsultiert. Außerdem können die Haushaltsbefugnisse dazu genutzt werden, den Umfang und die Tragweite der Außen- und Sicherheitspolitik zu gestalten.

Jede Erweiterung der EU und der Abschluß von Handelsabkommen oder anderen internationalen Abkommen mit Nicht-EU-Staaten bedarf der Zustimmung des Parlaments. Zudem widmen sich die Europa-Abgeordneten intensiv dem Bereich Menschenrechte und der Förderung der demokratischen Werte auf der ganzen Welt. Das Europäische Parlament entsendet stets Wahlbeobachtungsmissionen in Drittstaaten und genießt weltweit eine hohe Achtung als Hüter und Wahrer demokratischer Werte. Seit 1988 verleiht das Europäische Parlament den Sacharow-Preis für geistige Freiheit, der weltweit ein Zeichen setzt für all jene, die sich unerschrocken und unermüd-

lich für Menschenrechte und Demokratie einsetzen.

6. Petitionen

Das Europäische Parlament verfügt über eine Führungsrolle bei der Förderung von Transparenz, Offenheit und dem offenen Zugang zu Dokumenten der Europäischen Union und ihren Institutionen. Alle europäischen Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, den Europa-Abgeordneten etwa zu den Themen Umweltprobleme, Streitigkeiten mit Zollbehörden, Transfers von Rentenansprüchen und anderen Angelegenheiten eine Petition vorzulegen, sofern diese Angelegenheit in den Zuständigkeitsbereich der Europäischen Union fällt. Die BürgerInnen der EU können sich auch an die Europäische Bürgerbeauftragte wenden. Diese hat die Möglichkeit, bei Vorwürfen von Mißwirtschaft oder Machtmißbrauch gegen eine EU-Institution Untersuchungen anzustellen und eine möglichst bürgernahe Entscheidung vorzuschlagen.

Fraktionen: die treibenden politischen Kräfte im Europäischen Parlament

Debatten, Kontroversen und Konflikte sind das Herzblut eines jeden demokratisch gewählten Organs. Das Europäische Parla-

Österreich, Europa und die Welt

ment – das sich aus Politikern mit gelegentlich deutlich unterschiedlichen Ansichten zusammensetzt – ist da keine Ausnahme.

Um aus der großen Bandbreite von Meinungen und Nationalitäten ein funktionierendes System zu machen, schließen sich die allermeisten Abgeordneten in übernationalen Fraktionen zusammen. Hier arbeiten Abgeordnete aus verschiedenen Ländern, aber mit gleichen politischen Überzeugungen zusammen. Die enge Zusammenarbeit mit den Abgeordneten aus anderen Ländern, die weitgehend die gleichen politischen Ansichten haben, ist für die Europa-Abgeordneten der effektivste Weg, um ihre Ziele auf europäischer Ebene zu verwirklichen.

Derzeit gibt es im Europäischen Parlament sieben Fraktionen, in denen insgesamt über 160 nationale Parteien vertreten sind.

Die Fraktionen sind für die Arbeit des Parlaments von zentraler Bedeutung. Sie sind die entscheidenden Akteure bei der Bildung von Abstimmungsmehrheiten zur Gesetzgebung, zum Haushaltsplan und zu anderen Themen. Sie legen die parlamentarische Tagesordnung fest und spielen eine entscheidende Rolle bei der Auswahl des Parlamentspräsidenten bzw. der Parlamentspräsidentin und anderer führender Amtsträger und Amtsträgerinnen.

Die Mitglieder einer Fraktion müssen über eine gemeinsame „politische Zugehörigkeit“ verfügen, und einer Fraktion müssen mindestens 25 Abgeordnete aus einem Viertel der Mitgliedsstaaten angehören (derzeit mindestens sieben). Selbstverständlich gibt es auch fraktionslose Abgeordnete.

Eine Kultur der Kompromisse – und ein Gleichgewicht der Kräfte

Noch nie in der Geschichte des Europäischen Parlaments verfügte eine einzige Fraktion über eine absolute Mehrheit. Um eine tragfähige Mehrheit im Europäischen Parlament formen zu können, ist das Schmieden von Kompromissen wesentlich, es ist ein Wesensmerkmal des Europäischen Parlaments. Hinzu kommt, daß die Fraktionsdisziplin weniger streng als in einigen nationalen Parlamenten ist: Abgeordnete derselben Fraktion stimmen gelegentlich ganz unterschiedlich ab – häufig spielt dann die nationale oder auch regionale Zugehörigkeit eine größere Rolle. Jedoch, es ist zumeist so, daß wie in nationalen Parlamenten die entscheidenden politischen Trennlinien üblicherweise entlang der parteipolitischen Ausrichtung verlaufen. Im Europäischen Parlament jedoch steht im Zweifel der Kompro-



Foto: © European Union 2013

Ein Blick in eine Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Brüssel

miß um die beste Lösung im Vordergrund und nicht die parteipolitische Zugehörigkeit.

Die meisten Fraktionen im Europäischen Parlament sind mit einer europäischen Parteienfamilie verbunden. Von diesen europäischen Parteien wird erwartet, daß sie rechtzeitig vor der Europawahl einen Spitzenkandidaten oder auch eine Spitzenkandidatin für das Amt des Kommissionspräsidenten oder der Kommissionspräsidentin nominieren.

Die Arbeit eines Europa-Abgeordneten

Wie sieht der Alltag der Abgeordneten aus, sobald die Stimmen ausgezählt und die Abgeordneten gewählt worden sind? Welchen Einfluß haben sie auf das politische Leben in Brüssel und Straßburg?

Die Europa-Abgeordneten verrichten einen wesentlichen Teil ihrer Arbeit in parlamentarischen Ausschüssen, von denen es 20 gibt und in denen die Detailarbeit an den EU-Gesetzen erledigt wird. Die Ausschüsse sind thematisch unterteilt und jeder Ausschuß hat einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende. Die Ausschüsse sind die gesetzgeberischen Machtzentren des Europäischen Parlaments, hier werden die wichtigsten Verhandlungen und die heftigsten politischen Auseinandersetzungen geführt. Hier werden jedoch auch die Spielräume für mögliche Kompromisse erarbeitet. Die endgültigen Entscheidungen über jedes EU-Gesetz werden nach Abschluß der Ausschuß-Arbeiten von allen 751 Mitgliedern im Rahmen

der Plenartagungen des Parlaments getroffen.

Im Europäischen Parlament gibt es zudem interparlamentarische Delegationen, deren Aufgabe es ist, Kontakte zu den Parlamenten von Nicht-EU-Ländern zu pflegen.

Amtsträger und Amtsträgerinnen des Parlaments

Der Präsident des Parlaments/ die Präsidentin des Parlaments, der/die von den 751 Abgeordneten für eine zweieinhalbjährige Amtszeit gewählt wird, vertritt das Parlament nach außen, führt den Vorsitz bei Plenartagungen und beaufsichtigt die gesamte Arbeit des Parlaments. 14 Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen unterstützen ihn/sie bei dieser Arbeit.

Der/die Vorsitzende eines Ausschusses oder einer Delegation leitet die Beratungen dieses Gremiums. Ein/eine Koordinator/Koordinatorin ist der/die führende Vertreter/Vertreterin seiner oder ihrer Fraktion in einem Ausschuß, während ein/eine Berichterstatter/Berichterstatterin ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete ist, dessen Aufgabe es ist, eine Entschließung oder ein Gesetz durch das Parlament zu steuern.

Die Lenkungsorgane des Parlaments

Die Verantwortung für die interne Verwaltung des Parlaments liegt bei verschiedenen Gremien: politische Entscheidungen werden von der Konferenz der Präsidenten getroffen, die sich aus dem Präsidenten/der

Österreich, Europa und die Welt



Foto: © European Union 2013

Bundeskanzler Werner Faymann bei einer Plenarsitzung des EU-Parlaments zum Thema »Zukunft der Europäischen Union«

Präsidentin des Parlaments und den Fraktionsvorsitzenden zusammensetzt; mit finanziellen, organisatorischen und administrativen Angelegenheiten befaßt sich das Präsidium, das sich aus dem Präsidenten/der Präsidentin und den Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen zusammensetzt; administrative und finanzielle Angelegenheiten der Abgeordneten fallen in den Zuständigkeitsbereich des Kollegiums der Quästoren (dieses Organ setzt sich aus fünf durch das Parlament gewählte Abgeordnete zusammen).

Wahlrecht

Die Europawahl ist eine besondere Wahl, für sie gelten europäische Bestimmungen, die in allen EU-Staaten gleich sind: so ist die Europawahl frei, unmittelbar, allgemein und geheim. Den eigentlichen Ablauf der Europawahl jedoch regeln die jeweiligen nationalen Rechtsvorschriften. So ist es etwa auch Sache eines jeden Mitgliedsstaates, ob er ein offenes oder geschlossenes Listensystem verwendet, ob es eine Wahlliste für das gesamte Land gibt oder regionale Listen.

Basiert die Wahl auf einem offenen Listensystem, können die WählerInnen ihre Präferenz für einen/eine oder mehrere Kandidaten/Kandidatinnen auf der Liste angeben. Dies geschieht in Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Polen, Schweden, der Slowakei, Slowenien und Zypern. Bei der Wahl mit einem geschlossenen Listensystem legen die politischen Parteien die Rangfolge

der Kandidaten/Kandidatinnen fest, und die Wählerinnen und Wähler können ihre Stimme lediglich für eine Partei abgeben. Dies geschieht in Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Portugal, Rumänien, Spanien und dem Vereinigten Königreich (mit der Ausnahme Nordirlands). In Irland und Malta sowie in Nordirland wird hingegen das System der übertragbaren einzelnen Präferenzstimme verwendet.

Jeder Mitgliedsstaat kann Wahlkreise für die Wahl zum Europäischen Parlament einrichten oder sein Wahlgebiet auf andere Weise unterteilen. Die meisten Mitgliedsstaaten haben sich dazu entschlossen, das gesamte Land als Wahlkreis zu betrachten. In Belgien, Frankreich, Irland und dem Vereinigten Königreich gibt es mehrere Wahlkreise oder Wahlgebiete. In Deutschland, Italien und Polen erfolgt die Wahl ebenfalls in getrennten Wahlkreisen, wobei das Wahlergebnis jedoch auf nationaler Ebene ermittelt wird.

Der Wahlzeitraum wird auf EU-Ebene festgelegt. Der genaue Wahltermin und die Öffnungszeiten der Wahllokale unterscheiden sich jedoch gemäß dem nationalen Wahlrecht. Die Wahlergebnisse jedoch dürfen erst dann bekanntgegeben werden, wenn auch das letzte Wahllokal in der gesamten EU geschlossen hat.

In Belgien, Griechenland, Luxemburg und Zypern besteht eine Wahlpflicht.

Unter den Mitgliedsstaaten gibt es Unterschiede in bezug auf das Mindestwahlalter und das Mindestalter für Kandidaturen. In mehreren Mitgliedsstaaten kann man ab 18

Jahren an Wahlen teilnehmen und kandidieren (Dänemark, Deutschland, Finnland, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Slowenien und Schweden). In Österreich kann man jedoch schon ab 16 Jahren wählen und ab 18 Jahren kandidieren, während man in Italien 18 bzw. 25 Jahre alt sein muss.

In einigen Ländern wie etwa Frankreich und dem Vereinigten Königreich muß man sich vorher in einem Wahlverzeichnis registrieren. In vielen anderen Ländern geschieht dies automatisch.

BürgerInnen der EU, die in einem anderen Land als ihrem Herkunftsland leben, haben das Recht, in ihrem Wohnsitzland bei der Europawahl zu wählen und zu kandidieren, wobei das nationale Wahlrecht jedoch spezifische Verfahren dazu festlegen kann, wie dies zu geschehen hat. Für gewöhnlich haben sie auch das Recht, sich dafür zu entscheiden, in ihrem Herkunftsland zu wählen (z. B. per Briefwahl oder bei der Botschaft), aber dies hängt auch von dem nationalen Wahlrecht ab. BürgerInnen des Commonwealth wie etwa Kanadier und Australier, deren Namen im Wählerverzeichnis im Vereinigten Königreich stehen, haben ebenfalls das Recht, an der Wahl teilzunehmen. Es gibt mehrere Beispiele gewählter Mitglieder im derzeitigen Parlament, die in einem anderen Land als ihrem Herkunftsland kandidiert haben.

Gemäß den EU-Verordnungen gibt es mehrere Ämter, die nicht mit einem Mandat als Mitglied des Europäischen Parlaments vereinbar sind. Ein Abgeordneter, eine Ab-

geordnete darf weder ein Mitglied einer nationalen Regierung oder eines nationalen Parlaments noch aktiver Beamter oder Beamtin der europäischen Institutionen sein. In einigen Ländern gelten weitere Unvereinbarkeiten.

Einige Fakten über die bisherigen Europawahlen

Die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments war am 10. Juni 1979. Davor, zwischen 1958 und 1974, wurden die Europa-Abgeordneten von den nationalen Parlamenten der Mitgliedsstaaten ernannt, wobei die Abgeordneten somit über ein Doppelmandat verfügten.

Der Beschluß und der Akt zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments wurden am 20. September 1976 in Brüssel unterzeichnet. Nach der Ratifizierung durch alle Mitgliedsstaaten gab es die erste Europawahl, bei der 410 Abgeordnete gewählt wurden. Seitdem haben sechs weitere Wahlen stattgefunden.

In neuen Mitgliedsstaaten findet die Wahl immer dann statt, wenn sie der EU beitreten, um es ihnen zu ermöglichen, ihre eigenen Vertreter für das Europäische Parlament auch während der Legislaturperiode zu wählen. So geschehen bei Griechenland 1981, Portugal und Spanien 1987, Schweden 1995, Österreich und Finnland 1996 und Bulgarien und Rumänien 2007. In Kroatien fand die Europawahl im April 2013 statt – selbstverständlich wird aber auch in Kroatien 2014 die Europawahl sein.

Wahlbeteiligung

Die Beteiligung an der Europawahl unterliegt seit 1979 starken Schwankungen und damit unterscheidet sich die Europawahl nicht von vielen anderen Wahlen: auch bei Kommunalwahlen oder Bürgermeisterwahlen gibt es mitunter enttäuschende Beteiligungen. Das Werben für das demokratische Grundrecht „Wählen“ ist eine Aufgabe, die das Europäische Parlament ernst nimmt und es ermuntert andere Institutionen und Vereinigungen, sich dieser Aufgabe aktiv anzunehmen. ■

<http://www.europarl.europa.eu/portal/de>

Quelle: Pressedienst des Europäischen Parlaments

Lesen Sie in der nächsten Folge „Eine neue Finanzordnung zur Verhinderung zukünftiger Wirtschaftskrisen“ in der „Österreich Journal“ pdf-Magazin-Ausgabe 127, die ab dem Abend des 30. Jänner 2014 verfügbar sein wird.

Wählerevidenz bzw. Europa-Wählerevidenz

AuslandsösterreicherInnen, d.h. österreichische StaatsbürgerInnen mit Hauptwohnsitz im Ausland, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen, haben zunächst einen Antrag auf Eintragung in die Wählerevidenz (für Nationalratswahlen, Bundespräsidentenwahlen, Volksabstimmungen, Volksbefragungen gemäß § 2a Abs.6 des Wählerevidenzgesetzes 1973) bzw. die Europa-Wählerevidenz (für Europawahlen gemäß § 4 Abs. 6 des Europa-Wählerevidenzgesetzes) zu stellen. Dies kann frühestens in jenem Kalenderjahr erfolgen, in dem der/die Auslandsösterreicher/in 15 Jahre alt wird.

Der Antrag ist bei der zuständigen Wählerevidenzgemeinde in Österreich mittels des Formulars „Antrag auf Eintragung in die (Verbleib in der) Wählerevidenz und/oder Europa-Wählerevidenz“ zu stellen (klicken Sie bitte auf den Link – auch wenn er nicht lesbar ist):

http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/bmeia/media/10es/2Themen/Wahlbuero/Antrag_Waehlerevidenz_gelb.pdf

Bitte füllen Sie den Antrag nur aus, wenn Sie derzeit nicht in der Wählerevidenz eingetragen sind. Beachten Sie dabei bitte genau die Ausfüllanleitung:

http://www.bmeia.gv.at/cms/BMI_wahlen/auslandsaesterr/files/Ausfuellanleitung.pdf

Die zuständige Wählerevidenzgemeinde ist die österreichische Gemeinde Ihres letzten Hauptwohnsitzes in Österreich (s. Punkt 7 des Formulars). Wenn ein solcher nicht vorliegt, dann jene Gemeinde in Österreich, in der zumindest ein Elternteil von Ihnen seinen Hauptwohnsitz hat oder hatte (s. Punkt 8 des Formulars). Sollte auch ein solcher nicht vorliegen, dann richtet sich die zuständige Gemeinde nach anderen glaubhaft zu machenden Lebensbeziehungen zu Österreich, deren Wertigkeit die Reihenfolge in Punkt 9-15 des Formulars bestimmt. Es wäre daher insgesamt nur ein Anknüpfungspunkt anzugeben: derjenige, der von oben gesehen als erster zutrifft.

Sollten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen wollen, die Wahl- bzw. Stimmkarten für maximal 10 Jahre „im Voraus“ an die Ihrer Wählerevidenzgemeinde mitgeteilte Postadresse automatisch zugestellt zu erhalten, können Sie diesen Antrag auf demselben Formular – unter Punkt 18 – stellen (Details dazu finden Sie unter Wahlkarte/Stimmkarte).

Ihr Antrag kann **jederzeit** – d.h. unabhängig von bestimmten Wahlen – direkt an

die zuständige Gemeinde gestellt werden (Adressen siehe unter Kontakte „Österreich“. Wenn Sie dazu Fragen haben, stehen Ihnen die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland – Botschaften und (General-)Konsulate – gerne zur Verfügung.

Legen Sie bitte dem Antrag zumindest Kopien Ihres österreichischen Reisepasses oder, sofern Sie keinen österreichischen Reisepaß besitzen, eine Kopie Ihres österreichischen Personalausweises oder Staatsbürgerschaftsnachweises bei.

AuslandsösterreicherInnen, die in Wählerevidenzen eingetragen sind, sind verpflichtet, ihrer Wählerevidenzgemeinde jede Adreßänderung im Ausland – samt, wenn zutreffend, auch der E-Mail-Adresse – mitzuteilen.

Die Eintragung ist maximal zehn Jahre gültig. Vor Ablauf der Zehn-Jahres-Frist informiert die jeweils zuständige Gemeinde die Auslandsösterreicher/innen über die bevorstehende Streichung und erinnert an eine Verlängerungsmöglichkeit (für weitere zehn Jahre). Sollten Sie Zweifel an Ihrer Eintragung oder deren Datum haben, ist es zur Sicherheit ratsam, rechtzeitig vor einer kommenden Wahl, Volksabstimmung oder Volksbefragung Kontakt mit Ihrer Wählerevidenzgemeinde aufzunehmen, um den Stand der Eintragung zu klären. Allenfalls wäre ein (neuer) Antrag zu stellen.

Mit diesem Formular kann auch – gleichzeitig oder separat – die Eintragung in die Europa-Wählerevidenz beantragt (bzw. verlängert) werden. Für die Eintragung in die Europa-Wählerevidenz eines anderen EU-Landes – für jene AuslandsösterreicherInnen, die nicht die österreichischen EP-Mitglieder sondern diejenigen ihres Wohnsitzlandes wählen wollen –, bestehen in jedem Land eigene Formulare, die bei der dafür zuständigen lokalen Behörde erhältlich sind.

Österreichische StaatsbürgerInnen, die ihren dauernden Wohnsitz im Ausland haben, sollten sich anlässlich eines Kurzaufenthaltes in Österreich nicht mit Hauptwohnsitz anmelden, **da sie sonst automatisch und ohne gesonderte Verständigung aus der Wählerevidenz gelöscht werden könnten.** ■

Quelle: BMeiA

<http://auslandsaesterrreicher.at>

<http://www.bmeia.gv.at>

Die Europawahl 2014 – Ihre Stimme für die Zukunft Europas

Ein Beitrag zum Europäischen Jahr der BürgerInnen

Das kommende Halbjahr steht europaweit im Zeichen der bevorstehenden Wahl zum Europäischen Parlament. Die vom 22. bis 25. Mai 2014 stattfindende Europawahl ist die erste Wahl nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, der die Rolle des Europäischen Parlaments in der

EU-Gesetzgebung wesentlich gestärkt und auch seine demokratischen Kontrollbefugnisse ausgeweitet hat. Angesichts der großen Herausforderungen, vor denen Europa heute steht, wird die Europawahl auch eine wichtige Weichenstellung für die Weiterentwicklung der EU sein, denn sie bestimmt, wer die

Interessen der BürgerInnen in den kommenden fünf Jahren in Brüssel und Straßburg vertritt.

Dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten ist es ein Anliegen, auch die AuslandsösterreicherInnen über ihre Rechte als Unionsbürger und

EUROPAWAHL 2014 - IHRE STIMME IN EUROPA

766 MEPs

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT HEUTE

Stand: Oktober 2013

19 Abgeordnete aus Österreich

ca. 400 MILLIONEN WAHLBERECHTIGTE UNIONSBÜRGERINNEN AUS 28 MITGLIEDSSTAATEN

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT NACH DER WAHL 2014

? ? ? ? ?

751 MEPs

SIE ENTSCHEIDEN!

BMeiA, III.1, 2013

Österreich, Europa und die Welt

ihre Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung auf europäischer Ebene bestmöglich zu informieren. So wurde in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien und den Europe Direct Regionalbüros eine Informationsbroschüre erstellt, in der die Unionsbürgerrechte praxisnah und anschaulich dargestellt werden und auch nützliche Links, sowie die Kontaktdaten der einzelnen Anlaufstellen in Österreich, aufgelistet werden (Die Broschüre „Sie haben Recht“ ist online auf der Homepage des Außenministeriums abrufbar (*den zugehörigen Link finden Sie am Ende dieser Seite*)).



Das Wissen um diese Rechte ist insbesondere auch im Hinblick auf die Teilnahme an der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 wesentlich.

Welche Neuerungen bringt die EP-Wahl 2014?

Das Europäische Parlament ist heute, vier Jahre nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, in den meisten Politikbereichen mit dem Rat gleichberechtigter Gesetzgeber, insbesondere auch im Haushaltsverfahren. Die Gesetzesinitiativen werden vom Rat und Europäischen Parlament im Zuge des Gesetzgebungsprozesses gemeinsam weiter ausgestaltet und beschlossen. Die 18 zu wählenden österreichischen Abgeordneten werden daher hierbei engagiert mitwirken und ihre Überzeugungen einbringen.

Darüber hinaus hat das Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament auch maßgeblichen Einfluß auf die Ernennung des nächsten Präsidenten der Europäischen Kommission, da der Träger dieser wichtigen Funktion üblicherweise aus den Reihen der politischen Familie ernannt wird, die bei der Wahl die meisten Mandate erlangt hat. Die europäischen politischen Parteien haben in diesem Zusammenhang angekündigt, Spitzenkandidaten nominieren zu wollen, die im Zuge ihres EU-weiten Wahlkampfes ihr Programm präsentieren werden. Damit findet erstmals eine europaweite Wahldebatte statt, was auch größeres Interesse der Wähler für die Europa-Wahl, die ansonsten von einzelstaatlichen Wahlprogrammen beherrscht ist, zur Folge haben wird.

Welche Informationsaktivitäten werden europaweit und in Österreich gesetzt?

Für die demokratische Legitimation der Europäischen Union und ihrer Entscheidungsprozesse ist eine entsprechende Wahlbeteiligung entscheidend. Daß qualitätsvolle Informationstätigkeit über das Europäische Parlament dazu wesentlich beitragen kann, bestätigen auch rezente Meinungsumfragen: so gaben rund zwei Drittel der noch Unentschlossenen in Österreich an, sie würden doch an der Wahl zum Europäischen Parlament teilnehmen, wenn sie den Eindruck hätten, daß ihre Stimme etwas bewirkt.

Das Europäische Parlament hat dazu bereits im September eine Informationskampagne gestartet, um alle wahlberechtigten BürgerInnen bestmöglich über die Bedeutung der kommenden Europa-Wahl zu informieren und zur Teilnahme an der Wahl zu motivieren.

Da Österreich das einzige EU-Mitgliedsland ist, in dem das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt wurde, wurden österreichweit zahlreiche Informationsinitiativen gestartet, um vor allem Jung- und ErstwählerInnen über die Europawahl und die Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung auf EU-Ebene zu informieren.

Auch auf regionaler und lokaler Ebene sind Informations- und Dialogveranstaltungen unter Mitwirkungen von österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament geplant. Als Ansprechpartner vor Ort spielen die mittlerweile über 500 EU-Gemeinderäte (eine Initiative des Außenministeriums und

der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien) sowie die Europe Direct Regionalbüros eine wichtige Rolle.

Nähere Informationen zur Wahl zum Europäischen Parlament und die Möglichkeiten Ihr Wahlrecht mittels Briefwahl auszuüben finden Sie unter:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/

Wußten Sie, daß ...

- ... ca. 13 Millionen (davon über acht Millionen wahlberechtigte) Unionsbürger ihren Wohnsitz in einem anderen EU-Mitgliedsland haben? Weitere 50 bis 60 Millionen leben außerhalb der Europäischen Union
- ... die UnionsbürgerInnen in dem Mitgliedsstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen haben? Dabei gelten für sie dieselben Bedingungen wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedsstaates (Einschränkungen durch eine Mindestwohnsitzdauer sind möglich).
- ... im Zeitraum 22. bis 25. Mai 2014 die Wahl zum Europäischen Parlament (EP) stattfinden wird und Sie mittels Wahlkarte mitwählen können (in Österreich findet die Wahl am 25. Mai statt)?
- ... es Ihnen als AuslandsösterreicherIn in einem anderen EU-Staat frei steht, bei Wahlen zum EP entweder die Mitglieder des EP Ihres Wohnsitz-Mitgliedsstaates oder die österreichischen Mitglieder des EP zu wählen?
- ... Sie als UnionsbürgerIn auch eine Europäische Bürgerinitiative unterstützen können?
- ... jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger, die/der sich in einem Nicht-EU-Mitgliedsstaat befindet, in dem ihr/sein Herkunftsmitgliedstaat nicht durch eine Botschaft oder ein Konsulat vertreten ist, das Recht auf Schutz durch die diplomatischen oder konsularischen Vertretungen eines jeden anderen EU-Mitgliedsstaates hat? EU-BürgerInnen können diese Hilfe unter denselben Bedingungen in Anspruch nehmen wie die Staatsangehörigen dieser Länder.

**Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten**

Rückblick auf das Europäische Jahr der BürgerInnen

Seit Jahresbeginn bieten zahlreiche EU-Informations- und Diskussionsveranstaltungen Gelegenheit, sich mit dem zentralen Thema des Europäischen Jahres der BürgerInnen, der Unionsbürgerschaft und den sich aus der Unionsbürgerschaft ergebenden Rechten, aktiv auseinanderzusetzen. Ein zentrales Anliegen des Europäischen Jahres der BürgerInnen ist auch die Förderung der demokratischen Mitwirkung auf europäischer Ebene und der Beteiligung der BürgerInnen und der Zivilgesellschaft an der Debatte über europäische Themen. Denn die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am demokratischen Leben in der EU ist ein wesentlicher Bestandteil der Unionsbürgerschaft.

Im Rahmen der Abschlußkonferenz zum Europäischen Jahr der BürgerInnen am 13. Dezember 2013 in Vilnius präsentierte die aus Organisationen der Zivilgesellschaft aller Mitgliedsstaaten bestehende European Year of the Citizens Alliance EYCA der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Viviane Reding, einen Katalog von konkreten Maßnahmenvorschlägen, wie den BürgerInnen Europas die Wahrnehmung ihrer Unionsbürgerrechte erleichtert werden könnte. Auch die EU-Mitgliedsstaaten bekennen sich in den am 6. Dezember angenommenen Ratschlußfolgerungen zum Unionsbürgerschaftsbericht 2013 zur Bedeutung der Unionsbürgerrechte und zu allen Maßnahmen, die den Unionsbürgern die Ausübung ihrer Rechte erleichtern. Hervorgehoben wird auch die Bedeutung der demokratischen Mitwirkung auf europäische Ebene

zur Stärkung der demokratischen Legitimation der Union und ihrer Entscheidungen. Im Hinblick auf die Europawahl im Mai 2014 wird auf die Bedeutung von Maßnahmen zur Förderung einer europaweiten Debatte unterstrichen.

Aleksandra Izdebska
österreichische Botschafterin des
Europäischen Jahres der BürgerInnen

Die BotschafterInnen des Europäischen Jahres der BürgerInnen (Ambassadors of the Year) – Aleksandra Izdebska ist eine von ihnen – unterstützen das Europäische Jahr der BürgerInnen ehrenamtlich.



Foto: DiTech

Aleksandra Izdebska

1992 kam Izdebska mit 16 Jahren nach Wien, maturierte zwei Jahre später und lernte mit 20 Jahren ihren Mann kennen, der ebenfalls aus Polen kam. Während ihres Übersetzer- und Dolmetschstudiums und ihres Studiums der Handelswissenschaften an der Uni Wien arbeitete sie an verschiedenen IT-Projekten, gemeinsam mit ihrem Mann gründete sie 1999 die Firma DiTech, Daten- & Informationstechnik.

Mit dem Unternehmen wuchsen die Aufgaben: anfänglich übernahm sie die Leitung über Buchhaltung, Sekretariat und Personalverwaltung. Danach wurde ihr Aufgabenbereich auf Marketing/Controlling erweitert. Heute ist sie Prokuristin, Gesellschafterin für Personal, Controlling und Buchhaltung.

2009 begann sie die berufsbegleitende Ausbildung zur Psychotherapeutin, da ihr das Wohlergehen und Schicksal vor allem ihrer MitarbeiterInnen, die aus allen Ecken Europas kommen, sehr wichtig ist. Im Betrieb verwirklichte sie eine Reihe von innovativen Initiativen wie beispielsweise Ausbildungsprogramme für Lehrlinge; Integrationsprogramme im Unternehmen für behinderte Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund; die Förderung eines hohen Frauenanteils, von Vereinbarkeitsmaßnahmen und Weiterbildungsprogramme für MitarbeiterInnen; die Teilnahme am Töchertag und Feriapraktika.

Für Aleksandra Izdebska ist die Europäische Union eine epochale Errungenschaft, wie sie ihre Motivation beschreibt, die Informationskampagne zum Europäischen Jahr

ES GEHT UM EUROPA
ES GEHT UM SIE

Reden sie mit!



Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013
www.europa.eu/citizens-2013



Österreich, Europa und die Welt

der BürgerInnen zu unterstützen. „Wir alle müssen uns ihrer Wichtigkeit und Bedeutung für Europa im Klaren sein. Nicht nur als Friedensprojekt sondern auch als Projekt für zukünftiges Wachstum und Stabilität. Ich kann das mit großer Überzeugung sagen, weil ich noch in meiner Kindheit in einem Land aufgewachsen bin, wo es unmöglich schien in die Länder des Westens zu reisen. Es war ein Land vor einem eisernen Vorhang mit vorinterpretierter Information und beschränkter Freiheit. Hätte man mir damals gesagt, daß ich einmal frei durch ganz Europa reisen könnte und dabei weder Visa noch andere Währungen brauche, hätte ich das nie und nimmer geglaubt. Genau dieser enorme Gewinn an Freiheit und Selbstbestimmung muß erhalten und ausgebaut werden. Aus diesem Grund unterstütze ich die Initiative EYC 2013.“

Auf die Frage, was sie sich für die Zukunft Europas wünsche, meinte Izdebska: „Noch mehr Integration und Verständnis. Es

gibt noch immer zu viele Völker, die ihre kleinlichen Partikularinteressen vor die ganz Europas stellen und die EU und Europa für die ihre nationalen Probleme verantwortlich machen. Ich wünsche mir, daß Europa wieder zur Wachstumsregion und damit auch zu einem geeinten und grenzenlosen Wirtschafts- und Arbeitsraum wird. Parallel dazu wünsche ich mir eine vermehrte Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene, damit unsere internationale Repräsentation die notwendige Legitimation durch die Bevölkerung hat. Europa ist wichtig und geht uns alle an. Darum müssen wir alle Verantwortung übernehmen. Denn wenn Europa nicht zusammenhält und als Einheit nach außen agiert, werden wir den stets wachsenden asiatischen und amerikanischen Märkten weder wirtschaftlich noch finanziell Stand halten können. Wir würden in die ökonomische Bedeutungslosigkeit abrutschen.“ ■

<http://www.bmeia.gv.at>

<http://www.ditech.at>

Weitere nützliche Informationen

Lebensläufe und Statements der österreichischen Ambassadors sowie jener vier ÖsterreicherInnen, welche aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen mit den durch die EU gebotenen Chancen das Europäische Jahr der BürgerInnen als „Faces of the Year“ unterstützen, sind auch auf der offiziellen Homepage des Europäischen Jahres der BürgerInnen

<http://europa.eu/citizens-2013>

abrufbar, auf der Sie auch weitere Informationen sowie einen aktuellen Veranstaltungskalender für alle EU-Mitgliedsstaaten finden.

Informationen zu Ihren europäischen Bürgerrechten finden Sie hier:

Ihre Stimme in Europa

http://ec.europa.eu/yourvoice/index_de.htm

Einzigartiger Schulter-schluß der Regionen

LH Pröll und EU-Kommissar Hahn: EU-Fördermittel für alle Regionen auch ab 2014

Mit dem zu Ende gehenden Jahr 2013 geht auch die EU-Förderperiode 2007 bis 2013 zu Ende. Das bringt eine wesentliche Zäsur im Zusammenhang mit den EU-Fördermitteln, und deshalb hat das Land Niederösterreich im Jahr 2010 eine Initiative gestartet, um die Fördermittel auch in Zukunft für alle Regionen Europas, also auch für die wirtschaftlich stärkeren, zu sichern. Am 2. Dezember legten Landeshauptmann Erwin Pröll und EU-Regionalkommissar Johannes Hahn eine Bilanz über diese Initiative vor.

„Unser Ziel war es, auch für die Jahre 2014 bis 2020 einen Weg zu ebnet, mit dem und von dem alle Regionen leben können“, sagte Pröll: „Es ist uns dabei gelungen, einen einzigartigen Schulter-schluß der Regionen Europas zustande zu bringen. 208 Regionen und 114 Städte haben sich angeschlossen.“ Höhepunkt der Initiative sei der Regionengipfel in St. Pölten gewesen, der schließlich im „St. Pöltner Manifest“ mündete.

Nunmehr habe das EU-Parlament das EU-Budget beschlossen, und damit sei auch klar, wie viel EU-Geld für die Regionalförderung bereitstehe, sagte der Landeshauptmann: „Das EU-Budget beträgt insgesamt rund 960

Milliarden Euro und ein Drittel davon wird in Zukunft als Regionalbudget zur Verfügung stehen. Für uns ist das sehr erfreulich, denn damit sind auch die Forderungen unserer Regionalinitiative berücksichtigt und es wird auch weiterhin EU-Mittel für alle Regionen, also auch für die wirtschaftlich stärkeren, geben.“ Daß es aufgrund der allgemeinen Budgetsituation zu „linearen Kürzungen“ komme, bezeichnete Pröll als „Wermutstropfen“, aber: „Ganz entscheidend für uns ist, daß es bei grenzüberschreitenden Projekten keine Kürzungen gibt.“

In der Förderperiode 2007 bis 2013 habe das Land Niederösterreich rund 145 Millionen Euro aus EU-Mitteln erhalten, für die kommende Periode gebe es noch keine konkreten Ziffern, weil diese erst österreich-intern festgelegt werden, informierte Pröll. Fest stehe jedoch bereits die Zahl für grenzüberschreitende Projekte, wo es für Niederösterreich erneut rund 40 Millionen Euro geben werde.

Die nunmehr erfolgten Weichenstellung würden auch bedeuten, daß die „Stärkung der Regionen als Motor für wirtschaftliche Entwicklung“ weitergeführt werden könne, betonte der Landeshauptmann: „In Nieder-

österreich löst jeder EU-Euro ein Gesamtinvestitionsvolumen von sieben Euro aus.“ Daher habe man in Niederösterreich die Regionalförderung bereits frühzeitig verlängert und damit die Ko-Finanzierung gesichert, so Pröll. Einen Schwerpunkt wolle man in Zukunft vor allem auf Projekte im Bereich Forschung und Technologie setzen, berichtete er abschließend.

EU-Kommissar Hahn bezeichnete die niederösterreichische Initiative als „eine ganz wesentliche Maßnahme“. Besonders bemerkenswert sei, daß die künftige Förderpolitik auf einen Zeitraum von sieben Jahren festgelegt sei: „Das ist weltweit einzigartig und erlaubt es auch privaten Investoren, langfristig zu planen.“ Eine gesamteuropäische Regionalpolitik sei auch deshalb von großer Bedeutung, weil es darum gehe, „in allen Regionen Europas gesamteuropäische Ziele wie etwa Wettbewerbsfähigkeit und Innovation zu verfolgen“. Aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Situation sei es ein besonderer Erfolg, daß es gelungen sei, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in ihrer budgetären Ausgestaltung gleich zu halten: „Österreichweit werden wir dafür rund 200 Millionen Euro zur Verfügung haben.“ ■

»Mein Alter hat auch Vorteile«

Der neue Außenminister Sebastian Kurz reiste zuerst nach Kroatien, will neue Schwerpunkte in der Außenpolitik setzen und kündigt schmerzliche Einsparungen an. Für die Olympischen Spiele in Sotschi hat er keine Zeit.

Ein Interview mit der »Presse« von Christian Ultsch.

Die Presse: Normalerweise tritt man im Ausenamt mit 27 Jahren zur Aufnahmeprüfung an und nicht als Außenminister. Haben Sie sich nicht auch selbst gefragt, ob Sie zu jung für den Job sind?

Sebastian Kurz: Natürlich denkt man darüber nach. Ich habe großen Respekt vor der Aufgabe. Meine Jugend bringt auch Nachteile mit sich: Ich habe weniger Erfahrung als ältere Politiker, aber mein Alter hat auch Vorteile.

Und zwar?

Ich habe viel Energie und die Chance, Themen aus einem jüngeren Blickwinkel zu sehen.

Und was sieht man aus Ihrem Blickwinkel anders?

Ich bin in einer anderen Zeit aufgewachsen. Europa ist für mich selbstverständlich, auch das Friedensprojekt. Mein Anspruch geht darüber hinaus, weil ich Europa nicht anders kenne. Bei meinen Reisen, nach Singapur etwa, habe ich immer wieder feststellen müssen, daß Wachstum und Fortschritt außerhalb Europas stattfinden.

Das fällt 65jährigen allerdings auch auf.

Geändert hat sich trotzdem nichts. Die Frage ist, ob Jüngere anders darauf reagieren. Es ist sinnvoll, wenn junge Leute daran mitarbeiten, daß die EU ein Projekt mit Zukunft ist.

Die Bestellung zum Außenminister hat Ihnen viel Aufmerksamkeit eingebracht. Wie wollen Sie dies nutzen?

Das mediale Interesse in Österreich möchte ich nutzen, um die oft abstrakte Europa- und Außenpolitik als Übersetzer näher zur Bevölkerung zu bringen. Ich will so wieder Begeisterung und Wertschätzung wecken. Von internationalen Medien und Politikern kamen viele positive Rückmeldungen. Das freut mich. Nicht aus Eitelkeit. Es gibt mir die Möglichkeit, leichter Kontakte zu knüpfen.



Foto: BM.I / A. Tuma

Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten Sebastian Kurz

Wie werden Sie den Außenminister-Job anlegen?

Ich bin jemand, der das Gespräch sucht, der offen für Ideen und Kritik ist. Und genauso will ich es anlegen. Ich möchte auf das Wissen im Außenministerium zurückgreifen. Ich sehe meine Rolle darin, diese Expertise zusammenzuführen, mir ein Bild zu machen und dann die Entscheidung zu treffen.



Haben Sie schon überlegt, wie Sie das Profil der zuletzt passiven österreichischen Außenpolitik schärfen?

Österreich, Europa und die Welt

Wir sind keine Supermacht. Aber wir können Schwerpunkte setzen. Österreich hat ein sehr gutes Standing auf dem Westbalkan. Das möchte ich ausbauen. Darüber hinaus will ich gemeinsam mit Experten zusätzliche thematische Nischen für Österreich finden.

Wohin wird Sie Ihre erste Reise führen?

Ich werde am Freitag (20. Dezember, Anm.) nach Kroatien reisen. Österreich hat Kroatien begleitet beim Weg in die EU, wir sind dort wirtschaftlich stark, es läßt sich ein Bogen zur Integration spannen: In Österreich leben viele mit kroatischen Wurzeln. Kroatien kann ein noch wichtigerer Partner werden.

Können Serbien und andere Länder der Region in fünf Jahren EU-Mitglieder sein?

Es kommt darauf an, ob sie die Beitrittskriterien erfüllen. Für Österreich ist es sinnvoll, wenn Serbien und andere Länder des Westbalkans EU-Mitglieder werden. Wir werden sie dabei unterstützen.

Es leben hierzulande auch viele Menschen mit türkischen Wurzeln. Trotzdem argumentiert Österreich gegen einen EU-Beitritt der Türkei. Ist diese Politik richtig gewählt?

Wir sagen, ein Beitritt muß genau geprüft und überlegt sein. Ich sehe da keinen Widerspruch zu einer guten wirtschaftlichen und politischen Kooperation mit der Türkei. Und Österreicher mit türkischen Wurzeln können dabei Brückenbauer sein.

Das ist ein großer Unterschied zur EU-Perspektive, die Österreich dem Westbalkan bietet.

Die Türkei ist ein Riesensland mit sehr vielen offenen Fragen. Ich halte es deshalb für richtig, zu sagen, daß ein EU-Beitritt derzeit noch kein Thema ist.

Welche Schwerpunkte wollen Sie über den Balkan hinaus setzen?

Ich bin kaum 24 Stunden im Amt. Ich maße mir nicht an, selbst alles am besten zu wissen. Eines meiner Ziele ist, das Außenministerium noch stärker als Service-Einrichtung zu positionieren, für Geschäftsleute, Urlauber und die 500.000 Auslandsösterreicher.

War es richtig, die österreichischen Soldaten von den syrischen Golanhöhen abzuziehen?

Ich mußte damals die Entscheidung nicht treffen. Im Nachhinein ist es immer leichter zu urteilen. Der Golanabzug hat unserem internationalen Ansehen nicht unbedingt geholfen. Man muß aber hinzufügen, daß auch

andere Länder ihre Soldaten abgezogen haben. Wir sollen unsere Rolle beim Friedenserhalt sehr ernst nehmen. Wir haben daher im Regierungsprogramm eine Mindestbeteiligung an internationalen Einsätzen festgeschrieben.

Diese Mindestanforderung ist derzeit nicht erfüllt. Wird sich Österreich bald wieder an einem UN-Einsatz beteiligen?

Ich habe am Montag (16. Dezember, Anm.) mit dem Verteidigungsminister ausgemacht, daß wir uns möglichst schnell beratschlagen, wo Soldaten zum Einsatz kommen können.

Welche Rolle spielt die UNO für Österreich?

Eine entscheidende, wenn es um den Weltfrieden geht, und für mich persönlich eine ganz besondere angesichts der engen Beziehung zwischen Österreich und der UN-Spitze: UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat mich gleich nach der Angelobung angerufen und mir als Erster gratuliert.

Worüber haben Sie mit ihm gesprochen?

Wo wir uns möglichst bald treffen können – wahrscheinlich im Februar bei der Sicherheitskonferenz in München. Ban Ki-moon hat zudem gemeint, daß meine Jugend ein Vorteil für den neuen Job sein könnte.

Zuletzt haben die Präsidenten Deutschlands und Frankreichs angekündigt, als Zeichen des Protests nicht nach Rußland zu den Olympischen Spielen in Sotschi zu fahren. Wie werden Sie es halten?

Es gibt einen Sportminister. ÖOC-Präsident Karl Stoss hat mich gefragt, ob ich kommen möchte. Ich werde das noch entscheiden. Meine Priorität wird sein, mich bei den Nachbarn vorzustellen und bei den Amtskollegen in der EU.

Wovon werden Sie die Entscheidung abhängig machen?

Vor allem von der Zeit.

Von inhaltlichen Erwägungen nicht?

Schon, aber es wird sich wahrscheinlich zeitlich nicht ausgehen.



Gauck und Hollande kommen nicht, weil ihnen Putins Regierungsstil nicht gefällt. Halten Sie prinzipiell etwas von solchen symbolischen Gesten?

Natürlich. In der Außenpolitik sind solche symbolischen Gesten ja manchmal genau das, was man tun kann.

Wie bewerten Sie Rußlands Vorgehen gegenüber der Ukraine?

Staaten sollten Entscheidungen souverän treffen können. Ich bin überzeugt, daß es für die Ukraine letztlich möglich sein muß, sich sowohl der EU anzunähern als auch eng mit Rußland zusammenzuarbeiten. Alles andere wäre wirtschaftlich nicht sinnvoll für die Ukraine.

Im Moment kann die Ukraine entweder der Zollunion mit Rußland beitreten oder der Freihandelszone mit der EU. Das eine schließt das andere aus.

Ein Entweder-oder-Modell hat keine Zukunft.

Warum haben Sie die Integrationsagenden ins Außenamt mitgenommen? Wäre es nicht zielführender gewesen, das Staatssekretariat fix zu institutionalisieren anstatt das Thema an Ihre Person zu binden?

Integrationsagenden sind durch das Bundesministeriengesetz institutionalisiert. Im Außenministerium gibt es nun eine neue Sektion, und die wird auch bestehen bleiben. Ich bin stolz, daß wir in den Koalitionsverhandlungen Fortschritte beim Thema Integration erzielt haben: Es wird ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr geben, vorbereitende Deutschklassen vor Schuleintritt und ein Anerkennungsgesetz für Berufsbefähigungen.

Die Koalition hat auch vereinbart, daß jedes Ministerium seine Ermessensausgaben um fünf Prozent kürzen muß. Wird das Außenministerium deshalb Botschaften schließen müssen?

Alle Ministerien werden einen Konsolidierungsbeitrag leisten müssen. Ich fürchte, das wird auch für das Außenministerium schmerzlich sein. Welche Auswirkungen die Einsparungen haben, werden wir gemeinsam mit den Sektionschefs beraten.

Und wann wird eine Entscheidung fallen?

In den nächsten Wochen.

Das „Österreich Journal“ dankt „Der Presse“ <http://www.diepresse.com> dafür, daß wir Ihnen dieses Interview zur Lektüre anbieten konnten.

Nationalratspräsidentin auf Besuch in Kroatien

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer absolvierte am 9. Dezember auf Einladung ihres kroatischen Amtskollegen Josip Leko einen Besuch in Zagreb.



Foto: Toni Bitunjac

v.l.: Gabriela Moser (Grüne), die österreichische Botschafterin in Kroatien, Andrea Ikic-Böhm, Werner Amon (ÖVP), der kroatische Staatspräsident Ivo Josipović, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Anneliese Kitzmüller (FPÖ), Christoph Vavrik (NEOS), Elmar Mayr (SPÖ) und kroatische Botschafter in Österreich, Gordan Bakota

Es sei ihr wichtig, die erste Auslandsreise in der neuen Gesetzgebungsperiode in das neue EU-Mitgliedsland zu unternehmen, sagte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer kurz vor ihrer Abreise. Sie wurde von einer ParlamentarierInnendelegation begleitet und traf führende Repräsentanten der Republik Kroatien.

Ihr Besuch knüpft bei guten bilateralen Kontakten an, sie erwidert Besuche von Staatspräsident Josipović im Jahr 2010 und von Parlamentspräsident Leko 2012. Beide waren damals auch im österreichischen Parlament zu Gast. Zweiter Nationalratspräsident Fritz Neugebauer nahm in Zagreb an der Feier anlässlich des EU-Beitritts Kroatiens am 1. Juli 2013 teil und Kroatiens Außenministerin Vesna Pusic sprach zu diesem Thema vergangenen März im österreichischen Parlament.

Bereits am Abend des 8. Dezember traf Prammer VertreterInnen österreichischer Unternehmen, die in Kroatien engagiert sind. Sie informierte sich bei den Wirtschaftstreibenden über deren Einschätzung der momentanen Situation in dem 4,3 Millionen EinwohnerInnen zählenden Land und

dessen Perspektiven. Österreich ist bei weitem größter Auslandsinvestor in Kroatien, rund 7000 Firmen verfügen über Niederlassungen in fast allen Sektoren. Entsprechend groß ist das Interesse auf österreichischer Seite, daß die anhaltende Rezession in Kroatien überwunden werden und ein optimistisches Investitionsklima entstehen kann. Mehrfach angesprochen wurde auch der Wunsch nach Durchsetzung von Rechtssicherheit, Abbau bürokratischer Hindernisse und wirksamer Maßnahmen gegen Korruption. Prammer versprach, diese Themen bei den anstehenden politischen Terminen anzusprechen.

Prammer trifft Leko

Zum Auftakt ihres eintägigen Besuchs in der kroatischen Hauptstadt Zagreb traf die Nationalratspräsidentin am 9. Dezember im Parlament (Sabor) ihren Amtskollegen Josip Leko. Die beiden erörterten ausführlich die bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Kroatien, die Lage im jüngsten EU-Mitgliedsland knapp ein halbes Jahr nach dem Beitritt sowie die Situation der Region.

Prammer und Leko betonten die ausgesprochen freundschaftlichen und stabilen Beziehungen zwischen beiden Ländern in verschiedenen Bereichen. Daß der Delegation fünf der sechs Fraktionen des neu gewählten Nationalrats angehörten, war laut Prammer Ausdruck des großen Interesses des österreichischen Parlaments an diesen guten Kontakten. Einig waren sich Prammer und Leko auch darin, daß diese guten Kontakte ausgebaut und intensiviert werden sollten. Das sei nicht zuletzt mit Blick auf die Alpen-Adria-Region und den Donauraum wichtig.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Wirtschaftsfragen. Österreich hat laut Prammer als größter Investor in Kroatien ein vitales Interesse daran, daß sich die kroatische Wirtschaft nach einer anhaltenden Phase der Rezession erhole und konjunktureller Aufschwung einsetze. Die österreichischen Investoren bräuchten Planungssicherheit und die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit auf allen Ebenen. Wichtig sei auch, daß Kroatien seine Möglichkeiten im Rahmen der EU-Förderungen nütze. Der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit sei für Kroatien eine besondere Herausforderung, berichtete Le-

Österreich, Europa und die Welt

ko. Er zeigte sich interessiert am österreichischen Modell. Jungen Menschen Perspektive und Hoffnung zu geben, müsse eine gemeinsame Anstrengung innerhalb der EU sein, ergänzte Prammer.

Die Nationalratspräsidentin dankte ihrem Amtskollegen dafür, daß er die Frage der Rückgabe von Eigentum, das während des Kommunismus enteignet wurde, offensiv ansprach. Kroatien bereite laut Leko ein Gesetz zur Klärung dieser offenen Frage vor, das auch ausländische StaatsbürgerInnen berücksichtigen soll. Prammer bot in diesem Zusammenhang die österreichischen Erfahrungen in Restitutionsbelangen an.

Prammer und Leko vereinbarten, die parlamentarische Zusammenarbeit auf Ebene der Ausschüsse auszubauen, sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene. Konkret angesprochen wurde in diesem Zusammenhang auch eine trilaterale Kooperation zwischen Österreich, Kroatien und Slowenien.

Treffen mit Staatspräsident Josipovic

Mit Gesprächen mit Staatspräsident Ivo Josipovic und Premierminister Zoran Milanovic setzte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer ihren offiziellen Besuch in der kroatischen Hauptstadt Zagreb fort.

Wie alle Gesprächspartner strich auch Präsident Josipovic die Bedeutung Österreichs als Investor und Handelspartner heraus. Er wisse um die Schwierigkeiten, die Investoren auf dem kroatischen Markt haben und versprach politische Maßnahmen: „Wir arbeiten an einem investitionsfreundlichen Klima und hoffen, daß das zu einer Verbesserung führen wird.“ Der Staatspräsident sprach in diesem Zusammenhang aber auch die Rolle wissenschaftlicher, kultureller und touristischer Kontakte bei der Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern an.

Weiters betonte Josipovic ausdrücklich die Rolle der Parlamente bei der Verteidigung der europäischen Grundwerte: Frieden, Menschenrechte und Antifaschismus. Es bestehe die Gefahr, daß gewisse Kräfte diese Werte in Frage stellen, so der Staatspräsident: „Wir müssen alles tun, um diese Tendenzen abzuwehren.“ Dazu sei es notwendig, junge Menschen für die Demokratie und für die europäische Idee zu interessieren, ergänzte Prammer. Sie warb für die Demokratietwerkstatt des österreichischen Parlaments und lud Präsident Josipovic ein, diese Einrichtung zu besuchen.

Treffen mit Premier Milanovic

Ein breiter Themenbogen wurde auch im Gespräch mit Premierminister Milanovic gespannt. Prammer deponierte auch hier die Probleme österreichischer Unternehmen sowie deren Wunsch nach Rechtssicherheit und Fairness. „Österreichische Unternehmen haben in Kroatien ein Heimspiel“, stellte Milanovic fest. „Wenn es hier Beanstandungen gibt, dann werden wir uns darum annehmen.“

Ausführlich ging der Regierungschef auch auf das Thema Restitution ein, konkret auf die Gleichstellung nicht-kroatischer StaatsbürgerInnen bei der Rückgabe des von den Kommunisten seinerzeit enteigneten Vermögens. Die Regierung sei daran interessiert, einen für alle gültigen Rechtsrahmen zu schaffen, jedoch müsse eine solche Lösung auch finanzierbar sein.

Einigkeit bestand zwischen Prammer und Milanovic, daß Österreich und Kroatien ein hohes gemeinsames Interesse bei der EU-Erweiterung um die Staaten des Westbalkans haben.

Positive Bilanz nach Kroatien-Besuch

Äußerst zufrieden zeigt sich die Nationalratspräsidentin mit den Ergebnissen des Besuchs in der kroatischen Hauptstadt Zagreb: „Wir konnten in offener und herzlicher Art alle bilateralen Themen ansprechen und uns auf konkrete weitere Schritte einigen. Die kroatische Seite hat Verständnis für alle österreichischen Anliegen gezeigt. Wichtig ist mir besonders auch die vereinbarte intensivere Zusammenarbeit der Parlamente auf Ebene der Ausschüsse, die wir jetzt mit Leben erfüllen müssen.“

Durchwegs positiv fällt auch die Bilanz der Mitglieder der parlamentarischen Delegation aus, die Prammer bei diesem Besuch begleitet hat:

Elmar Mayr (SPÖ)

„Das Treffen der beiden Parlamentsdelegationen hat die große Freundschaft und gegenseitige Wertschätzung der beiden Länder hervorragend zum Ausdruck gebracht. Ich sehe die Zusammenkunft auf höchster parlamentarischer Ebene als Auftakt zur noch intensiveren Zusammenarbeit sowohl auf bilateraler Ebene als auch was die gemeinsamen Anliegen innerhalb der EU betrifft. Gleichzeitig erwarte ich mir, daß durch die in Zukunft noch intensiveren Kontakte die Zusammenarbeit besonders in wirtschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Ebene entscheidend ausgebaut werden kann.“

Werner Amon (ÖVP)

„Der EU-Beitritt Kroatiens nach dem schwierigen Weg in die Unabhängigkeit war erstens ein sehr emotionaler Moment und zweitens in gewisser Hinsicht eine Heimkehr nach Europa. Wir, Österreich und Kroatien, sollen gemeinsam die Erweiterung der Union in Richtung Westbalkan offensiv verfolgen, weil das für beide Länder in ökonomischer, aber auch in sicherheitspolitischer Hinsicht entscheidend sein wird. Ich bin davon überzeugt, daß das in vertrauter und freundschaftlicher Weise gemeinsam forciert werden wird.“

Anneliese Kitzmüller (FPÜ)

„Daß es in Kroatien wirtschaftliche Probleme gibt, wissen wir. Ich konnte allerdings eine angenehme, positive Stimmung feststellen. Mein spezielles Anliegen war das Restitutionsgesetz, dieses Problem wird jedenfalls ernst genommen. Man wird jetzt darauf achten müssen, daß die Betroffenen informiert werden, wie Ansuchen gestellt werden können; daß diese einfach abgewickelt werden und nicht beispielsweise Fristen abgelaufen sind.“

Gabriela Moser (Grüne)

„Für mich war überraschend, daß auf kroatischer Seite doch eine gewisse Bereitschaft besteht, auf die österreichischen Anliegen bei der Restitution enteigneten Vermögens einzugehen. Es gibt offenbar großes Interesse, die nachbarschaftlichen Beziehungen noch zu verbessern und in der Energiepolitik die nachhaltige, erneuerbare Ebene zu verstärken.“

Christoph Vavrik (NEOS)

„Die ausgezeichneten Beziehungen zu Kroatien sind ein Beispiel, wozu eine konsequente, proaktive, und zielorientierte Außenpolitik führen kann. Österreich ist für Kroatien nicht nur wichtigster Auslandsinvestor. Die höchsten staatlichen Stellen Kroatiens zollen einstimmig Anerkennung für den Beitrag, den Österreich zum EU-Beitritt Kroatiens geleistet hat. In Fortführung dieses Kooperationsgeistes werden die EU- und Ausenpolitischen Ausschüsse der Parlamente beider Länder den Austausch forcieren, zum Ausbau eines besser integrierten, aber zugleich demokratischeren Europas der Regionen und der BürgerInnen. Österreich und Kroatien werden auch gemeinsam die Beitrittskandidaten der Region mit Rat und Tat weiterhin unterstützen.“

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Neuer Schwung für Brenner- und Koralmtunnel

Präsidentenkonferenz der Aktionsgemeinschaft Brennerbahn tagte in Innsbruck – EU-Abgeordnete verabschiedeten Mittel für neue Infrastrukturprojekte – Verkehrsministerrat der EU traf richtungsweisende Entscheidungen



Foto: Land Tirol/Die Fotografen

Die Kräfte bündeln und EU-Gelder für den Ausbau der Bahn über den Brenner sichern – das will die Präsidentenkonferenz der Aktionsgemeinschaft Brennerbahn unter dem Vorsitz von Tirols LH Günther Platter (1. Reihe, 3. von rechts).

Am 19. November wurden vom Europäischen Parlament die neuen Leitlinien für die Europäischen Transportnetzwerke (TEN-V) beschlossen. Für den Zeitraum 2014 bis 2020 stehen EU-weit rund 15 Milliarden Euro zum Ausbau wichtiger europäischer Transportwege zur Verfügung. Für den Brenner Basistunnel (BBT) als grenzüberschreitendes Projekt ist nunmehr eine EU-Kofinanzierung von bis zu 40 Prozent, anstelle von aktuell 27 bzw. den beantragten 30 Prozent, möglich.

„Wollen wir den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern und dafür von Brüssel 40 Prozent Förderung haben, müssen wir unsere Kräfte bündeln und das Projekt zügig vorantreiben. Die Regionen ziehen hier an einem Strang. Es braucht aber auch ein eindeutiges Bekenntnis der neuen Bundesregierung in Wien zum Brenner Basistunnel.“ Das sagte Tirols Landeshauptmann Günther Platter anlässlich der Präsidentenkonferenz der Aktionsgemeinschaft Brennerbahn am 28. November in Innsbruck. Um die Fördergelder in der Höhe von 15 Milliarden Euro ritern neun Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 250 Milliar-

den Euro. Der Brenner Basistunnel (BBT) und seine Zulaufstrecken stehen somit im Wettbewerb mit vielen anderen Bauvorhaben.

Tirol hat in den Jahren 2013 und 2014 den Vorsitz der Aktionsgemeinschaft Brennerbahn, einem Zusammenschluß der Länder und Wirtschaftskammern von Tirol, Bayern, Südtirol, Trentino und Verona, inne. „Unser gemeinsames Ziel ist es, die Schiene zu stärken. Für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene müssen wir sowohl die Infrastruktur als auch die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen. Das schaffen wir nicht im Alleingang“, sind sich LH Günther Platter und Verkehrsreferentin LH-Stv. Ingrid Felipe bewußt.

800 Millionen Euro ausgeschrieben

„Was den Ausbau der Schieneninfrastruktur angeht, sind Tirol und seine Nachbarländer auf einem guten Weg. Die Unterinntaltrasse ist fertig, der Brenner Basistunnel in Bau“, zieht Platter eine Erfolgsbilanz. Aktuell läuft die Ausschreibung für das 460 Millionen Euro schwere Nordtiroler Bauprojekt „Tulfes-Pfons“. Dieses beinhaltet Bauarbeiten von der Umfahrung Innsbruck zum BBT

im Bereich des Ahrentals. Auch auf Südtiroler Seite wird gearbeitet. Reiht man Haupt- und Zufahrtstunnels aneinander, ergibt sich eine Tunnellänge von insgesamt 230 km. 28 Tunnelkilometer sind bereits gebaut, 43 weitere ausgeschrieben. Insgesamt sind derzeit Arbeiten im Wert von mehr als 800 Mio. Euro ausgeschrieben.

Was die Zulaufstrecken in Deutschland und in Italien angeht, haben sich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Brennerbahn verpflichtet, in den jeweiligen Nationalstaaten Lobbying zu betreiben. Ziel ist eine gleichzeitige Fertigstellung der Zulaufstrecken und des BBT.

Zusammenarbeit forcieren

In den vergangenen Jahren ist der Bahnanteil am Gesamtgüteraufkommen über den Brenner nach großen Verlagerungserfolgen von 2005 bis 2010 trotz Wirtschaftskrise wieder gesunken. Mittlerweile wird weniger als ein Drittel aller Güter auf der Schiene transportiert. „Das Um und Auf bei unseren großen Verkehrsprojekten ist, daß die versprochene Entlastung des Straßenverkehrs sowie der Bürgerinnen und Bürger an den Strecken

Österreich, Europa und die Welt



Grafik: BBT SE

TEN-1 Achse Berlin-Palermo mit dem Brenner Basistunnel

schließlich auch gelingt. Wir haben beim Runden Tisch zur Unterinntaltrasse gesehen, daß durch gute Zusammenarbeit große Würfe möglich sind. In diesem Sinne ist die enge Abstimmung der Eisenbahnbetreiber und der Infrastrukturerrichter, wie sie hier in der Aktionsgemeinschaft Brenner passiert, wichtig für gute Mobilitätspolitik“, setzt LHStvin Ingrid Felipe auf Kooperation.

Schienengüterkongreß in Innsbruck

Damit das Projekt Brennerkorridor weiter an Fahrt aufnimmt, setzt die Präsidentenkonferenz der Aktionsgemeinschaft Brennerbahn auf Vernetzung. Im Juni nächsten Jahres soll ein Schienengüterkongreß in Innsbruck stattfinden, bei dem alle Organisationen und Institutionen am Tisch sitzen werden. Ziel ist es, den Brennerkorridor und all seine Begleitmaßnahmen voranzutreiben.

„Tirol hat nicht nur den Vorsitz in der Aktionsgemeinschaft Brennerbahn, sondern auch den Euregio-Vorsitz. Dies wollen wir nutzen, um alle Kräfte zur Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene zu nutzen und mit unseren Anliegen auch in Brüssel präsent zu bleiben“, so Platter.

Bures: TEN-Budget und EU-Kernnetz endgültig fixiert

Wenige Tage später, am 5. Dezember, hat der Verkehrsministerrat der Europäischen Union in Brüssel richtungsweisende Entscheidungen für den Schienenausbau in Österreich und Europa getroffen. Verkehrsministerin Doris Bures hat gemeinsam mit ihren AmtskollegInnen das Budget für die Transeuropäischen Netze (TEN) und das EU-Kernnetz, also die Neuordnung der prioritären Verkehrskorridore, endgültig fixiert.

Das für Österreich sehr erfreuliche Ergebnis: Die EU investiert um 54 Prozent mehr in den Ausbau von umweltfreundlicher Verkehrsinfrastruktur. Und mit dem Beschluß der TEN-Verkehr-Leitlinien ist jetzt neben dem Brenner- und dem Donaukorridor auch die österreichische Südstrecke Teil des europäischen Kernnetzes. Verkehrsministerin Bures sieht darin auch einen „wichtigen Schritt für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa“.

„Für Österreich sind beide Beschlüsse ein echter Erfolg“, so Bures. Sie betont zugleich den großen europäischen Mehrwert vom systematischen, grenzüberschreitenden Ausbau umweltfreundlicher Verkehrsträger: „Hier geht es um leistungsfähigen und effizienten Verkehr, um nachhaltige Investitionen, die für Wachstum und Beschäftigung unverzichtbar sind und zugleich die Umwelt entlasten.“

Die Beschlüsse im Überblick:

Von der EU gibt es in den Jahren 2014 bis 2020 14,946 Milliarden Euro für den Infrastrukturausbau, im wesentlichen für die umweltfreundliche Schiene. Im Vergleich zur laufenden Finanzperiode sind das um 54 Prozent mehr.

Das EU-Kernnetz ist das Ergebnis einer grundlegenden Revision der bisherigen prioritären Korridore im Transeuropäischen Netz (TEN-Verkehr). Von den nunmehr neun Verkehrskorridoren mit der größten europäischen Bedeutung verlaufen drei durch Österreich. Neben dem Brenner- und dem Donau-Korridor, die bisher schon prioritär waren, gehört jetzt auch der Baltisch-Adriatische Korridor mit der österreichischen Südstrecke dazu.

Die Kofinanzierungssätze für grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte wurden erhöht. Bisher hat die EU maximal 30 Prozent dazugezahlt, ab 2014 sind bis zu 40 Prozent möglich. Nicht grenzüberschreitende Kofinanzierung können nunmehr mit bis zu 30 Prozent (bisher 20 Prozent) kofinanziert werden.

„Für Österreich sind beide Beschlüsse mehr als erfreulich“, so die Verkehrsministerin: „Wir haben uns sehr für die Erhöhung der Mittel für den Schienenausbau in Europa eingesetzt. Und wir haben auch dafür gekämpft, daß der Baltisch-Adriatische Korridor mit unserer Südstrecke Teil des Kernnetzes wird. Heute wurde unser jahrelanger Einsatz belohnt. Alle großen österreichischen Infrastrukturprojekte sind jetzt im EU-Kernnetz verankert.“

Österreich, Europa und die Welt

Die Verkehrsministerin hält diese Weichenstellung aber auch deswegen für so wichtig, „weil die EU damit unterstreicht, daß Investitionen essentiell für die Krisenbewältigung sind“. Österreich habe diesen Weg schon länger und mit Erfolg eingeschlagen. „Man kann sich aus einer Wirtschaftskrise nicht einfach heraussparen. Nur wenn man zugleich investiert, wird man wieder zu mehr Wachstum und neuen Arbeitsplätzen kommen. Dem Ausbau der Infrastruktur kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.“

LH Kaiser: Riesenerfolg für Kärnten

Die seit langem erhoffte kräftige finanzielle Unterstützung durch die EU für den Bau der Koralmbahn ist jetzt fix. Diese erfreuliche Mitteilung machte Landeshauptmann Peter Kaiser im Zusammenhang mit dem EU-Verkehrsratsminister. „Damit wurde in Brüssel eine richtungweisende Entscheidung für den Schienenausbau in Europa und insbesondere für die Koralmbahn als Teil der neuen Südbahn und der Baltisch-Adriatischen Verkehrsachse getroffen“, betonte Kaiser. Dies bedeute, daß die EU um 54 Prozent mehr in den Ausbau von umweltfreundlicher Verkehrsinfrastruktur investiere.

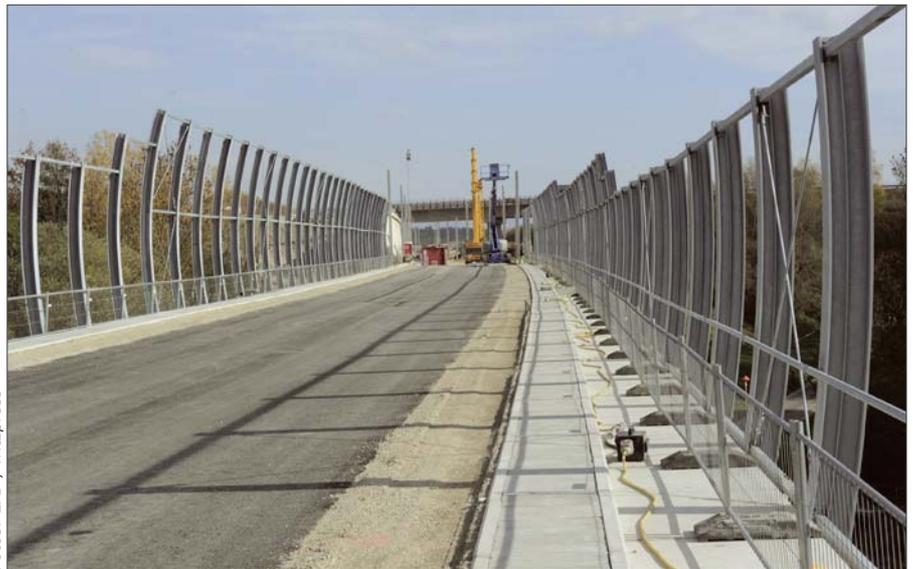
Wie Ministerin Bures sieht auch Kaiser damit einen wichtigen Schub für mehr Wachstum und Beschäftigung gegeben. „Dieser Beschluß ist jedenfalls ein Riesenerfolg und bringt großen Mehrwert für die transnationale sowie über- und interregionale Zusammenarbeit in Europa“, ist Kaiser überzeugt. Die jahrelangen gemeinsamen Bemühungen um die Aufnahme der Koralm- bzw. Südbahnstrecke ins Kernnetz hätten sich gelohnt. Der Ausbau der Schiene bedeute mehr Leistungsfähigkeit sowie auch mehr Umweltentlastung. Von der EU gibt es laut Bures in den Jahren 2014 bis 2020 14,946 Mrd. Euro für den Infrastrukturausbau, im Wesentlichen für die umweltfreundliche Schiene. Im Vergleich zur laufenden Finanzperiode sind das um 54 Prozent mehr.

Gerade in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit seien diese Mittel für Infrastrukturvorhaben eine wichtige Hilfestellung und das richtige Signal seitens der EU, so Kaiser. Es brauche neben intelligentem Sparen auch Investitionen, um mehr Wachstum und Beschäftigung zu erzielen.

Erst kürzlich ersuchte die Kärntner Landesregierung den Bund und insbesondere die zuständige Bundesministerin, „alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu ergreifen, um einerseits die für die Realisierung



Besichtigung des Koralmbahn-Bauloses Kühnsdorf – Draubrücke Stein (v.l.): Bau- u. Vermessungstechniker Manfred Ebner, Landeshauptmann Peter Kaiser, Projektleiter Klaus Berger und Gesamtkoordinator Klaus Schneider



Die Trasse auf der neuen Draubrücke bei Stein

vorhandenen europäischen Fördermittel best- und ehestmöglich auszuschöpfen und andererseits die Fertigstellung der Koralmbahn raschest denkbar und in konsequenter Weise voranzutreiben“.

Der Landeshauptmann urgiert auch die frühestmögliche Planung der Bahn im Bereich des Wörthersees. Lärm- und Anrainer-schutz seien dabei enorm wichtige Anliegen, forderte Kaiser entsprechende Investitionen. Weiters setze man sich gegenüber der Bundesregierung dafür ein, die vor Jahren getroffene Entscheidung für die Wörthersee-Trasse 2, die mit 52 Bürgerinitiativen zustandegebracht wurde, in die Ziel-Planungen der ÖBB ab 2024 bis 2040 hineinzubekommen. Wichtig sei es, die Co-Finanzierungen durch die EU auch schon für die Planungen

sowie auch für die Lärmschutzmaßnahmen zu erreichen.

„Der Ausbau der Koralmbahn bindet uns an das europäische Verkehrsnetz an, stärkt unseren Wirtschaftsstandort, schafft und sichert Arbeitsplätze, besonders im logistischen Bereich, und damit auch Wertschöpfung und Wohlstand“, unterstrich Kaiser. Das Land Kärnten habe daher seit 2004 intensive Informationsarbeit für die Baltisch-Adriatische Achse auf europäischer Ebene geleistet. In weiterer Folge hätten sich auch die anderen Regionen entlang der Achse daran beteiligt. Der Landeshauptmann dankt in diesem Zusammenhang allen Beteiligten, die sich für die Koralmbahn als Teil der Baltisch-Adriatischen Achse stark gemacht haben. ■

Erholung des Meinungsbildes zu Euro und EU-Mitgliedschaft

72 % pro EU-Mitgliedschaft – 48 % haben großes Vertrauen in den Euro – Europa hat Zukunft! Start der Informationsoffensive »Europa was ist jetzt?«

Nach rund zwei Jahren sinkenden Vertrauens in den Euro und gesteigener Skepsis gegenüber der österreichischen EU-Mitgliedschaft zeichnet sich eine Stabilisierung bzw. Erholung des Meinungsbildes der Österreicher ab. Was bleibt, ist die Kritik gegenüber dem Umgang der EU-Länder mit der „Krise“, analysiert Paul Schmidt, Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), das Ergebnis einer aktuellen ÖGfE-Umfrage.

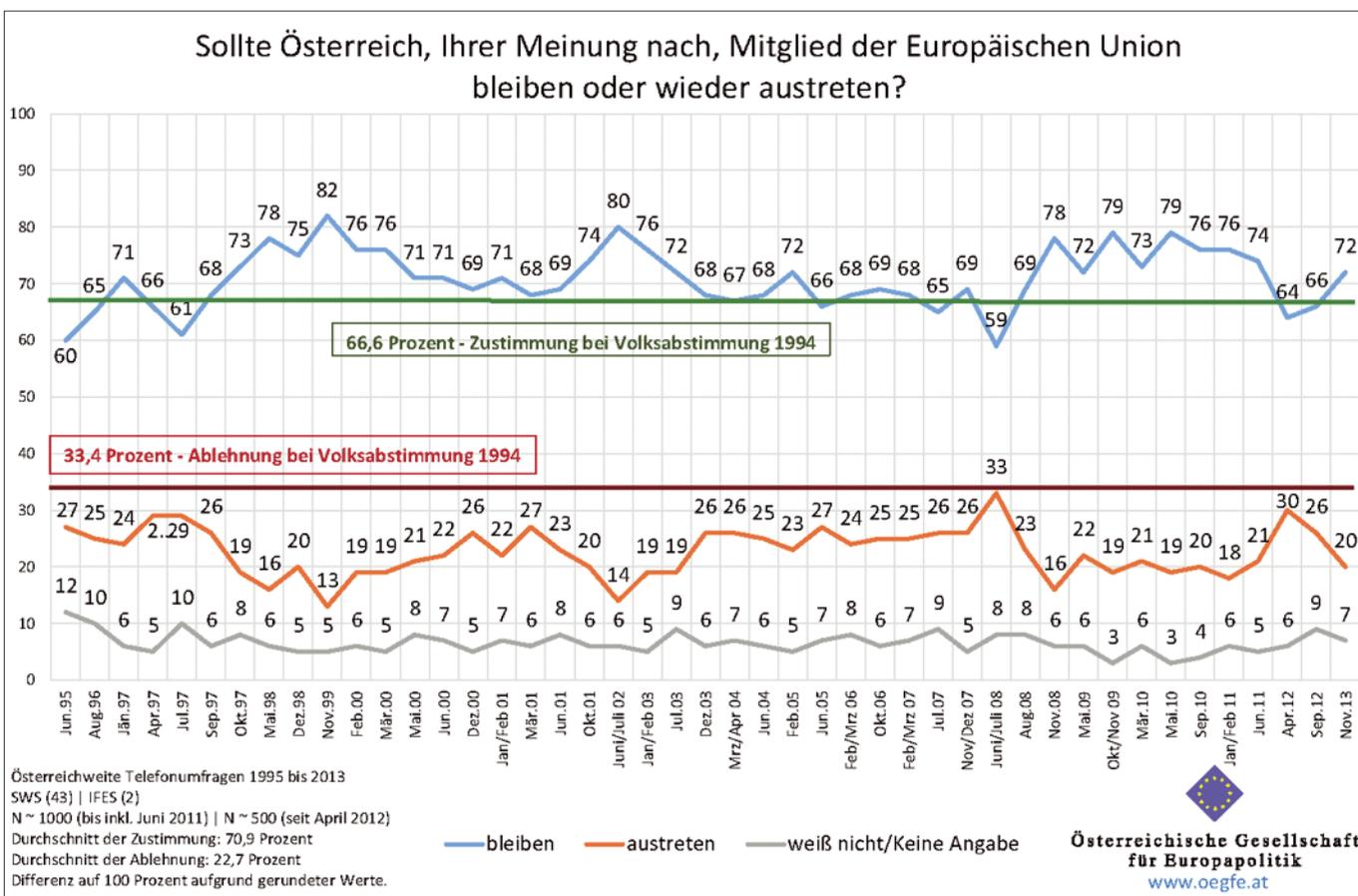
Die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft Österreichs ist seit dem letzten Jahr angestiegen. Aktuell sind 72 % der Befragten der Ansicht, daß unser Land EU-Mitglied bleiben sollte (September 2012: 66 %; April 2012: 64 %). Die Zahl jener, die einen Austritt aus der EU befürworten, ist im selben Zeitraum von 30 auf 20 % zurückgegangen (auch für alle folgenden Werte gilt: Rest auf 100 % = „weiß nicht/Keine Angabe“).

In 45 ÖGfE-Umfragen seit Juni 1995 lag die durchschnittliche Zahl der Mitgliedschaftsbefürworter bei 71 %, jene der Austrittsbefürworter bei 23 %.

„Die große Mehrheit der Österreicher sieht keine Alternative zur EU-Mitgliedschaft“, so Schmidt. „Allerdings ist die Kritik und Skepsis an manchen Entscheidungen und Entwicklungen auf EU-Ebene weiterhin nicht zu übersehen – das gilt besonders für die Zusammenarbeit der EU-Länder zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise.“ Diese wird von nur 13 % der Befragten mit den Schulnoten „sehr gut“ bzw. „gut“ (September 2012: 10 %) bewertet. 40 % stellen dem Krisenmanagement ein „befriedigend“ (2012: 39 %), 24 % ein „genügend“ (2012: 29 %) und 19 % ein „nicht genügend“ (2012: 22 %) aus. Trotz aller Skepsis steht auch der Euro als Währung weitgehend außer Diskussion: 71 % der Befragten (September 2012:

66 %) sind der Ansicht, daß die gemeinsame Währung langfristig „auf jeden Fall“ bzw. „eher schon“ Bestand haben wird („eher“ bzw. „sicher nicht“ Bestand: 26 % – September 2012: 30 %).

Das Vertrauen in den Euro war hingegen in den letzten Jahren deutlichen Schwankungen unterworfen: Nachdem die Vertrauenswerte 2011 und 2012 kontinuierlich gesunken waren, zeigen sich im heurigen Jahr Anzeichen der Stabilisierung. Aktuell sind es (wie auch im April dieses Jahres) 48 %, die ein „sehr großes“ bzw. „großes“ Vertrauen in den Euro haben (September 2012: 38 %). Die Zahl jener, die „eher/sehr geringes“ bzw. „gar kein“ Vertrauen in den Euro angaben, ist von 60 % auf 51 % zurückgegangen. „Auch wenn die aktuellen Vertrauenswerte der gemeinsamen Währung von früheren Werten noch weit entfernt sind, hat sich das Vertrauen der Österreicher in den Euro – trotz



Österreich, Europa und die Welt

seiner emotionalen Blitzableiterfunktion – wieder stabilisieren können“, so Schmidt.

»Europa wsa jetzt«

In knapp sechs Monaten sind über sechs Millionen ÖsterreicherInnen aufgerufen, ihre VertreterInnen im Europäischen Parlament für die kommenden fünf Jahre zu wählen. Österreich ist das einzige EU-Land, in dem Jugendliche bereits ab 16 Jahren wählen können. Daher haben hierzulande überdurchschnittlich viele Jung- und ErstwählerInnen die Möglichkeit, bei der Wahl zum Europäischen Parlament ihre Stimme abzugeben. Vor diesem Hintergrund startet die ÖGfE in Kooperation mit den vier österreichischen Sozialpartnern die Informationsoffensive „Europa was ist jetzt?“.

Ziel der geplanten Projekte ist es, mit der österreichischen Jugend offen und kritisch über europäische Entwicklungen zu diskutieren und sie über die Europawahl am 25. Mai 2014 zu informieren. Zentrales Element ist eine soeben dafür gegründete Facebook-Plattform. Hier soll ein lebendiger Dialog durch offene Fragen und Diskussionsbeiträge zu Europa und der Europawahl gestartet werden. Ergänzend werden eine Fotoaktion, ein Ideenwettbewerb sowie Live-Tracking bei verschiedenen Veranstaltungen organisiert.

Ab Jänner 2014 wird zusätzlich ein Tourbus Berufsschulen, überbetriebliche Ausbildungsstätten und Betriebe in ganz Österreich besuchen, um Gespräche zu EU-Themen insbesondere mit Lehrlingen zu führen. Die Tour wird in Abstimmung mit der bereits laufenden Wanderausstellung der ÖGfE „Europa – was ist jetzt?“, die in rund 130 Schulen haltmachen wird, geplant.

„Die österreichischen Sozialpartner haben beschlossen, vor allem junge Menschen verstärkt anzusprechen“, erklärte Bundesarbeitskammer-Präsident Rudolf Kaske. „Sie sollen dazu ermutigt werden, sich kritisch und fundiert zu vielen europapolitischen Themen zu äußern und sich an der Gestaltung jener Rahmenbedingungen zu beteiligen, die ihren und unseren Alltag immer mehr betreffen.“

Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl betonte: „Die Zukunftschancen der jüngeren Generation hängen maßgeblich davon ab, wie es in und mit Europa weitergeht, wo die Hälfte des österreichischen Wohlstandes erwirtschaftet wird. Klar ist, daß Europa nur dann auf Dauer stark und erfolgreich sein kann, wenn es von den Bürgerinnen und Bürgern und insbesondere der Jugend mitgetragen wird. Europa erklären und über Europa zu informieren ist daher eine Aufgabe, die uns alle angeht.“

„Mit der Dialogkampagne ‚Europa was ist jetzt?‘ tragen die heimischen Sozialpartner ihren Teil dazu bei, die Idee eines gemeinsamen Europas wieder zu stärken“, sagte Sabine Oberhauser, ÖGB-Vizepräsidentin. „Wir greifen mit vielen Projekten die Gedanken der jungen Menschen auf, wir reden mit ihnen, nicht über sie. Das ist ein wichtiger Schritt, um ihnen Europa näher zu bringen.“

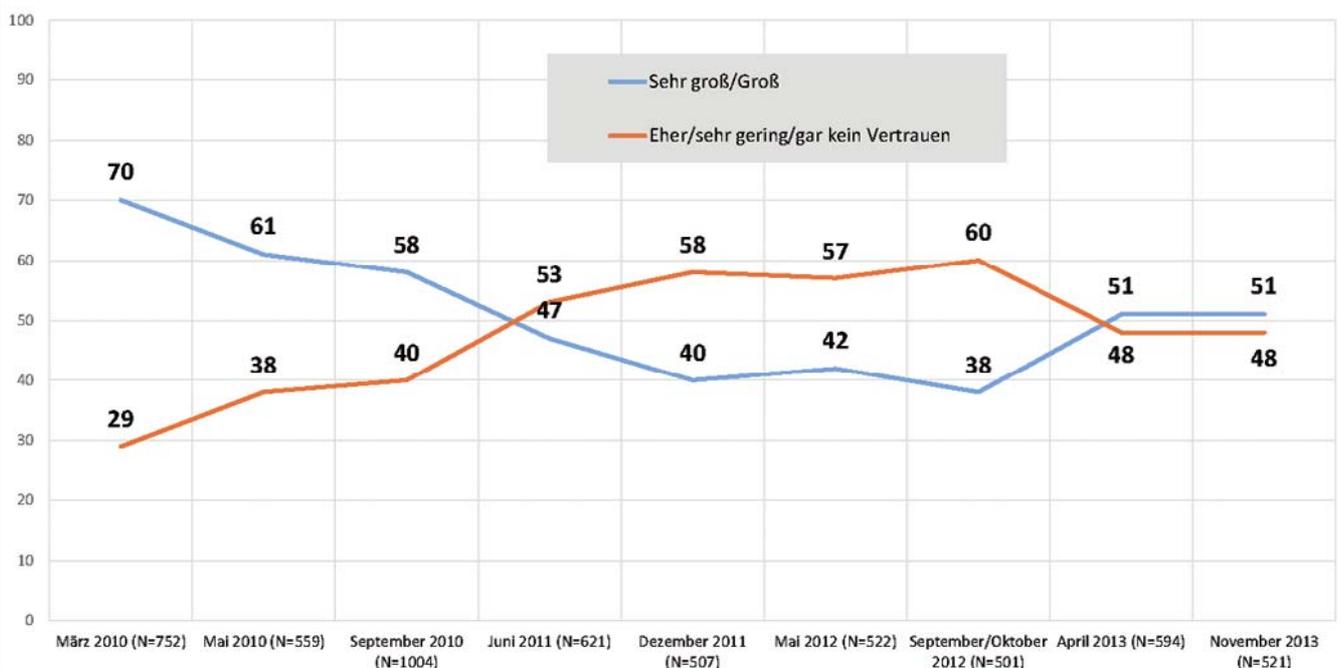
Gerhard Wlodkowski, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich, appellierte, die Chance für eine Weichenstellung bei der EU-Wahl zu nutzen, um der Jugend am Land eine positive Zukunft zu ermöglichen: „Das Europäische Parlament entscheidet mit, wie die Spielregeln für Bäuerinnen und Bauern und den ländlichen Raum aussehen. Daher ist es gerade für die Jugendlichen wichtig, aktiv an der Wahlentscheidung mitzuwirken und die konstruktiven Kräfte zu stärken.“

„Die europäische Integration lebt von Diskurs und Veränderung. Gerade in Österreich brauchen wir den Austausch von Argumenten und eine verstärkte Auseinandersetzung mit europäischen Entwicklungen – und das kontinuierlich und weit über den Wahltag hinaus“, so ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt abschließend.

<http://www.oegfe.at>

<https://www.facebook.com/wasistjetzt>

Wie groß ist Ihr Vertrauen in den Euro?



Österreichweite Telefonumfragen 2010 bis 2013 | SWS
Rest auf 100 Prozent = "weiß nicht/Keine Angabe".


Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik
www.oegfe.at

Leistbares Wohnen in Europas Städten

Resolution von 27 BürgermeisterInnen als europäischer Schulterschluss

Beim turnusmäßigen Mediengespräch am 26. November haben Wiens Bürgermeister Michael Häupl und Wohnbaustadtrat Michael Ludwig die Initiative zur „Erhaltung und den Ausbau eines sozialen und nachhaltigen Wohnbaus in Europa“ vorgestellt. Diese Resolution wurde bisher von 27 BürgermeisterInnen europäischer Städte unterschiedlicher Parteizugehörigkeit unterzeichnet. Michael Häupl, er ist auch Städtebund-Präsident, will sie „als sachlich demokratische Initiative abseits von Parteigrenzen und bei aller Befürwortung der Europäischen Union“ verstanden wissen. Häupl erläuterte: „Wir wollen keine soziale Segregation, sondern soziale Durchmischung. Alle Verantwortlichen sollten daran interessiert sein, dass es in ganz Europa für alle Menschen leistbare Wohnungen gibt.“ Ihm sei auch bewußt: „Die Lebensqualität zu erhalten und zu steigern, genügend Platz und Grünraum bereit zu stellen und das bei wachsenden Bevölkerungszahlen ist der größte Drahtseilakt der Zukunft.“

Breiter Konsens: von Amsterdam über Wien bis Zagreb

Neben Wien haben sich zum Beispiel auch die Stadtoberhäupter von Amsterdam, Berlin, Budapest, Den Haag, Dublin, Kopenhagen, Paris und Zagreb für den Erhalt sozialen Wohnbaus in Europa ausgesprochen. Sie und ihre AmtskollegInnen weiterer europäischer Städte fordern mit der verabschiedeten Resolution die Europäische Kommission auf, „die Definition des sozialen Wohnbaus sowie die Entscheidung über die Form der Bereitstellung den Mitgliedsstaaten und ihren Gebietskörperschaften zu überlassen“. Auslöser waren Beschwerden gegen Möglichkeiten sozialen Wohnbaus in Schweden, den Niederlanden und Frankreich, das habe zu diesem europäischen Schulterschluss für ein soziales Europa geführt. Damit wollen die BürgermeisterInnen Beschneidungen über Wettbewerbs- und Beihilfenrechte verhindern.

Für die Mitgliedstaaten sei es unabdingbar, die Kriterien für den sozialen Wohnbau im Sinne des Subsidiaritätsprinzips selbst festlegen zu können. Nur so könne auf regio-



Wiens Bürgermeister Michael Häupl (l.) und Wohnbaustadtrat Michael Ludwig unterstützen den europäischen Schulterschluss für sozialen Wohnbau.

nale Bedingungen und Entwicklungen reagiert werden.

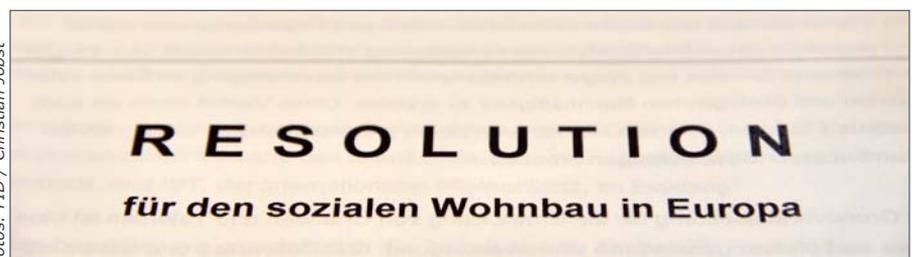
Sozialer Wohnbau mit Tradition

In Wien habe sozialer Wohnbau Tradition seit der Zwischenkriegszeit. Dieser erfolgreiche Weg abseits aller Segregation solle weiter eingehalten werden, bekräftigten Häupl und Ludwig. „In 220.000 Gemeindewohnungen leben rund eine halbe Million Wienerinnen und Wiener. Zusammen mit den rund 200.000 geförderten Miet- und Genossenschaftswohnungen leben rund 60 Prozent der Bevölkerung im geförderten Wohnbau“, bekräftigte Stadtrat Ludwig. Er betonte weiters „qualitätsvolles und leistbares Wohnen für alle Menschen zu garantieren“, sei Aufgabe sozialer Politik. Geförderter Wohnbau müsse für breite Schichten der Bevölkerung zugänglich sein und nicht auf einkommensschwache Gruppen beschränkt werden.

„Die ausreichende Bereitstellung von sozialem Wohnraum sei eine der größten Herausforderungen der Zukunft“, sagte Ludwig angesichts der wachsenden Bevölkerungszahlen mit dem Hinweis, daß Wien mittlerweile Hamburg überholt hätte und derzeit nach Berlin die zweitgrößte deutschsprachige Stadt Europas sei. Er kenne außerdem keine andere Großstadt, die so viele Wohnungen baue. Neben den Stadtentwicklungsgebieten am Rande wie in Aspern, seien auch im innerstädtischen Bereich Wohnprojekte geplant und in Bau. 2014/15 werden auch die ersten 2000 Smart-Wohnungen fertig, die aufgrund kompakter Aufteilung sehr günstige Mietpreise ermöglichen.

Im Frühjahr 2014 findet ein Treffen der BürgermeisterInnen bei EU-Kommissär Johannes Hahn in Brüssel statt. Im Zuge dessen werde die Ausstellung „90 Jahre kommunaler Wohnbau in Wien“ gezeigt. ■

Fotos: PID / Christian Jobst



Resolution für den sozialen Wohnbau in Europa

Nationalrat will EU-Kommission bremsen

Parlamentarischer Unterausschuß kritisiert zunehmende Tendenz zu »delegierten Rechtsakten«.

Für die Gesetzgebung auf EU-Ebene sind grundsätzlich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und das Europäische Parlament zuständig. Um Beschlüsse zu beschleunigen, gibt es aber schon seit jeher vom regulären Gesetzgebungsprozeß abweichende Verfahren. Vor allem bei der Implementierung neuer technischer Normen hat die Europäische Kommission weitreichende Befugnisse.

Daß sich vorrangig FachexpertInnen mit komplizierten technischen Fragen auseinandersetzen, daran hat die österreichische Politik grundsätzlich auch nichts auszusetzen. Die ParlamentarierInnen stellen aber fest, daß es eine verstärkte Tendenz zu sogenannten delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten gibt, und das ist ihnen ein Dorn im Auge. Sie fürchten um die Mitspracherechte der EU-Mitgliedsstaaten, wenn die Europäische Kommission zunehmend dazu übergeht, Rechtsakte mehr oder weniger im Alleingang zu erlassen. Zwar sind solche nur im Falle weniger wesentlicher Rechtsänderungen zulässig, was wesentlich bzw. weniger wesentlich ist, ist aber nirgends genau definiert.

Vor diesem Hintergrund hat sich der EU-Ausschuß des Bundesrats bereits am 3. Dezember verständigt, bei der Europäischen Kommission Protest gegen die Häufung delegierter Rechtsakte einzulegen, am 4. Dezember zog der EU-Unterausschuß des Nationalrats nach. In einer Mitteilung an die Kommission fordern die Abgeordneten die Europäische Kommission auf, die Anzahl der verwendeten delegierten Rechtsakte bzw. Durchführungsrechtsakte zu überdenken und zu reduzieren, bei der Vorbereitung von delegierten Rechtsakten Expertenausschüsse mit VertreterInnen der Mitgliedsstaaten vorzusehen und Vorschläge für eine alternative Behandlung von komplexen Themen zu finden. Gleichzeitig wurden die zuständigen Mitglieder der österreichischen Bundesregierung vom Unterausschuß verbindlich beauftragt, den von ihnen geäußerten Bedenken auf europäischer Ebene Nachdruck zu verleihen.

Der Beschluß im Unterausschuß fiel mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und

NEOS. Der FPÖ und dem Team Stronach gingen die beschlossene Mitteilung und die gefaßte Stellungnahme zu wenig weit, sie forderten, dem zur Diskussion stehenden Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission eine klare Absage zu erteilen, um wenigstens die „Restsouveränität“ Österreichs zu schützen.

Zweck des Verordnungsvorschlags der Kommission („Omnibus 3“) ist es, jene Regelungen in bestehenden EU-Gesetzen an



Foto: BMeiA / Ashraf

Staatssekretär Reinhold Lopatka

den Vertrag von Lissabon anzupassen, die der Kommission bestimmte Umsetzungsbefugnisse einräumen, um Basisgesetze zu konkretisieren. Damit wird das bis zum Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon geltende Komitologieverfahren abgelöst. Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sieht nun zwei Wege vor, wie der Unionsgesetzgeber der Kommission bestimmte Befugnisse bei der Umsetzung verbindlicher EU-Gesetzgebungsakten einräumen kann: delegierte Rechtsakte (Art. 290 AEUV) und Durchführungsrechte (Art. 291 AEUV).

Unter delegierten Rechtsakten versteht man eine quasi Gesetzgebung der Kommission, die auf der Basisgesetzgebung von Rat

und EU-Parlament beruht und diese ergänzt oder verändert. Eine solche Ermächtigung der Kommission ist nur bei jenen Vorschriften möglich, die als weniger wesentlich eingestuft werden. Das Mitgestaltungsrecht der Mitgliedsstaaten bei den delegierten Rechtsakten ist nun nicht mehr wie im Komitologieverfahren gegeben, dafür können aber Rat und Parlament in Zukunft jedem einzelnen von der Kommission erlassenen delegierten Rechtsakt widersprechen, ebenso können sie die Ermächtigung für einzelne Bereiche auch gänzlich widerrufen.

Anders als die delegierten Rechtsakte betreffen Durchführungsrechtsakte technische Vorschriften der Kommission, die die verbindlichen Rechtsakte näher ausführen, um eine einheitliche Durchführung durch die Mitgliedsstaaten zu gewährleisten. Damit auch hier die Kontrolle der Kommission gewährleistet ist, werden gemäß der Komitologieverordnung Ausschüsse eingesetzt, die von ExpertInnen der Mitgliedsstaaten zu beschicken sind. Diese werden in die Vorbereitung und Annahme der Kommissionsakte einbezogen.

Der Verordnungsvorschlag der Kommission sieht des weiteren vor, die Ermächtigung der Kommission in einzelnen Fällen überhaupt zu streichen.

Lopatka: EU-Kommission erhält keine zusätzlichen Kompetenzen

Wie Staatssekretär Reinhold Lopatka erläuterte, werden mit dem Verordnungsentwurf keine zusätzlichen Kompetenzen an die EU-Kommission übertragen, sondern lediglich bestehende Bestimmungen an den Vertrag von Lissabon angepaßt. Rechtspolitisch sei der Vorstoß in diesem Sinn zu begrüßen, meinte er, räumte jedoch gleichzeitig ein, daß gewisse Probleme offenkundig seien. Die Mitgliedsstaaten beharrten darauf, weiterhin die Möglichkeit von Einzelfallprüfungen zu haben, die Mitwirkung von ExpertInnen alleine reiche nicht in jedem Fall aus.

Generell bekräftigte Lopatka das Ziel der österreichischen Regierung, auf europäischer Ebene in einem Konvent darüber nachzudenken, wie man die Europäische Union

Österreich, Europa und die Welt

effizienter und handlungsfähiger machen und gleichzeitig das Subsidiaritätsprinzip stärken könne.

Abgeordnete stellen Zunahme von delegierten Rechtsakten infrage

Im Rahmen der Diskussion stellte Abgeordnete Christine Muttonen (SPÖ) infrage, ob jeder delegierte Rechtsakt sinnvoll ist. Sie gab zu bedenken, daß durch die zunehmende Übertragung von Kompetenzen an die Europäische Kommission die Intransparenz steige. Auch Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) erachtet es für notwendig, sicherzustellen, daß delegierte Rechtsakte nicht überbordend Platz greifen und dadurch nationale Rechte ausgehöhlt werden. Wenn es zu solchen Rechtsakten komme, müsse zumindest gewährleistet sein, daß die von der Europäischen Kommission beigezogenen ExpertInnen von den Mitgliedsstaaten nominiert werden.

Abgeordneter Johannes Hübner (FPÖ) sprach sich dafür aus, dem Verordnungsentwurf der Europäischen Union eine klare

Absage zu erteilen, konnte sich mit einem entsprechenden Antrag auf Stellungnahme aber nicht durchsetzen. Die von den Koalitionsparteien gesetzten Initiativen sind für ihn jedenfalls nicht ausreichend. Einzige Chance, dem zunehmendem Trend zu delegierten Rechtsakten effektiv Einhalt zu gebieten, ist für ihn eine definitive Ablehnung des Verordnungsvorschlags. Hübner kritisierte, daß das Subsidiaritätsprinzip in der EU nicht gelebt wird und die Macht der EU-Kommission stetig zunehme. Delegierte Rechtsakte widersprechen seiner Meinung nach außerdem dem Prinzip der Gewaltentrennung.

Der Kritik von Hübner schloß sich auch Abgeordneter Robert Lugar (Team Stronach) an. Alles, was auf mehr Zentralismus abziele, sei abzulehnen, bekräftigte er. Ziel müsse sein, weniger Europa und mehr Rechte für die Mitgliedsstaaten.

Unterstützt wurden die Initiativen der Koalition hingegen von den Grünen und den NEOS. Abgeordneter Werner Kogler (Grüne) betonte, daß mit der Zunahme von delegier-

ten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten das alte Problem der EU, was die mangelnde Gewaltentrennung betrifft, wiederkehre. Abgeordneter Rainer Hable (NEOS) plädierte dafür, die Europäische Union grundsätzlich neu zu ordnen und das Europäische Parlament zu einem vollwertigen Parlament zu machen. Dafür solle ein Konvent eingesetzt werden.

Zum Antrag der FPÖ merkte Hable an, es klinge klar durch, daß die FPÖ grundsätzlich skeptisch gegenüber dem europäischen Einigungsprojekt sei. Abgeordneter Amon stieß sich vor allem am Ausdruck „Restsouveränität“ und bekräftigte, daß jede Kompetenzabtretung auf EU-Ebene eine souveräne Entscheidung Österreichs sei und jederzeit wieder rückgängig gemacht werden könne. Dem hielten die FPÖ-Abgeordneten Harald Vilimsky, Barbara Rosenkranz und Johannes Hübner entgegen, daß die nationalen Kompetenzen laufend eingeschränkt würden. ■

<http://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz. Die Funktion Lopatkas als Staatssekretär endete mit der neuen Regierung.

Marokko sieht Österreich als wichtigen Partner in Europa

Marokko ist an einer Verstärkung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit Österreich interessiert und sieht Wien dabei als wichtigen Partner in Europa. Bei seinem Treffen mit Bundesratspräsident Reinhard Todt im Parlament wies der Präsident der marokkanischen Rätekommission, Mohammed Cheikh Biadillah, auf den Demokratisierungsprozeß und den wirtschaftlichen Aufschwung in seinem Land hin und sprach von einem äußerst positiven Umfeld für Investitionen in Marokko. Todt würdigte seinerseits den besonderen „marokkanischen Weg“ und wertete den Besuch vor allem auch als Gelegenheit für Österreich, aufgrund seiner Erfahrungen einen Beitrag zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Marokko zu leisten.

Cheikh Biadillah präsentierte sein Land als Drehscheibe zwischen der Europäischen Union und den Ländern südlich der Sahara und betonte, Marokko betrachte sich als Nachbar und Partner Europas. Er sprach Todt gegenüber die besondere Situation Marokkos vor dem Hintergrund des „Arabischen Frühlings“ an und meinte, durch die neue Verfassung von 2011 und den damit verbundenen Dialog mit der Gesellschaft sei es gelungen, negative Entwicklungen zu vermeiden und im Unterschied zu anderen Staaten vieles an Problemen bereits im Vorfeld aufzufangen.



Foto: Parlamentsdirektion / HBF / Julia Weichselbaum

Bundesratspräsident Reinhard Todt (l) und der Präsident der marokkanischen Rätekommission, Mohammed Cheikh Biadillah, beim Eintrag ins Gästebuch.

Die Unabhängigkeit der Justiz, die Einbindung der Opposition, die Verankerung der Gleichberechtigung der Geschlechter, die Umsetzung von „good governance“-Mechanismen sowie die Bekämpfung der Korruption seien heute die Basis für Stabilität und Prosperität in Marokko und würden ein gutes Klima für Investitionen schaffen.

Zu den bilateralen Beziehung mit Wien merkte Cheikh Biadillah an, Marokko bringe Österreich als einem Land, das allen Reli-

gionen ihre Freiheit garantiert und den Islam bereits vor mehr als 100 Jahren anerkannt hatte, größte Wertschätzung entgegen.

An dem Gespräch nahmen auch der Vizepräsident des Bundesrates, Harald Himmer, sowie der Obmann des EU-Ausschusses des Bundesrates, Edgar Mayer, teil. Die marokkanische Delegation war auch mit Mitgliedern des Außenpolitischen Ausschusses des Bundesrates zusammengetroffen. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Österreich, Europa und die Welt

»Fairer Nikolaus« für Kinder in Nicaragua

Fair-gehandelte Schokolade ist das perfekte Geschenk zum Nikolaus! Unter dem Motto „Sei so frei“ lud deshalb die Katholische Männerbewegung (KSB) rund um den 6. Dezember österreichweit dazu ein, mit der Aktion „Fairer Nikolaus“ ein Entwicklungsprojekt zu unterstützen. Konkret erhielt man für eine Spende von einem Euro eine fair gehandelte Nikolaus-Schokolade von „Sei so frei“ und half damit Kindern der Initiative „Stern der Hoffnung“ in Lateinamerika oder Afrika. Wie alljährlich unterstützte Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl auch heuer diese Spendenaktion, die 2013 Kindern in Nicaragua zu Gute kommt.

Vom Dorf Pearl Lagoon nahe der Atlantikküste Nicaraguas sind die Regionalhauptstadt und die nächsten medizinischen Versorgungsmöglichkeiten eine ganz Tagesreise mit dem Transportboot entfernt. Abgeschnitten vom „Rest der Welt“ schien an diesem Ort die Zeit lange still zu stehen. Die Familien kämpften Jahr für Jahr ums nackte Überleben. Hurrikans und Überschwemmungen vernichteten die Ernten. Unter diesen Umständen blieb ein Schulbesuch bis



Foto: blms

LH Hans Niessl (m.) mit Johann Artner (l.) und Generalsekretär Karl Woditsch

vor wenigen Jahren für die meisten Kinder ein unerreichbarer Traum. Dank des unermüdlichen Einsatzes von „Sei so frei“ hat sich das geändert, denn heute ziert eine Schule diesen Ort.

Mit der Einbindung der Eltern geht man sogar noch einen Schritt weiter: Indem sie lernen, ihre Felder biologisch zu bearbeiten, sorgen sie für die Ernährung ihrer Familien

und schützen gleichzeitig ihren Lebensraum. Der Schulbesuch ist für die Kinder zwar kostenlos, die meisten Familien können sich aber Schulkleidung, Bücher, Hefte und Stifte nicht leisten. Für eine Nikolaus-Spende von einem Euro erhält man eine fair gehandelte Nikolaus-Schokolade von „Sei so frei“ und unterstützt damit diese Eltern und ihre Kinder im Projekt „Stern der Hoffnung“. ■

Christkindl für Kinderklinik in Kuba

Das AUVA-Unfallkrankenhaus Wien Meidling spendet Krankenzimmer-Einrichtung, medizinische Geräte und ausgeschiedenes, neuwertiges OP-Material unter anderem einer Kinderklinik in Havanna. Insgesamt werden Komponenten, die die komplette Ausstattung einer Intensivstation in Kuba ermöglichen, Implantate, Betten und Nachtkästchen, die nach dem Umbau nicht mehr gebraucht werden, der Botschaft übergeben. Die Spende geht auf eine Initiative von Prim. Univ.Prof. Heinz Steltzer, Leiter des Instituts für Anästhesie und Intensivmedizin des AUVA-UKH Meidling, zurück. Der Container wurde am 12. Dezember symbolisch vom kubanischen Botschafter Juan Carlos Aguilera Marsán übernommen und ging danach sofort auf die Reise nach Kuba.

Um 8 Uhr früh startete die Beladung des Containertransports. Eine komplette Intensivstation, diverse Implantate und Krankenzimmereinrichtung gehen an eine Kinderklinik, an ein weiteres Krankenhaus sowie an ein orthopädisches Spital in Havanna.

„Der komplette Neubau der rund vor einem Jahr bezogenen neuen Intensivstation war ein wichtiger Schritt im Zuge des Umbaus des AUVA-UKH Meidling. Dabei wur-



Foto: AUVA/ Gryc

v.l.: Prim. Univ.Prof. Heinz Steltzer (AUVA-UKH Meidling), Dir.-Stv. Reinhard Minixhofer (AUVA-Landesstelle Wien) und Juan Carlos Aguilera Marsán (Botschafter Kuba)

den Krankenbetten, anderes Inventar und medizinische Geräte erneuert. Da die alte Infrastruktur noch in sehr gutem Zustand und einsatzfähig ist, haben wir uns zur Wiederverwertung entschieden und die Idee von Univ. Prof. Dr. Steltzer aufgegriffen“, sagte Reinhard Minixhofer, stellvertretender Direktor der AUVA-Landesstelle Wien.

Prim. Steltzer ist seit Jahren in einer medizinischen Kooperation mit kubanischen

Ärzten und dem Verein Buena Vista in der Kuba-Hilfe engagiert. „Kuba hat ausgezeichnet ausgebildete Ärzte. Leider fehlt es an allen Ecken und Enden an der medizinischen Infrastruktur und an Inventar. Meine kubanischen Freunde freuen sich schon sehr auf unseren Container, der direkt Hilfe und Verbesserungen für die kleinen und großen Patienten bringen wird“, ergänzt Steltzer. ■

<http://www.auva.at>

Botschafter Linhart ist neuer Generalsekretär des BMeiA

Mit 3. Dezember übernahm Botschafter Michael Linhart die Funktion des Generalsekretärs des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA). Er folgt in diesem Amt seinem Vorgänger, Botschafter Johannes Kyrle, nach, der von Außenminister Michael Spindelegger mit dem Großen Silbernen Ehrenzeichen mit Stern für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet wurde.

Zuletzt leitete Botschafter Linhart im Außenministerium die Sektion für Entwicklungszusammenarbeit und internationale Entwicklungspolitik. Gerade im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit hat Linhart langjährige Managementenerfahrung. Von 2003 bis 2007 war er der erste Geschäftsführer der damals neu gegründeten Austrian Development Agency (ADA). Die Agentur der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist für die Umsetzung bilateraler Programme und Projekte verantwortlich und verwaltet das dazugehörige Budget.

Linhart blickt auf eine langjährige Auslandserfahrung zurück, unter anderem in Äthiopien und Kroatien. In Syrien (2000-2003) und Griechenland (2007-2012) war er österreichischer Botschafter.

Der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten leitet die für zentrale Angelegenheiten zuständige Sektion. Er ist als



Foto: BMeiA / Minoritenplatz 8

v.l.: Außenminister Michael Spindelegger, der bisherige Generalsekretär des BMeiA, Johannes Kyrle, Staatssekretär Reinhold Lopatka und der nunmehrige Generalsekretär des BMeiA, Michael Linhart nach der Ehrenzeichen-Verleihung

höchster Beamter des Außenministeriums für die zusammenfassende Behandlung aller Agenden des Ministeriums – sowohl in politischen als auch in organisatorischen Fragen – verantwortlich. Aufgrund seiner Funktion ist der Generalsekretär auch Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates, also dem Gremium, das die Bundesregierung in allen grundsätzlichen Angelegenheiten der Außen-

Sicherheits- und Verteidigungspolitik berät. Außerdem steht er an der Spitze des Kuratoriums der diplomatischen Akademie, das die wirtschaftliche, strategische und inhaltliche Leitung dieser Institution überprüft.

Der 55jährige Diplomat ist ausgebildeter Jurist und stammt aus Vorarlberg, er ist verheiratet und ist Vater von drei Kindern. ■

<http://www.bmeia.gv.at>

Delegation aus Guizhou zu Besuch in der Grazer Burg

Am 28. November hat Steiermarks Landeshaupmann Franz Voves in der Grazer Burg eine Delegation aus der chinesischen Partnerprovinz Guizhou empfangen. Sie wurde angeführt von Jun Li, dem Minister der Regierung in der Region Guizhou. Initiiert wurde dieser Besuch von Gerd Kaminski, dem geschäftsführenden Präsidenten der Österreichischen Gesellschaft für Chinaforschung (ÖGCF). Auch der Präsident des Landtages Steiermark, Franz Majcen, und seine Stellvertreterin Ursula Lackner haben die Gäste begrüßt.

Voves war selbst vor zwei Jahren in der chinesischen Provinz zu Gast: „Wir waren beeindruckt zu sehen, daß China nicht nur an der Ostküste ein rasantes Wachstum aufweist, sondern auch im Südwesten.“ Man sei „sehr glücklich, als kleine Region mit Guizhou direkt Kontakt zu haben und diese Kooperation hat ja auch schon einiges an spannenden Projekten und Geschäftsbeziehungen zustande gebracht.“

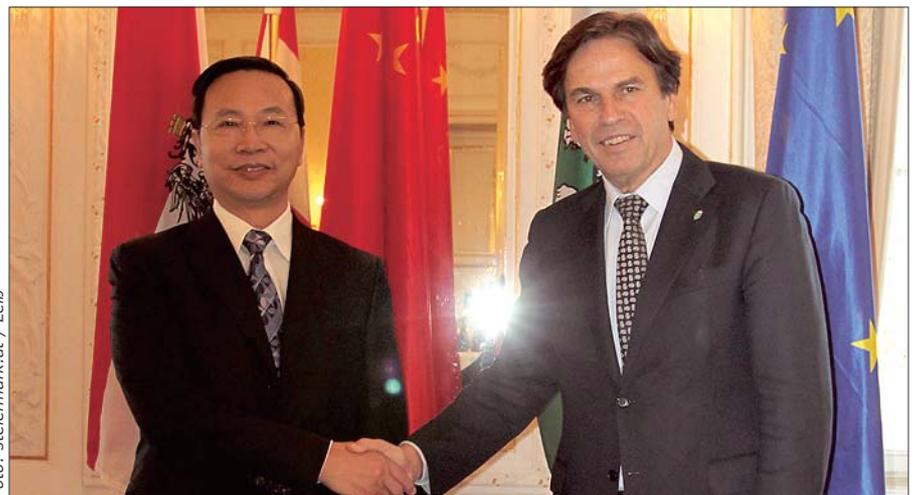


Foto: steiermark.at / Leiß

Regionalminister Jun Li und LH Franz Voves

Jun Li bedankte sich für die Gastfreundschaft: „Wir wollten schon lange einmal in die Steiermark kommen. Ich bin froh, daß es endlich geklappt hat. Dieser Besuch ist für uns ein sehr guter Lernprozeß, wir können noch viel von der Steiermark lernen.“

Die Österreichisch-Chinesische Gesellschaft vermittelt seit den 80er-Jahren Kontakte vor allem aus Guizhou in die Steiermark. Seit 1986 wurden zahlreiche Projekte mit der Region Guizhou abgewickelt. ■

<http://www.oegcf.com>

Enge tschechisch-österreichische Beziehungen

An die zuletzt intensivierte Zusammenarbeit Österreichs mit der Tschechischen Republik im Hochschul- und Forschungsbereich knüpfte am 10. Dezember das Arbeitsgespräch von Wissenschafts- und Forschungsminister Karlheinz Töchterle mit seinem tschechischen Amtskollegen an: Dalibor Stys war im Ministerium zu Gast, um weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten. Weiters absolvierte der tschechische Minister für Schulwesen, Jugend und Sport ein umfassendes Besuchsprogramm, um sich an Hochschulen selbst ein Bild der österreichischen Wissenschafts- und Forschungslandschaft zu machen. „Die engen Beziehungen kommen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern beider Länder zugute, können sie ihre Expertise doch in gemeinsamen Projekten bündeln. Auch Studierende und Lehrende profitieren vom regen Austausch“, so Töchterle.

Themen des Arbeitsgesprächs der beiden Minister waren u.a. die nochmalige Bekräftigung beider Seiten betreffend der im Jahre 2014 anstehenden Verlängerung der „Aktion Tschechische Republik – Österreich“, die bereits 20 Jahre sehr erfolgreich läuft, sowie die stärkere Vernetzung der Hochschulen untereinander, die sich in Österreich im Hoch-



Foto: BMWF / Willy Haslinger

Minister Karlheinz Töchterle (r.) und sein tschechischer Amtskollege Dalibor Stys

schulplan und der 2012 neu gegründeten Hochschulkonferenz widerspiegelt.

Im Wintersemester 2012/2013 studierten rund 770 TschechInnen an österreichischen Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten, der Großteil von ihnen an der Universität Wien, der Wirtschaftsuniversität Wien und der Technischen Universität Wien. Derzeit sind 26 interuniversitäre Kooperationsabkommen zwischen tschechischen und

österreichischen Hochschulen gemeldet, etwa das grenzüberschreitende österreichisch-tschechische Forschungszentrum von der JKU Linz und der Universität Budweis. Kooperationen gibt es auch mit acht österreichischen Fachhochschulen, ebenso haben sich der Wissenschaftsfonds FWF und die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) mit tschechischen Partneereinrichtungen vernetzt. ■

Internationales Hochschultreffen an der FH St. Pölten

Unter dem Titel „European Project Semester“ bieten 14 europäische Universitäten ihren Studierenden eine projektorientierte und interdisziplinäre Ausbildung an. Seit Kurzem nimmt auch die Fachhochschule St. Pölten an diesem Programm teil. Der erste Kurs in St. Pölten soll 2014 stattfinden. In den europäischen Projektsemestern arbeiten Studierende für ein Semester in Kleingruppen an interdisziplinären Projekten und sammeln dadurch wichtige Erfahrungen für das spätere Berufsleben. Am 5. und 6. Dezember trafen sich VertreterInnen jener Universitäten, die dieses Programm anbieten, an der FH St. Pölten, um Strukturen, Fördermöglichkeiten, Organisationsformen und Werbemaßnahmen für Programm und Konsortium zu diskutieren.

Die Projektsemester an den Hochschulen finden derzeit zu den folgenden Schwerpunkten statt: Mechanik, Elektrotechnik, Energie und Umwelt, Medientechnik, Management und Marketing. Die FH St. Pölten ist der neueste Partner des Konsortiums, das European Project Semester soll dort erstmals

im Herbst 2014 im Bachelorstudiengang Medientechnik im fünften und sechsten Semester durchgeführt werden.

Neue Chancen für Studierende

„Der Studiengang Medientechnik bietet den Studierenden ein praxisbezogenes Studium mit internationaler Anerkennung. Das europäische Projektsemester berücksichtigt diese beiden Aspekte. Zusätzlich ergeben sich für die Studierenden mit diesem neuen Partnernetzwerk neue Möglichkeiten, ein Semester im Ausland zu studieren“, sagt Alois Frotschnig, Leiter des Departments Technologie und des Studiengangs Medientechnik.

Die Hochschulen bieten das European Project Semester nach bestimmten Standards an und treffen sich als Konsortium in regelmäßigen Abständen. Zu dem Treffen an der FH St. Pölten kamen VertreterInnen von 14 Universitäten aus den Ländern Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien und Spanien. Unter den TeilnehmerInnen waren EPS-Koordinatoren, Pro-

fessoren und Vertreter der internationalen Büros der Hochschulen.

Begleitet wurde das Programm des Treffens mit einem Empfang im Cityhotel, einem Heurigen-Besuch im Jochrisihof und einem Ausflug zum Adventmarkt beim Schloß Grafenegg sowie einem festlichem Abendessen im Restaurant Mörwald.

<http://www.europeanprojectsemester.eu>

Jörgen Hansen von der Technischen Universität Dänemark und FH-Departmentleiter Alois Frotschnig waren am 5. Dezember zu Gast bei Anna Michalski beim Campus Talk im campus & city radio CR94.4 der FH St. Pölten. Die gesamte Sendung nachhören können Sie auf Soundcloud:

<https://soundcloud.com/fhstp/sets/campus-talk-zu-european>

Die Fachhochschule St. Pölten ist Anbieterin praxisbezogener und leistungsorientierter Hochschulausbildung in den Themengebieten Medien, Informatik, Verkehr, Gesundheit und Soziales. In mittlerweile 16 Studiengängen werden rund 2000 Studierende betreut. ■

<http://www.fhstp.ac.at>

Auslandsösterreicher-Weltbund tagt 2015 in Kärnten

Der Weltbund der Auslandsösterreicher (AÖWB) wird 2015 seine große Weltbund-Tagung in Kärnten abhalten. AÖWB-Präsident Gustav Chlestil machte am 10. Dezember seinen Antrittsbesuch bei Landeshauptmann Peter Kaiser und informierte ihn über das geplante Treffen sowie über die Ziele des Weltbundes.

Der AÖWB versteht sich als gemeinnütziger und überparteilicher Dachverband sowie Serviceorganisation der im Ausland bestehenden ÖsterreicherInnen-Vereinigungen und im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen. Er möchte eine Steigerung der Eintragungen in die Wählerverzeichnis auf 100.000 erreichen, um die Position der AuslandsösterreicherInnen innerhalb der demokratiepolitischen Entscheidungen in Österreich zu stärken. Nahezu 500.000 PaßösterreicherInnen und rund eine Million „HerzensösterreicherInnen“, die über keinen österreichischen Paß verfügen, leben über die ganze Welt verstreut. In diesem Zusammenhang spricht man auch gern vom „zehnten Bundesland“.

Der Landeshauptmann begrüßte die Entscheidung, die Weltbund-Tagung in Kärnten durchzuführen, und sagte dem AÖWB-Präsidenten seine Unterstützung zu. „Kärnten



Foto: Büro LH Kaiser

Landeshauptmann Peter Kaiser (r.) empfängt AÖWB-Präsident Gustav Chlestil

freut sich, wenn die Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher hier zu Gast sein werden“, sagte Kaiser. Der Weltbund vertrete Österreich in aller Welt und präsentiere überall Rotweißbrot in vorbildhafter Weise.

Kärnten setze auf den Ausbau von internationalen Beziehungen und die ÖsterreicherInnen in aller Welt seien dabei überaus

wertvolle und wichtige Vermittler und Brückenbauer, sagte der Landeshauptmann und informierte über Kärnten und seine grenzüberschreitenden, interregionalen Aktivitäten und Zielsetzungen.

Die Weltbund-Tagung 2014 wird in Niederösterreich abgehalten werden. ■

<http://www.weltbund.at>

<http://www.austrians.org>

Türkischer Generalkonsul zu Antrittsbesuch bei LH Wallner

Am 3. Dezember begrüßte Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner den neuen Generalkonsul der Republik Türkei für Vorarlberg, Cemal Erbay, zu dessen Antrittsbesuch im Landhaus. Wirtschaftliche und kulturelle Themen sowie Fragen der Integration wurden besprochen.

Die Zahl türkischer StaatsbürgerInnen, die in Vorarlberg leben, liegt aktuell bei etwa 13.500 und ist in den letzten Jahren leicht rückgängig. Das Generalkonsulat in Bregenz als Vertretungsorgan und Ansprechpartner für türkische Staatsangehörige besteht seit 1974.

Auch die Lebensumstände der vielen Menschen mit türkischer Herkunft, die in zweiter und dritter Generation in Vorarlberg leben, sind für das Konsulat natürlich von Interesse. Beim Gespräch mit Generalkonsul Cemal Erbay hob Landeshauptmann Markus Wallner die vielfältigen Initiativen hervor, die das Land mit Blick auf eine gelingende Integration türkischstämmiger MitbürgerInnen seit Jahren setze. „Sprache und Bildung sind die Grundvoraussetzungen für Integration und für die Teilhabe am gesellschaft-



Foto: Land Vorarlberg

LH Wallner Markus (r.) begrüßt Generalkonsul der Republik Türkei, Cemal Erbay.

lichen Leben. Das Land engagiert sich bei der sprachlichen Frühförderung und bei Sprach- und Bildungsprojekten und setzt sich für gleichwertige Chancen am Arbeitsmarkt ein“, so der Landeshauptmann. „Wir

nehmen in den letzten Jahren verstärkt wahr, daß Eltern mit Migrationshintergrund ihren Pflichten nachkommen und dem Bildungserfolg ihrer Kinder die bestmögliche Aufmerksamkeit schenken“, ergänzte Wallner. ■

Österreich, Europa und die Welt

»Christkindl aus der Schuhschachtel«

200.000 Weihnachtspakete in 13 Jahren – das ist die beeindruckende Bilanz der Weihnachtsaktion der OÖ. Landlerhilfe „Christkindl aus der Schuhschachtel“. Über 350 oberösterreichische Schulen und Kindergärten mit 20.000 SchülerInnen bzw. Kindergartenkindern mit ihren Familien, hunderte Lehrkräfte, KindergärtnerInnen, viele EinzelaktivistInnen und zahlreiche SponsorInnen haben sich heuer beteiligt. Sie haben dafür gesorgt, daß kurz vor Weihnachten über 21.000 Weihnachtspakete an die Nachfahren der vor rund 240 Jahren ausgewanderten AltösterreicherInnen in den ukrainischen Waldkarpaten verteilt werden können.

Landeshauptmann Josef Pühringer hat den Fahrzeug-Konvoi am 11. gemeinsam mit VertreterInnen des Oö. Landtags offiziell vor dem Linzer Landhaus verabschiedet. „Die Weihnachtsaktion der OÖ. Landlerhilfe ist mittlerweile fester Bestandteil der Tradition humanitärer Hilfe aus unserem Bundesland“, so Pühringer. „Damit schenken auch heuer wieder Kinder aus Oberösterreich Kindern in der Ukraine über 21.000 Mal Weihnachtsfreude. Die Landlerhilfe, aber auch alle, die den Konvoi begleiten, ein Fahrzeug zur Verfügung stellen oder sich mit der Spende



Foto: Land OÖ / Grinberger

Landlerhilfe-Obfrau Andrea Hettich (ganz links), VertreterInnen der OÖ. Landlerhilfe, SchülerInnen der VS St. Thomas bei Waizenkirchen und der NMS Europaschule Linz, VertreterInnen des Oö. Landtags und LH Josef Pühringer

eines Packerls beteiligt haben, sind damit Botschafter der Mitmenschlichkeit aus unserem Bundesland. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich.“

140 ehrenamtliche FahrerInnen machten sich mit 60 Fahrzeugen auf die über 2300 Kilometer lange, anstrengende Reise ins ukrainische Theresiental rund um die Landler-

dörfer Königsfeld und Deutsch-Mokra. Die liebevoll verpackten Geschenke enthalten Hygieneartikel, Süßigkeiten, Schul- und Spielsachen und werden in dem entlegenen Tal bis Weihnachten an Familien, Kindergärten, Schulen, Pfarren und offizielle VertreterInnen übergeben.

<http://www.landlerhilfe.at>

Musik als gemeinsame Sprache



Foto: Land OÖ / Stinglmayr

Die TeilnehmerInnen eines Comenius-Projekts aus Spanien, Portugal, Italien, Finnland, den Niederlanden und Oberösterreich

Landeshauptmann Josef Pühringer begrüßte am 29. November die TeilnehmerInnen eines internationalen Austausch-Projektes zwischen Grundschulen in ganz Europa im Linzer Landhaus.

An einem europäischen Comenius-Projekt mit dem Titel „Music – a language that unifies“ nahm die Europaschule Linz, Praxisvolksschule der Pädagogischen Hoch-

schule OÖ in der Lederergasse, teil. Von 27. November bis 1. Dezember besuchten dabei 15 LehrerInnen und 10 SchülerInnen aus den Partner-Grundschulen in Spanien, Portugal, Italien, Finnland und den Niederlanden die oö. Landeshauptstadt. Die VolksschülerInnen aus Oberösterreich bereisen Europa und besuchen die Partnerschulen.

„Die europäische Idee in den Köpfen und

vor allem den Herzen der Menschen zu verankern, damit kann nicht früh genug begonnen werden“, freute sich Pühringer über die Begeisterung, mit der die VolksschülerInnen und ihre LehrerInnen bei diesem internationalen Austauschprojekt dabei sind. Die Musik eigne sich dabei besonders gut, um über alle Sprachbarrieren hinweg zusammen zu finden.

Wien zeichnete ehemalige Generalsekretäre des RGRE aus

Am 9. Dezember überreichte Wiens Bürgermeister Michael Häupl im Rahmen der Donauraum-Konferenz im Wiener Rathaus Elisabeth Gateau und Jeremy Smith, ehemalige Generalsekretärin/ehem. Generalsekretär des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Die im Jahr 1990 zum ersten Mal gewählte RGRE-Generalsekretärin Elisabeth Gateau hatte diese Position bis ins Jahr 2002 inne. In dieser Funktion unterstützte sie maßgeblich die Aktivitäten des österreichischen Städtebundes im Rahmen des LOGON-Projektes. Dieses Projekt hatte das Ziel, die Städte- und Kommunalverbände der damaligen Kandidatenländer bei den EU-Beitrittsverhandlungen zu begleiten und die lokalen Gebietskörperschaften auf die EU-Mitgliedschaft vorzubereiten. Diese bedeutende Initiative war auch einer der Schwerpunkte bei der Südost-Konferenz des Städtebundes im Jahr 2005 in Wien.

Jeremy Smith hatte in seiner Funktion als Generalsekretär des RGRE von 2002 bis 2009 maßgeblich das Zustandekommen der Charta für die kommunalen öffentlichen Dienstleistungen, die im wesentlichen aus seiner Feder stammt und 2009 veröffentlicht wurde, bewirkt. Ein besonderes Anliegen war ihm die Unterstützung der Verbände in



Foto: PID / Ismail Gökmen

Elisabeth Gateau und Jeremy Smith mit den soeben von Bürgermeister Michael Häupl verliehenen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien

den Osteuropäischen und Südosteuropäischen Ländern, was unter anderem auch durch seine aktive Rolle bei den beiden Konferenzen in Wien in den Jahren 2005 und 2008 zur Geltung kam.

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist eine europaweite Organisation der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften. Bürgermeister Häupl, zwischen 2004 und 2010 Präsident des RGRE, betonte, daß „der RGRE heute eine

starke Stimme für die 150.000 kommunalen Gebietskörperschaften in ganz Europa ist und sich durch positives Lobbying für Städte und Gemeinden gegenüber den EU-Institutionen einsetzt“. Die Geehrten hätten durch ihr großes Engagement, ihr diplomatisches Geschick und ihren Einsatz für kommunale und regionale Anliegen wesentlich dazu beigetragen, daß der RGRE heute ein anerkannter Partner der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments ist. ■

Hochrangige pakistanische Beamtendelegation zu Gast in Wien

Eine hochrangige Delegation aus Pakistan, darunter der Dekan der pakistanischen National School of Public Policy (NSPP), Ahmed Iftikhar, und zahlreiche nationale SpitzenbeamtenInnen aus dem Verwaltungs- und Sicherheitsbereich, besuchten am 3. Dezember das Rathaus, um sich über das Best Practice Modell Wien in Bereichen wie Internationalisierung, Verwaltung, Stadtentwicklung, Verkehrsplanung sowie Energiestrategien zu informieren.

Nach einer Einleitung seitens Andreas Launer (Stabstellenleiter Magistratsdirektion – Europa und Internationales) zur internationalen Positionierung Wiens präsentierten ausgewiesene ExpertInnen der Stadtverwaltung – Angelika Winkler (Stv. Leiterin MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung), Harald Reichl (Magistratsdirektion Strategische Energieangelegenheiten) sowie Richard Tekula (Magistratisches Bezirksamt 2) – der Delegation Wiener Lösungen, Projekte und Strategien in allen relevanten Gebieten. Die



Foto: PID

Pakistanische SpitzenbeamtenInnen treffen auf Wiener Top-ExpertInnen

DelegationsteilnehmerInnen zeigten sich nach einem einwöchigen Aufenthalt, während dem auch Termine auf Bundesebene und Exkursionen in die Bundesländer auf dem Programm standen, äußerst beeindruckt vom heimischen Know-how in Fragen der

öffentlichen Verwaltung. Wien zählt dank seiner internationalen Reputation als exzellent gemanagte Stadt und seiner zukunftsweisenden urbanen Strategien seit Jahren zu den bevorzugten Destinationen für Studienprogramme der NSPP. ■

»Nittel Award« an Anton Pelinka

Die Österreichisch-Israelische Gesellschaft vergab ersten den Heinz Nittel Award an den Wissenschaftler und Direktor des Wiener Instituts für Konfliktforschung.



Foto: ÖIG

Bezirksvorsteher aD Richard Schmitz (l.) und Anton Pelinka

Im Rahmen ihres fulminanten Festaktes zum 50jährigen Bestehen der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft (ÖIG) in den historischen Räumen der Oesterreichischen Nationalbank vergab die ÖIG am 19. Dezember den ersten „Heinz Nittel Award“. Im vollbesetzten Saal der Notenbank und in Anwesenheit zahlreicher Prominenz aus Politik, Wissenschaft, Kunst und Kultur, mit den Mitgliedern aus ganz Österreich und Delegationen aus 15 europäischen Ländern mit ähnlichen Freundschaftsgesellschaften, beleuchtete Prof. Anton Pelinka die komplexe Beziehung der beiden Länder, die nicht zuletzt auf der Tatsache fußt, daß viele Israelis vertriebene Österreicher sind, sodaß das Augenmaß des Blickes auf das jeweilige andere Land ganz speziell ist.

Die ÖIG hat sich zum Ziel gesetzt Menschen auszuzeichnen, die sie als Brückenbauer zwischen den beiden Ländern sieht.

Der Award wurde von dem Künstlerpaar Bele Marx und Gilles Mussard (Atelier Photoglas) geschaffen und beinhaltet eine Aussage des ermordeten Präsidenten Heinz Nittel, der als Lokalpolitiker immer ein Mann der Tat war: „Ich will nicht wissen, was nicht geht, sondern wie es gehen wird!“

Bele Marx und Gilles Mussard machten schon mit ihrer Arbeit über den Siegfriedkopf in der Universität, ein Pilgerort der rech-

ten Gruppen, aufmerksam, in dem sie den Kopf kippten, ins rechte Eck des Universitäts Hofes stellten und mit Glas ummantelten.

Über das 50-Jahr-Jubiläum berichten wir in der Ausgabe 127, die ab dem 30. Jänner 2014 verfügbar sein wird. Die ÖIG hat uns den Text des Vortrags von Prof. Anton Pelinka zur Verfügung gestellt, den wir Ihnen hier im Wortlaut zur Lektüre anbieten können:

Anton Pelinka: Österreich – Israel

Die Beziehungen zwischen Israel und Österreich sind nicht so, wie die Beziehungen zwischen zwei annähernd gleich großen Staaten in relativ weit entfernten Regionen sein könnten. Die österreichisch-israelischen Beziehungen sind kompliziert – belastet von einer Geschichte, die höchst unterschiedlich interpretiert wird und aus der auch höchst unterschiedliche Konsequenzen gezogen werden.

Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten und, mehr noch, den beiden Gesellschaften – also den Menschen, die in den beiden Staaten leben – entsprechen nicht dem, was man einen „mainstream“ nennen könnte; einer Normalität, die zwischen Staaten herrscht, die miteinander keine unmittelbar brennenden Konflikte haben. Österreichs Be-

ziehungen mit Neuseeland sind normal – Österreichs Beziehungen mit Israel und Israels Beziehungen mit Österreich sind in diesem Sinne nicht im „mainstream“.

Daß die Beziehungen – trotz aller diplomatischen Normalität – nicht normal sind, das hat seine guten und das hat seine schlechten Seiten. Gut ist, daß das Verbindende der Geschichte eine Verantwortlichkeit begründet, die nach langem, Jahrzehnte währendem Zögern auch von österreichischer Seite quasi offiziell akzeptiert wird.

Gut ist, daß die kulturellen Verbindungen, entstanden durch Emigration, Flucht und Vertreibung von Menschen aus Österreich weiter wirken – im Sinne kultureller, wissenschaftlicher, humanitärer, wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Schlecht ist, daß es einer auf den ersten Blick nicht nachvollziehbare Neigung zum Moralisieren gibt, von der die Beziehungen belastet werden. Und diese Neigung gibt es auf beiden Seiten – wenn sie auch auf der österreichischen Seite geradezu bizarre, höchst irrationale, politisch sehr unerfreuliche Aspekte angenommen hat.

Israel ist für Österreich kein normaler Staat. Israel ist der Staat, der ohne den Holocaust nicht vorstellbar wäre. Israel ist der Staat, der auch von Österreicherinnen und Österreichern mitgestaltet wurde. Daß diese auch und wesentlich vom Judenhaß anderer Österreicherinnen und Österreicher vertrieben waren, begründet eine eigenartige Überreaktion von österreichischer Seite. Diese Überreaktion führt dazu, daß Israel, daß die israelische Gesellschaft und Politik an intellektuell unhaltbaren, intellektuell nicht nachvollziehbaren Maßstäben gemessen und moralisch beurteilt werden.

Wäre Israel für Österreich ein Normalstaat, dann wäre es selbstverständlich, daß konkrete Kritik an bestimmten Maßnahmen der israelischen Regierung oder an Befindlichkeiten der israelischen Gesellschaft sich nicht ständig um den Nachweis bemühen müßten, nicht von antijüdischen, antisemitischen Motiven geleitet zu sein. Und, vor allem: Wäre Israel für Österreich ein Staat wie alle anderen auch, würde dieser Staat von österreichischer Seite nicht mit einer beckenmessenden Peinlichkeit einer Kritik unter-

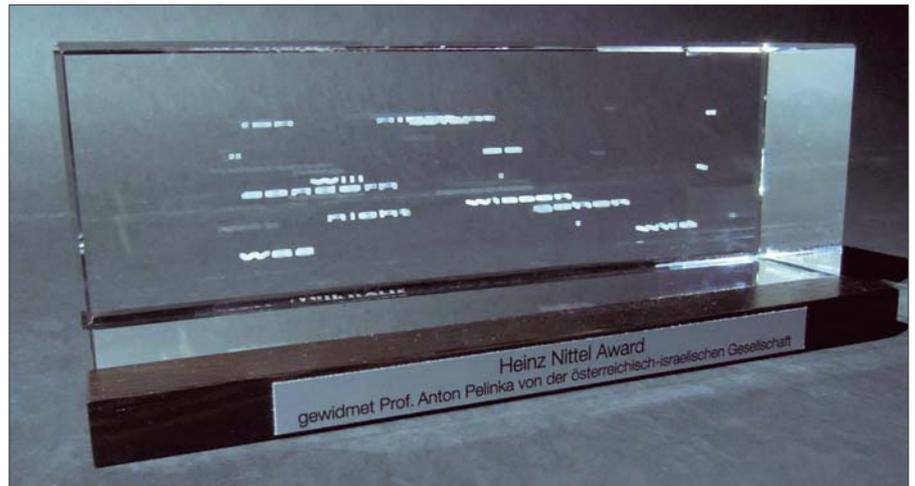
Österreich, Europa und die Welt

zogen werden, deren Maßstäbe für andere Staaten dieser Region, ja dieser Welt so nicht gelten.

Wäre Österreich für Israel ein Normalstaat, dann hätte die Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten, 1986, zu keinem diplomatischen Boykott führen müssen: Was kümmert es Israel, wer Präsident von Peru ist, welche moralisch-ethischen Schwachpunkte in der Vergangenheit dieses Präsidenten existieren, die zu kritisieren wären? Wäre Österreich für Israel ein Normalstaat, dann müßte die Einbindung einer rechtsextremen und fremdenfeindlichen Partei in die Regierung nicht der Anlaß für eine abermalige diplomatische Eiszeit sein – wie zwischen 2000 und 2006. Wenn in Norwegen eine solche Partei den Regierungskurs mitbestimmt, dann reagiert Israel anders als wenn dies in Österreich der Fall ist.

Und das ist natürlich erklärbar. In der Geschichte Perus ist nichts von einer Verfolgung von Juden bekannt, einer Verfolgung, die zur Zeit des spanischen Kolonialreiches über die antijüdischen Maßnahmen der spanischen Könige hinausgegangen wäre oder die zu antijüdischen Maßnahmen im nachkolonialen Peru geführt hätte. Die Verfolgung, Beraubung, Vertreibung, Vernichtung des österreichischen Judentums erklärt die besondere Sensibilität Israels in Sachen Österreich. Und Norwegen? Das Land kann sich, anders als Österreich, auch heute überzeugend als Opfer des nationalsozialistischen Deutschland sehen – eine Sichtweise, die Österreich für seine Rolle zwischen 1938 und 1945 (vertreten durch Franz Vranitzky, Thomas Klestil und andere Repräsentanten) spät, aber doch aufgab, aufzugeben hatte.

Kritik an Israel ist legitim. Israel ist, gerade wenn man sich bemüht, Israel als Normalstaat zu sehen, nicht frei von Fehlentwicklungen; Israel steht nicht über der internationalen Kritik. Aber in Österreich wird Israel an Maßstäben gemessen, die nur für Israel zu gelten scheinen. Demokratiedefizite in Israel? Darüber kann, darüber muß gesprochen werden. Aber dann muß auch erwähnt werden, daß arabische Bürgerinnen und Bürger des Staates Israel – etwa in Nazareth – mehr demokratische Freiheiten genießen können als in fast allen anderen Staaten des arabischen Raumes. Die durchaus problematische Besatzungspolitik Israels auf der Westbank, die vor allem als Hindernis auf dem Weg zu einer Zweistaatenlösung kritisiert werden kann und wohl auch kritisiert werden soll? Aber wie steht es mit einer kritischen Betrachtung der skandalösen Menschen-



Der Award wurde von dem Künstlerpaar Beate Marx und Gilles Mussard (Atelier Photoglas) geschaffen und beinhaltet eine Aussage des ermordeten Präsidenten Heinz Nittel, der als Lokalpolitiker immer ein Mann der Tat war: »Ich will nicht wissen, was nicht geht, sondern wie es gehen wird!«



Fotos: ÖJG

rechtssituation in Saudi-Arabien? Und: Gewaltsame Übergriffe israelischer Organe in den besetzten Gebieten und Militärschläge gegen den Gaza-Streifen? Bei einer kritischen Analyse wird in einer nicht zufälligen Art und Weise gerne ignoriert, dass die mit Abstand größte Zahl der Gewaltopfer im Nahen Osten Menschen arabischer Identität sind, die von Arabern getötet werden.

Der Frieden im Nahen Osten wird vor allem und zuallererst von einer mörderischen Gewalt zwischen Arabern verletzt – und das nicht erst seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien. Doch tote Araber werden nur zu oft erst dann zum Skandal, wenn ihr Tod Juden zugeschrieben werden kann – wie auch tote Muslime dann zum großen Thema werden, wenn die Verantwortung bei „den Amerikanern“ liegt.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für diese intellektuell und auch moralisch skandalöse Einseitigkeit lieferte vor einigen Jahren der Wiener Gemeinderat, als er die Toten auf den für Gaza bestimmten Schiffe – deren Tod bei einer nüchtern-kritischen Betrachtung durchaus einer verfehlten israelischen Taktik zugeschrieben werden muß –

zum Anlaß nahm, sich weltpolitisch zu profilieren. Der Wiener Gemeinderat, zu dessen Kompetenzen die Weltpolitik ausdrücklich nicht zählt, verurteile Israel – einstimmig, mit den Stimmen aller Parteien. Als ungefähr zur selben Zeit die nordkoreanischen Streitkräfte ein südkoreanisches Schiff versenkten und jedenfalls mehr Menschen ums Leben kam als beim Angriff auf die Schiffe vor Gaza, dachte niemand im Wiener Gemeinderat daran, eine weltpolitische Kompetenz zu beanspruchen. Weltpolitik macht der Wiener Gemeinderat nur, wenn es um Israel geht; und zwar dann, wenn es gegen Israel geht.

Woher kommt aber die Neigung – nicht nur, aber auch von österreichischer Seite – mit einer rational zunächst nicht erklärbaren Einseitigkeit die Schuld für alles und jedes immer bei Israel zu suchen? Als katholisch sozialisiertem Menschen fällt mir hier natürlich zuerst ein: „schlechtes Gewissen“. Daß auch und gerade Menschen Israel an ganz spezifischen Standards messen, die nur für den Staat der Juden gelten; Menschen, die nie daran dächten, den Holocaust zu leugnen; auch und gerade Österreicherinnen und Österreicher, die Kurt Waldheim wegen sei-

Österreich, Europa und die Welt

ner zwielichtigen Rolle im Nationalsozialismus als Bundespräsidenten ablehnten; politisch Interessierte, die sich energisch und schließlich erfolgreich gegen die ursprüngliche Haltung der Zweiten Republik zur Wehr setzten, Österreich als „erstes Opfer“ von jeder Verantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes freizusprechen – daß also hierzulande gerade Menschen, die sich für aufgeklärt und fortschrittlich, für international solidarisch halten, Boykottaufrufe unterstützen, die sich gegen Israel richten – ohne jemals daran zu denken, analoge Aufrufe gegen die Volksrepublik China oder die Vereinigten Arabischen Emirate in die Wege zu leiten: Dieser „double standard“ gibt natürlich zu denken.

Es gibt den alten, bitteren Scherz, daß „die“ Deutschen oder „die“ Österreicher „den“ Juden und speziell dem jüdischen Staat den Holocaust nie verzeihen werden. Dieser böse Scherz beinhaltet eine tiefe Einsicht: Die Schuld, die – vermeintlich – auch auf den Generationen der Nach- und der Nach-Nachgeborenen lastet, die ist zu groß. Das „Israel Bashing“, das einseitige Einschlagen auf Israel, ist eine Form des Abreagierens. Zu schwer lastet das Schuldgefühl auf so vielen, als daß sie nicht der Versuchung erlegen würden, eine irgendwie doch analoge Schuld bei denen zu suchen, die das jüdische Opfernarrativ lebendig halten.

Ist angesichts der verkrampften, der neurotischen, der irrationalen Entwicklungen im österreichisch-israelischen Verhältnis so etwas wie Optimismus möglich? Ja, unter gewissen Voraussetzungen, die vielleicht eintreten können, wenn den Nach-Nachgeborenen noch ein, zwei weitere Generationen folgen. Zu den Voraussetzungen zählt insbesondere, sich vom kollektiven Schulddenken zu befreien, vor allem dann, wenn es über Generationen vererbt wird. Schuld ist eine individuelle Kategorie. Kollektivschuld ist ein gefährlicher Nonsense, der über zwei Jahrtausende den christlich begründeten Judenhaß begleitete. Schuld am Judenmord sind nicht „die Deutschen“ und nicht „die Österreicher“. Schuld hat keine Gesellschaft und auch keine ganze Generation. Eine Gesellschaft und eine Generation, die haben Verantwortung zu übernehmen.

Die Befreiung von einem kollektiven, Generationen übergreifenden Schulddenken würde auch die Neigung abbauen helfen, im Staat der Juden ein Ideal sehen zu wollen; und dann, wenn dieses Ideal, diese Perfektion nicht erreicht sind, dies als speziellen Vorwurf gegen Israel zu richten: Seht her,

die Juden haben die Lektion nicht gelernt, die aus der Geschichte abzuleiten ist. Und da fließt etwas ein, was wieder einem anderen bösen Scherz gleicht: Warum sollen ausge-rechnet und zuallererst die Juden in die Pflicht genommen werden, besondere Lehren aus dem Holocaust zu ziehen – warum die Juden und nicht die Radfahrer, oder – umgelegt auf unser Thema – die Österreicher oder die Europäer insgesamt?

Österreich hat eine Verantwortung: Verantwortung für die Beziehungen zu einem Staat, der nur deshalb und auch nur deshalb in diesem Raum existiert, weil der Antisemitismus die Assimilationsbereitschaft des europäischen Judentums nicht belohnt, sondern bestraft hat. Die Erfahrungen des Österreicher Theodor Herzl, der zum Zionisten wurde, weil er – am Beispiel des Dreyfus-Prozesses und anderer Fälle – die Erfahrung machen mußte, daß sich der von seiner religiösen zu einer säkularen Dimension wandelnde Antisemitismus die Juden zwingt, anders zu sein; den Juden ein spezielles Anderssein aufzwingt, der sie – wie Dreyfus, der französische Offizier; wie Herzl, der österreichische Journalist – zu überwinden versucht hatten. Österreich hat, wie Europa, eine Verantwortung für das, was Jean Paul Sartre in seinem brillanten Essay beschrieben und analysiert hat: Es ist der Antisemitismus, der den Juden eine jüdische Identität jenseits ihres Religionsbekenntnisses gibt; es ist der Antisemitismus, der aus Juden eine Rasse konstruiert hat; und es ist der Antisemitismus, der zu Israel geführt hat – weil der europäische, weil der österreichische Antisemitismus zwingend einen Bedarf nach einem Fluchtland, nach einem Judenstaat hervorbringen mußte.

In diesem Sinne gibt es eine europäische, gibt es eine österreichische Verantwortung für Israel. In diesem Sinne ist es aber auch falsch, ist es kontraproduktiv, auf Israel ein Perfektions- oder auch nur ein Wunschdenken zu projizieren. Israel ist grundsätzlich ein Staat wie andere auch – mit Erfolgen und Mißerfolgen. Israel ist nicht perfekt – wie jede und jeder weiß, der die innerisraelischen Diskurse mitverfolgt: zwischen religiösen und säkularen, zwischen askenasischen und sephardischen Israelis, zwischen israelischen Feministinnen und israelischen Machos, ja, und auch zwischen jüdischen und arabischen Israelis. Israel ist pluralistisch und bunt und voll von Widersprüchen – Israel ist eben lebendig.

Unsinnig und gefährlich ist es, von den Nachfahren der Holocaust-Überlebenden zu

erwarten, daß sie in besonderer Weise die Lehren des Menschheitsverbrechens, das Yehuda Bauer „erstmalig“ nennt – nicht einmalig, sondern erstmalig und damit wiederholbar – daß also die Juden mehr als alle anderen beherzigen müßten, was zu beherzigen ist. Unsinnig und politisch gefährlich ist es, Israel nach Grundsätzen zu beurteilen, die nur für Israel gelten – und nicht für die anderen Staaten des Raumes auch: gefährlich, weil dies auch als Freibrief verstanden werden kann, ein unter europäischer, unter österreichischer Mithilfe dämonisiertes Israel die Legitimität abzuspüren. Gegen diese Dämonisierung Israels als prinzipiellen Unrechtsstaat sollte Österreichs Politik auftreten – und aufhören, sich mit antiisraelischer Beckmesserei zu beschäftigen.

Wenn ich mit einem optimistischen Ton schließen will und darf: Es besteht die Hoffnung, daß allmählich, schrittweise, in vielleicht zwei Generationen, Israel als Normalstaat wahrgenommen wird; daß die Beziehungen zwischen zwei kleinen bis mittelgroßen demokratischen Staaten sich allmählich, schrittweise einem politisch-diplomatischen „mainstream“ zuordnen lassen werden; daß das aber nicht das Ende des so lebendigen kulturellen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und humanitären Beziehungsgeflechts bedeutet, das sich zwischen Israel und Österreich entwickelt hat.

Österreichisch-Israelische Gesellschaft

Die Österreichisch-Israelische Gesellschaft vereinigt Menschen, die sich klar und unmißverständlich zum Staat Israel bekennen.

Es ist ihnen klar, daß dieser Staat als Reaktion auf Jahrhunderte des Antisemitismus, der Vertreibungen und letztlich auf die Schoah zwischen 1933 und 1945 wieder entstanden ist. Gerade diese Tatsache, daß viele ÖsterreicherInnen führend in der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie tätig waren, bestärkt sie in dieser Haltung.

Die ÖIG vereinigt Menschen, die sich gegen jede Form des Rassismus, vor allem gegen jede Form des Antisemitismus aussprechen und auch offen für diese Überzeugung einstehen.

Die ÖIG vereinigt Menschen, die an die friedliche Existenz Israels mit seinen Nachbarn glauben. Die Österreichisch-Israelische Gesellschaft vereinigt Menschen aus allen politischen, weltanschaulichen und religiösen Lagern, die an die Existenz Israels glauben und dafür eintreten wollen. ■

<http://www.oieg.at>

Österreich etabliert sich im Kreis der Nettogläubiger

Anhaltende Exportstärke läßt Österreichs Finanzforderungen weiter steigen.

Aufgrund des äußerst ungünstigen globalen Wirtschaftsumfelds war der hochvernetzte österreichische Kapitalmarkt in den vergangenen Jahren durch Zurückhaltung der Investoren sowie eine stagnierende internationale Finanzverflechtung gekennzeichnet. Die traditionell deutlich ausgeprägten Nettoverpflichtungen der heimischen Volkswirtschaft konnten weiterhin abgebaut und 2012 erstmalig in einen Überschuß gedreht werden. Österreich gehört damit innerhalb der EU einer kleinen Gruppe von Nettogläubigern an, die sich durch vergleichsweise gute Wirtschaftsdaten und hohe Bonität auszeichnen, woraus sich an den internationalen Kapitalmärkten günstige Finanzierungskonditionen ergeben. Ausländische Investoren kaufen nicht nur den Großteil der heimischen Bundesemissionen, sondern spielen auch im stark wachsenden Geschäft mit österreichischen Unternehmensanleihen eine entscheidende Rolle.

Österreichs Nettoforderungen gegenüber dem Ausland erreichten Ende Juni 2013 bereits 9 Mrd. Euro oder 3 Prozent des BIP. „Erfolge im internationalen Güter- und Dienstleistungsverkehr führen seit 2002 regelmäßig zu Leistungsbilanzüberschüssen, die mit Nettokapitalexporten verbunden sind“, erläuterte Johannes Turner, Direktor der Hauptabteilung Statistik der Oesterreichischen Nationalbank. „So konnten Österreichs Nettoverpflichtungen – die 2007 noch bei rund einem Fünftel der Wirtschaftsleistung lagen – laufend abgebaut und 2012 erstmalig in einen Überschuß verwandelt werden“, so Turner. Derzeit hat nur ein Viertel der 28 EU-Länder Nettogläubigerstatus an den internationalen Kapitalmärkten. Neben Österreich sind dies Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Luxemburg und die Niederlande, deren Bonität – wie jene Österreichs – von den wichtigen Ratingagenturen überdurchschnittlich gut eingeschätzt wird, woraus sich geringe Risikoaufschläge ergeben. „Gemeinsam mit vergleichsweise geringer Arbeitslosigkeit und moderaten Lohnstückkosten fügt sich die Entwicklung der österreichischen Nettoposition zu einem erfreulich positiven Gesamtbild der heimischen Wettbewerbsfähigkeit.“

Positiv wirkt sich auch die Finanzierungsstruktur der heimischen Volkswirtschaft aus, die von Fremdkapitalinstrumenten dominiert wird. Dies erlaubt im gegenwärtigen Niedrigzinsumfeld eine günstige und langfristige Finanzierung. Rund 70 Prozent der gesamten Verpflichtungen (827 Mrd. Euro) entfielen Ende Juni 2013 auf Fremdkapital; vor allem auf langfristige Schuldverschreibungen des Bundes (173 Mrd. Euro) und der Banken (117 Mrd. Euro) sowie auf das Einlagengeschäft (124 Mrd. Euro). Österreich absorbiert deutlich mehr Fremdkapital aus dem Ausland als es dort veranlagt und weist daher in diesem Segment Nettoverpflichtungen von 18 Prozent des BIP auf. Umgekehrt ergibt sich im Hinblick auf Eigenkapital eine deutliche Forderungsposition von 21 Prozent des BIP. Österreich ist als aktiver Direktinvestor vor allem in Mittel- und Osteuropa sehr engagiert.

Insgesamt bleibt jedoch der Euroraum Österreichs wichtigste Partnerregion im

internationalen Kapitalverkehr: Mit rund 365 Mrd. Euro sind dort rund 45 Prozent des gesamten im Ausland gehaltenen Finanzvermögens (835 Mrd. Euro) ohne Währungsrisiko veranlagt. Allein auf Deutschland entfallen rund 140 Mrd. Euro.

Gleichzeitig ist Österreich in hohem Ausmaß für ausländische Geldgeber attraktiv: Sowohl Bundesemissionen als auch die Anleiheverpflichtungen der staatsnahen Betriebe lagen jeweils zu rund drei Viertel in ausländischer Hand.

Insgesamt gewinnen Unternehmensanleihen als Finanzierungsinstrument in Österreich zunehmend an Bedeutung: Seit 2007 hat sich der Marktwert der umlaufenden Papiere auf 65 Mrd. Euro mehr als verdoppelt. Darin enthalten sind auch private Emittenten, die zunehmend auf diesen Markt drängen: Ende Juni 2013 erreichte das Umlaufvolumen dieser rund 200 Unternehmen bereits 27 Mrd. Euro. ■

<http://www.oenb.at>

eGovernment Monitor 2013

Im Sechs-Länder-Vergleich liegt Österreich mit 65 Prozent E-Government-Nutzung im Jahr 2013 auf dem ersten Rang, gefolgt von Schweden (53 Prozent), Schweiz (50 Prozent), Deutschland (36 Prozent), Großbritannien (34 Prozent) und USA (24 Prozent). Die Zufriedenheit mit den Services liegt in Österreich bei 59 Prozent und ist nur in der Schweiz (75 Prozent) höher, obwohl der allgemeine Trend negativ ist. Zu diesem Ergebnis kommt die „E-Government Monitor Studie 2013“.

Generell sind die „Zuverlässigkeit der Systeme“, „Datenschutz/-sicherheit“, „einfache Bedienung“ und „vollständige Information“ die wichtigsten persönlichen Anforderungen an die Services. Gerade hier ist das österreichische E-Government-Modell und -Services wie <http://www.help.gv.at> ein weltweites Vorzeigebispiel. Sicherheit – vor allem bei der Datenübertragung – hat in Österreich mit 60 Prozent oberste Priorität. Hier setzen Handy-Signatur und Bürgerkarte auf der e-card <http://www.buergerkarte.at>

auf. Der elektronische Ausweis und die persönliche Unterschrift im Internet werden mit einem hohen Grad an Sicherheit und Komfort umgesetzt. So können sichere Anwendungen wie die elektronische Zustellung <http://www.zustellung.gv.at> personalisiertes HELP.gv.at, Pensionskonto-Abfrage, Sozialversicherungs-Services, FinanzOnline, sowie weitere 200 Services, genutzt werden.

Der Wunsch nach vollständig durchgängigen Prozessen (43 Prozent in Österreich) oder Anwendungen wie „Wohnsitz an/ab-/ummelden“ bzw. „KFZ an/ab-/ummelden“ sind für die regelmäßige Nutzung am bedeutendsten. Die Ansprüche an E-Government-Services werden immer höher, da ein vergleichbares Niveau an Nutzerfreundlichkeit, Sicherheit und Gestaltung wie bei kommerziellen Produkten erwartet wird.

Generell geht der Trend in Richtung Services auf mobilen Endgeräten, wobei deren Bedeutung mit 70 Prozent gerade in Österreich am höchsten ausgeprägt ist. ■

<http://www.data.gv.at>

Art en Capital 2013

Angerer der Ältere erhält im Grand Palais in Paris die Bronzemedaille für sein ausgestellt Gemälde »Don Quijote« im »Dali Waggon«.



Foto: Angerer der Ältere

Im »Dali Waggon« in Paris ausgestellt und mit Bronze bedacht: Angerer der Ältere, »Don Quijote«, 110 x 90 cm

Der bayerisch-österreichische Künstler, Bildhauer und Architekt Angerer der Ältere erhielt im alljährlich stattfindenden »Art en Capital 2013« im Grand Palais in Paris eine der begehrten Medaillen für sein ausgestellt Gemälde »Don Quichotte«.

Die neue Präsidentin der Société des Artistes Français, die Architektin Martine Delaleuf (Veranstalterin im Grand Palais), und Alain Bazard, Vorsitzender der Kommission »Peinture« (Malerei), gehören derselben Vereinigung an. Alle vorgeschlagenen Bilder der zig-tausenden Kandidaten aus der ganzen Welt für den Pariser Salon, sowie die Bilder der Künstler aus dem Dali Waggon, werden durch eine Jury begutachtet und prämiert.

Die Einladung des »Dali-Waggon« nach Paris kam von seiten der Société des Artistes Français, Mitveranstalter des Salons »Art-en-Capital«, der vom 4. bis 8. Dezember in den historischen Hallen des Grand Palais der Champs-Élysées stattfindet. Folgende zehn Maler aus ganz Europa haben den »Dali-Waggon« nach Paris begleitet, um im Innern des kulturellen Vehikels zehn besondere Bilder ihrer verblüffenden Kreativität zu zeigen: Angerer der Ältere (A/D), Andrée Bars (F), Michel Barthélemy (B), Monica Fagan (GB), Christian Lepère (F), Christophe Lorain (F), Michael Maschka (D), Séverine Pineaux (F), Tony Quimbel (F) und Jolanda Richter aus Wien (A). Der »Dali-Waggon« ist die Hauptattraktion der internationalen Ver-

anstaltung und steht direkt am Haupteingang des Grand Palais. In Paris werden voraussichtlich 40.000 Besucher im »Waggon« erwartet. Einer neuer Triumph der phantastischen gegenständlichen Kunst!

Der »Dali-Waggon«

Der Bahnhof von Perpignan ist das »Zentrum des Universums«. Das hat seit 1963 der Meistermaler Salvador Dali aus Katalonien immer wieder behauptet. Nach seiner Rückkehr aus dem Exil in den USA mußte der erfolgreiche Künstler eine kluge Lösung finden, um seine wertvollen Gemälde sicher nach Amerika zu verfrachten. Es ging auch darum, sich den strengen Kontrollen des Franco-Regimes zu entziehen. In den

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Angerer der Ältere



in Wolnzach eine besondere Phantastenschau angeboten, die unter dem Motto „Die Dali-Erben malen Europa“ stand. Elf bekannte Kunstmaler aus Europa stellten damals im Innern des Waggons elf originelle Gemälde aus: Angerer der Aeltere (A/D), Claude Bertrand (F), Laurence Caruana (F), Marc Desmullier (F), André Janout (A), Michael Lassel (D), Michael Maschka (D), Pierre Peyrolle (F), Peter Proksch (A), Viktor Safonkin (Rus) und Reinhard Schmid (D).

Angerer der Ältere

ist 1938 in Bad Reichenhall geboren. Sein Vater war Bayer, seine Mutter Salzburgerin. Nach einem Architekturstudium in München (1957-1961) studierte er bei Prof. Sepp Ruf an Akademie der Bildenden Künste (1961-1966), war Entwurfsarchitekt bei Alexander von Branca (1967-1975). Seither

Der bayerisch-österreichische Künstler, Bildhauer und Architekt Angerer der Ältere

50er-Jahren drängte Dalis scharfsinnige Gemahlin und Muse Gala darauf, aus diesem Zweck die Bilder über die spanisch-französische Grenze hinweg nach der nahen Provinzhauptstadt Perpignan zu bringen.

Das Ergebnis war überwältigend. Während 30 Jahren favorisierte der Bahnhof von Perpignan den Transit der teuren Daliwerke. Die Eisenbahnstation wurde die Pforte zur neuen Welt, Portal des Erfolgs und gleichzeitig Tempel der Inspiration. Im Jahre 1965 schaffte Dali dankerfüllt ein grandioses Gemälde, betitelt „Der Bahnhof von Perpignan“. Das Bild wurde im Dezember 1965 in New York vorgestellt, wurde nachher nach Paris verkauft und gehört heute zu den Prachtstücken des Museums Ludwig in Köln.

Als symbolische Eisenbahnreferenz hat Salvador Dali im oberen Teil des berühmten Bildes einen Waggon abgebildet. Der Dali-Forscher Roger M. Erasmý konnte 1986 das eigenartige Fuhrwerk in Perpignan wiederfinden, verrostet und verwahrlost. 1995 wurde der „Dali-Waggon“ total renoviert und diente auf der sonnigen „Dali-Route“ zwischen Figueras und Cadaqués als surreale Gedächtnisstätte. Seit 1999 funktioniert der Waggon in Südfrankreich als „kleinstes Kunstkabinett der Welt“.

Im Oktober 2005 trat der „Dali-Waggon“ eine kreative Europa-Tournee an. Erste Etappe der kulturellen Reise war Bayern. Die Bewegung „Dalis Erben“, gegründet im Jahre 2004 in Lyon durch den Dali-Schriftsteller Erasmý, wurde im Deutschen Hopfenmuseum



Angerer der Ältere, »Die Rache des röhrenden Hirsches«, 2013, 75 x 95 cm



Der »Dali Waggon« 2005 im Deutschen Hopfenmuseum in Bayern

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Artner

Ein Teil der Künstler von »Dalis Erben« von einer der Ausstellungen vor der Gemäldekopie »Der Bahnhof von Perpignan« von Salvador Dalí (v.l.): Michael Maschka (D), Angerer der Ältere (A/D), Margit Angerer, Peter Proksch † (A), Heide Proksch, Reinhard Schmid (D), Peter Hutter (D), Jolanda Richter (A) und der 1. Bürgermeister von Eggenfelden, Werner Schiessl

wirkt er als freier Architekt, Kunstmaler und Bildhauer, der in selbständiger Tätigkeit aus zahlreichen Architekturwettbewerben als Preisträger hervorging. Dementsprechend zahlreich sind seine Ausstellungen im In- und Ausland.

Er ist einer der vielseitig begabtesten Künstler dieses Jahrhunderts. Wenn es in den USA um fantastische Filmwelten geht, führt der Weg an Niederbayern nicht vorbei. Er konnte mit seinen kreativen konzeptionellen Ideen zur „The Neverending Story II“ (Production Warner Bros.) nicht nur den Bayerischen Filmpreis ergattern, sondern nachhaltig ein Millionen-Publikum begeistern. Seine fantastischen Bilder verkaufen sich weltweit. Im Juli 2004 feierte Frankreich den 100. Geburtstag Salvador Dalis – Angerer der Ältere vertrat mit seinem Gesamtwerk die Erben der hohen Kunst und entwarf das Plakatbild „Hommage à Dalí“. Egal ob Leuchtendesign (Angerers sechs Meter hoher Lüster, the 113 ostrich-egg-chandelier) wechselte für 80.000 Euro den Besitzer. Zu seinen Kunden zählen neben etlichen privaten Sammlern und Kunst-

schätzern nur beispielsweise das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ (Covertitel), der Automobilkonzern Audi AG (ein Getriebeturm aus einem echten Audigetriebe als Schloß). Auch der Papst Benedikt XVI ließ es sich nicht nehmen, eine von Angerer dem Älteren entworfene und in Eigeninitiative gebaute „Erlöserkapelle“ als „endlich wieder wirkliche sakrale Kunst“ mit einem persönlichen Grußwort zu loben. Ein Kunstwerk, das sowohl italienische und deutsche Würdenträger ebenso begeistert, wie den Metropolen aus Rumänien, der ihm den Auftrag für eine Ikone erteilte; eine große Ehrzuteilung für einen katholischen Christen.

Seine Kunst und seine Produkte springen mühelos hin und her zwischen einer Welt der verrückten Phantasie und der Theater-Weltaufführung“ für „Der kleine Hobbit“ von J.R.R. Tolkien (Angerer der Ältere war verantwortlich für Bühnenbild, Creatures und Kostüme) und der Welt der ewigen Mitte, der Ruhe, als Herr der letzten Reise.

Angerer der Ältere schuf auch das einmalige Grabmal für Michael Ende als großes

Bronzebuch mit leuchtenden Schildkröten und Eulen, auf dem die Kinder bis heute spielen und lachen. Etwas, was sich Michael Ende, einer der erfolgreichsten und anerkanntesten Schriftsteller unseres Jahrhunderts, immer gewünscht hatte. Insbesondere Japan huldigte dem Kunstwerk in zahlreichen Magazinen.

Der Ideenreichtum des Künstlers, Bildhauers und Architekten ist sowohl in der Medienwelt als Architekt und Designer für das in der Presse viel gelobte Raum in Raum Kunstwerk „Westpark Studios Munich“ bekannt, in der sich internationale Prominente aus Wirtschaft, Politik und Medien die Hand geben, als auch als neuartiger Spieleschöpfer, wie z.B. das direct-product-game für die Privatbrauerei Schneider, die damit den „emballissimo“, den Designpreis der Österreichischen Papierindustrie, erhielt. Seit 2004 ist Angerer der Ältere mit Sitz in Biburg, Niederbayern, member of Huckleberry Friends® – worldwide creative network. ■

<http://www.Angerer-der-Aeltere.de>

<http://www.erasmy-dali.com>

<http://www.westpark-studios.de>

Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este

Am 18. Dezember 2013 waren es 150 Jahre seit der Geburt und am 28. Juni 2014 werden es 100 Jahre seit der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand.

Von Wladimir Aichelburg*)

Kein anderer politischer Mord in der Weltgeschichte hatte solche furchtbaren Folgen gehabt wie der in Sarajevo: Zwei Weltkriege, Millionen Tote, Kranke und Invalide, Völkervertreibungen, unsagbares Leid Unschuldiger. Kaiser- und Königreiche stürzten, brutale Diktaturen entstanden, neue Staatsgrenzen wurden gezogen, Europa neu, nicht zum besseren, geordnet. Die Attentatsfolgen wirken bis heute, schon ein ganzes Jahrhundert.

Der Thronfolger wird von einen als Kriegstreiber, von anderen als friedliebend dargestellt. Franz Ferdinand sollte jedes einzelne Volk der Monarchie, ja Europas hassen sollen: die Ungarn, die Italiener, die Tschechen, die Südslawen, die Juden; auch die Deutschen fühlten sich benachteiligt. Doch wie sollte er dann als künftiger Herrscher das Ganze, sein großes, vielsprachiges Österreich lieben? Sein glühender Patriotismus war bekannt!

Als eifriger Kunstliebhaber und Sammler war er im an Kunst und Antiquitäten reichen, katholischen, gleichzeitig aber den Papst verfolgenden Italien angeblich nie, obwohl er dort selbst sogar immense Reichtümer besaß und verwalten mußte. Das slawische Rußland, das 1914 mobilisierte, obwohl es von niemand bedroht worden war, und somit die ganze Apokalypse ins Rollen brachte, hat Franz Ferdinand bereist und schätzen- und kennengelernt; es sollte Österreich-Ungarns Verbündete werden!

Obwohl Franz Ferdinand ein ehrgeiziger, Rekorde suchender Tiermörder war, hinderte ihn angeblich seine Bigotterie an Sonn- und kirchlichen Feiertagen zu jagen. In seinem Jagdfieber verschonte er weiße Tiere nicht, obwohl gerade sie von der traditionellen Jägerschaft als heilig und unantastbar angesehen werden. Seine Reviere waren voll vom Wild, das er hegte und züchtete. In Enns hatte er einen Reitrennstall, in seinem Kono-



Foto: Sammlung Aichelburg

Franz Ferdinand Carl Ludwig Joseph Maria von Österreich-Este (geboren am 18. Dezember 1863 in Graz, gestorben am 28. Juni 1914 in Sarajevo)

pischt lebten ganze Bärenfamilien, in seinen Teichen und Flüssen tummelten sich massenhaft Fische – obwohl er kein Angler war.

Franz Ferdinand sollte ungebildet gewesen sein, unbelesen. Seine große dekorative Konopischer Bibliothek bestand aus jagdlicher und militärischer Fachliteratur; in sei-

nem südböhmischen Schloß Chlumetz gab es überhaupt keine Bibliothek. Und doch ließ er am Schloß Artstetten einen Archiv- und Bibliotheksflügel anbauen. Auch seine Korrespondenz beweist, daß er sehr viel las, Fachliteratur wie leichte französische Romane. Dutzende Zeitungen und Zeitschriften

) Wladimir Aichelburg (17. Mai 1945 in Prag) ist österreichischer Historiker und Publizist. Weitere Informationen finden Sie am Ende dieses Beitrags.



Foto: Schloß Artstetten / Haslinger

1823 erwarb Kaiser Franz I. das niederösterreichische Schloß Artstetten – 1889 übergab es Erzherzog Carl Ludwig seinem ältesten Sohn, Franz Ferdinand von Österreich-Este.

hatte er abonniert, die ihm überall nachgeschickt wurden. Er hatte selbst Bücher geschrieben und anonym herausgegeben. In Theatern verbrachte er viele Abende und ließ Filmvorführer mit ihren Apparaturen zu sich kommen.

Obleich er angeblich sehr geizig war, investierte er sehr viel in die Rettung alter Bauten, die nicht einmal ihm selbst gehörten. Um am Laufenden zu sein, dotierte er privat die Bibliotheksankäufe seiner Militärkanzlei. Er war ein agiler Bauherr, der sich an der Architektur des umliegenden alten Baubestands stets orientierte, aber dabei die Errungenschaften der modernsten Technik nützte. Er fuhr die ersten Daimler, Porsche und Mercedes. Er hatte Telefon, elektrisches Licht, Zentralheizung, Aufzüge, Badezimmer; ließ Eisenbetondecken und sichere Feuermauern errichten.

Sein Personal, Dienstboten, Angestellte und MitarbeiterInnen bekamen zu Weihnachten und ihren privaten Anlässen nicht nur leere Gratulationen, sondern auch auf sie zugeschnittene Geschenke. Sie waren krankenversichert, bekamen Pensionen und Abfertigungen. Sie wohnten oft in Dienstwohnungen und in von Franz Ferdinand erbauten stimmungsvollen Häusern, die er je nach Bedarf noch mit Mobiliar und Kunstwerken

ausstattete. Natürlich nicht umsonst: er verlangte Arbeit, Leistung, Initiative, Loyalität, Verlässlichkeit. So waren jahrzehntelange Dienstverhältnisse der Fähigen und Loyalen keine Seltenheit.



Foto: Verlag Ferdinand Berger & Söhne Ges.m.b.H.

Wladimir Aichelburg
Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este 1863-1914
 Verlag Berger, Horn 2014
 3313 Seiten in drei Bänden, illustriert,
 ISBN: 978-3-85028-624-4

Er war ein strenger Naturschützer, der keinen Baum schlägern wollte, Wiesenblumen und bepflanzte Feldraine liebte. Besondere Setzlinge bezog er aus ganz Europa. Seine Tiergärten durften von TouristInnen nicht gestört werden und doch öffnete er seine Schloßparks den Besuchern. Auch seine Schlösser konnten während seiner Abwesenheit besichtigt werden.

Er kaufte neben der allgemein anerkannten aristokratischen und kirchlichen Kunst auch lokale, nach Meinung vieler unbedeutende, minderwertige Volkskunst, die er in einem umfassenden Volkskundemuseum der gesamten Monarchie vereint wissen wollte. Auf seinen ausgedehnten Reisen sammelte er bedeutende Beispiele der Völkerkunde, der Zoologie, der Botanik, aber auch gewerbliche Souvenirs aller Art. Dem Tiergarten Schönbrunn schickte er exotisches, lebendes Wild.

Er war angeblich klerikal, es machte ihm aber nichts aus, auf die Sonntagsmesse zu verzichten. Er wurde als Militarist bezeichnet und doch ging er am liebsten in Zivil, ohne Ordenschmuck. Er war mit Leib und Seele Kavallerieoffizier und doch auch an der Marine sehr interessiert. Neben der Einführung der modernsten Entwicklungen der Funktelegraphie, der Schlachtschiffe und

1914 – 2014

Unterseeboote wollte er das Tegetthoff-Flaggenschiff von 1866 „Ferdinand Max“ als Museumsschiff restauriert wissen.

Er ärgerte den gutmütigen Onkel Kaiser Franz Joseph, kritisierte sein politisches Wirken, und doch respektierte er ihn. Franz Ferdinand wollte radikale Reformen und doch war er kein Revolutionär, kein Putschist, der historisch gewachsene Strukturen unbedenklich zerstören würde. Obwohl er in die Politik selbst nie direkt eingreifen konnte, war er diesbezüglich oft besser als der Kaiser informiert und zur Regierungsübernahme, für die er bereits fähige Mitarbeiter aussuchte, vorbereitet.

Sein Wohnsitz als Kaiser wäre das Belvedere geblieben; er hätte sich nicht nur zum König von Ungarn, sondern auch zum König von Böhmen krönen lassen, was Franz Joseph versäumt hatte.

Franz Ferdinand war angeblich ein aufbrausender, kontaktarmer, ganz ohne persönliche Freunde nur mit seiner Frau zurückgezogen, einsam lebender Tier- und Menschenhasser. Und doch: Er liebte seine Familie, überhaupt die Kinder allgemein und sie liebten ihn. Und das auch Fremde. Oft war er Tauf- und Firmpate. Selbst mußte er 1908 die persönliche Tragödie eines toten Kindes erleben.

Er war ein guter Tänzer, der Bälle besuchte, spielte Geige, schätzte und sammelte Volkslieder, die er sogar sang. Er reiste viel inkognito und weilte gerne unerkannt mitten



Foto: Österreich Journal / Michael Mössner

Ein Blick in die umfangreiche Dauerausstellung auf Schloß Artstetten



Foto: Marinekameradschaft Babenberg-Traisental, Herzogenburg

Modell der »Dalmat«, mit den Särgen von Franz Ferdinand und seiner Gemahlin – von Ernst Opperl (Marinekameradschaft Babenberg-Traisental, Herzogenburg)



Foto: ÖMV

Gedenkmünze an die Seereise Franz Ferdinands nach Ostindien, Australien, den Südsee-Inseln, China und Japan in den Jahren 1892-1896

im Volk, speiste Hausmannskost in einfachen Gasthäusern, mied große Hoffeste. Er war TBC-lungenkrank und doch ein leidenschaftlicher Raucher. Er spielte Tennis, war guter Wanderer, Schwimmer, mochte Eislaufen. Widersprüche über Widersprüche!

Franz Ferdinand war nicht fotogen. Auf den starren, offiziellen Fotoaufnahmen wirkt er unnahbar, streng, keineswegs als ein charismatischer Mann. Man glaubt eher, seinen festen Willen und sein starkes Durchsetzungsvermögen zu spüren. Die damalige langsame Fototechnik verlangte Unbeweglichkeit. Es war auch nicht üblich in die Kamera zu lachen; die „Cheese“-Aufnahmen kommen erst Jahrzehnte später in Mode. Nur die privaten Fotos oder die doch gelungenen „Momentaufnahmen“ zeigen neben den wenigen erhaltenen Dokumentarfilmen den gelösten, äußerst lebhaften, charismatischen,

wirklichen Thronfolger. Zweimal trug er Vollbart, seine Frisur änderte er öfters.

Franz Ferdinand hielt nichts von der durch Emotionen und Politik beeinflussten Tagespresse. Durch diese Negierung schlecht behandelt, widmeten sich die Journalisten viel lieber den anderen, sie hofierenden Mitgliedern des Kaiserhauses, und so wußte die breite Öffentlichkeit über den Thronfolger und seine dazu noch morganatisch gegen den Willen des Kaisers gehehlte Frau sehr wenig. Diese zur Schau getragene Zurückgezogenheit, das Mißachten der öffentlichen Meinung und die daraus hervorgehende auch internationale Unwissenheit wurde zum Hauptfehler der gesamten Politik Franz Ferdinands, was letzten Endes direkt auch zu seiner Ermordung führte.

Die morganatische Trauung des Thronfolgers, das Beharren des Kaisers Franz Jo-

1914 – 2014

soph auf dem alten, unmodernen Familienstatut spaltete die Gesellschaft und wurde zu einer weiteren zum Zerfall der Monarchie führenden Ursache. Während die Ungarn und die Böhmen kein Problem mit der Un ebenbürtigkeit der Thronfolgergemahlin hatten, Sophie hätte in diesen Ländern ohne weiteres Königin werden können, wurde dies in Wien zum großen Dilemma. Ein großer, allerdings im Hinblick auf die Gefühle des alten Kaisers verständlicher PR-Fehler Franz Ferdinands war es, seine Frau den Ungarn vorenthalten zu haben; den Ungarn, die sich nach dem tragischen Tod der Kaiserin Elisabeth wieder nach einer neuen Königin sehnten.

Die innen- und außenpolitischen Streitigkeiten des 19. Jahrhunderts nahmen nach 1900 stetig zu, ebenso die Aggressivität Rußlands, das sich nach dem verlorenen Krieg gegen Japan mit seinen Konspirationen, sich als Schutzmacht aller europäischer Slawen betrachtend, gegen den Westen wandte. Besonders große Rolle spielten dabei die Bemühungen Rußlands eisfreie, vom türkischen Bosphorus unabhängige Mittelmeerhäfen in die eigene Einflußsphäre zu bekommen.

Durch von den Politikern und Journalisten getragenen nationalen Radikalismus wurde die öffentliche Stimmung bis zu der Katastrophe von 1914, von Jahr zu Jahr immer depressiver. Düstere politische Wolken zogen am Horizont auf, ohne daß man sich ihnen erwehren konnte.

Die große Zukunftshoffnung der Wissen den war Franz Ferdinand. Der Thronfolger brachte moderne, grundlegende Reformideen; und auch wenn alle seine politischen Pläne nicht leicht durchsetzbar gewesen wären, vor allem im Hinblick auf das eigene, egoistische Wege gehende Ungarn, wäre ihre Durchsetzung doch sicher wesentlich harmloser ausgefallen als es die Folgen des Weltkriegs dann wirklich waren.

Eine umfangreiche Dokumentensammlung aus bisher unzugänglichen und nicht ausgewerteten historischen Quellen erscheint 2014. Am Beispiel Franz Ferdinands und seiner Familie wird hier die ganze Tragödie des 20. Jahrhunderts sichtbar. Wie kleinlich erscheinen uns aus heutiger Sicht alle politisch-nationalen und kulturellen Konflikte der Zeit um 1900; wo ist das große Ungarn, wo waren der nach 1918 erwartete „Wohl-

stand“ und die „Freiheit“, wo waren die in der Monarchie 1867 proklamierten Menschenrechte der „selbständigen“ Nachfolgestaaten? War das alte Österreich-Ungarn vor 1914 wirklich ein „Völkerkerker“? Oder vielmehr ein Vorläufer eines modernen, toleranten, menschenwürdigen, auch wirtschaftlich und finanziell vereinten, starken Europas? ■

<http://www.schloss-artstetten.at>

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Beitrag von Wladimir Aichelburg leiten wir eine Serie ein, die sich das kommende Jahr hindurch dem 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs widmet. Es sind diesem Thema viele Arbeiten und auch Sonderausstellungen gewidmet, wie zum Beispiel jener auf Schloß Artstetten, die unter dem Titel „Regieren & Verlieren: Kaiser Karl – Eine Herausforderung zum Frieden“ ab 1. April 2014 zu sehen sein wird, oder „Die Steiermark und der Große Krieg“, eine Sonderausstellung im Universalmuseum Joanneum Graz... Wir beginnen in der Ausgabe 127 (erscheint am 30. Jänner 2014).

Wladimir Aichelburg



Foto: ÖMV

Autor Wladimir Aichelburg an Bord des Patrouillenboots »Niederösterreich«

Wladimir Aichelburg ist am 17. Mai 1945 in Prag geboren und 1967 aus der damaligen ČSSR emigriert. Von 1968 bis 1976 war er im Atelier Arnulf Rainer sowie für die Wiener Galerie Ariadne tätig, von 1972 bis 2010 war er zudem Archivar des Wiener Künstlerhauses. Aichelburg ist Mitbegründer des Erzherzog Franz Ferdinand Museums in Schloß Artstetten, dessen

wissenschaftlicher Leiter er von 1982 bis 1989 sowie 2000 bis 2005 war.

Er gilt als führender Spezialist zur K.u.K. Marine und ist Mitglied der Marinekameradschaft Admiral Erzherzog Franz Ferdinand (MKFF) im Österreichischen Marineverband (ÖMV).

Besonders verdient macht er sich auch um die beiden früheren Patrouillenboote

des Österreichischen Bundesheers „Niederösterreich“ und „Oberst Brecht“, die seit deren Ausmusterung vom Bundesheer von der MKFF betreut werden.

Zur Geschichte dieser Boote hat der ÖMV das Buch „Patrouillenboote des österreichischen Bundesheeres ‚Niederösterreich‘ und ‚Oberst Brecht‘“ herausgebracht, das Wladimir Aichelburg verfaßt hat. Neben den ausführlichen Lebensläufen der beiden Boote, wie der Besuch der sowjetischen Schwarzmeerflottille oder der einzige Auslandsbesuch nach Bratislava, beinhaltet dieses Nachschlagewerk den General- und zahlreiche Detailpläne der „Niederösterreich“ – eine Fundgrube nicht nur für den Marinebegeisterten, sondern auch für die große Zahl der Modellbauer. Es ist ein „Muß“ für jede Marinebibliothek. Zahlreiches bisher unveröffentlichtes Fotomaterial sowie teilweise streng geheimehaltene Daten über die beiden Patrouillenboote vervollständigt diese Dokumentation.

Diese Publikation ist im Museumsshop des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien und über den ÖMV zum Preis von 15 Euro erhältlich. ■

<http://hgm.or.at>

<http://www.marineverband.at>

Die neue Regierung

Rund zweieinhalb Monate nach der Nationalratswahl wurde von Bundespräsident Heinz Fischer am 16. Dezember das Kabinett Faymann II angelobt – eine von der SPÖ angeführte Große Koalition mit der ÖVP.



Foto: BKA/Andy Wenzel

vorne v.l.: Rudolf Hundstorfer (BM für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz), Sophie Karmasin (BM für Familien), Gabriele Heinisch-Hosek (BM für Unterricht, Kunst und Kultur), Michael Spindelegger (Vizekanzler und BM für Finanzen), Werner Faymann (Bundeskanzler), Doris Bures (BM für Verkehr, Innovation und Technologie), Johanna Mikl-Leitner (BM für Inneres), Sonja Stessl (STS im BM für Finanzen), Reinhold Mitterlehner (BM für Wirtschaft, Familie und Jugend und für Wissenschaft und Forschung)

hinten v.l.: Andrä Rupprechter (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft), Sebastian Kurz (BM für europäische und internationale Angelegenheiten), Gerald Klug (BM für Landesverteidigung und Sport), Alois Stöger (BM für Gesundheit), Josef Ostermayer (BM im Bundeskanzleramt), Wolfgang Brandstetter (BM für Justiz), Jochen Danningner (STS im BM für Finanzen)

Am 29. September wurde die Nationalratswahl abgehalten. Als stimmenstärkste Partei ging daraus die SPÖ mit 26,82 Prozent der Stimmen hervor, gefolgt von der ÖVP mit 23,99 und der FPÖ mit 20,51 Prozent. Erstmals nach einer Wahl im Parlament ist das Team Stronach mit 5,73 Prozent, aus dem Stand heraus schaffte NEOS den Einzug ins Hohe Haus mit 4,96 Prozent. Das BZÖ scheiterte, wie berichtet, mit 3,53 Prozent an der Vier-Prozent-Hürde.

Etwas mehr als zwei Wochen später hatten SPÖ und ÖVP mit Koalitionsgesprächen begonnen. Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger skizzierten nach einer ersten „koordinierenden

Verhandlungsrunde“ ihrer beiden Parteien zur Bildung einer neuen Bundesregierung am Nachmittag des 15. Oktober im Parlament den Fahrplan zum Zustandekommen einer neuen Koalition und deren inhaltliche Schwerpunkte.

Die knapp acht darauffolgenden Wochen waren geprägt von unzähligen Mutmaßungen in den Medien, denn SPÖ und ÖVP hatten striktes Stillschweigen über die Verhandlungen vereinbart. Auch wenn dies größtenteils eingehalten wurde, drangen doch immer wieder Einzelheiten an die Öffentlichkeit, die vom alten/neuen Koalitionspartner nur selten kommentiert wurden. Jedenfalls aber gab es ausreichend Raum für Spekulationen und

teils heftige Kritik aus den Oppositionsparteien, nach einiger Zeit war man sich darin einig, es müsse endlich zu einer Entscheidung gefunden werden, oder, so hieß es, die noch amtierende Regierung müsse durch eine Neuwahl Platz für anderer Parteien machen. Schließlich ließ auch Bundespräsident Heinz Fischer verlauten, es wäre begrüßenswert, könnten sich die beiden Verhandlungsteams noch vor Weihnachten zu einer neuerlichen Regierungsvereinbarung durchringen. Ob es das nun gewesen war, wird man wohl nicht mehr herausbekommen. Klar hingegen ist, daß SPÖ-Bundesvorsitzender Werner Faymann und ÖVP-Bundesparteiobmann wenige Tage später, am 12. Dezember, ver-

Innenpolitik



Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 13. Dezember gab Bundeskanzler Werner Faymann (r.) gemeinsam mit Außenminister und Vizekanzler Michael Spindelegger eine Pressekonferenz über das Arbeitsprogramm der Bundesregierung.

lauten lieben, die Einigung sei geschafft, der Koalitions пакт ausverhandelt.

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ)

„Nach intensiven und sehr konstruktiven Verhandlungen haben wir ein gemeinsames Ergebnis erzielt, mit dem wir unser Land auf seinem bisher erfolgreichen Kurs halten wollen“, so Faymann. Denn Österreich zähle als ein Vorbild in Europa, für seine wirtschaftliche Kraft einerseits und für seine soziale Sicherheit und guten Lebensbedingungen andererseits. „Es gibt neben Österreich kaum ein Land, das finanzielle Herausforderungen so bewältigt, daß Sparmaßnahmen nicht auf Kosten der Ärmsten und der sozialen Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gesetzt werden“, sagte Faymann. Die neue Regierung müsse ihre Ziele mit Ernsthaftigkeit verfolgen und damit Beschäftigung für junge Menschen, Kinderbetreuung, Bildungschancen, Gesundheitsvorsorge und Pflegeeinrichtungen sicherstellen. „Wir wollen mit Einsparungen in der Verwaltung und effizienten Strukturen genug Mittel freimachen, um in zentrale Bereiche wie Bildung, Pflege und Infrastruktur investieren zu können“, so der Kanzler. Ziel der Regierung sei es auch, das faktische Pensionsalter bis 2018 um 1,6 Jahre anzuheben.

„Wir sind überzeugt, daß der von uns eingeschlagene Pfad dazu geeignet ist, daß Österreich als ein Vorbild in Europa weiterhin eine wichtige Rolle spielt. Dazu haben wir ein umfangreiches Programm ausgearbeitet, das nun den Parteigremien vorgelegt wird“, so Faymann.

Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP)

„Wir gehen mit der SPÖ ein großes gemeinsames Projekt an: Wir wollen Österreich bis 2018 aus der Krise führen“, erklärte ÖVP-Bundesparteiobmann Vizekanzler Michael Spindelegger unmittelbar nach Abschluß der Regierungsverhandlungen. Vor allem drei Bereiche seien dem Vizekanzler bei den Verhandlungen wichtig gewesen: „Wir wollen auch in dieser Periode für stabile Finanzen sorgen. Deswegen geben wir allen Ressorts den Auftrag, sparsam zu sein. Nur so können wir 2016 ein strukturelles Defizit erreichen.“ Als zweiten Punkt nannte der Vizekanzler den Reformbedarf, auf den sich die Verhandler geeinigt hätten: „Wir gehen Reformen an, die die Strukturen nachhaltig verändern. Bei den Pensionen werden wir Maßnahmen setzen, die das faktische Pensionsalter erstmals schneller ansteigen lassen als die Lebenserwartung. So können Pensionen langfristig gesichert werden.“

Auch in der Verwaltung sei etwas gelungen, so Spindelegger: „Doppelgleisigkeiten in der Verwaltung werden, in Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden, abgeschafft. Dafür werden wir eine Förderpyramide und eine Transparenzdatenbank einführen“, so Spindelegger, der auf die geplante Deckelung der Kosten für die Verwaltung hinweist. „Damit werden alle Struktureinheiten zur Umsetzung der geplanten Reformen verpflichtet.“ Der dritte Punkt, den Spindelegger hervorhob, sei der Wachstumspakt für Österreich. Damit solle für mehr Beschäftigung in Österreich gesorgt werden. „Deshalb haben wir diejenigen an den Tisch geholt,

die hier Erfahrung haben. So konnten wir ein gutes Ergebnis für Wachstum in Österreich erreichen“, unterstreicht Spindelegger, und abschließend: „Wir legen mit unserem Koalitions пакт eine gute Grundlage, um Österreich bis 2018 aus der Krise zu führen.“

Heinz-Christian Strache (FPÖ)

FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache sagte in einer ersten Reaktion, die rot-schwarze Koalition erinnere an so manche Hollywood-Filme. Diese würden nämlich auch mit jeder Fortsetzung immer noch schlechter. Außer Lippenbekenntnissen hätten Faymann und Spindelegger nichts zu bieten gehabt. Vom „neuen Regieren“ sei nicht einmal in Spurenelementen etwas zu merken. In Wahrheit habe die heutige Erklärung bereits wie ein Nachruf geklungen. Jedweder Reformansatz fehle. Daß die Regierung Österreich bis 2018 aus der Krise führen wolle, widerspreche früheren rot-schwarzen Aussagen, wonach die Krise doch eh schon lang vorbei sei. Vor fünf Jahren habe das alles ganz ähnlich geklungen. Den einzigen Unterschied zu 2008 merke man daran, daß nicht mehr Josef Pröll, sondern Spindelegger neben Faymann stehe. Man frage sich wirklich, wofür jetzt zwei Monate verhandelt worden sei. Und die bislang bekannte Ministerriege bleibe auch weiterhin ein Kabinett des permanenten Versagens, meinte Strache weiter. Die einzige Bewegung in der ganzen Geschichte sei der Austausch einiger Türschilder.

Eva Glawischnig (Grüne)

Die Grüne Klubobfrau und Bundessprecherin Eva Glawischnig sagte, SPÖ und ÖVP hätten ein Stillstands-Abkommen geschlossen. Einen anderen Schluß würde der gemeinsame Auftritt von Faymann und Spindelegger und die damals gerade bekanntgewordenen Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen nicht zulassen. „Anstatt für die wichtigen Zukunftsfragen Lösungen für die BürgerInnen zu finden, ketten sich SPÖ und ÖVP weitere fünf Jahre aneinander, ohne Mut für neue Reformen. Die großen Zukunftsfragen bleiben ungelöst. So werden sie in der Bevölkerung weiter an Vertrauen verlieren“, sagt Glawischnig. Es werde daher „Druck, Engagement und viele gute Ideen von seiten der Grünen brauchen, um Bewegung in den rot-schwarzen Stillstand zu bringen. Wir werden für eine Bildungsrevolution, die grüne Energiewende, mehr Kontrolle, einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld und leistbares Leben für alle kämpfen.“

Innenpolitik

Das ist unser Auftrag für die nächsten Jahre.“

Kritik übt Glawischnig auch am Brechen von Wahlversprechen durch SPÖ und ÖVP. Die Millionärssteuer, die Faymann im Wahlkampf noch versprochen habe, komme offenbar eben so wenig wie Steuersenkungen, die Spindelegger im Wahlkampf versprochen habe. Stattdessen seien Steuererhöhungen geplant. Schon die Koalitionsverhandlungen hätten gezeigt, daß sich der alte Dauerstreit zwischen SPÖ und ÖVP fortsetze.

Faymann und Spindelegger würden im Regieren offenbar vor allem den eigenen Machterhalt, das Befriedigen von Lobbys und das Bestreben sehen, dem jeweils anderen keinen Erfolg zu gönnen. Das Ergebnis ist der kleinste gemeinsame Nenner. „Das ist zu wenig, um Österreich in eine gute Zukunft zu führen. Umsomehr braucht es starke Grüne auf Bundesebene und in den Ländern, um gegen Stillstand und für Veränderung zu kämpfen“, so Glawischnig.

Kathrin Nachbaur (Team Stronach)

Team Stronach Klubobfrau Kathrin Nachbaur erklärte, bei dieser Regierung würden nicht Lösungskompetenz und Unternehmergeist, sondern die Besteuerungsgier zählen. „Diese Regierung ist eine phantasievolle Verteiler-Clique, doch je weniger Geld in diesem Land erwirtschaftet wird, umso weniger kann die Regierung verteilen. Die Zukunft wird auf diese Weise dank SPÖ und ÖVP wohl unsozialer. Faymann und Spindelegger haben Freitag, den 13., mit all seinem Unheil vorgezogen. Heute ist ein schwarzer Tag für die Österreicherinnen und Österreicher und es werden mit dieser Regierung leider noch viele folgen.“

Die bekannt gewordenen Maßnahmen der neuen, alten Regierung würden geradezu vor „Unoriginalität“ strotzen. Denn „die Lösung der Verantwortlichen besteht wie immer nur darin, die Steuern weiter anzuheben. Mehr Schulden, mehr Budgetlöcher, mehr Einnahmen, mehr Staatsabhängige – diese Steuererhöhungen zeigen die Geldgier des Staates. Diese ‚10-Euro-Regierung‘ ist nur beim Schröpfen der Bürger kreativ“, so Nachbaur in bezug auf die Aussage von Staatssekretär Lopatka, wonach jeder Österreicher künftig mit durchschnittlich 10 Euro pro Monat zusätzlich belastet werde.

„Wir haben konkrete Vorschläge für eine Steuersenkung, eine Staats- und Verwaltungsreform, eine Demokratiereform sowie Verbesserungen in den Bereichen Gesundheit und Pensionen und werden diese hart-



Foto: HBF / Peter Lechner

Gleich nach Bekanntgabe der Einigung auf eine Koalitionsregierung hatte Bundespräsident Heinz Fischer am 13. Dezember die beiden Verhandlungsführer Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger in seine Amtsräume in der Hofburg eingeladen.

näckig einbringen“, kündigte Nachbaur eine inhaltlich konsequente und konstruktive Oppositionsarbeit des Team Stronach an.

Matthias Strolz (NEOS)

Bei NEOS-Chef Matthias Strolz löste die Vorstellung von Faymann und Spindelegger, wie er sagte, „Beklemmung“ aus. „Mit kreativer Buchhaltung haben Rot-Schwarz das Budgetloch kleingerechnet. Nun folgt eine Fingertübung in Sachen kreative Überschriften.“ Es sei zu befürchten, daß hinter den Überschriften keine Substanz stehe. Das sei kein Leuchtfener für unsere Land, „das ist ein Grablicht für unseren Standort.“ Man werde, so Strolz damals, abwarten, um auch die geplanten Maßnahmen genauer abschätzen zu können. Doch schon zum Greifen sei gewesen, „daß beispielsweise im Bildungs- und Pensionsbereich keine nachhaltigen Lösungskonzepte in Umsetzung gehen. Es gilt weiterhin das Motto: Ignorieren, Kaschieren, Durchlavieren. Kein Pensionsautomatismus, kein Flexipensions-Modell, keine Angleichung des Frauenpensionsalters. Auch im Bildungsbereich fehlt die Entschlossenheit und der Mut. Die Schulen müssen weiter auf mehr Autonomie warten, die Studierenden werden weiterhin am Boden sitzen und die Verlängerung des 30jährigen Stellungskampfs um die Gesamtschule wird weiter sämtliche anderen Bildungsbaustellen lahmlegen“, kritisierte Strolz die Neuaufgabe der rot-schwarzen Koalition.

Österreich werde in den nächsten Jahren Tag für Tag ein Stück Zukunft verlieren. „Als Ergebnis wird Österreich 2018 ein Stück ärmer dastehen. Über unser Land breitet sich ein Mantel der Depression. Es regiert nicht die Zuversicht, nicht der Optimismus, nicht der Mut. Es regiert die Lähmung, die Feigheit, die Beklemmung. Wir werden sehen, daß zunehmend mehr junge Menschen unserem Land den Rücken kehren. Sie werden sich gezwungen sehen, ihre Chancen außerhalb Österreichs zu suchen. Es drohen uns fünf verlorene Jahre für das Land und seine Menschen“, schloß Strolz.

Bundespräsident ist »froh, daß das Ziel erreicht wurde«

Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger haben dann am Nachmittag des 13. Dezember Bundespräsident Heinz Fischer offiziell über den erfolgreichen Abschluß der Regierungsverhandlungen informiert. Der Bundespräsident zeigte sich froh, daß dieser noch vor Weihnachten gelungen sei. Er hätte sich allerdings persönlich ein eigenes Wissenschaftsministerium gewünscht. (Das wurde, nach Übereinkommen der beiden Koalitionäre, dem Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend zugeordnet).

Fischer erklärte, die Regierungsverhandlungen seien schwierig gewesen, aber er habe von Anfang an Zuversicht geäußert, meinte Fischer im Anschluß an das Gespräch vor



Foto: HBF / Stephanie Strob

Vor der versammelten neuen Regierungsmannschaft lobt Bundespräsident Heinz Fischer Werner Faymann als Bundeskanzler an.

Journalisten. Er habe sich ein Ergebnis vor Weihnachten gewünscht und sei nun froh darüber, daß dieses Ziel erreicht wurde. Es sei auch im Interesse des Landes, daß sich die Verhandlungen nicht bis ins neue Jahr hineinziehen.

Der Inhalt des Gesprächs habe sich um detailliertere Informationen zu Teilen des Regierungsprogramms gedreht, sagte der Bundespräsident, außerdem hätten Kanzer und Vizekanzler Faymann bekräftigt, daß sie zu einander Vertrauen und den Willen hätten, gemeinsam Probleme zu lösen.

Gefragt, ob er die gewünschten Reformen im Regierungsprogramm erkennen kann, erklärte der Präsident, der neue Koalitions пакт sei das Ergebnis „wirklich harter Arbeit“ und langer Verhandlungen. Es handle sich nicht um eine Einparteienregierung, deshalb müßten sich eben beide im Programm wiederfinden. Das Programm sei eines, das „wirklich bemüht ist, Österreich nach vorne zu bringen“.

Angesprochen auf die Tatsache, daß es kein eigenes Wissenschaftsministerium mehr gibt, zeigte sich der Bundespräsident nicht vollends zufrieden. Damit habe er in den vergangenen Wochen nicht gerechnet. Er habe das Wissenschaftsministerium für eine wichtige Institution und ein wichtiges Symbol gehalten. Der nun zuständige Minister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) werde die Aufgabe haben, zu beweisen, daß ihm Wirt-

schaft und Wissenschaft Anliegen seien sowie daß die Grundlagenforschung und -wissenschaften „nicht zu leiden haben“: „Jetzt muß das Beste draus gemacht werden.“

Die Angelobung

Die Mitglieder der neuen Regierung im Kabinett Faymann II trafen dann nach dem Wochenende am Vormittag des 16. Dezember zur Unterzeichnung des gemeinsamen Arbeitsprogrammes für die Jahre 2013 bis 2018 im Bundeskanzleramt zusammen. Im Anschluß wurden sie vom Bundespräsidenten in der Hofburg empfangen. Die Regierungsmitglieder und Staatssekretäre gelobten, die Bundesverfassung und alle Gesetze der Republik Österreich „getreulich zu beobachten“ und ihr Amt „nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen“.

Nach der Angelobung kehrten Bundeskanzler, Ministerinnen und Minister zurück ins Bundeskanzleramt, um zur ersten Sitzung des Ministerrates zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung stand die Übertragung von Aufgaben aus dem Wirkungsbereich des Kanzleramts an den neuen Kanzleramtsminister Josef Ostermayer (SPÖ, bisher Staatssekretär im Bundeskanzleramt und für die Bereiche Medienangelegenheiten und Regierungskoordination verantwortlich). Er wurde am frühen Abend nochmals von Bundespräsident Fischer für seine vorläufigen

Agenden vereidigt. Sowohl Ostermayer als auch Sophie Karmasin (sie ist neue Familienministerin der ÖVP) waren zunächst als Bundesminister ohne Portefeuille angelobt worden. Sie wurden erst nach Änderung des Bundesministeriengesetzes zusätzlich mit ihren neuen Aufgaben Kunst und Kultur beziehungsweise Familie und Jugend betraut.

Die Regierungserklärung

Am Vormittag des 17. Dezember stand die Regierungserklärung im Parlament auf dem Programm.

Faymann: Gemeinsam Leistungen sichern und ausbauen

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) hat den Abgeordneten des Nationalrats das Arbeitsprogramm der tags zuvor angelobten Bundesregierung für die kommenden fünf Jahre vorgestellt. „Österreich ist ein erfolgreiches Land. Wir sind sowohl wirtschaftlich erfolgreich als auch in sozialen Fragen Vorbild in Europa, unser Land ist oft Beispiel für die Vereinbarkeit von Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Ausgleich“, sagte der Kanzler eingangs. „Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit sind die Voraussetzung, daß unsere sozialen Leistungen finanzierbar bleiben. Das Regierungsprogramm hat die Aufgabe, diese Faktoren zu sichern und auszubauen.“

Innenpolitik

„Sozialer Friede und Fairness sind die besten Grundlagen für die Entwicklung einer Demokratie“, sagte Faymann. Angesichts der vielen Regionen in Europa mit hoher Gesamt- und Jugendarbeitslosigkeit betonte der Kanzler, daß friedliches Zusammenleben voraussetzt, daß jüngere Menschen die Chance bekommen, durch Bildung und Ausbildung das Rüstzeug fürs Leben zu bekommen, und ältere von ihren Pensionen leben können müssen. „Wettbewerbsfähigkeit und stabile Finanzen zu erreichen, ist in der Wirtschaftskrise doppelt schwierig. Wir haben die Aufgabe, gemeinsam dafür zu sorgen, daß wir sparsam vorgehen und öffentliche Leistungen effizient erbringen. Dafür haben wir eine Fülle an Maßnahmen erarbeitet.“ Der Kanzler sprach allen VerhandlerInnen seinen Dank für ihre Arbeit im Rahmen der Regierungsbildung aus. „Wir werden gemeinsam dafür sorgen, daß in Zukunft Leistungen abgesichert und ausgebaut werden“, betonte Faymann.

Österreich ist das EU-Land mit der geringsten Arbeitslosigkeit und der zweitbesten Wirtschaftsleistung pro Kopf. Seit den 90er-Jahren hat sich der Wert der Exporte verdreifacht, die Zinsen auf österreichische Staatsanleihen sind auf einem historischen Tiefststand. „Damit unser Steuergeld nicht in höhere Zinsen fließt, müssen wir die Stabilität der Finanzen sichern – das Prinzip der Sparsamkeit ist kein Selbstzweck“, erläuterte der Kanzler, und führte weiter aus, daß nur ein Prozent an höheren Zinsen zwei Mrd. Euro Zusatzkosten pro Jahr bedeuten würden.

Besorgnis erregte die hohe Anzahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse bei Jungen in Europa. Hier sei einiges für mehr Fairness zu unternehmen, vor allem, weil Österreich auch in diesem Bereich Vorbild sein wolle. „Den Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft ist nicht mit einem einzigen Paukenschlag beizukommen, aber mit einer Reihe von Maßnahmen im Regierungsprogramm.“ Faymann nannte als Beispiele die Einschränkung der Gruppenbesteuerung, die Abschaffung der Steuerbegünstigungen bei Managergehältern über 500.000 Euro Jahresverdienst, die Verlängerung des Solidarbeitrags und den Kampf gegen den Steuerbetrug, der EU-weit zu führen sei.

Weiters sei geplant, die Familienbeihilfe ab Mitte 2014 zu erhöhen. 350 Millionen Euro werden in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert, in den Ausbau der Tagesbetreuung fließen 400 Mio. Euro mehr, der Wohnbau wird mit 276 Mio. Euro gefördert, und der



Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz

Bundeskanzler Werner Faymann bei seiner Regierungserklärung

Pflegefonds wird verlängert. „Nicht alles, was wir gerne hätten, können wir uns auch leisten, aber wir nehmen Investitionen vor, die im Rahmen unserer Spielräume ein Fortschritt in die richtige Richtung sind“, betonte Faymann.

Zu den Steueranhebungen sagte der Kanzler, daß jede Erhöhung eine Belastung darstelle, aber „wir sind nicht jenen Weg gegangen, den viele andere Länder von Griechenland bis zum wirtschaftlich starken Finnland oder den Niederlanden gegangen sind: die Erhöhung der Mehrwertsteuer“. Diese Maßnahme funktioniere zwar schnell für die Finanzbehörden, sei aber unsozial, da die Haushalte dadurch ungleich belastet würden. Er wolle die Steuererhöhungen nicht kleinreden, aber demgegenüber stünden etwa auch Anpassungen bei der Pendlerpauschale.

In der Bildung gehe es darum, die ganztägige Betreuung flächendeckend auszubauen – dies sei ein Fortschritt, „eine Verbesserung für die Kinder in Österreich“. Gerade hier liege laut Experten der wesentliche Unterschied zu Ländern, die beim Pisa-Test vor Österreich lagen. „Die ganztägige Schule ist ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg“, unterstrich der Kanzler. Die Ausbildung bis 18

sei ein weiterer wichtiger Punkt, denn bei der Mindestqualifikation bestünde Nachholbedarf.

Verwaltung modernisieren und Spielräume schaffen für »mehr Fairness und Gerechtigkeit«

Der Bundeskanzler betonte weiters, daß es gelte, die Herausforderungen, vor denen Österreich steht, gemeinsam zu lösen: „Unsere Heimat wird dann am besten weiterentwickelt, wenn wir gemeinsam Verantwortung übernehmen.“ Interessenskonflikte dürften nicht verharmlost werden, sondern müßten konstruktiv gelöst werden. Gerade im Bereich Arbeit und Beschäftigung gelte es „alle Dinge, die mit Korrektheit, Fairness und Anständigkeit zusammenhängen, gemeinsam mit den Sozialpartnern auszubauen“, forderte Faymann. Das beinhalte die Bekämpfung sogenannter „All-In“-Verträge genauso wie die Einführung eines Bonus/Malus-Systems zur Steigerung der Erwerbsquote älterer ArbeitnehmerInnen.

„Das Ziel der Bundesregierung, das faktische Pensionsantrittsalter in fünf Jahren um 1,7 Jahre anzuheben, erfordert eine Leistung, wie sie noch nie in einem vergleichbaren Zeitraum stattgefunden hat“, unterstrich der Bun-



Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz

Vizekanzler Michael Spindelegger ist am Wort

deskazler. Die Voraussetzung dafür sei aber, daß es ausreichend altersgerechte Arbeitsplätze gibt. Hier könne Österreich durchaus von anderen Ländern lernen, „da dürfen wir nicht engstirnig sein“, forderte Faymann. In einigen Ländern, die ein Bonus/Malus-System eingeführt haben, herrsche eine gesellschaftspolitische Grundeinstellung, daß „ältere Mitarbeiter wertvolle Mitarbeiter sind. Da fühlen sich Wirtschaft und Gesellschaft verpflichtet, altersgerechte Arbeitsplätze auszubauen“, das müsse auch in Österreich einen besonderen Stellenwert haben, so der Kanzler. Viele Beschlüsse seien gefaßt und konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht worden, um das faktische Pensionsantrittsalter in Österreich zu erhöhen. Der Bundeskanzler betonte jedoch, daß die Regierung hier über kein „Rezeptbuch“ verfüge, sondern daß gegebenenfalls „Punkt für Punkt nachjustiert werden muß. Einige Maßnahmen funktionieren besonders gut, manche müssen nachgebessert werden“.

Der Bundeskanzler strich ebenfalls hervor, daß es wichtig sei, den Bürgerinnen und Bürgern sagen zu können, daß das Steuergeld in Österreich dafür eingesetzt werde, „daß wir einen Rekordstand an Kinderbetreu-

ungsplätzen haben und diese auch weiter ausbauen, um die weißen Flecken, die es noch gibt, zu beseitigen“. Denn die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei auch eine Frage des Fortschritts, so Faymann. Der Kanzler stellte in diesem Zusammenhang klar, wie wichtig eine gute und enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sei, um „die Aufgaben, bei denen die Kompetenzen oft verteilt sind, gemeinsam zu bewerkstelligen“ – vom Ausbau der Kinderbetreuung bis hin zum Bereich Landwirtschaft.

Mehr Transparenz sei von zentraler Bedeutung, hob Faymann hervor. Denn es gehe darum, Maßnahmen und Förderungen auf Doppelgleisigkeiten hin zu durchforsten und durch eine Modernisierung der Verwaltung Spielraum für neue Investitionen und „mehr Fairness und Gerechtigkeit“ zu schaffen, insbesondere im Gesundheits- und Sozialbereich, sagte Faymann. Das beinhalte auch den Bereich Umwelt und Energie, wo es gelte, durch thermische Sanierung Energieeinsparungen zu erreichen und eine Vorreiterrolle bei den erneuerbaren Energien einzunehmen. Denn es sei richtig, „weder in Österreich, noch in Europa auf Kernenergie zu

setzen“. Es beinhalte Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung, um „Schlüssel Fragen unserer Gesellschaft gemeinsam voranzutreiben. Denn die Innovationskraft eines Landes muß hier Niederschlag finden.“

Der Regierung sei es in den letzten Jahren gelungen, trotz Konsolidierungsbedarfs „die Kaufkraft und die Innovationskraft in Österreich“ zu stärken. „Österreich hat hier ein gutes Beispiel gesetzt“, zitierte Faymann den Gouverneur der Österreichischen Nationalbank Ewald Nowotny.

Der Bundeskanzler bedankte sich bei allen, die bisher in der Regierung tätig waren und „große Leistungen“ für Österreich erreicht haben. Insbesondere dankte er den scheidenden Regierungsmitgliedern Claudia Schmied (SPÖ, bisher Unterrichtsministerin), Maria Fekter (ÖVP, Finanzministerin), Nikolaus Berlakovich (ÖVP, Landwirtschaftsminister), Beatrix Karl (ÖVP, Justizministerin), Karlheinz Töchterle (ÖVP, Wissenschaftsminister), Andreas Schieder (SPÖ, Staatssekretär im Finanzministerium) und Reinhold Lopatka (ÖVP, Staatssekretär im Außenministerium).

Spindelegger: Sichere Finanzen schaffen Handlungsspielräume für die Zukunft

„Sichere Finanzen sind elementar, um Handlungsspielräume für die Zukunft zu schaffen“, sagte Vizekanzler und Finanzminister Michael Spindelegger (ÖVP) im Rahmen der Regierungserklärung im Nationalrat. Diese Zielsetzung würde sich im Budget für 2014 und auch im Budgetrahmen für den Zeitraum bis 2018 wiederfinden. „Im Jahr 2016 werden wir erstmals ein strukturelles Nulldefizit, also ein ausgeglichenes Budget ohne Einmalerelöse oder Einmalmaßnahmen erreichen. Damit werden Österreichs Finanzen nachhaltig fit für die Zukunft sein“, so Spindelegger.

Ein wichtiger Eckpfeiler der kommenden fünf Jahre sei auch, das Pensionssystem nachhaltig fit für die Zukunft zu machen und damit auch für die jetzt Jungen abzusichern. „Mit dem halbjährlichen Pensionsmonitoring wird es gelingen, daß in den kommenden fünf Jahren das Pensionsantrittsalter *erstmalig* stärker steigt als das Lebensalter“, sagte Spindelegger und betonte, daß 2018 das durchschnittliche Pensionsantrittsalter über 60 Jahren liegen werde. Dazu brauche es aber flankierende Maßnahmen, um ältere ArbeitnehmerInnen auch länger im Arbeitsleben zu halten. „Ein gezieltes Bonus-Malus-System stellt sicher, daß ältere Arbeit-

Innenpolitik

Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz



Ein Blick in die 7. Nationalratssitzung der XXV. Gesetzgebungsperiode, in der Bundeskanzler Werner Faymann den Abgeordneten des Nationalrats das Regierungsprogramm der SPÖ-ÖVP-Koalition präsentierte.

nehmeInnen nicht nur arbeiten sollen, sondern auch können“, so Spindelegger.

Verwaltungsreform sei immer das Bohren harter Bretter. Besonders bemerkenswert sei es deshalb, daß man gemeinsam mit Ländern und Gemeinden vereinbart habe, daß bis 2015 alle Förderungen in die Transparenzdatenbank eingespeist würden, um Doppelgleisigkeiten aufzuzeigen und zu hinterfragen. Darüber hinaus würden Verwaltungsausgaben gedeckelt, was alleine 350 Millionen Euro an Einsparungen bedeute.

Neben Einsparungen und Reformen stelle die Bundesregierung mit gezielter Wachstumsförderung sicher, daß die Konjunktur weiterhin belebt werde. „Unser Ziel ist eine Gründerwelle und eine stärkere Fokussierung auf die Exportwirtschaft“, schloß Spindelegger.

Der nunmehrige ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka ergänzte, das Regierungsteam werde die Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik fortsetzen: „Diese Koalitionsregierung wird bestmöglich und professionell zusammenarbeiten mit dem Ziel, die Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik auch in den nächsten fünf Jahren fortzusetzen. Das ist nicht nur die Aufgabe der Regierung, son-

dern auch die Aufgabe aller 183 Abgeordneten. Wir müssen versuchen, zusammenzuarbeiten, damit Österreich Weltspitze bleiben kann.“ Das Regierungsprogramm sei die richtige und gute Grundlage dafür, daß es gelingen könne, Österreich an der Spitze der EU zu halten, fuhr Lopatka fort und nannte die wesentlichsten Schwerpunkte:

- Erreichen eines nachhaltigen Nulldefizits bis 2016. Dieses sehr ambitionierte Ziel erfordere von allen MinisterInnen Sparsamkeit und Reformen.
- Das gute österreichische Pensionssystem soll für die Jungen gesichert werden. Dafür muß aber beim Pensionsantrittsalter eine Trendumkehr geschaffen werden: Seit 1970 ist die Lebenserwartung um zehn Jahre gestiegen, das faktische Pensionsantrittsalter allerdings um ein Jahr heruntergegangen. Diesem großen Kostentreiber müsse Einhalt geboten werden. Das faktische Pensionsantrittsalter werde mit den fixierten Maßnahmen stärker steigen als die Lebenserwartung.
- Die Familien seien ein Herzensanliegen, daher seien im Regierungsprogramm auch Maßnahmen wie die Erhöhung der Kinderbeihilfe, ein zweites verpflichtendes

Gratis-Kindergartenjahr und der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen budgetiert.

- Die Landwirtschaft hat gerade in den ländlichen Regionen große Bedeutung. Daher sei eine Kofinanzierung 50:50 wichtig gewesen. Diese Sicherstellung sei gelungen.
- All das sei nur zu schaffen, wenn das Wachstum wieder anziehe. Denn nur mit Wachstum könnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden, würden die Einkommen steigen, seien die Steuereinnahmen gesichert und die Menschen länger im Arbeitsprozeß bleiben.

„Nicht das Programm, die Menschen sind in der Politik entscheidend. Persönlichkeiten, die auf Unvorhergesehenes richtig reagieren – die entscheidungsfreudig sind, Nervenstärke beweisen. Das neue Regierungsteam der ÖVP besteht aus Persönlichkeiten, die diese Eigenschaften haben“, betonte Lopatka und bezeichnete die Entscheidung, daß Vizekanzler Spindelegger das Finanzressort führen werde, als „logisch und richtig. Denn Finanzfragen sind Chefsache.“ Staatssekretär Jochen Danning (ÖVP) werde ihn dabei perfekt unterstützen.

Innenpolitik

Strache: Regierungsparteien haben alle Wahlversprechen gebrochen

Der Klubobmann der FPÖ, Heinz-Christian Strache, sprach von einem äußerst ambitionslosen Regierungsprogramm, das zwar einige positive Überschriften enthalte, aber keine wesentlichen Weichenstellungen vorsehe. Auf inhaltlicher Ebene vermißte Stra-



Heinz-Christian Strache
Bundesparteiobmann der FPÖ
Foto: Parlamentsdirektion / Photo Simonis

che vor allem dringend notwendige Reformvorschläge und Innovationen in den Bereichen Verwaltung, Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, steuerliche Entlastung der ArbeitnehmerInnen oder bei der Armutsbekämpfung; und vom Budgetloch sei überhaupt keine Rede mehr. Aber auch auf personeller Ebene werde das „Kasperltheater“ fortgesetzt, kritisierte Strache. Während man Wissenschaftsminister Töchterle einfach abserviert habe, sei als PR-Gag eine unabhängige ORF-Expertin als Schmalpurministerin installiert worden. Zusätzlich gebe es einen neuen Justizminister, der einige interessante Mandate aufweisen könne.

Für eine Abdankung der österreichischen Außenpolitik halte er auch die Nominierung von Sebastian Kurz für dieses Ressort, der zwar in den vergangenen Jahren durchaus eine gute Figur gemacht habe, aber über keine diplomatische Erfahrung verfüge. Vorschußlorbeeren dürfe man sich von seiten der Opposition auch nicht für die Staatssekretäre erwarten, erklärte Strache, für diese Regierung gelte für ihn die „Unfähigkeitsvermutung“. Generell müsse man feststellen, daß die Regierungsparteien alle Wahlversprechen gebrochen hätten und sich darauf ausreden würden, daß der andere Partner die jeweiligen Vorhaben verhindert habe. Es sei daher kein Wunder, daß es sogar in den eige-

nen Reihen sehr viel Unmut gebe. Das Regierungsprogramm stehe bedauerlicherweise für weiteren Stillstand und Realitätsverweigerung, konstatierte Strache, und es sei zu befürchten, daß auf die Österreicher in den nächsten fünf Jahren noch viele Belastungen und Erhöhungen zukommen würden. Er sei daher sicher, daß die rot-schwarze Stillstandsregierung die Rechnung bei den nächsten Wahlen präsentiert bekomme.

Glawischnig vermißt Maßnahmen für junge Menschen, sozial Schwache und Umwelt

Die Klubobfrau der Grünen, Eva Glawischnig, räumte eingangs ein, daß im Regierungsprogramm auch viele positive Dinge zu finden seien. Als Beispiele nannte sie die Beschränkung der steuerlichen Absetzbarkeit



Eva Glawischnig
Klubobfrau der Grünen
Foto: Parlamentsdirektion / Wilke

von Managergehältern, die Einführung eines zweiten kostenfreien Kindergartenjahres oder den Ausbau ganztägiger Schulformen und sozialer Dienstleistungen. Begrüßenswert seien auch die Vorhaben im Bereich Volksbegehren und das geplante Informationsfreiheitsgesetz. Allerdings stehe das gesamte Regierungsübereinkommen unter dem Titel Finanzierungsvorbehalt, was nur das neue Wort für Budgetloch sei, bemängelte Glawischnig. Im Mittelpunkt der Koalitionsverhandlungen standen auch vielmehr die Befindlichkeiten von Rot und Schwarz, urteilte sie, gerade am Schluß habe man sich gegenseitig darin überboten, „dem anderen noch die Projekte hinauszuschießen“.

Österreich stehe im internationalen Vergleich sicherlich nicht schlecht da, meinte die Rednerin, es gebe aber viele Bereiche, wie etwa den Bildungssektor, wo die Bevöl-

kerung dringend auf Reformen warte. Generell bedauerte sie sehr, daß die Interessen der jungen Menschen kaum berücksichtigt werden, was man u.a. an der Abschaffung des Wissenschaftsressort erkennen könne. Die Grünen würden daher eine namentliche Abstimmung in dieser Frage fordern. Ganz besonders unsolidarisch seien auch die geplanten Maßnahmen im Pensionsbereich sowie die Tatsache, daß die Reichen und Vermögenden wiederum nicht zur Kasse gebeten würden, kritisierte Glawischnig. Keinen einzigen Satz finde man auch zum Ausbau der Kontrollrechte; dies sei ein Armutszeugnis. Was das Umweltkapitel betreffe, daß das schwächste sei, das Österreich jemals gehabt habe, so würden keinerlei zukunftsweisende Maßnahmen bezüglich Energieeffizienz, Klimaschutz oder „grüne Arbeitsplätze“ angeführt. Hinsichtlich der personellen Ebene merkte die Klubobfrau der Grünen an, daß alle neuen Mitglieder in der Regierung sicher eine faire Chance verdienen. Wenn man sich allerdings die sehr eingeschränkten Kompetenzen der Familienministerin ansehe, dann gebe es die berechtigte Sorge, daß es sich um eine PR-Aktion handle. Dem neuen Justizminister, der einen interessanten Rollenwechsel vornehme, gab sie mit auf den Weg, daß die Frage des Weisungsrechts und der



Kathrin Nachbaur
Klubobfrau des Team Stronach
Foto: Parlamentsdirektion / Photo Simonis

Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft massiv auf dem Prüfstand stehe.

Nachbaur: Leistungsträger werden bestraft und der Wirtschaftsstandort wird geschwächt

Die Klubobfrau des Team Stronach, Kathrin Nachbaur, schloß sich der Kritik der Grünen an, wonach die gesamten Vorhaben

Innenpolitik

im Regierungsprogramm unter einem Finanzierungsvorbehalt stünden. In der Folge befaßte sie sich in ihrer Wortmeldung besonders mit den wirtschaftspolitischen Aspekten des Übereinkommens, denen sie ein sehr negatives Zeugnis ausstellte. Viele Vorschläge seien nämlich keine Verbesserungen, sondern eher als Bestrafung für die Leistungsträger zu werten, kritisierte sie. Obwohl Österreich bei den Abgabenbelastungen weltweit ganz oben rangiere, würden noch weitere Belastungen angedacht. Dies sei ihrer Ansicht nach grob fahrlässig und ein Anschlag auf den Wirtschaftsstandort Österreich. Was die Pläne bezüglich der ÖIAG betreffe, so mache sie sich Sorgen, daß eine Repolitisierung nach dem Proporzsystem die Unternehmen schwäche. Das wirkliche Geld, was Privatisierungen anbelange, liege ihrer Meinung nach bei den Ländern, aber für eine richtige Föderalismusreform habe wiederum der Mut gefehlt, bedauerte sie. Negativ beurteilte sie auch die Auflösung des Wissenschaftsministeriums sowie die geringe Frauenquote innerhalb der Regierung und der Klubs. Was den Justizsektor betreffe, so sei es gerade sehr aktuell, wieder über die Abschaffung des Weisungsrechts nachzudenken. Nachbaur plädierte in diesem Zusammenhang auch für die Wiedereinführung der unabhängigen Untersuchungsrichter. Insgesamt



Matthias Strolz
Klubobmann von NEOS

Foto: Parlamentsdirektion / Photo Simonis

verurteilte Nachbaur die „unheilbare Schuldensucht“ der Regierung, die das Land schwäche und weiter abhängig von den Geldgebern mache.

Strolz: Lehrer sind die Goldschmiede Österreichs

Auch wenn das Regierungsprogramm einige gute Punkte enthalte, so fehle ihm der „Schub nach vorn“, erklärte Klubobmann der NEOS, Matthias Strolz. Seine Partei sei angeregt, um aus Österreich ein Land der Zu-

versicht und Entschlossenheit zu machen, in dem die Bürger ihr persönliches Leben in die Hand nehmen. Die NEOS stünden für ein aktives Gemeinwesen und ein starkes soziales Netz, das nicht auf Schulden gebaut werden dürfe. Ein besonderes Herzensanliegen sei ihm der Bildungssektor, der dringend reformiert werden müsse, weil in der Vergangenheit viele Chancen und Talente vernichtet worden seien. Neben der Einführung der Gesamtschule forderte Strolz, daß DirektorInnen künftig an der Schule selbst bestellt werden und zudem die Möglichkeit haben sollten, sich auch selbst ihr Lehrpersonal aussuchen zu können. Außerdem solle es die Möglichkeit geben, sich von Lehrern verabschieden zu können, die sich in diesen Beruf verirrt haben. Er sei überzeugt davon, daß die LehrerInnen den wichtigsten Beruf innehätten, sie seien sozusagen die Goldschmiede der Nation. Mehr Geld sollte es auch für die Wissenschaft und Forschung geben, weil dort die Landebahnen für die Zukunft gebaut würden. In einem entsprechenden Entschließungsantrag forderte er daher auch, daß das Wissenschaftsministerium nicht aufgelöst werde. Ausserdem trat er dafür ein, daß sich neue Regierungsglieder vor ihrer Angelobung einem Hearing im Nationalrat stellen sollten. ■

Quellen: Bundespressedienst, Hofburg, SPÖ, ÖVP, Parlamentskorrespondenz



Foto: BKA / Andy Wenzel

Die Regierungsglieder auf dem Weg vom Bundeskanzleram am Ballgausplatz in die Präsidentschaftskanzlei in der Hofburg

Die Regierungsmitglieder beim Bundespräsidenten



Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ)



Vizekanzler und Finanzminister Michael Spindelegger (ÖVP)



Verkehrsministerin Doris Bures (SPÖ)



Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ)



Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ)



Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP)



Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ)



Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP)

Fotos: HBF / Stephanie Strob

Die Regierungsmitglieder beim Bundespräsidenten



Verteidigungsminister Gerald Klug (SPÖ)



Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP)



Justizminister Wolfgang Brandstetter (ÖVP)



Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter (ÖVP)



Kanzleramtsminister Josef Ostermayer (SPÖ)



Frauenministerin Sophie Karmasin (ÖVP)



Finanzstaatssekretärin Sonja Stessl (SPÖ)



Finanzstaatssekretär Jochen Danninger (ÖVP)

Fotos: HBF / Stephanie Strob

Preise für erfolgreiches »Erinnern für die Zukunft«

Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny
überreichte Renner-Preis an Mauthausen-Komitee



Foto: PID / Bohmann

Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny bei der Überreichung der diesjährigen Renner-Preise an die Journalistin Irene Suchy, den Gründer des Verein Gedenkdienst Andreas Maislinger (l.) und das Mauthausen Komitee, vertreten durch Willi Mernyi.

Am 11. Dezember verlieh Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny die Renner-Preise an drei PreisträgerInnen, die sich in der wissenschaftlich-pädagogischen Vermittlung des Nationalsozialismus verdient gemacht haben: „Alle PreisträgerInnen tragen wesentlich dazu bei, Geschichte zu vermitteln und einen differenzierten Umgang mit ihr zu fördern. Blickt man durch Europa, so existiert Nationalismus nach wie vor. Die heute Geehrten leisten hier einen wichtigen informativen, vermittelnden Beitrag, der beiträgt mit unserer Geschichte reflektiert umzugehen. Doch dieser Beitrag ist nicht nur auf die Vergangenheit gerichtet: Im Gegenteil. In dem dieser für Europa so schicksalhafte Abschnitt europäischer Geschichte umfassend beleuchtet wird, ist es auch ein Beitrag hin zu einer gemeinsamen, zukünftigen europäischen Identität“, so Mailath in seiner Rede.

Zivilcourage und Jugendarbeit: Mauthausen Komitee

Die Laudatio für alle drei PreisträgerInnen hielt Prof. Oliver Rathkolb, Professor für Zeitgeschichte an der Historisch-Kultur-

wissenschaftlichen Fakultät an der Universität Wien. Dabei lobte er das vielseitige Engagement des Mauthausen Komitees: „Das Mauthausen Komitee Österreich widmet sich in vielfältiger Weise dem Gedenken und der Aufarbeitung der Ereignisse im NS-Konzentrationslager Mauthausen. Dazu zählen insbesondere die Arbeit mit jungen Menschen, das Anzeigen von Rassismus und Antisemitismus aber auch innovative Projekte wie das Zivilcourage-Training. Auch für die Organisation von zahlreichen Veranstaltungen zeichnet das Komitee verantwortlich wie zuletzt jene zum Fest der Freude am 8. Mai am Heldenplatz auf Einladung der Stadt Wien und des Bundes“, so Rathkolb. Willy Mernyi nahm den Preis stellvertretend für die MitarbeiterInnen entgegen.

Irene Suchy: Engagierte Journalistin und Wissenschaftlerin

„Irene Suchy ist eine vielschichtige Persönlichkeit: Wir kennen sie alle als Moderatorin von Ö1-Sendungen wie Pasticcio und dem Radiokolleg, die durch ebenso spannende wie leicht zugängliche Vermittlung herausragen. Sie ist darüber hinaus auch wissen-

schaftlich tätig und hat die Beleuchtung der NS-Geschichte von Straßhof, einem Bahnknoten und zentralem Ort der nationalsozialistischen Vernichtung in einem Buch veröffentlicht. Erwähnen möchte ich auch die Aktivistin Irene Suchy, die Initiativen wie Maly Trostinez mitträgt“, so Rathkolb in der Laudatio.

Gedenkdienst: Andreas Maislingers Erfolgsprojekt

„Andreas Maislinger gründete den höchst erfolgreichen Gedenkdienst, der auch als Wehrersatzdienst gilt. Er wird als mindestens zwölfmonatiger Auslandseinsatz geleistet und wird vor allem in Holocaust-Gedenkstätten ermöglicht. Der Preisträger setzte sich seit den 70er-Jahren für die gesetzliche Verankerung des Wehrersatzdienstes ein, der mittlerweile über die Grenzen Österreichs hinaus ein sehr anerkanntes Projekt ist, das auch symbolhaft für die aktive Auseinandersetzung Österreichs mit dem Nationalsozialismus steht“, würdigte Rathkolb den Verein Gedenkdienst. ■

<http://www.mkoe.at>

<http://www.auslandsdienst.at>

Gedenkstunde

Die Österreichischen Freunde von Yad Vashem lud zu einem Zeitzeugengespräch ins Museum Arbeitswelt in Steyr.



Fotos: Österreichischen Freunde von Yad Vashem

Gedenkveranstaltung im Museum Arbeitswelt in Steyr zum 75. Jahrestag der Novemberpogrome

Am 7. November veranstalteten die Österreichischen Freunde von Yad Vashem im Museum Arbeitswelt in Steyr eine Gedenkstunde anlässlich des 75. Jahrestages der nationalsozialistischen Novemberpogrome. Vor 200 Gästen sprach der 91jährige Zeitzeuge Gottfried Leitner, der als Jugendlicher die Zerstörung der Linzer Synagoge miterlebt hatte und kurzentschlossen eingeschritten war.

1922 in Bad Goisern geboren, war Gottfried Leitner schon als Kind Zielscheibe nationalsozialistischer Anfeindungen. Sein als judenfreundlich bekannter Vater wurde bereits während des Juli-Putsches 1934 von illegalen Nazis bedroht. Als Gymnasiast schloß sich Leitner in Linz der monarchistischen Jugendgruppe „Schwarz-Gelbe-Aktion“ an, und leistete nach dem „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich in vielfacher Weise Widerstand. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden der 16jährige und seine Kommilitonen von einem Tumult in der Nähe der Linzer Bethlehemstraße



Zeitzeuge Gottfried Leitner

überrascht. Sie entdeckten, daß die Synagoge in Brand gesteckt worden war. Kurzentschlossen stiegen sie über eine Mauer und näherten sich von der Rückseite dem jüdi-

schen Bethaus. Leitner schildert, daß er und seine Freunde zwei Thorarollen und mehrere Kultgegenstände aus der brennenden Synagoge retteten und in Sicherheit brachten. Auch später leistete Leitner weiterhin Widerstand gegen das Regime. Mehrmals wurde er inhaftiert, gefoltert und auch zum Tode verurteilt. Wie durch ein Wunder entging der überzeugte Monarchist jedoch seiner Exekution und überlebte den Krieg.

Der Zeitzeugenbericht wurde umrahmt von einer Filmcollage mit Aufnahmen der brennenden Linzer Synagoge, von Texten und von musikalischen Beiträgen der Querflötistin Mirjam Arthofer und des Pianisten Simon Raab. Im Anschluß wurden Führungen durch die neue Ausstellung „Die Gerechten. Courage ist eine Frage der Entscheidung“ angeboten. ■

Georg Schuster

<http://www.austria.yad-vashem.net>

Dieser Beitrag hatte uns nach Redaktionsschluß der Ausgabe 125 erreicht, weshalb wir ihn hier gerne nachholen. Die Redaktion.

Burgenland bei Windkraftleistung Österreichs Nummer 1

Ökostromvorreiter überholt Niederösterreich

Das Burgenland hat Niederösterreich beim Windkraftausbau überholt. Erstmals in der Geschichte der österreichischen Windkraftentwicklung ist mehr Leistung an Windkraft im Burgenland in Betrieb. 2013 erzeugt es erstmals mehr Strom aus erneuerbarer Energie als es selbst verbraucht. Der Windkraftausbau hat viele regionale Arbeitsplätze geschaffen und im Ausbildungssektor ist eine eigene windenergiespezifische Ausbildungsschiene entstanden. Landeshauptmann Hans Niessl freut sich gemeinsam mit der Energie Burgenland und der IG Windkraft über das erfolgreiche Jahr 2013, das „Jahr Energiewende“, im Burgenland. „Mit der Errichtung von sechs Anlagen im Jahr 1997 hat das Burgenland einen damals viel belächelten neuen Weg beschritten. Mit dem heutigen Tag erzeugen 332 Windräder 755 MW Strom – mehr, als im Burgenland benötigt wird. Damit können wir als erste Region in Europa im heurigen Jahr unsere Stromautarkie feiern. Und damit sind wir Modellregion für erneuerbare Energie“, so Niessl.

„Das Burgenland ist der österreichische Vorreiter in Sachen Ökostrom“, freut sich Niessl und ergänzt: „Windenergie ist ein burgenländisches Erfolgskonzept von der Stromerzeugung bis hin zu den Green Jobs der erneuerbaren Branche.“ Das Burgenland ist das Bundesland der erneuerbaren Energien und vereint nicht nur die erneuerbare Stromproduktion, sondern auch die Herstellung von Anlagenteilen und die Ausbildung von regionalen Arbeitskräften im erneuerbaren Energiebereich.

Meilenstein: »Das Jahr der Energiewende 2013«

Als das Burgenland 1997 mit dem Windpark in Zurndorf auf den Zug der Windkraftproduktion aufstieg, begann eine burgenländische Erfolgsgeschichte. 2006 wurde im burgenländischen Landtag beschlossen, daß im Jahr 2013 soviel Strom produziert werden soll, wie das Burgenland verbraucht, damit das Bundesland stromautark wird. Allen Unkenrufen zum Trotz, die diese Energiewende nicht für möglich hielten, hat das Burgenland in nur einem Jahrzehnt die rechnerische Stromautarkie erreicht. „Das Bur-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Michael Gerbavits, Vorstandssprecher der Energie Burgenland, Landeshauptmann Hans Niessl und Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft

genland ist zu einer Beispielregion für ganz Europa geworden. Hier wurde gezeigt, wie konsequente Energiepolitik wirkt“, erklärt Michael Gerbavits, Vorstandssprecher der Energie Burgenland. 2013 feierte das Bundesland das „Jahr der Energiewende“.

Burgenland auf der Überholspur

In nur einem Jahrzehnt hat das Burgenland seinen gesamten Stromverbrauch mit dem Ausbau der erneuerbaren Energie abgedeckt. Als einziges Bundesland wird es ausschließlich mit Ökostrom versorgt. Nun ist es auch jenes Bundesland, in dem die meiste Windkraftleistung steht. „Seit heute steht im Burgenland mehr Windkraftleistung als in jedem anderen Bundesland“, erklärte Niessl. Der burgenländische Windkraftausbau wurde bis jetzt im Jahr 2013 doppelt so stark vorangetrieben wie in Niederösterreich. Derzeit stehen im Burgenland Windräder mit einer Gesamtleistung von 755 MW, um rund 18 MW mehr als im Nachbarbundesland Niederösterreich. „Und das, obwohl das Windkraftpotential im flächenmäßig fünfmal größeren Niederösterreich ein weitaus höheres ist als im Burgenland“, erklärt Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft und ergänzt: „Das Burgenland ist in vielen Belangen ein Vorzeigebispiel, wie man den Ausbau erneuerbarer Energien geplant und

ambitioniert durchführen kann, ohne dabei den Umwelt- und Naturschutz aus den Augen zu verlieren.“

Nachhaltigkeit ist wesentlicher Aspekt

Für Niessl ist Nachhaltigkeit ein wesentlicher Aspekt im Ausbau der erneuerbaren Energien. „Die Energiefrage ist eine zentrale Zukunftsfrage. Es kann jungen Menschen nicht einerlei sein, ob es in Zukunft eine umweltfreundliche und umweltbelastende Form der Energiegewinnung geben wird. Die Schonung von Ressourcen und die weitgehende Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern hat für uns in Zukunft Priorität.“ Allein mit der Erzeugung von Ökostrom aus Windenergie trägt Energie Burgenland wesentlich zum Klimaschutz bei. Die positiven Auswirkungen der Alternativenergien auf die gesamte Region seien in vielen Bereichen spürbar. Die BurgenländerInnen können sauberen Strom nutzen, die Ansiedlung neuer Firmen auf dem Sektor der erneuerbaren Energien floriert und schafft neue Arbeitsplätze. „Für die Wertschöpfung ist dieser Ausbau eine enorme Bereicherung – wir haben das höchste Wirtschaftswachstum Österreichs, den höchsten Beschäftigungszuwachs, unsere Exportquote ist massiv angestiegen“, verweist Niessl auf einen weiteren Aspekt.

Windenergie bringt sauberen Strom und Arbeitsplätze

Am Ausbau der Windenergie im Burgenland waren bis jetzt mehr als 4500 Arbeitskräfte beteiligt. Weitere 400 Personen sind mit der Wartung und Betriebsführung beschäftigt. Durch den forcierten Windkraftausbau der letzten drei Jahre konnten darüber hinaus auch Teile der Windradproduktion ins Bundesland geholt werden. Der Windkrafthersteller Enercon beschäftigt in Österreich allein 450 Personen, der Großteil von ihnen arbeitet im Burgenland. Aber auch die Betreiber sind durch den Windkraftausbau stark gewachsen. Die Energie Burgenland ist größter Windkraftbetreiber Österreichs. „Es freut mich, daß die Energie Burgenland die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt und im Strombereich ausschließlich in erneuerbare Energien investiert hat“, so Gerbavits.

Und auch 2014 wird der Windkraftausbau weiter gehen. Allein die Energie Burgenland wird weitere 140 MW Windkraftleistung neu errichten. „Das Burgenland wird seine Position als Exporteur erneuerbarer Energie konsequent fortsetzen“, erklärte Niessl abschließend. ■

<http://www.igwindkraft.at>

Foto: Windpark-Halbturn / IG-Windkraft



Bürgerservice



BURGENLAND

Information

Hilfe

<http://www.burgenland.at>

<mailto:post.buergerservice@bgld.gv.at>



<http://Facebook.com/LandBurgenland>

Mit Sicherheit auf gutem Weg auf Burgenlands Straßen

Bilanz Verkehrssicherheitsplan 2013 – Ausblick 2014

Über das ganze Jahr 2013 wurden von der Burgenländischen Landesstraßenverwaltung hinweg gezielt Maßnahmen gesetzt, um die Verkehrssicherheit auf Burgenlands Straßen nachhaltig zu heben. Die Schwerpunkte reichen von der Erfassung und Behebung von Unfallhäufungsstellen, der Errichtung von Verkehrssicherheitsbauten und -umbauten, Maßnahmen zu mehr Sicherheit an Eisenbahnkreuzungen über die Aus- und Nachrüstung von Schutzwegen, Verkehrssicherheitsmaßnahmen durch Straßenausrüstung bis zu Wildwechselmaßnahmen sowie betriebliche Sicherheitsmaßnahmen.

„Die Landesstraßenverwaltung hat einen Mix an verschiedensten Verkehrssicherheitsmaßnahmen umgesetzt – seien es betriebliche oder bauliche – die alle darauf abzielen, die Verkehrssicherheit zu erhöhen“, zog Straßenbaulandesrat Helmut Bieler im Rahmen einer Pressekonferenz im Bau- und Betriebsdienstleistungszentrum Süd (BBS) in Oberwart gemeinsam mit Baudirektor Wolfgang Heckenast Bilanz und gab einen Ausblick auf das Jahr 2014. Bieler: „Wir haben uns ein klares Ziel gesetzt und wollen den Verkehrsteilnehmern die höchstmögliche Sicherheit auf Burgenlands Straßen bieten. Was wir dafür tun können, werden wir umsetzen.“

2013 wurden 115 Unfallhäufungsstellen untersucht

„Wir wollen Gefahrenquellen wenn möglich bereits im Vorhinein beseitigen“, betont Bieler. Diesem Anspruch werde man gerecht durch eine jährliche Abfrage der Unfalldatenbank sowie entsprechenden Unfallanalysen beziehungsweise durch ständige Beobachtung der Landesstraßenbereiche. Die daraus gewonnenen Daten dienen zur Ermittlung von Unfallhäufigkeitsstellen. In Folge werden „Gefahrenstellen somit schon rechtzeitig erkannt“, so der Straßenbaulandesrat. So wurden 2013 insgesamt 115 Unfallhäufigkeitsstellen untersucht, begutachtet und Sanierungsvorschläge erstellt, 2014 werden ca. 60 dieser neuralgischen Stellen auf ihr Gefahrenpotential abgeklöpft. Seit dem Jahr 2000 wurden im Burgenland ca. 1000 Unfallhäufungsstellen bearbeitet und saniert.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Ziehen positive Bilanz: Straßenbaulandesrat Helmut Bieler mit Baudirektor Wolfgang Heckenast nach der Präsentation des Verkehrssicherheitsplans 2013

Diese Unfallanalysen seien die Basis für weitere Maßnahmen, so Bieler. So würden jedes Jahr alleine in Verkehrssicherheitsbauten und -umbauten rund fünf Millionen Euro fließen. „Nicht inkludiert sind in dieser Summe Neubauten wie die Umfahrung Schützen, die natürlich die Verkehrssicherheit in der Ortsdurchfahrt wesentlich erhöht“, so Bieler. 2013 wurden, um nur einige Beispiele zu nennen, die Ortsdurchfahrten Hornstein Oberpullendorf, Henndorf und Draßburg durch die Errichtung von Fahrbahnanteilen sicherer gemacht. 2014 sind bauliche Maßnahmen in Purbach, St. Michael, Güssing und Pinkafeld geplant.

Die Unfallkosten aus Personenschäden sind massiv gesunken

Wie effizient verkehrssicherheitsfördernde bauliche Sanierung ist, zeigen die Kreisverkehre: „Durch den Umbau von Kreuzungen in Kreisverkehre ist es gelungen, an den jeweiligen Kreuzungen die Unfallkosten aus Personenschäden im Ortsgebiet um beinahe 100 Prozent und in Freilandbereichen um rund 82 Prozent zu reduzieren“, so Bieler. Bis heute wurden im Burgenland insgesamt rund 80 Kreisverkehre errichtet.

Eine permanente Herausforderung ist auch die Verkehrssicherheit an Eisenbahnkreuzungen. Vor kurzem wurde die Schrankenanlage S 31/B 50 Eisenstadt Ost in Betrieb genommen. Außerdem wurden fünf Verhandlungen mit der Eisenbahnbehörde nach der neuen Eisenbahnkreuzungsverordnung 2012 durchgeführt, ebenso viele Verhandlungen sind auch 2014 geplant. Bereits geplant im kommenden Jahr ist der Bau einer Schrankenanlage an der L313 bei Oslip. Die Kosten: 200.000 Euro.

Die Bahnübergänge B 51/Mönchhof-Frauenkirchen (bei EK-km 87,650), L 205 Kreisverkehr Gols-Podersdorf (bei EK-km 98,510), L 304 Frauenkirchen-Podersdorf (bei EK-km 81,995) und L 309 Neusiedl/ See-Seestraße beim Bahnhof (bei EK-km 93,487) werden mit LED-Fahrbahnlichtern, sogenannten „Lanelights“, ausgerüstet.

Schutzwege überprüft

In den letzten Jahren wurde auch eine Reihe von Schutzwegen im Hinblick auf die Verkehrssicherheit überprüft. An rund 300 Schutzwegen wurde bereits auf eine moderne, normgerechte Schutzwegbeleuchtung umgerüstet. Im Jahr 2013 wurden 20 Schutz-

wege mit einer normgerechten Beleuchtung ausgestattet, im Jahr 2014 folgen weitere 20. Die durchschnittlichen Kosten pro Schutzwegbeleuchtung betragen ca. 5000 Euro.

Leitschienen: Stahl statt Alu

Auch die ständige Überprüfung und Adaptierung der Straßenausrüstung trägt maßgeblich zur Verkehrssicherheit bei. So betragen die Kosten für Bodenmarkierungen jährlich rund 1,5 Millionen Euro, für Verkehrszeichen inklusive Wegweisungen werden jährlich 700.000 Euro aufgewendet.

Die Anordnung und Aufstellung von Leitschienen würden entsprechend dem neuesten Stand der Technik laufend verbessert, sagt Baudirektor Wolfgang Heckenast. Außerdem werden die alten Alu-Systeme gegen neue Stahl Leitschienen getauscht: „Seinerzeit verwendete Randabsicherungen aus Alu haben sich in ihrer Langlebigkeit als Problem erwiesen, das betrifft speziell die Versprödung des Alu-Materials durch Alterung.“ Über 87 Prozent der Leitschienen entlang den burgenländischen Landesstraßen (108.630 Meter Stahl-Leitschienen, 15.954 Meter Alu-Leitschienen) wurden bereits ausgewechselt, alle neuen Baurose werden nur mehr in Stahl ausgerüstet.

„Besonderes Augenmerk wird auf die spezielle Absicherung entlang jener Landesstraßen gelegt, die als besonders attraktive Motorrad-Strecken beliebt sind. Entlang dieser Strecken werden auch Absturzsicherungen an Brückenobjekten und überschütteten Durchlässen errichtet, sowie die Rückhaltesysteme an Brückenobjekten laufend verstärkt und verbessert“, so Heckenast.

Pilotprojekt Wildschutz

Im Burgenland werden neben den Gefahrenzeichen bereits seit 20 Jahren Wildwarnreflektoren zur Vermeidung von Wildunfällen eingesetzt. Als Pilotprojekt wurden in den letzten Jahren Wildwarnreflektoren in blauer Ausführung getestet, welche eine erhebliche Reduktion, bis zu 80 Prozent, der Unfälle mit Wildbeteiligung ergaben.

Derzeit sind im gesamten Burgenland ca. 6500 Stück (ca. 100 km Streckenlänge) blaue Wildwarnreflektoren vorhanden. Für das Jahr 2014 ist die Fortsetzung des Austausches und der Erweiterung geplant. Für diese Maßnahmen ist die Montage von ca. 3000 Stück Wildwarnreflektoren vorgesehen.

In Abschnitten mit besonders konzentriertem Wildwechsel werden großformatige Hinweiszeichen, die dem Verkehrsteilnehmer „eine max. Geschwindigkeit von 70 km/h

empfehlen“ angeordnet. Burgenlandweit wurden mit diesen Verkehrszeichen rund 20 Stellen abgesichert. Die Kosten je Standort betragen rund 2000 Euro.

Straßenverwaltung ab 2 Uhr früh im Einsatz

„Auch im Bereich des Betriebes ist die Bgld. Landesstraßenverwaltung um ein sehr hohes Sicherheitsniveau bemüht. Das betrifft vor allem rechtzeitige Mäharbeiten im

erforderlichen Sichtbereich der Autofahrer, sowie das permanente Freihalten von Sichtbermen und den Winterdienst. Speziell die Einsatzpläne und tatsächlichen Einsatzfahrten im Winterdienst weisen kürzere Umlaufzeiten auf, wie es z.B. der Mindeststandard durch den Erlass des Bundesministeriums vorgibt. Standardmäßig ist die Straßenverwaltung tagtäglich ab 2 Uhr früh im Einsatz“, so Heckenast. ■

<http://www.burgenland.at/politik-verwaltung/landesverwaltung/abteilung8>

Zweite Chance für 76 BurgenländerInnen

Die berufliche Qualifikation zu verbessern und am Arbeitsmarkt ganz neue Wege für sich zu beschreiten – diese zweite Chance erhalten 76 ehemalige burgenländische Angestellte der Firma Triumph durch die am 4. November 2013 gestarteten ersten Maßnahmen der Triumph-Arbeitsstiftung. Es werden Qualifizierungsmaßnahmen, die bis zu drei – in Ausnahmefällen auch bis zu vier – Jahre dauern können, finanziert. Dazu Soziallandesrat Peter Rezar: „Um die Betterqualifizierung der burgenländischen MitarbeiterInnen zu sichern und den betroffenen Frauen einen neuen Berufsweg zu eröffnen, hat sich das Land Burgenland dazu entschlossen, die Arbeitsstiftung mit 1200 Euro pro Person zu unterstützen.“

Im Sommer dieses Jahres war bekannt geworden, daß Triumph in Ostösterreich die Produktion an mehreren Standorten zurückfährt sowie in zwei Werken komplett einstellt. Somit stand fest, daß auch viele burgenländische Frauen ihre Arbeit dort verlieren werden. Triumph International AG hat aufgrund bestehender massiver Überkapazitäten in der Fertigung die Standorte Aspang und Oberpullendorf geschlossen, sowie an den Standorten Wiener Neustadt und Oberwart Personal abgebaut. Zur Abfederung der Konsequenzen des Arbeitsplatz-Verlustes für die betroffenen ArbeitnehmerInnen wurde von Triumph eine bundesländerübergreifende Arbeitsstiftung eingerichtet. Als Stiftungsträger wurde seitens des Unternehmens die am-consulting GmbH mit Sitz in Großhöflein beauftragt.

Das Unternehmen hat mit dem Betriebsrat vor Ort einen Sozialplan erarbeitet. In Summe wurden 350 Personen vom Sozialplan erfaßt, 120 davon haben Interesse am Eintritt in die Arbeitsstiftung geäußert. „Gemeinsam mit dem Betriebsrat haben wir versucht, das Bestmögliche für die betroffe-

nen Triumph-Näherinnen aus Oberpullendorf und Oberwart zu erreichen. Mit dem Ergebnis, daß sie nun eine Perspektive für die Zukunft und einen finanziellen Polster bis zum nächsten Arbeitsverhältnis haben. Eines hat das Beispiel von Triumph ganz klar gezeigt: Wir konnten zwar die Standorte nicht retten, aber durch die Anwesenheit von Betriebsrat und Gewerkschaft in diesen Betrieben war es möglich, einen Sozialplan zu verhandeln. Ohne ArbeitnehmerInnenvertretung wären Verhandlungen gar nicht möglich gewesen“, erklärt Andreas Horvath, Sekretär der PRO-GE im Burgenland.

Die Kündigung hat überwiegend Frauen aus dem mittleren und südlichen Burgenland betroffen. Angesichts der Arbeitsmarktlage in den Bezirken kann nicht damit gerechnet werden, daß die Betroffenen ohne weitreichende Unterstützung wieder Arbeitsplätze in der Region oder in akzeptabler Pendeldistanz bekommen werden. Die Stiftungsteilnehmerinnen haben nun die Möglichkeit, eine höherwertige reguläre Ausbildung zu absolvieren. Ein Schwerpunkt liegt dabei bei Qualifikationen, die im Sozial- und Gesundheitsbereich nachgefragt sind. „Die Arbeitsstiftung wird grundsätzlich von der Fa. Triumph finanziert. Die TeilnehmerInnen beziehen Stiftungs-Arbeitslosengeld, um während der Ausbildungsmaßnahmen finanziell abgesichert zu sein. Die Mittel für die Stiftung, die das Unternehmen zur Verfügung stellt, könnten im Einzelfall jedoch nicht ausreichen. Daher hat sich die Burgenländische Landesregierung dazu entschlossen, die Arbeitsstiftung der Triumph International AG aus Mitteln des Landes zu unterstützen. Pro Person wird aus Mittel des Landes 1200 Euro zur Verfügung gestellt. Die gesamte Fördersumme für das Land Burgenland beläuft sich insgesamt auf 91.200 Euro“, betonte Soziallandesrat Peter Rezar. ■

Hilfestellung bei Finanzspirale mit negativem Trend

Schuldnerberatung Burgenland als landesweit professioneller Rettungsanker



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landesrätin Verena Dunst, Generalsekretärin WHRin Monika Lämmermayr, WHR Gerhard Tschurlovits (Vorstand der Abteilung für Soziales, Gesundheit, Familie und Sport), Gabriela Perusich (Leiterin Schuldnerberatung Burgenland), Michaela Puhr (Leiterin Schuldnerberatung Außenstelle Süd), Natascha Varga (Leiterin des Referats Familie und Konsumentenschutz beim Amt der Burgenländischen Landesregierung), und das Team der Schuldnerberatung

Die Schuldnerberatung Burgenland, als kostenlose und anonyme Serviceeinrichtung des Landes im Mai 1998 aus der Taufe gehoben, feiert 2013 ihr 15jähriges Bestandsjubiläum. Der operative Schwerpunkt liegt in der Betreuung und Beratung hilfesuchender Menschen, die oft nicht mehr alleine den Weg aus einer finanziellen Krise schaffen. „Ziel ist es, die vielen Probleme, die Überschuldungen mit sich bringen, zu reduzieren oder im Idealfall zu eliminieren. Diese Hilfestellung, die geboten wird, ist auf den Einzelfall abgestimmt und reicht von neuen Ratenvereinbarungen, über Stundungen, Zinsfreistellungen, einem außergerichtlichen Ausgleichen bis hin zum Insolvenzverfahren – sprich Privatkonkurs, der allerdings auch kein Allheilmittel ist“, so Landesrätin Verena Dunst, der es gelungen ist, den Personalstand von 2 auf mittlerweile 6 Mitarbeiterinnen zu erhöhen, um noch rascher Beratungen durchführen und Wartezeiten verkürzen zu können.

Die Anzahl der neuen KlientInnen ist in den vergangenen 15 Jahren enorm gestiegen und beläuft sich mit Mitte Dezember 2013 auf insgesamt 8305 Personen. Gab es 1998

pro Jahr noch 316, so sind es 2013 bis dato bereits 667 neue KlientInnen. Ebenso waren von 1998 bis 2013 insgesamt 1.543 Konkurstagsatzung, 1870 außergerichtliche Ausgleiche sowie unzählige Stundungen, Zinsfreistellungen, Ratenvereinbarungen und Abschlagszahlungen zu verzeichnen. Die jährlichen persönlichen Beratungsgespräche belaufen sich auf durchschnittlich 1125, die jährlichen telefonischen Auskünfte, Anfragen und Beratungen auf 2880. Die Durchschnittverschuldung beträgt 72.000 Euro, die höchste Verschuldung rund 1 Million Euro, die geringste rund 1500 Euro, wobei die höchste Gläubigeranzahl pro Klient mit 90 zu beziffern ist und das Alter der KlientInnen sich quer durch alle Gesellschaftsschichten zwischen dem 17. und 79. Lebensjahr bewegt.

Aufgrund der Tatsache, daß das durchschnittliche Alter der verschuldeten Personen immer jünger wird, versucht Landesrätin Verena Dunst diesem Trend entgegenzuwirken. Im Jahr 2011 waren nämlich knapp 30 Prozent der KlientInnen in der Schuldnerberatung unter 35 Jahre alt, jetzt sind wir schon bei über 35 Prozent. Eine ei-

gens dafür ausgebildete Schuldenberaterin hält deshalb Präventionskurse und Workshops in den verschiedensten Schulen ab. Hauptthemen in den Vorträgen und Workshops sind Handyschulden, der Umgang mit dem Smartphone und dem Internet sowie die vernünftige und vorsichtige Handhabung von Bankomatkarte bzw. Bargeld.

Dunst dazu: „Mein Ziel als Konsumentenschutzlandesrätin und zuständige Landesrätin für Schuldnerberatung ist es deshalb, insgesamt gesehen den Menschen so viele Beratungsmöglichkeiten in regionaler Nähe wie nur irgend möglich anzubieten, wobei ich an die betroffenen Personen appelliere, die Ansprechpersonen der Schuldnerberatung möglichst frühzeitig aufzusuchen, damit diese rasch regulierend eingreifen und sich das finanzielle Schadensausmaß größtmöglich in Grenzen hält.“ Daß diese Initiativen der Mitarbeiter der Schuldnerberatung auf einem hohen Qualitätslevel basieren und die Anforderungen der Klienten bestmöglich erfüllen werden, wurde der Schuldnerberatung des Landes nunmehr auch durch die ISO 9001:2008 Zertifizierung bestätigt. ■

<http://www.burgenland.at/buergerservice/buergerservicestellen/schuldnerberatung>

Gesundheitsbarometer

Die Hälfte der BurgenländerInnen betreibt gezielte Gesundheitsvorsorge – Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung weiterhin auf hohem Niveau

Die achte Welle des Gesundheitsbarometers hat das Institut für Strategieanalysen im Auftrag des burgenländischen Gesundheitsfonds im September und Oktober 2013 durchgeführt. Mit der Befragung werden die Einstellungen und Meinungen der BurgenländerInnen ab 16 Jahre zur Gesundheitsversorgung erhoben. „Die aktuelle Umfrage des Institutes hat ergeben, daß die Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem im Burgenland auch bei der achten Befragung konstant hoch ist“, stellte der Vorsitzende des Burgenländischen Gesundheitsfonds (BURGEF), Gesundheitslandesrat Peter Rezar, am 9. Dezember bei der Präsentation der Ergebnisse mit Hannes Frech, BURGEF-Geschäftsführer und Prof. Peter Filzmaier vom Institut für Strategieanalysen fest. Ein Schwerpunkt waren diesmal Fragen zum persönlichen Umgang mit der Gesundheitsvorsorge.

Drei Viertel halten sich für gesund bis sehr gesund

87 % der Bevölkerung sind mit der Gesundheitsversorgung im Burgenland zufrieden bis sehr zufrieden – ein Wert, der seit Beginn der Befragungen im Jahr 2011 auf konstant hohem Niveau bleibt. Interessante Ergebnisse lieferten die Antworten auf Fragen, wie es die BurgenländerInnen persönlich mit der Gesundheitsvorsorge halten. Demnach bezeichnen drei Viertel der BurgenländerInnen ihren Gesundheitszustand als sehr gut oder eher gut, nur 5 % als schlecht oder eher schlecht. Immerhin vier von fünf Befragten treiben zumindest einmal pro Woche Sport, ein Viertel ist gar viermal oder öfter aktiv; 21 % üben überhaupt keinen Sport aus. Dabei lassen sich keine geschlechtsspezifischen Unterschiede feststellen, allerdings sind ältere Menschen sportlich aktiver.

Mehr als ein Viertel raucht, 6 % trinken regelmäßig Alkohol

27 % der Befragten geben an, zu rauchen – fast umgekehrt verhält es sich beim Alkoholkonsum: 71 % trinken gelegentlich, 6 % regelmäßig, 23 % konsumieren nie Alkohol. Auffallend sei, so Filzmaier, daß die Gruppe der 16- bis 29jährigen unter jenen, die regelmäßig Alkohol trinken, am stärksten vertreten ist.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Die Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung im Burgenland bleibt auf konstant hohem Niveau (v.l.): Univ. Prof. Peter Filzmaier, Institut für Strategieanalysen, BURGEF-Vorsitzender Gesundheitslandesrat Peter Rezar und BURGEF-Geschäftsführer Hannes Frech präsentieren die Ergebnisse der achten Befragung im Rahmen des burgenländischen Gesundheitsbarometers.

Gezielte Vorsorge bei mehr als der Hälfte

Knapp mehr als die Hälfte (52 %) aller Befragten hat 2012 oder 2013 gezielt etwas für die Gesundheit getan, 22 % gar nichts; 26 % tun aber „generell viel“ für ihre Gesundheit. Spontan gaben die meisten Befragten an, sich mehr zu bewegen, mehr Sport zu machen und ärztliche Vorsorgemaßnahmen zu nutzen. Nur wenige haben hingegen das Rauchen aufgegeben oder das eigene Gewicht reduziert. Von jenen, die aktiv etwas für die Gesundheit getan haben, gab es für rund die Hälfte einen konkreten Grund dafür – wie Erkrankungen, Beschwerden oder der Wunsch, fitter zu sein und körperliche Probleme auszugleichen. Eine vernachlässigbare Rolle spielen dabei gesundheitsspezifische Medienberichte, Informationskampagnen oder Werbung zu Gesundheitsthemen. „Bewußtseinsbildung ist durch Werbung kaum zu erzielen“, erklärt Filzmaier.

Hindernis »innerer Schweinehund«

Körperliches Wohlbefinden ist denn auch für die meisten Befragten (91 %) das Haupt-

motiv, etwas für die eigene Gesundheit zu tun, dahinter (bei 81 %) rangiert das Ziel, Medikamente zu vermeiden, und der Wunsch, sich gesünder zu fühlen und leistungsfähiger zu sein. Als Hindernisse für wenig Gesundheitsvorsorge vermuten die meisten Befragten (86 %), daß es schwerfalle, den Lebensstil zu ändern. „Nicht mangelnde Informationen, vielmehr der innere Schweinehund ist bei den meisten das Haupthindernis, aktiv zu werden in Sachen eigene Gesundheit“, so Filzmaier.

Mehr als 11.000 Interviews seit 2011

„Vorsorge ist eines der Kernziele der Gesundheitsreform 2012. Prävention kann aber nur dort ansetzen, wo die Bereitschaft der Bevölkerung gegeben ist. Deshalb sehe ich diese Befragungen im Rahmen des Gesundheitsbarometers als wichtige Grundlage für künftige Maßnahmen in diesem Bereich“, stellte Rezar abschließend fest. Seit Beginn der Befragungen im März 2011 wurden insgesamt mehr als 11.000 telefonische Interviews durchgeführt, wobei jeweils eine Schwerpunktfrage im Mittelpunkt stand. ■

Burgenland Tourismusenquete wird zum »Flow-Moment«

Der Vorstand von Burgenland Tourismus und die Delegierten zur Tourismuskonferenz präsentierten am 5. Dezember im Kulturzentrum Oberschützen die Bilanz des Jahres 2013 und beschlossen das Budget für 2014.

Rund 250 Gäste waren der Einladung von Burgenland Tourismus zur alljährlichen Tourismusenquete gefolgt. Traditionell widmete sich diese neben einer Rückschau auf das Tourismusjahr aktuellen, touristischen Themen und Entwicklungen. Die beiden Präsidenten von Burgenland Tourismus, Landeshauptmann Hans Niessl und Tourismuslandesrätin Michaela Resetar, sowie Burgenland Tourismus Direktor Mario Baier wiesen in ihren Statements auf die künftigen Anforderungen in der Tourismuswirtschaft und die damit verbundenen erforderlichen Reformen hin.

Für die Organisationsstrukturen bedeutet das in erster Linie weniger Mittel für die Verwaltung, dafür mehr Investitionen für das

Marketing und klare Aufgabenteilung und Zusammenarbeit zwischen den Ebenen. Diese innovativen Veränderungen gelten als Schlüssel für einen nachhaltigen Erfolg im Tourismus im Burgenland für die kommenden Jahre.

Flow und die Zukunft des Reisens

Als Highlight des Abends nahm der Gastredner, Trendforscher und Innovationsberater im Tourismus, Oliver Puhe, die rund 250 Besucher mit auf eine Reise durch Megatrends unserer Zeit in die touristische Zukunft. „Flow“ bezeichnet das Gefühl der völligen Vertiefung und des Aufgehens in einer Tätigkeit. Laut Puhe werden wir durch die intelligente Nutzung von neuen Technologien in Zukunft mehr Zeit haben, um uns auf Reisen persönliche Flow-Momente zu schaffen. Diese werden zudem verstärkt als Reisemotiv wahrgenommen. Die Aufgabe von touristischen Akteuren, Leistungsträ-

gern, Intermediären und Destinationen ist es allerdings schon heute diese Flow-Momente zu erkennen und zu managen.

Authentizität, Brauchtum und Traditionen

Für einen künstlerischen Auftritt der besonderen Klasse sorgte das bekannte burgenländische Volksmusikensemble „Hianznbluit“ sowie Ernst Tillhof als unübertrefflicher Interpret von Eugen Mayers kritisch-ironisch-amüsanten Mundartgedichten. „Das Burgenland beherbergt alte Traditionen und Bräuche, gewachsene Kulturen und Dörfer mit viel Geschichte. Das unverwechselbare und immaterielle Kulturerbe ist ein nicht zu unterschätzender Faktor im Tourismus und gehört auch für unsere Gäste erlebbar gemacht“, unterstrich Tourismusdirektor Baier den besonderen Wert von Authentizität und Brauchtum im Tourismus und bei den Gästen. ■

<http://www.burgenland.info>

Bürgerservice



Information

Hilfe

<http://www.burgenland.at>

<mailto:post.buergerservice@bgld.gv.at>



<http://Facebook.com/LandBurgenland>

Familienpaß geht über die Grenzen

Grenzüberschreitendes Projekt »Family Net« vernetzt mit der Slowakei

Foto: Landesmedienservice Burgenland



Vertreter des Burgenlands und Niederösterreichs, der Regionen Bratislava und Trnava sowie von Familienpaß-Partnerbetrieben

Der Burgenländische Familienpaß bietet burgenländischen Familien Vergünstigungen und Preisnachlässe bei zahlreichen Partnerbetrieben in Wirtschaft und Tourismus und informiert über Fördermöglichkeiten für Familien. Die kostenlose Vorteilskarte ist, wie auch in anderen Bundesländern, zum Erfolgsprojekt geworden, das internationales Interesse hervorruft. Im Rahmen des ETZ-Projekts „Family Net“ haben sich deshalb die Bundesländer Burgenland, Niederösterreich und die slowakischen Nachbarregionen Bratislava und Trnava zusammengeschlossen, um die Vorteile des Familienpasses Familien der Partnerregionen – einem Potential von insgesamt rund drei Millionen Einwohnern und 440.000 Kindern – wechselseitig zugänglich zu machen. Am 4. Dezember trafen Vertreter der Projektpartner und von Familienpaß-Partnerbetrieben in der St. Martins Therme & Lodge in Frauenkirchen zum ETZ-Expertenmeeting zusammen. „Neben den finanziellen Vorteilen für unsere Familien trägt diese Vernetzung auch dazu bei, gegenseitig die Besonderheiten der Regionen kennenzulernen. Das Projekt ‚Family Net‘ läßt damit die Familien in einem gemeinsamen Europa enger zusammenrücken“, erklärte Familienlandesrätin Verena Dunst. Weitere Themen des Meetings waren die demografische Entwicklung und die Familie als Wirtschaftsfaktor.

Wirkungsvolles Instrument in der Familienpolitik

Über 300 Partnerbetriebe in den Branchen Freizeit, Kultur, Handel, Gewerbe, Tourismus und Gastronomie und mehr als 19.000 Familien, die die kostenlose Vorteilskarte

besitzen, belegen die hohe Akzeptanz des im Burgenland im Jahr 2001 von Familienlandesrätin Verena Dunst eingeführten Familienpasses. „Wir wollen damit jene unterstützen, die sich nicht alles leisten können, der Familienpaß soll dafür ein Ausgleich sein. Und die Initiative ist eine Erfolgsgeschichte geworden“, erklärte Dunst. Der Paß solle auch dazu beitragen, daß die Familien mehr Zeit bei gemeinsamen Aktivitäten miteinander verbringen, aber auch zu informieren, wo sie Rat finden können. Auch in Niederösterreich sei der Familienpaß seit Jahren ein langjähriger Erfolg und „ein wirkungsvolles Instrument der Familienpolitik“, betonte der niederösterreichische Landesfamilienreferent Peter Pitzinger. Ein Erfolg, der auch bei den Nachbarländern auf großes Interesse gestoßen ist.

Mehr als 600 Partnerbetriebe in Niederösterreich und Slowakei

2012 wurde deshalb das ETZ-Projekt „Family Net“ ins Leben gerufen. Projektpartner sind die Bundesländer Burgenland und Niederösterreich sowie die slowakischen Regionen Trnava und Bratislava. Im Rahmen dieses grenzüberschreitenden Projekts sollen nun die Vorteile des Familienpasses wechselseitig von den Familien in den Nachbarländern genutzt werden können. Schon jetzt sind rund 400 niederösterreichische Partner Teil des umfassenden Angebots für burgenländische Familien, dieses soll nun erweitert werden. Im Lauf des kommenden Jahres werden auch Betriebe in den Selbstverwaltungskreisen Trnava und Bratislava dazukommen; derzeit gehe man von rund 200 slowakischen Partnern aus, berich-

teten Patrik Velsic, Produktmanager vom Selbstverwaltungskreis Trnava, und Peter Furlik aus dem Selbstverwaltungskreis Bratislava. Sie seien stolz, daß nun auch ihre Regionen Partner und Teil des Projekts Familienpaß sind. „Wir bemühen uns sehr, Familien zu unterstützen und werden spezifische familienfreundliche Angebote von sozialer Dimension anbieten“, so Furlik.

Wertvolle Vernetzung auch auf der Ebene der Familienpolitik

Dunst sieht in der Erweiterung eine win-win-Situation für alle Partner: „Das Burgenland ist bekannt für seine Traditionen, vor allem im Bereich der Kunst und der Kultur. Umso mehr freut es mich, daß nun die langjährige Freundschaft und Tradition in den Beziehungen der Nachbarn auch in der Familienpolitik ihren Ausdruck findet. Mit ‚Family Net‘ haben wir im Rahmen des ETZ-Programms eine weitere Möglichkeit gefunden, für unsere Familien grenzüberschreitende Weichen zu stellen“, so Dunst. Die Vernetzung solle künftig aber nicht nur durch die Vorteile der Familienkarte, sondern auch durch Veranstaltungen intensiviert und gefördert werden.

Preisnachlässe bis 50 Prozent

Der Burgenländische Familienpaß kann von Eltern bis zum 18. Lebensjahr ihres/er Kindes/r kostenlos beim Familienreferat des Amtes der Burgenländischen Landesregierung beantragt werden. Mit dem Paß gibt es zahlreiche Vergünstigungen und Preisnachlässe zwischen 5 und 50 Prozent bei den Partnerbetrieben. ■

<http://www.familienpass-bgld.at>

Weichen für die Zukunft stellen

Gemeinderat der Landeshauptstadt Eisenstadt beschließt Haushalt 2014

In der Gemeinderatssitzung vom 20. Dezember wurde das Stadtbudget der Freistadt Eisenstadt für 2014 mit den Stimmen der ÖVP und der Grünen beschlossen. Gemeinsam mit Finanzstadtrat Michael Freismuth wird Bürgermeister Thomas Steiner die verantwortungsvolle Finanzpolitik der letzten Jahre fortsetzen und weiter in die Zukunft und somit die Lebensqualität für die Eisenstädter Bevölkerung investieren.

Das abgelaufene Jahr stand ganz im Zeichen der Investition in die Infrastruktur und Lebensqualität der Stadt. Zahlreiche Projekte – darunter der E_Cube, der neue städtische Bauhof, die Sanierung der VS Eisenstadt oder der Vollausbau der Feldstraße – konnten finalisiert werden. 2014 soll ein Jahr der Weichenstellung werden: „Wir wollen aber auch weiterhin auf hohem Niveau in die Lebensqualität unserer Stadt investieren und dabei natürlich gleichzeitig den eingeschlagenen Weg der Konsolidierung fortsetzen: Das ist unser finanzpolitischer Weg“, faßt Finanzstadtrat Michael Freismuth die Eckdaten des Haushalts 2014 zusammen.

Stadtentwicklung

Ein Hauptaugenmerk wird 2014 auf den neuen Stadtentwicklungsplan (kurz STEP) gelegt. Im Frühjahr 2013 startete ein großangelegter Bürgerbeteiligungsprozeß, welcher in dieser Form noch nie im Burgenland durchgeführt wurde. Über das ganze Jahr verteilt konnte die Bevölkerung in den unterschiedlichsten Formen ihre Ideen für „Eisenstadt 2030“ einbringen. Seit dem Herbst 2013 befassen sich nun Städteplaner und Fachbeamte mit den Anregungen und Ideen. Im Frühjahr geht es dann in die zweite Runde der Bürgerbeteiligung, bevor Ende 2014 der Gemeinderat den neuen STEP beschließen soll.

Jugend bzw. Sport und Freizeit

Im Jugend- und Freizeitbereich wurde mit dem E_Cube eine ausgezeichnete Plattform für die Jugendarbeit der Landeshauptstadt geschaffen. Dies wird durch die Buchungs- und Besucherzahlen der ersten Betriebsmonate sowie die positive Resonanz der Jugendlichen bestätigt. „Im kommenden Jahr gilt es, den Jugendlichen hier ein umfangreiches wie abwechslungsreiches



Foto: Magistrat Eisenstadt

v.l.: Finanzstadtrat Michael Freismuth, Bürgermeister Thomas Steiner und Eisenstadts Finanzdirektor Michael Lebeth sorgen für solide Finanzen und einen ausgeglichenen Haushalt.

Programme zu bieten. So wird es, in enger Abstimmung mit der Eisenstädter Jugend, verschiedene Musik- und DJ-Workshops, Modeworkshops, Vorträge zur Suchtprävention und einen Selbstverteidigungskurs geben“, freut sich Jugend-Gemeinderat Christoph Schmidt.

Im sportlichen Bereich unterstützt die Stadtgemeinde 2014 finanziell weiterhin den UFC St. Georgen/Eisenstadt in seinem Bestreben, den bestehenden Sportplatz zu erweitern. Die Heimstätte des Fußballclubs wird seit dem Sommer 2013 sukzessive ausgebaut. Ein Teil der neuen Tribüne ist bereits fertig gestellt. Im neuen Jahr soll mit den Arbeiten am neuen Kabinentrakt begonnen werden.

Infrastruktur

„Unser Budget-Fahrplan für 2014 sieht vor, daß wir sparen wo es möglich ist, aber selbstverständlich dort investieren, wo es notwendig ist“, erklärt Bürgermeister Thomas Steiner. Das bedeutet, daß die infrastrukturellen Maßnahmen der letzten Jahre fortgeführt werden. Für den Straßen- und Kanalbau beziehungsweise Verkehrsangelegenheiten sind im Haushalt 2014 insgesamt 6,2 Millionen Euro vorgesehen. Damit wer-

den – unter anderem – das Straßenbauprogramm fortgesetzt, die Denkmalpflege (Instandhaltungsarbeiten bei Kapellen, Denkmälern, etc.) abgedeckt und der Ausbau der Radinfrastruktur vorangetrieben.

Bildung

Im Bildungsbereich konnte 2013 die mehrjährige Sanierung Volksschule Eisenstadt abgeschlossen werden. Seit 2006 wurden rund 4,5 Millionen Euro in den Ausbau und die Renovierung der Bildungseinrichtung investiert. Insgesamt sind im Budget 2014 für Kindergärten, Schulen und Tagesheime 6,4 Millionen Euro vorgesehen. Damit werden – unter anderem – notwendige Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten gemacht und Spielgeräte angekauft.

„Konkreter Handlungsbedarf besteht bei der Neuen Mittelschule“, so Bürgermeister Steiner: „Hier erarbeiten wir im kommenden Jahr eine Machbarkeitsstudie. Diese soll aufzeigen, ob die Schule am bestehenden Standort von Grund auf saniert wird, oder auf einem anderen Areal neu errichtet wird.“

Positive laufende Gebarung

„Eisenstadt bekennt sich auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zur Erhaltung

»Burgenland Journal«

eines hohen kommunalen Leistungsstandards und zur Sicherung von Arbeitsplätzen durch gezielte Investitionen in die Stadtinfrastruktur“, gibt Finanzstadtrat Michael Freismuth die Richtung vor. „Wir müssen den begonnenen Weg konsequent weitergehen: Das heißt sparsame Verwaltung, die Personalkosten im Auge behalten und weiter Verbindlichkeiten abbauen.“

Zahlen, Daten, Fakten

Das Gesamtbudget (ordentlicher und außerordentlicher Haushalt, Anm.) für das Jahr 2014 beträgt 33.425.500 Euro. Im ordentlichen Haushalt stehen Einnahmen in der Höhe von 30.725.500 Euro Ausgaben in derselben Höhe gegenüber, d.h. daß Eisenstadt ausgeglichen budgetieren kann.

Die Transferzahlungen an das Land Burgenland steigen seit Jahren kontinuierlich. Damit fließt ein beträchtlicher Teil der von der Stadt eingenommenen Bundesabgabenertragsanteile in Form von Sozialtransferleistungen, Landesumlage sowie weiterer Transferleistungen an das Land Burgenland. „Hier haben wir bereits die Grenze von 6 Millionen Euro erreicht. Die jährliche Steigerung der Landesumlage erschwert vor al-

lem den größeren und finanzkräftigeren Gemeinden das Haushalten und belastet das Budget“, zeigt Bürgermeister Thomas Steiner auf und ergänzt abschließend: „Dieses

negative Transfersaldo zeigt auch der kürzlich veröffentlichte Rechnungshofbericht mehr als eindeutig auf.“
<http://www.eisenstadt.at>

Eisenstädter Budget – Überblick über die Hauptkapitel

Ausgaben

| | |
|--|---------------|
| Soziales und Gesundheit | € 5.622.300,- |
| Kindergärten | € 3.109.400,- |
| Schulen und Tagesheim | € 3.319.600,- |
| Straßen- und Kanalbau, Verkehr | € 6.167.200,- |
| Sport und Freizeit | € 1.310.000,- |
| City Taxi | € 476.100,- |
| Kultur | € 555.900,- |
| Wirtschaftsförderung | € 545.300,- |
| Personal und Ruhebezüge (inkl. gewählter Organe) | € 9.888.800,- |
| Feuerwehren und Sicherheit | € 365.200,- |
| Darlehensdienst (inkl. KG) | € 1.983.118,- |
| Landesumlage | € 2.124.400,- |

Einnahmen

| | |
|---------------------------|----------------|
| Eigene Steuern | € 11.019.400,- |
| Ertragsanteile des Bundes | € 12.527.200,- |

Bürgerservice



BURGENLAND

Information

Hilfe

<http://www.burgenland.at>

<mailto:post.buergerservice@bgld.gv.at>



<http://Facebook.com/LandBurgenland>

Akademie Burgenland

Land, Gemeinden und landesnahe Betriebe organisieren Ausbildung der MitarbeiterInnen künftig über die neue Aus- und Weiterbildungseinrichtung der Fachhochschule Burgenland



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Bürgermeister Abg. z. Landtag Erich Trummer, Bürgermeister Abg. z. Landtag Ingrid Salamon, Landeshauptmann-Stv. Franz Steindl, Landeshauptmann Hans Niessl, Geschäftsführerin Bettina Frank und Bgm. Abg. z. Landtag Leo Radakovits

Mehr Qualität in der Ausbildung bieten, Synergien nutzen und den Teilnehmern neue berufliche Perspektiven eröffnen.“ – Das sind für Landeshauptmann Hans Niessl die zentralen Zielsetzungen, die eine neue Aus- und Weiterbildungseinrichtung der Fachhochschule Burgenland verfolgt. Die neue „Akademie Burgenland GmbH“ wird in Kooperation mit dem Land Burgenland, den Gemeinden und landesnahen Unternehmungen, wie zum Beispiel der Energie Burgenland AG und der Krankenanstalten GmbH, ab dem kommenden Jahr ein gemeinsam entwickeltes Lehr- und Seminarprogramm anbieten. LH-Stellvertreter Franz Steindl begrüßt „das enge Zusammenspiel im Wissens- und Informationstransfer zwischen Land und Gemeinden – es wird die Qualität der öffentlichen Dienstleistung insgesamt steigern“. Die Akademie Burgenland hat ihren Sitz in der Fachhochschule in Eisenstadt. Ihr Ausbildungsprogramm wendet sich an insgesamt 8000 Mitarbeiter des landesnahen, öffentlichen Sektors im Burgenland. Geschäftsführerin ist Bettina Frank (36) aus Klingenbach – eine Absolventin der FH Burgenland.

Man müsse mit der Verwendung von Superlativen stets zurückhaltend sein, meint Niessl bei der Präsentation. Im Fall der Akademie Burgenland sei aber der Ausdruck „Quantensprung“ durchaus angebracht. „Die bisherige ‚Verwaltungsschule‘ ist Geschich-

te, wir stellen die Ausbildung im gesamten öffentlichen Bereich auf völlig neue Beine“, betont Niessl: „Und zwar inhaltlich, didaktisch und organisatorisch.“ Er habe vor einem Jahr den Auftrag erteilt, ein neues Ausbildungskonzept zu entwickeln. „Die fachlichen und persönlichen Anforderungen an Mitarbeiter im öffentlichen Bereich steigen permanent. Eine moderne, bedarfsorientierte und wirkungsvolle öffentliche Dienstleistung muß daher auch eine adäquate Unterstützung sicherstellen.“

„Ich bin mir sicher, daß durch die Zusammenarbeit das Ergebnis mehr sein wird als nur die Summe aller Einzelteile“, ist Niessl überzeugt. Er sehe durch die neue Ausbildung ein „Vorteilsvieleck“ verwirklicht, „weil sowohl das Land als auch die Gemeinden und die Unternehmungen sowie die Mitarbeiter und die Bürgerinnen und Bürger auf unterschiedliche Weise profitieren werden“. Ihm sei auch wichtig, daß sich Bildung bezahlt macht, sagt Niessl: „Daher werden wir künftig Zusatzqualifikationen bei den Besetzungen von Führungspositionen noch mehr betonen.“

Wer die MitarbeiterInnen in die Lage versetze, die jeweiligen Aufgaben noch besser bewältigen zu können, leiste auch einen wesentlichen Beitrag dazu, die Verwaltungskosten nachhaltig zu senken, ist Niessl überzeugt. Die Gleichung laute: „Weniger Bürokratie und mehr Kompetenz ist gleich wir-

kungsvolle öffentliche Dienste. – Und das ist unser Ziel.“

Steindl: Gemeinden in ihren Aufgaben unterstützen

LH-Stellvertreter und Gemeindereferent Franz Steindl verweist auf die vielfältigen Aufgaben, die insbesondere Gemeinden für die Allgemeinheit übernehmen. Da seien etwa der Infrastruktur-, Sozial-, Gesundheits- und Kulturbereich ebenso hervorzuheben, wie auch Aufgaben in der Kinderbetreuung sowie in der schulischen Ausbildung und verschiedene Aufsichtsfunktionen, zählt Steindl auf. Nicht zuletzt werden sich die Gemeinden in Zukunft noch intensiver um ihre Standortentwicklung kümmern müssen. „Das reicht von der Attraktivierung des Lebensraums mit leistbarem Wohnraum für Jungfamilien oder Kinderkrippenplätzen bis hin zur Rolle als Wirtschaftsstandort mit Betriebsansiedlungen und Arbeitsplätzen vor Ort.“ Auch der interkommunalen Zusammenarbeit komme in diesem Zusammenhang zunehmend Bedeutung zu. „Folglich bewegt sich auch das Berufs- und Aufgabenfeld des kommunalen Managements im Spannungsfeld vielfältiger gesellschaftlicher Entwicklungen, technologischer Möglichkeiten und knapper ökonomischer Ressourcen“, unterstreicht Steindl.

Um diese vielfältigen aktuellen Aufgaben und neue Anforderungen bewältigen zu kön-

nen, müsse in den Gemeinden effektiv und effizient gearbeitet und gewirtschaftet werden, ist der Gemeindereferent überzeugt: „Dafür braucht es neben fachlichem Wissen auch Wirtschaftsverständnis und Kenntnisse über Projektmanagement und Planung. Wie in jedem Unternehmen, sind auch in den Gemeindestuben qualifizierte und motivierte Mitarbeiter unerlässlich.“ Mit der Akademie Burgenland werde ein Angebot geschaffen, das die Gemeinden dabei unterstütze und in ihrer Autonomie stärke.

Gemeinden und Städte gestalten Akademie Burgenland mit

Ein Gemeindeamt sei längst schon mehr als ein „Amt“, nämlich eine breit aufgestellte Informations-, Service- und Unterstützungszentrale für die BürgerInnen, unterstreicht der Präsident des Gemeindevertreterverbandes, Erich Trummer. „Daher braucht ein Mitarbeiter in einer Gemeinde neben hervorragenden fachlichen Kenntnissen vor allem auch gut entwickelte soziale Kompetenzen, Kommunikationsfähigkeiten oder auch Krisenfestigkeit.“ Ihm sei daher wichtig, daß in der Akademie Burgenland auch sogenannte „soft skills“ und die Persönlichkeitsbildung der Gemeindebediensteten weiter entwickelt werden.

Für Leo Radakovits, den Präsidenten des Burgenländischen Gemeindebundes, ist eine engagierte Aus- und Weiterbildung die wichtigste Voraussetzung, um angesichts der aktuellen Gesetzes- und Regelungsflut eine hohe Qualität der Dienstleistung sichern zu können. „Es reicht nicht, lediglich die Regeln für unser Zusammenleben zu verbessern. Wir müssen auch dafür sorgen, daß die Regeln richtig angewendet werden.“ Die Gemeindeverwaltung, die Gemeindefinanzen oder auch Themen wie Raumplanung und Kommunalentwicklung müssten noch mehr als bisher den Gemeindebediensteten zugänglich gemacht werden. „Mehr Kompetenz bedeutet schließlich weniger Fehler und höhere Qualität.“

Besonders in den größeren Gemeinden und Städten rückten immer mehr wirtschaftliche Themen in den Vordergrund, hebt Ingrid Salamon, Obfrau des Burgenländischen Städtebundes, hervor. „Management und Führung, Bilanzierung und Controlling oder auch Haftungsfragen – das sind Herausforderungen, die in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen haben.“ Viele Städte und Gemeinden hätten heute große kommunale Einrichtungen und auch Wirtschaftsbetriebe zu führen. „Umso wichtiger ist es für

Führungskräfte in den Kommunen, auch über betriebswirtschaftliche und wirtschaftsrechtliche Kompetenz zu verfügen“, unterstreicht Salamon.

Die Gemeinden und Städte werden über den Aufsichtsrat und über einen so genannten „Programmbeirat“ an der Gestaltung des Lehr- und Seminarangebotes mitwirken und sich auch an der Finanzierung beteiligen.



Bettina Frank, Geschäftsführerin der Akademie Burgenland

Inhaltlich breit aufgestellt – MBA-Lehrgang als »Krönung«

Der Entwicklung des Ausbildungsprogrammes sind insbesondere Fokus-Gruppen mit Landes- und Gemeindebediensteten sowie mit MitarbeiterInnen von Landesunternehmen vorausgegangen. Zudem führte die FH Burgenland eine umfangreiche Online-Befragung in ausgewählten Zielgruppen durch. „Daher wissen wir relativ gut, welche Inhalte den Mitarbeitern wichtig sind, wo sie den dringendsten Bedarf sehen und was sie von einem modernen Ausbildungsprogramm erwarten“, erläutert Frank.

Auf Basis dieser Erkenntnisse und den gemeinsamen Überlegungen mit Personalverantwortlichen sowie Personalvertretern habe die Akademie Burgenland ihr Programm erstellt. „Für den Start und das erste Halbjahr 2014 sehen wir zunächst 40 Kurse, Trainings und Seminare vor“, so Frank: „Das ist jetzt bereits eine breite Palette, die wir jedoch permanent weiterentwickeln wollen.“

Neben Einführungsveranstaltungen und der Vermittlung von Grundlagen möchte die Akademie Burgenland einerseits aufgaben- und funktionspezifische Lehrgänge anbie-

ten. Darunter fallen etwa betriebswirtschaftliche Lehrgänge, Projektmanagement, ein Lehrgang für Sachverständige oder auch Sicherheits- und Risikomanagement sowie Personalmanagement. Andererseits soll das Schulungsprogramm die Fach-, Methoden und Sozialkompetenz in besonderer Weise stärken. „Mittelfristig wollen wir mit der Fachhochschule auch einen betriebswirtschaftlich orientierten MBA-Lehrgang („Master of Business Administration“ im Bereich New Public Management) anbieten, der dem Einzelnen neue Möglichkeiten in der individuellen Karriereplanung öffnet – das wäre sozusagen die Krönung.“

FH Burgenland: Starker Partner, große Erfahrung und gute Infrastruktur

Die Akademie Burgenland in der Fachhochschule zu entwickeln und auch dort anzusiedeln, sei ein völlig logischer Schritt gewesen, sagt Frank: „Schließlich verfügt die FH nicht nur über die didaktische Kompetenz und über 20 Jahre Erfahrung in der Organisation von höchstqualitativer Ausbildung, sondern auch über eine moderne und bestens ausgestattete Infrastruktur – sowohl im Norden als auch im Süden des Landes.“ Zudem wolle man die neuen Möglichkeiten, die über Online- und Fernlehre entstanden sind, in der Aus- und Weiterbildung des öffentlichen Bereiches nutzen.

Die Akademie startet vorerst mit drei Mitarbeiterinnen und einem Jahresbudget von rund 300.000 Euro. Die Kosten werden zum einem aus einem Fixkostenzuschuß seitens des Landes und zum anderen aus Kursbeiträgen abgedeckt. Die Gemeinden, Energie Burgenland, KRAGES und die FH Burgenland haben die Abnahme von Ausbildungskontingenten gesichert. „Damit bleibt ein guter Teil der Ausgaben dieser Unternehmen für Aus- und Weiterbildung in der Region und erhöht die Wertschöpfung im Burgenland“, sagt Frank.

Das Logo und den Außenauftritt habe man bewußt in „Verwandtschaft zur Fachhochschule“ gestaltet, sagt Frank. Mit dem Zusatz „public competence“ bringe man auf den Punkt, worum es in der Akademie Burgenland geht. Besonders „Bildungshungrige“ könnten sich schon jetzt telefonisch zum Kursangebot informieren. Ebenfalls eingerichtet ist eine Internetseite – „der Vollbetrieb mit allen Angeboten des Lehr- und Seminarprogramms sowie einem einfachen Anmeldetool startet im Jänner“, kündigt die Geschäftsführerin an. ■

<http://www.akademie-burgenland.at>

60 Jahre Volkshilfe Burgenland

Soziale Verantwortung mit Tradition – Erfolgreiche Bilanz sozialer Dienst- und Hilfeleistungen im Burgenland



Foto: Volkshilfe Burgenland

1. Reihe v.l.: NR a.D. Ernst Piller, GF Thomas Eminger, die ehrenamtliche Präsidentin der Volkshilfe Landesrätin Verena Dunst, LTAbg. a.D. Edith Mühlgaszne; 2. Reihe v.l.: Herbert Sifkovits, Bgm. Gerhard Zapfl, Bgm. Friederike Reismüller, LTAbg. Bgm. Erich Trummer, LTAbg. Bgm. Klaudia Friedl, LTAbg. Vzbgm. Günter Kovacs und LTAbg. Mario Trinkl

Seit 60 Jahren hat die Volkshilfe auf der Grundlage ihrer Grundwerte „Solidarität“, „Toleranz“, „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ und „Selbstbestimmung“ jene Menschen im Blick, die aus unterschiedlichen Gründen zu den sozial Schwachen unserer Gesellschaft gehören. Wurde in den ersten 40 Jahren die Tätigkeit des Vereines Volkshilfe Burgenland ausschließlich durch ehrenamtliches Engagement und zahlreiche Hilfsaktionen im In- & Ausland geprägt, entwickelte sich die Volkshilfe zu einem landesweiten sozialen Dienstleister. Beeindruckend ist auch die Erfolgsbilanz der Jahre 2002 bis 2013:

- 11.426 betreute Menschen im Burgenland,
- über € 43,1 Mio. Umsatz,
- von 32 MitarbeiterInnen 2002 auf 160 VolkshelferInnen 2013

Die Zeiten ändern sich – die Bedürfnisse ebenso

Neben den bekannten Leistungen der Hauskrankenpflege beweist die Volkshilfe Burgenland Innovationsgeist und entwickelt soziale Dienste wie Essen auf Rädern Jennersdorf, Schulsozialarbeit, Familienintensiv-

betreuung, mobiles Palliativteam, mobiles Demenzteam und Senioren-Nachmittagsgruppen. „Eines hat sich in den Jahren nie geändert: Unser engagiertes Eintreten für eine solidarische und gerechte Welt“, so Thomas Eminger, Geschäftsführer der Volkshilfe Burgenland.

„Die Volkshilfe Burgenland verzichtet auf ein großes Event und freut sich gemeinsam mit dem Präsidium, dem Volkshilfe-Landesvorstand und Landeshauptmann Hans Niessl, daß sich die Volkshilfe Burgenland zu einer sozialen, verlässlichen Organisation für und nahe am Menschen etabliert hat“, sagte Volkshilfe-Präsidentin Landesrätin Verena Dunst.

„Betroffenen eine Stimme zu geben und diese bei der Bewältigung ihres Lebensalltags zu unterstützen, gehört zum Grundverständnis der Volkshilfe. Oberstes Ziel ist Hilfe zur Selbsthilfe! MitarbeiterInnen der Volkshilfe arbeiten auf Augenhöhe für und mit Menschen unterschiedlichster Altersgruppen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dies macht die Volkshilfe zu einem verlässlichen, kompetenten & mensch-

lichen Partner der burgenländischen Bevölkerung und des Landes Burgenland“, so Landeshauptmann Hans Niessl abschließend.

Dreifache Finanzgebarung durch unabhängige Wirtschaftsprüfung

Solidarisch handeln ist in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht immer einfach. Es ist keine Selbstverständlichkeit, jenen zu helfen, die am Wohlstand nicht teilhaben können. Die Volkshilfe sorgt dafür, daß Hilfe punktgenau ankommt.

Die Volkshilfe unterzieht die Finanzgebarung der dreifachen externen Kontrolle durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfung, der strengen Prüfungen für das Österreichische Spendengütesiegel und dem Finanzamt für Spendenabsetzbarkeit der getätigten Spende.

Eine aktuelle Finanzübersicht zeigt, daß die Spendeneinnahmen weitreichend für den Kampf gegen Armut eingesetzt wurden. Gleichzeitig galt es auch, viele Menschen davon zu überzeugen, ihren Wohlstand mit sozial Schwachen und Benachteiligten zu teilen.

<http://www.volkshilfe-bgld.at>

Tolles Bühnenstück und ein Fest für alle Sinne

Hit-Musical »Anatevka« und ein Operetten-Feuerwerk 2014 bei den Seefestspielen Mörbisch



© Walter Vogelweide

Einer der Entwürfe des Bühnenbilds für die »Anatevka«-Produktion der Seefestspiele Mörbisch von Walter Vogelweide

Die Saison 2014, die von Landesrat Helmut Bieler, Präsident der Seefestspiele Mörbisch, Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl, Vizepräsident der Seefestspiele Mörbisch, und KS Dagmar Schellenberger, im Jüdischen Museum in Wien der Öffentlichkeit präsentiert wurde, schillert bei den Seefestspielen Mörbisch in vielen Farben. Hauptproduktion ist der Musical-Welthit „Anatevka“, mit der ergreifenden Familiengeschichte des jüdischen Milchmanns Tevje. Mit einer speziell erarbeiteten Eigenproduktion kommt aber auch das angestammte Operettenpublikum voll auf seine Kosten.

1964 am Broadway uraufgeführt, zählt „Anatevka“ zu den absoluten Klassikern im Bereich des Musicals. Am 10. Juli 2014 feiert das Stück mit dem englischen Originaltitel „Fiddler on the Roof“ auch seine Mörbisch-Premiere.

Faszination für Regisseur und Bühnenbildner

Erzählt wird die ergreifende Familiengeschichte des Milchmanns Tevje, seiner Frau Golde und ihren fünf Töchtern in einem jüdischen Dorf in der Ukraine in der vorrevolutionären Zeit um 1905. Für die Insze-

nierung zeichnet Regisseur Karl Absenger verantwortlich. Er hat das Musical bereits mehrere Male erfolgreich in Szene gesetzt. Bühnenbildner Walter Vogelweide bringt das Sachtel Anatevka auf die Seebühne. Dirigieren wird David Levi, für die Choreografie konnte Roland Gawlik gewonnen werden.

Auch 2014 gibt es Operette

Ganz ohne Operette wollen die Seefestspiele aber nicht sein – daher bekommt auch das Operetten-Stammpublikum 2014 genau das, was es an Mörbisch schätzt: die schönsten Melodien aus den beliebtesten Operetten, die allesamt schon auf der Seebühne zu sehen waren.

An zwei glanzvollen Gala-Abenden werden Operetten-Highlights unter anderem aus „Die lustige Witwe“, „Die Csárdásfürstin“, „Das Land des Lächelns“, „Die Fledermaus“, „Gräfin Mariza“ oder „Wiener Blut“ präsentiert. Anlaß für diese Veranstaltungen, die unter dem Titel „Operette kennt keine Grenzen“ über die Bühne gehen werden, ist der 25. Jahrestag des Falls des Eisernen Vorhangs. Dieser Befreiungsschlag für Millionen Menschen im Jahr 1989 soll bei den Seefestspielen künstlerisch gewürdigt werden.

Internationale Stars

„Es ist mir ein Bedürfnis, dieses historische Jubiläum bei den Seefestspielen zum Thema zu machen“, sagt Intendantin Dagmar Schellenberger, „vor allem, weil wir uns hier quasi am Ort des Geschehens befinden. Aber durch meine eigene Biographie und Herkunft aus der ehemaligen DDR habe ich auch einen sehr persönlichen Zugang zu diesem Ereignis.“

Zudem konnte Dagmar Schellenberger für den feierlichen Anlaß zwei Interpreten gewinnen, die nicht nur internationale Bühnenerfolge feiern, sondern deren Lebensgeschichten eng mit diesem Thema verwoben sind: An beiden Abenden werden u.a. die ungarisch-österreichische Sopranistin Ildikó Raimondi und der slowakische Tenor Pavol Breslik in „Operette kennt keine Grenzen“ zu hören sein. Abgerundet wird das Programm durch prächtige Ballett-Einlagen. Moderieren werden Intendantin Schellenberger und der Schauspieler Frank Hoffmann.

Auch das Land Burgenland begeht den Jahrestag des Falls des Eisernen Vorhangs feierlich: Am ersten der beiden Gala-Abende findet zusätzlich zum Operettenprogramm ein offizieller Festakt statt. ■

<http://seefestspiele-moerbisch.at>

Haydn & Mozart

Vom 4. bis 14. September 2014 widmet sich das Festival der Freundschaft zwischen den Komponisten Joseph Haydn und Wolfgang Amadeus Mozart.



Foto: Haydn Festspiele Eisenstadt

»The Clarinotts« werden mit dem Orchester Purpur (im Bild) ihre Premiere bei den Internationalen Haydntagen geben und bei Mozarts grandiosem Klarinettenkonzert und Verdis Rigoletto-Fantasie für herrliche Klänge sorgen.

Zum ersten Mal in der Festivalgeschichte steht auch eine Ballettinszenierung auf dem Programm: Haydns Oratorium „Die Jahreszeiten“ für Chor, Orchester und Solisten eröffnet als klassisches Ballett inszeniert die 26. Internationalen Haydntage.

Intendant Walter Reicher hat die 11 Festivaltage mit einem breitgefächerten Programm angefüllt, das den Komponistenfreunden Haydn und Mozart mit internationalen Orchestern und Stars die Ehre erweist.

Maestro Adam Fischer, der beliebte Fixstarter der Internationalen Haydntage, führt gleich am ersten Festivalsamstag mit seiner Österreichisch-Ungarischen Haydn Philharmonie Haydns Freund Mozart symphonisch in das Konzertgeschehen ein.

Zu Gast in Eisenstadt sind außerdem die Academy of Ancient Music mit dem australischen Geiger Richard Tognetti, das Mischa Maisky Trio, La Stagione Frankfurt sowie das Kammerorchester Basel mit dem Pianisten Sebastian Knauer und der Sopranistin Mojca Erdmann oder The Clarinotts. Koloratursopranistin Simone Kermes wartet mit Bravourarien von Haydn, Mozart und Rossini auf.

Ein eigener Matineezyklus widmet sich bei den 26. Internationalen Haydntagen Haydns und Mozarts kammermusikalischem



Foto: Österr. Ung. Haydn Philharmonie © Lukas Beck

Die Österreichisch Ungarische Haydn Philharmonie vor dem Schloß Esterházy

Schaffen: Ob mit historischen oder modernen Instrumenten, ob Streichquartett, Klaviertrio oder Kammerorchester: Ensembles wie das Acies Quartett, das Amerling Trio oder die Compagnia di Punto gestalten ein abwechslungsreiches Programm im Empireaal des Schlosses Esterházy.

Haydn und Mozart con variazioni – die 26. Internationalen Haydntage bieten Haydn-

liebhabern und Mozartfans ein Konzertprogramm eigens programmiert für die Originalschauplätze im Schloß Esterházy.

Abonnenten und HaydnClub-Mitglieder genießen bis 14. Jänner 2014 ein exklusives Vorkaufrecht. Der freie Kartenvorverkauf beginnt am 28. Jänner 2014. Der Haydntage-Prospekt kann angefordert werden. ■

<http://www.haydnfestival.at>

Kulturland Burgenland

Landesrat Helmut Bieler präsentierte die Kulturperspektiven 2020



Foto: Bgld. Landesmedienservice

LR Helmut Bieler und WHR Josef Tiefenbach präsentierten gemeinsam mit jungen MusikerInnen das kulturpolitische Leitbild.

Seit mehr als 2 Jahren beschäftigt sich die burgenländische Kulturszene intensiv mit der kulturellen Situation im Burgenland und deren Zukunftsperspektiven. In Diskussions- und Arbeitsgruppen wurde ein gemeinsamer Weg in die Zukunft gesucht und gefunden. „Es ist wichtig, in regelmäßigen Abständen eine Situationsanalyse des Kulturlebens im Burgenland durchzuführen. Nur wer den Status quo kennt, bestehende Strukturen hinterfragt und gemeinsam nach neuen Perspektiven Ausschau hält, kann eine nachhaltige Struktur für Kunst und Kultur entwickeln“, so Kulturlandesrat Helmut Bieler, der gemeinsam mit WHR Josef Tiefenbach, Leiter der Abteilung Kultur, Wissenschaft und Archiv beim Amt der Burgenländischen Landesregierung, das kulturpolitische Leitbild „Kulturland Burgenland – Kulturperspektiven 2020“ der Öffentlichkeit präsentiert.

Kulturelles Profil

Das kulturelle Profil des Burgenlandes ist heute das eines Landes mit einer großen kulturellen Vielfalt, mit einem einerseits aus der Tradition begründeten, andererseits aus der Initiative kreativer Menschen neu geschaffenen unverwechselbaren Kulturangebot und mit einem kulturoffenen Klima. Besondere Charakteristika sind ohne Zweifel die ethnische, sprachliche und religiöse Vielfalt, das – vor allem auf musikalischem Gebiet – kulturelle Erbe, sowie eine vielfältige und bunte Alternativ- und Jugendkultur. 2000/2001

wurde – samt Status quo-Erhebung, Maßnahmenkatalog und Zielformulierungen – die 1. Kulturperspektivendiskussion durchgeführt. Nach mehr als 10 Jahren sollten nun die Zielsetzungen von damals evaluiert, neue Problemfelder sichtbar gemacht, weitere Potentiale für die Zukunft aufgezeigt, grundsätzliche kulturpolitische Leitlinien abgeleitet und künftige kulturpolitische Schwerpunkte erarbeitet werden.

Grundsätze der Kulturpolitik

Vor diesem Hintergrund und auf Basis der burgenländischen Grundsätze der Kulturpolitik wurde vor zwei Jahren die „Kulturperspektivendiskussion 2020“ gestartet. Eine externe Firma wurde in Kooperation mit einer Lenkungs- und Steuerungsgruppe mit der Evaluierung der kulturpolitischen Maßnahmen der letzten zehn Jahre und darauf aufbauend mit der Entwicklung eines kulturpolitischen Perspektivenpapiers beauftragt. Im wesentlichen gliederte sich der Prozeß in die Erarbeitung einer kulturpolitischen Bilanz der letzten 10 Jahre auf Basis der Publikation „Kulturperspektiven Burgenland“ aus dem Jahr 2001 sowie der Auswertung von vorliegenden Unterlagen und der Meinungsäußerung von Experten in den einzelnen Bereichen. Eine Online-Befragung bei Künstlern, Kulturproduzenten, Kulturmanagern, Kulturjournalisten und Kulturbeamten führte zu einer breiten Diskussion der Ergebnisse auf Workshop-Basis und einer Publikation der Gesamter-

gebnisse. Diese wurden Ende 2012 via Internet publiziert und per Mail auch allen ca. 500 bei der Online-Befragung kontaktierten Personen zur Begutachtung und Stellungnahme übermittelt.

Workshops der Kulturbeiräte und abschließende Plenarveranstaltung

Im März 2013 wurden die einzelnen Kulturbeiräte zu Workshops eingeladen, um über die wesentlichsten Eckpunkte eines künftigen Kultur- und Bildungskonzeptes zu beraten. Die Visionen, Anregungen und Maßnahmvorschläge finden sich im zweiten Teil der Leitbild-Broschüre zusammengefaßt. Im Mai 2013 fand im KUZ Eisenstadt auf breiter Basis eine abschließende Plenarveranstaltung zum Thema „Kulturperspektiven“ statt, bei der die Vorsitzenden bzw. die Sprecher der jeweiligen Kulturbeiräte die Ergebnisse der einzelnen Workshops vorstellten und zugleich zur Diskussion stellten.

Die Ergebnisse dieser Plenarveranstaltung wurden ausgewertet und in entsprechender Form in der Broschüre „Kulturland Burgenland – Kulturperspektiven 2020“ verankert. Bieler dazu: „Dieses kulturpolitische Leitbild stellt ein gutes Fundament für eine gezielte Weiterentwicklung der Kulturpolitik dar. Es ist unser Wegweiser, um unsere 10 kulturpolitischen Ziele zu erreichen!“

Die Ziele

Diese Ziele sind: Die freie Entfaltung von Kunst und Kultur im Burgenland weiterhin

zu gewährleisten, das Kulturland Burgenland in all seinen Facetten über die Grenzen hinaus zu positionieren und zu präsentieren, die Struktur der burgenländischen Kulturlandschaft weiterhin zu optimieren, neues und innovatives Kulturschaffen zu ermöglichen, eine ausgewogene Balance zwischen der Förderung von kulturellen Traditionen und jener von Innovationen, zwischen der Pflege des kulturellen Erbes und der Ermöglichung neuer Entwicklungen zu erreichen, Nachhaltigkeit als Grundlage kulturpolitischen Handelns zu betrachten, gleiche Chancen für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen beim Zugang zu Kunst und Kultur zu gewährleisten, kulturelle Bildung vermehrt anzuregen, Angebot im FH-, Erwachsenenbildungs-, Forschungs- und Wissenschaftsbereich zu sichern und zu optimieren, sowie Kultur als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Netzwerkes zu etablieren. „Diese zehn höchstambitionierten kulturpolitischen Zielsetzungen dienen uns als Leitbild. Das Kulturland Burgenland 2020 wird ein vielfältiges, offenes, kreatives Kulturland sein, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht“, so Bieler abschließend. ■

<http://www.burgenland.at/politik-verwaltung/landesverwaltung/abteilung7/39>

20 Jahre Anerkennung der Roma



Foto: kbk / bkkf

Am 14. Dezember fand im Offenen Haus Oberwart (OHO) die Abschlußveranstaltung des Jubiläumsjahres „20 Jahre Anerkennung der Roma als Volksgruppe“ statt. Sie wurde von der Volkshochschule der Burgenländischen Roma und dem burgenländischen Verlagshaus edition lex liszt 12 veranstaltet.

Namhafte und verdiente VertreterInnen der Roma-Bewegung wurden im Rahmen der Veranstaltung vor den Vorhang geholt und geehrt: Susanne Baranyai, Gisela Horvath, Stefan Horvath, Ferry Janoska und posthum der im letzten Jahr verstorbene Hans Samer.

Die Laudatio auf die PreisträgerInnen hielt Erich Schneller. Vom Vorsitzenden Andreas Lehner und dem Geschäftsführer Horst Horvath der Volkshochschule der Burgenländischen Roma wurden Roma-VertreterInnen Urkunden verliehen „Romano Kham – Roma Sonne“ für Verdienste um die Emanzipation und Integration der Roma.“

Musikalischer Höhepunkt des Abends war die Live-Präsentation der neuen CD von „Romano Rath“. Erhältlich ist die CD beim burgenländischen Verlagshaus edition lex liszt 12 <http://www.lexliszt12.at>

Bürgerservice



BURGENLAND

Information

Hilfe

<http://www.burgenland.at>

<mailto:post.buergerservice@bgld.gv.at>



<http://Facebook.com/LandBurgenland>

Plus für Südtirol – Einigung bei Aufteilung von EU-Geldern

Die mittel- und norditalienischen Regionen haben sich am 12. Dezember über die Aufteilung der EU-Geldmittel im neuen Förderungszeitraum 2014 bis 2020 geeinigt. „Südtirol kann mit deutlich mehr Mitteln rechnen als noch im letzten Planungszeitraum“, so Landeshauptmann-Stellvertreter Richard Theiner, der in Rom die Verhandlungen geführt hat.

Im Rahmen der Regionenkonferenz haben die Regionen Mittel- und Norditaliens beschlossen, das Abkommen mit der Regierung über die neue EU-Förderperiode und die Aufteilung der für die Kohäsions- und Regionalpolitik auszusüttelnden Gelder zu besiegeln. „Dank dieses Abkommens können wir in den nächsten sieben Jahren mit einem Plus von 15 Prozent, also rund 233 Millionen Euro rechnen“, so Theiner. Die Gelder stehen für den europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) und den europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung.

Noch keine Einigung gab es dagegen bei der Zuteilung von Geldern aus dem Fonds für Solidarität und Kohäsion (FSC), der zur Finanzierung größerer Infrastrukturvorhaben herangezogen wird. „Aber auch dort steht jetzt schon fest, daß Südtirol mit deutlich mehr Mitteln rechnen kann“, so der Landeshauptmann-Stellvertreter, der von



Foto: LPA

LH-Stv. Richard Theiner (l.) und Abteilungsdirektor Thomas Mathà nach den Verhandlungen am Sitz der Regionenkonferenz in Rom

rund 72 Millionen Euro in sieben Jahren spricht. „Ich bin überzeugt, daß eine tragbare Gesamtlösung gefunden werden konnte, aus der sich für Südtirol eine durchaus vorteilhafte Situation ergibt.“

Diese Überzeugung teilt auch Thomas Mathà, Direktor der Europaabteilung des Landes, der den Landeshauptmann-Stellver-

treter zu den Verhandlungen in Rom begleitet hatte: „Die neuen Aufteilungskriterien stärken die Position Südtirols im Gefüge der Regionen“ so Mathà, der auch darauf hinweist, daß die Aufteilung der Gelder nicht mehr nur die territoriale und wirtschaftliche Situation widerspiegeln, sondern auch verstärkt die soziale Lage berücksichtigen. ■

Landesrätin Kasslatter Mur bei Südtirolern in München

Auf Einladung des Vereins der Südtiroler in München hat Bildungs- und Kulturlandesrätin Kasslatter Mur im Rahmen eines Informations- und Diskussionsabends ein Referat vor rund 40 Mitgliedern gehalten. Dabei kamen verschiedene Themen wie etwa die Kulturpolitik in Südtirol, das zwei- bzw. dreisprachige Schulsystem sowie die Ergebnisse der Landtagswahlen zur Sprache.

Zudem gewährte die scheidende Landesrätin einen sehr persönlichen Einblick in ihre Karriere als Politikerin und spannte dabei einen Bogen von ihren politischen Anfängen bis hin zu aktuellen Ereignissen.

Der Verein der Südtiroler in München ist einer der ältesten Südtiroler-Vereine in Deutschland. Nach seiner Gründung im Jahr 1948 hatte es sich der Verein zur Aufgabe gemacht, sich für die Interessen der Südtiroler Auswanderer und Optanten einzusetzen. In den wirtschaftsschwachen 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren folgten viele weitere, vor allem junge, Südtirolerinnen



Foto:

Die scheidende Landesrätin beim Verein der Südtiroler in München (v.l.): Martha Platzgummer (Vorstand), LRin Kasslatter Mur, Gerhard Sapelza (Vorstandsvorsitzender), Karl Bampi (Vorstand), Markus Schwiabacher (Vorstand).

und Südtiroler nach, die auf der Suche nach Ausbildung und Arbeit ihre Heimat verlas-

sen und sich im Verein zusammengefunden haben. ■

Das Recht auf ein faires Verfahren

Die EU-Kommission will mehr Verfahrensgarantien für EU-BürgerInnen.

Die Europäische Kommission hat am 27. November ein Legislativpaket vorgelegt, das den EU-Bürgern bessere Verfahrensgarantien in Strafverfahren bieten soll. Allen Unionsbürgern soll EU-weit das Recht auf ein faires Verfahren garantiert werden. Diese Vorschläge sollen die Achtung der Unschuldsvermutung und das Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung sowie besondere Verfahrensgarantien für Kinder gewährleisten, die einer Straftat verdächtigt oder beschuldigt werden. Darüber hinaus sollen Verdächtige und Beschuldigte bereits in einem frühen Stadium des Strafverfahrens vorläufige Prozeßkostenhilfe erhalten können ebenso wie Personen, gegen die ein Europäischer Haftbefehl erlassen wurde.

Die neuen Vorschläge markieren eine weitere wichtige Etappe im Bereich der Verfahrensrechte. Sie ergänzen drei bereits erlassene EU-Richtlinien zum Recht auf Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen, zum Recht auf Belehrung und Unterrichtung und zum Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand. Diese Vorschläge gewährleisten allen Betroffenen das Recht auf ein faires Verfahren und dienen so dem Grundsatz der Waffengleichheit. Sie werden, sobald sie geltendes Recht sind, zur Stärkung des Vertrauens in die Strafrechtspflege der Mitgliedsstaaten und damit zu einem funktionierenden europäischen Rechtsraum beitragen.

Recht muß auch nach außen erkennbar sein

„Recht muß nicht nur geübt werden, sondern dies muß auch nach außen erkennbar sein. Als ich 2010 als erstes Kommissionsmitglied das Justizressort übernahm, versprach ich eine Neuausrichtung unserer Justizpolitik. Vor 2010 hielt Justitia zwei Schwerter in den Händen, aber keine Waagschale. Seitdem hat die Kommission Maßnahmen ergriffen, um die Rechte und Grundfreiheiten unserer Bürger zu stärken und die Justizpolitik neu auszutarieren. Die Europäische Kommission steht zu ihrem Wort: Wir führen für alle Bürger unionsweit geltende Verfahrensrechte ein. Wir sind dabei, einen echten europäischen Rechtsraum zu errichten“, so Vizepräsidentin und EU-



Foto: European Union, 2013

Vizepräsidentin und EU-Justizkommissarin Viviane Reding

Justizkommissarin Viviane Reding. „Die heutigen Vorschläge stellen sicher, daß unsere Bürger in Situationen, in denen sie Schutz besonders dringend benötigen, Prozeßkostenhilfe in Anspruch nehmen können, daß für Kinder, die unter Tatverdacht stehen, besondere Verfahrensgarantien gelten und daß die Unschuldsvermutung in ihrem Kern überall in der EU beachtet wird. Unionsbürger müssen darauf vertrauen können, daß sie auf ihren Reisen innerhalb der EU ähnlich geschützt sind wie in ihrem Heimatstaat.“

Das aktuelle Legislativpaket enthält fünf Vorschläge

Eine Richtlinie zur Stärkung bestimmter Aspekte der Unschuldsvermutung und des Rechts auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren: Bürger, die von der Polizei oder der Justiz einer Straftat verdächtigt oder beschuldigt werden, können sicher sein, daß

die Unschuldsvermutung für sie gilt. Im Einzelnen bedeutet das, daß sie

- 1) vor einer rechtskräftigen Verurteilung in öffentlichen Erklärungen und amtlichen Beschlüssen nicht als schuldig dargestellt werden dürfen; daß
- 2) die Beweislast bei der Staatsanwaltschaft liegt und Zweifel dem Verdächtigen oder Beschuldigten zugutekommen; daß
- 3) das Aussageverweigerungsrecht garantiert ist und nicht gegen den Verdächtigen oder Beschuldigten verwendet werden darf, um eine Verurteilung zu erreichen, und daß
- 4) der Beschuldigte das Recht hat, bei der Verhandlung anwesend zu sein.

Besondere Verfahrensgarantien für Kinder

Eine Richtlinie über besondere Verfahrensgarantien für Kinder, die einer Straftat verdächtigt oder beschuldigt werden: Kinder, die aufgrund ihres Alters besonderen Schutz benötigen, müssen in allen Phasen des Strafverfahrens durch einen Rechtsbeistand vertreten sein. Dies bedeutet, daß Kinder auf ihr Recht auf Unterstützung durch einen Rechtsbeistand nicht verzichten können, da sie andernfalls Gefahr laufen würden, die Folgen ihres Handelns nicht zu verstehen. Weitere Verfahrensgarantien umfassen das Recht, umgehend über die Kindern zustehenden Rechte informiert zu werden, das Recht, von den Eltern (oder anderen geeigneten Personen) unterstützt zu werden, das Recht, nicht öffentlich befragt zu werden, das Recht auf medizinische Untersuchung und bei Freiheitsentzug das Recht auf von Erwachsenen getrennte Unterbringung.

Recht auf vorläufige Prozeßkostenhilfe

Eine Richtlinie über das Recht auf vorläufige Prozeßkostenhilfe für Personen, die einer Straftat verdächtigt oder beschuldigt werden, und für Personen, gegen die ein Europäischer Haftbefehl erlassen wurde: Verdächtige oder Beschuldigte sollen bereits in einem frühen Stadium des Strafverfahrens, wenn sie besonders schutzbedürftig sind (vor allem, wenn ihnen die Freiheit entzogen ist), Prozeßkostenhilfe erhalten. Auch

Europa

Personen, die auf der Grundlage eines Europäischen Haftbefehls festgenommen wurden, sollen Prozeßkostenhilfe in Anspruch nehmen können:

- Diese Legislativvorschläge werden durch zwei Empfehlungen der Kommission an die Mitgliedsstaaten ergänzt:
- Eine Empfehlung zu Verfahrensgarantien in Strafverfahren für verdächtige oder beschuldigte schutzbedürftige Personen: Schutzbedürftige Personen (z. B. Menschen mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung) müssen als solche erkannt und anerkannt werden, damit ihre besonderen Bedürfnisse im Strafverfahren berücksichtigt werden können. Wenn die Betroffenen dem Verfahren nicht folgen können oder die Folgen ihres Handelns (z. B. Ablegen eines Geständnisses) nicht verstehen, führt dies zu einer „Ungleichheit der Waffen“ im Verfahren. Für schutzbedürftige Verdächtige oder Beschuldigte werden besondere Verfahrensgarantien empfohlen, darunter die zwingende Beordnung eines Rechtsbeistands, die Unterstützung durch eine geeignete dritte Person und medizinische Unterstützung.
- Eine Empfehlung zum Recht auf Prozeßkostenhilfe in Strafverfahren für Verdächtige oder Beschuldigte: Für die Prüfung des Anspruchs auf Prozeßkostenhilfe werden gemeinsame Kriterien festgelegt. Ein weiteres Anliegen ist die Sicherung der Qualität und Leistungsfähigkeit der im Rahmen der Prozeßkostenhilfe erbrachten Dienstleistungen und deren Verwaltung.

Hintergrund

Jedes Jahr werden in der EU über 9 Millionen Strafverfahren eingeleitet. Am 9. März 2010 unterbreitete die Kommission den ersten einer Reihe von Vorschlägen zur Festlegung gemeinsamer EU-Vorschriften für Strafverfahren. Danach sollten die EU-Länder dafür sorgen, daß Verdächtige und Beschuldigte umfassende Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen in Anspruch nehmen können. Das Europäische Parlament und die Mitgliedsstaaten im Rat haben diesen Vorschlag in der Rekordzeit von nur neun Monaten erlassen. Statt der üblichen zwei Jahre hatten die EU-Mitgliedsstaaten drei Jahre Zeit, diese Vorschriften umzusetzen, damit die Behörden die erforderlichen Übersetzungen bereitstellen konnten.

Die Richtlinie über das Recht auf Dolmetschleistungen und Übersetzungen in

Strafverfahren garantiert den Bürgern das Recht auf Verwendung ihrer eigenen Sprache in Verhandlungen und Vernehmungen in allen Abschnitten eines Strafverfahrens vor einem Gericht der EU. Darüber hinaus haben sie Anspruch auf Information und Rechtsberatung in ihrer eigenen Sprache.

Eine zweite Richtlinie über das Recht auf Belehrung und Unterrichtung in Strafverfahren wurde 2012 angenommen, und 2013 folgte die Richtlinie über das Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand und über das Recht auf Kommunikation mit Dritten

Jeder, der seinen rechtmäßigen Wohnsitz in der EU hat, soll Anspruch auf Zugang zu grundlegenden Kontodiensten haben, heißt es in einem EU-Gesetzesentwurf, dem das Parlament am 12. Dezember zugestimmt hat. Zudem sollen die Gebühren und Regeln solcher Konten transparent und vergleichbar gestaltet werden und der Wechsel zu einem anderen Geldinstitut, das bessere Konditionen anbietet, möglich sein. Die endgültige Fassung des Textes muß in Verhandlungen mit den EU-Mitgliedsstaaten vereinbart werden.

„Moderne Zahlungsdienste sind für die Konsumenten und den Einzelhandel heutzutage unverzichtbar. Es ist nicht sonderlich teuer, elektronische Zahlungsdienste zur Verfügung zu stellen, um Konsumenten das Leben zu erleichtern und die Wirtschaft zu modernisieren. Das Parlament erachtet es daher als unbedingt notwendig, Banken dazu zu verpflichten, solche Dienste zur Verfügung zu stellen und es den Kunden zu ermöglichen, informierte Entscheidungen zu treffen. Das Parlament hat diesen Gesetzesentwurf umgehend behandelt und hofft darauf, daß die EU-Mitgliedsstaaten dasselbe tun, damit wir diesen Text im Frühjahr verabschieden können“, so der Berichterstatter Jürgen Klute (GUE/NGL, DE) nach der Abstimmung.

Das Parlament bestand darauf, daß alle Zahlungsdienstleister Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen anbieten müssen. Wenige Ausnahmen sollen durch die EU-Mitgliedsstaaten objektiv und mit Einschränkungen festgelegt werden dürfen. Die Zahlungskonten sollen jedem offenstehen, der legal in der EU ansäßig ist, und der eine echte Verbindung zum Mitgliedsstaat des

und mit Konsularbehörden während des Freiheitszugs. Die heutigen Vorschläge sind Teil des Fahrplans zu den Verfahrensrechten, der zum Stockholmer Programm gehört.

Ohne gemeinsame Mindestvorschriften, die ein gerechtes Verfahren garantieren, würden Justizbehörden eine Person nur ungern an ein Gericht in einem anderen Land überstellen. Das kann zur Folge haben, daß EU-Vorschriften zur Verbrechensbekämpfung – wie der Europäische Haftbefehl – nicht in vollem Umfang angewandt werden. ■

http://europa.eu/index_de.htm

Grundlegende Kontodienste für alle

Zahlungsdienstleisters hat. Dieser darf die Eröffnung eines solchen Kontos nicht verweigern.

Jeder, der ein Zahlungskonto zu eröffnen beabsichtigt, sollte dessen Gebührenstrukturen verstehen und mit anderen Angeboten vergleichen können – diese Informationen sollten präzise und EU-weit standardisiert sein. Jeder Mitgliedsstaat sollte über mindestens eine unabhängige Website verfügen, die unparteiische Informationen über die Höhe der anfallenden Gebühren und der Zinssätze für ein Zahlungskonto sowie das angebotene Serviceniveau anbietet. Die Abgeordneten stellten sicher, daß Banken ihre Kunden über dieses Angebot informieren müssen.

„Grundlegende“ Kontodienste würden den Kunden Barabhebungen und Zahlungsvorgänge innerhalb der Union ermöglichen. Überziehungen oder Kredite sind bei Basiskonten jedoch nicht gestattet. Alle Zahlungsdienstleister müßten diese Konten als Teil ihrer regelmäßigen Geschäftstätigkeit und zu niedrigeren Gebühren als andere Dienstleistungen anbieten, so die Abgeordneten.

Die Verbraucher sollten die Möglichkeit erhalten, zu einer angemessenen Gebühr zu einem anderen Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen zu wechseln, insofern dieses von einer anderen Bank in der EU angeboten wird. Banken sollten aktuelle Zahlungskontoinformationen bereitstellen müssen und anderenfalls für Verspätungen oder Verluste haftbar sein.

Die Abstimmung hat den Abgeordneten ein starkes Mandat in die Hand gegeben, um nun mit den Mitgliedsstaaten über die neuen Regeln zu verhandeln. ■

<http://www.europarl.europa.eu/portal/de>

EU-Unterstützung für Arbeitslose wird bis 2020 fortgesetzt

Entscheidung des Europäischen Parlaments zum
»Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung«

Die EU-Hilfsprogramme des „Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung“ für Arbeitslose werden auch zwischen 2014 und 2020 weiterlaufen und sollen künftig auch Selbständigen und ArbeitnehmerInnen mit unbefristeten Arbeitsverträgen zugutekommen. Das entschied das Europäische Parlament am 11. Dezember. Das Programm wird am 1. Januar 2014 in Kraft treten.

„Die Wiedereingliederungsquote jener, die den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung genutzt haben, liegt nach Schätzungen der Kommission bei 48 Prozent. Das Parlament hat mit den nationalen Regierungen kämpfen müssen, um den Fonds für 2014 bis 2020 aufrecht zu erhalten. Nun hoffe ich, daß die Mittel trotz Senkung von 3,5 auf 1,05 Milliarden Euro ausreichen werden“, so Berichterstatterin Marian Harkin (ALDE, IE).

Größerer Spielraum

Auf Nachdruck des Parlaments wurde der Umfang des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) noch einmal erweitert. Auf diesem Weg sollen Menschen unterstützt werden, die ihre Arbeit durch die Wirtschaftskrise verloren haben (diese Maßnahme galt bereits von 2009 bis 2011). Das Hauptziel des Fonds ist jedoch die Abfederung von negativen Auswirkungen der Globalisierung. Die Interventionskriterien des EGF umfassen einen Grenzwert von mindestens 500 Entlassungen.

Zudem werden ab 2014 neue Kategorien von Arbeitskräften auf Hilfe durch den EGF Anspruch haben. Diese umfassen fortan befristete und unbefristete Arbeitnehmer, Leiharbeiter und Selbstständige.

Unterstützung junger Arbeitsloser

Gemäß dem Kompromißtext und aufgrund der Bemühungen des Parlaments können die Beiträge des EGF vorübergehend jungen Menschen gewährt werden, die weder arbeiten, noch sich in einer Ausbildungssituation befinden. Voraussetzung ist, daß sie aus einem jener Länder kommen, die von den Entlassungen betroffen sind.

Kofinanzierungsraten

Die Finanzbeiträge des EGF ergänzen Unterstützungszahlungen der EU-Mitgliedsstaaten für Maßnahmen, die es arbeitslosen ArbeitnehmerInnen ermöglichen, zurück in den Arbeitsmarkt zu finden. Sie ersetzen jedoch in keinem Fall nationale Arbeitslosenzahlungen. Dank der Beharrlichkeit des Parlaments kann die Beteiligung des EGF bis zu 60 Prozent der Kosten dieser Maßnahmen zur Unterstützung bei der Arbeitssuche, Ausbil-

dung und Betriebsgründung abdecken. Der Vorschlag der Europäischen Kommission hatte ursprünglich eine Begrenzung der EU-Beteiligung auf 50 Prozent vorgesehen.

Weiterführende Schritte

Das Abkommen mußte in seiner Gesamtheit am 16. Dezember durch den Rat abgesegnet werden, um eine Umsetzung des Programms bis zum 1. Januar 2014 zu gewährleisten. ■



Das Potenzial der polnischen Denkmalschutzbranche

Stürmische Geschichte, Leidenschaft für Kunst und Passion sind die Merkmale, welche die polnische Kultur seit Jahrzehnten prägen. Touristen, die Polen besuchen, sind beeindruckt von sorgfältig erhaltenen Kunstwerken, der Gastfreundschaft der Einwohner und den Gebäuden, deren Fundamente Generationen haben kommen und gehen sehen. Der Dank gebührt der gut entwickelten Denkmalpflegebranche in Polen. Das technische und denkmalpflegerische Wissen der Polen wird seit Jahren in fast der ganzen Welt genutzt. Ein großer Erfolg war der Wiederaufbau Warschaws nach dem Zweiten Weltkrieg, dessen Ergebnis die Wiederherstellung der Pracht dieser Stadt aus dem 18. Jahrhundert ist. Außerdem haben eben die Polen das Grabmal von Merefnebef mit seinen einzigartigen Reliefs und Malereien im ägyptischen Sakkara entdeckt. Während der Ausgrabungen in Alt Dongola im Sudan, der ehemaligen Hauptstadt des Vereinigten Königreichs von Nubien, entdeckte die polnische Mission eine Reihe von Kirchen, u.a. das sog. Mausoleum, eine Kirche mit Granitsäulen, die die Funktion eines Doms erfüllte, und ein Bauwerk nach Kreuzplan. Polnische Archäologen und Denkmalpfleger kann man sogar in den überwiegend orientalischen Teilen der Welt treffen.

Im Jahre 2012 hat das Polnische Ministerium für Wirtschaft die Errungenschaften der Denkmalpflegebranche gewürdigt und ein Programm zur Förderung der Branche der Denkmalpflege und -erhaltung ins Leben gerufen, dessen Zweck die Stärkung

der Wettbewerbsfähigkeit polnischer Firmen durch die Verbesserung ihres Images in den Augen ausländischer Partner, die Anknüpfung internationaler Beziehungen und die Förderung polnischer Exportspezialitäten ist. Im Rahmen dieses Programms nehmen polnische Unternehmen an Messen, Ausstellungen, Seminaren und Wirtschaftsmissionen teil. Die Veranstaltungen finden in Polen, Deutschland, Österreich, Russland, Libyen, Ägypten und Indien statt. Das Programm umfasst auch die Promotion während der Messen in den schönsten polnischen Städten, wie z.B. Krakau und Toruń, deren Charme den Charakter der angebotenen Waren und Dienstleistungen treffend widerspiegeln wird.

Informationen über das Programm finden Sie unter: www.renovation-monuments.pl

Der Ausführer des Programms im Auftrag des Wirtschaftsministeriums ist die Agentur für Promotion M Promotion mit Sitz in Warschau.



Project co-financed by the European Regional Development Fund under the Operational Programme Innovative Economy

<http://renovation-monuments.pl>

Konjunktur bessert sich in mäßigem Tempo

Bereinigt um Saison- und Arbeitstageeffekte stieg das BIP im III. Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0,2 Prozent.

Der Aufschwung setzte damit in lediglich mäßigem Tempo ein. In den EU-Ländern ist die Konjunktur weiterhin schwach und uneinheitlich. Die geringe Preisdynamik veranlaßte die Europäische Zentralbank zu einer Leitzinssenkung. Der leichte Rückgang des Euro-Kurses durch die Leitzinssenkung am 13. November 2013 wurde durch die anhaltend lockere Geldpolitik der USA und Japans bereits größtenteils wettgemacht. Der Welthandel entwickelte sich zuletzt anhaltend schwach. Nachdem die Importnachfrage der Schwellenländer durch die Kapitalabflüsse gedämpft worden war, gingen im September von diesen Volkswirtschaften wieder stärkere Außenhandelsimpulse aus.

In den USA beschleunigte sich der Aufschwung im III. Quartal. Vor allem der private Konsum und die Investitionen trugen zur Expansion bei. Die Ausweitung der Nachfrage von Bundesstaaten und Gemeinden kompensierte erstmals die durch die automatischen Budgetrestriktionen bedingte Zurückhaltung des Zentralstaates. Obwohl die Arbeitslosenquote tendenziell rückläufig ist, behielt die Notenbank ihre lockere Geldpolitik bisher in vollem Umfang bei. Dadurch soll das Investorenvertrauen trotz der von der Fiskalpolitik erzeugten Unsicherheit gewahrt bleiben. Auf den Finanzmärkten wurde eine Straffung der Geldpolitik in Form höherer Umlaufrenditen der Staatsanleihen bereits vorweggenommen. In Japan verschoben sich die Wachstumskräfte: Hatte im 1. Halbjahr 2013 aufgrund der starken Yen-Abwertung und der damit einhergehenden Vermögenseffekte der private Konsum und die Exporte noch kräftig expandiert, so trugen im III. Quartal vor allem die Investitionen das Wachstum. Die Stimmungsindikatoren entwickeln sich zwar günstig, die Deflation ist aber noch nicht überwunden.

In der EU ist die Konjunktur weiterhin schwach und uneinheitlich. In Deutschland und Frankreich ließ die Dynamik im III. Quartal 2013 spürbar nach; in Italien verringerte sich jedoch der BIP-Rückgang, und Spanien löste sich aus der Rezession. In den Niederlanden war der private Konsum aufgrund des Zusammentreffens von hoher

Verschuldung der privaten Haushalte, Rückgang der Vermögenswerte und restriktiver Budgetpolitik weiterhin deutlich rückläufig, die Investitionen expandierten hingegen dynamisch. In Großbritannien setzte sich der Aufschwung fort. Die Inflationsrate erreichte im Durchschnitt des Euro-Raumes im Oktober mit 0,7 Prozent den abgesehen vom Krisenjahr 2009 niedrigsten Wert. Die Entspannung der Rohstoffpreise und die schwache (teils negative) Lohnentwicklung in einigen EU-Ländern dämpften die Preisdynamik. Dies veranlaßte die EZB zu einer Senkung des Leitzinssatzes von 0,5 auf 0,25 Prozent per 13. November. Die Arbeitslosenquote war im Euro-Raum im Oktober mit 12,1 Prozent anhaltend hoch.

In Österreich verbesserte sich die Konjunktur im III. Quartal 2013 leicht. Der Investitionsrückgang schwächte sich ab, das Wachstum des privaten Konsums und der Exporte blieb träge. Laut dem WIFO-Konjunkturtest sind die österreichischen Unternehmen verhalten optimistisch. Die Konsumschwäche beeinträchtigte auch den Sommertourismus: Nur dank der Zunahme der Auslandsnachfrage (vor allem aus dem angloamerikanischen Raum und aus Osteuropa) stieg die Zahl der Übernachtungen. Auch in Österreich wirkt sich die Beruhigung der Erdölpreise aus: Die Inflationsrate ging im Oktober auf 1,4 Prozent zurück. Der positive Abstand gegenüber dem Euro-Raum, aber auch gegenüber Deutschland, bleibt aufgrund der höheren Dynamik der Kerninflationsrate erhalten. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote stagnierte im November mit 7,9 Prozent auf hohem Niveau.

Methodische Hinweise und Kurzglossar Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern). Im Text wird auf „saison- und arbeitstägig bereinigte Veränderungen“ Bezug genommen.

Die Formulierung „veränderte sich gegenüber dem Vorjahr...“ beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsraten

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate mißt die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI)

Wirtschaft

ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone – siehe Informationen der Statistik Austria <http://www.statistik.at>

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden knapp 87 Prozent der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2010) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1500 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist

eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit <http://www.konjunkturtest.at>

Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat

Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbst-

ständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den „unselbständig Beschäftigten“ zählen auch Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, sowie Präsenzdienstler mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der „unselbständig aktiv Beschäftigten“.

<http://www.wifo.ac.at>

Ergebnisse der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

| | 2011 | 2012 | 2012 | | | | 2013 | |
|--|--------|-------|---------------------------------------|----------|---------|--------|---------|----------|
| | | | II. Qu. | III. Qu. | IV. Qu. | I. Qu. | | |
| | | | Veränderung gegen das Vorquartal in % | | | | II. Qu. | III. Qu. |
| Real, saison- und arbeitstägig bereinigt | | | | | | | | |
| Konsumausgaben insgesamt | | | - 0,1 | - 0,3 | - 0,2 | + 0,1 | + 0,2 | + 0,1 |
| Private Haushalte ¹⁾ | | | - 0,0 | - 0,1 | - 0,1 | - 0,0 | + 0,1 | + 0,1 |
| Staat | | | - 0,2 | - 0,3 | - 0,1 | + 0,1 | + 0,2 | + 0,4 |
| Bruttoinvestitionen | | | - 0,2 | - 0,3 | - 0,5 | - 1,0 | - 0,9 | - 0,3 |
| Bruttoanlageinvestitionen | | | - 0,1 | - 0,3 | - 0,5 | - 0,4 | + 0,1 | + 0,2 |
| Ausrüstungen | | | - 0,5 | - 1,5 | - 1,1 | - 0,4 | + 0,0 | + 0,1 |
| Bauten | | | + 0,7 | + 0,7 | + 0,3 | - 0,2 | + 0,1 | + 0,3 |
| Exporte | | | + 0,7 | + 0,8 | - 0,0 | + 0,4 | + 0,3 | + 0,4 |
| Waren | | | + 0,9 | + 0,7 | - 0,8 | + 0,2 | + 0,2 | + 0,3 |
| Dienstleistungen | | | + 1,0 | + 1,0 | + 0,8 | + 0,8 | + 0,7 | + 0,7 |
| Importe | | | - 0,2 | - 0,1 | - 0,2 | - 0,1 | + 0,1 | + 0,2 |
| Waren | | | - 0,2 | + 0,1 | - 0,5 | - 0,1 | + 0,2 | + 0,3 |
| Dienstleistungen | | | + 0,9 | + 0,5 | + 1,0 | + 0,3 | - 0,5 | - 0,2 |
| Bruttoinlandsprodukt | | | + 0,2 | + 0,0 | - 0,1 | + 0,1 | + 0,0 | + 0,2 |
| Herstellung von Waren | | | + 0,3 | - 0,8 | - 0,6 | + 0,0 | + 0,3 | + 0,4 |
| | | | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | | | |
| Real, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen | | | | | | | | |
| Konsumausgaben insgesamt | + 0,7 | + 0,4 | + 0,5 | - 0,3 | - 0,8 | - 1,6 | - 0,5 | + 0,3 |
| Private Haushalte ¹⁾ | + 0,8 | + 0,5 | + 0,8 | + 0,1 | - 1,1 | - 1,2 | - 0,9 | + 0,1 |
| Staat | + 0,3 | + 0,2 | - 0,5 | - 1,5 | + 0,2 | - 2,8 | + 0,6 | + 0,9 |
| Bruttoinvestitionen | + 12,2 | - 1,2 | - 4,0 | - 3,8 | + 7,1 | - 5,0 | - 5,7 | - 2,2 |
| Bruttoanlageinvestitionen | + 8,5 | + 1,6 | + 2,7 | + 0,7 | - 0,1 | - 3,8 | - 1,0 | + 0,0 |
| Ausrüstungen | + 14,3 | + 2,1 | + 6,7 | - 4,1 | - 2,1 | - 8,1 | - 2,0 | - 1,2 |
| Bauten | + 2,5 | + 2,5 | + 1,7 | + 5,4 | + 1,4 | + 0,9 | - 0,2 | + 0,7 |
| Exporte | + 6,6 | + 1,2 | + 0,7 | + 2,0 | + 0,4 | + 2,0 | + 3,3 | + 1,9 |
| Waren | + 8,1 | + 0,4 | - 0,4 | + 1,0 | - 0,4 | + 0,8 | + 3,4 | + 1,6 |
| Dienstleistungen | + 2,8 | + 3,3 | + 4,2 | + 4,7 | + 2,5 | + 4,6 | + 3,1 | + 2,6 |
| Importe | + 7,6 | - 0,3 | + 0,2 | - 1,7 | - 0,2 | - 1,3 | - 0,0 | + 0,8 |
| Waren | + 8,6 | - 1,4 | - 1,6 | - 2,4 | - 1,4 | - 1,8 | + 0,0 | + 0,6 |
| Dienstleistungen | + 3,8 | + 4,5 | + 7,7 | + 1,2 | + 5,3 | + 1,0 | - 0,3 | + 1,1 |
| Bruttoinlandsprodukt | + 2,8 | + 0,9 | - 0,3 | + 0,5 | + 1,3 | - 0,3 | + 0,0 | + 0,5 |
| Herstellung von Waren | + 8,3 | + 1,2 | + 0,1 | + 0,9 | + 0,8 | - 1,9 | + 0,8 | + 2,3 |
| Bruttoinlandsprodukt, nominell | + 4,9 | + 2,6 | + 1,1 | + 2,4 | + 3,6 | + 2,0 | + 1,7 | + 1,9 |

Q: WIFO – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

Österreichs Wirtschaft läßt zwei-jährige Schwächephase hinter sich

Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2013 bis 2015 vom Dezember 2013

In ihrer vorliegenden Prognose geht die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) von einem moderaten Wachstum der österreichischen Wirtschaft im Jahr 2013 von 0,4 Prozent aus. Nach einer Stagnation der Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr erholt sich die Konjunktur im zweiten Halbjahr schrittweise. In den Jahren 2014 und 2015 wird sich das Wachstum auf 1,6 bzw. 1,9 Prozent beschleunigen. Dazu tragen neben der Erholung der Weltwirtschaft zunehmend inländische Nachfragekomponenten bei. Die Inflation sinkt wieder unter das Preisstabilitätsziel von 2 Prozent. „Vor dem Hintergrund eines deutlichen, wenn auch noch schwachen, Wirtschaftsaufschwunges im Euroraum zeigt die österreichische Volkswirtschaft ein positives Ergebnis und wird weiterhin die niedrigste Arbeitslosenquote im Euroraum aufweisen“, kommentiert OeNB-Gouverneur Univ.-Prof. Ewald Nowotny die Prognose.

Moderate Erholung der globalen Wachstumsdynamik

Die Weltwirtschaft erholt sich nach zwei Jahren wieder und befindet sich derzeit auf einem moderaten Wachstumskurs. Während sich die Wachstumskräfte in den Schwellenländern etwas abschwächen, legt die Konjunktur in den Industrienationen – insbesondere in den USA – zusehends zu. Der Euroraum konnte im zweiten Quartal 2013 die Rezession hinter sich lassen. Die im Zuge der europäischen Schuldenkrise entstandenen Unterschiede in der makroökonomischen Entwicklung zwischen den Euroraumländern bilden sich langsam zurück.

Die Erholung der internationalen Konjunktur trägt maßgeblich zum prognostizierten Aufschwung der österreichischen Wirtschaft bei. Nach der sehr verhaltenen Entwicklung im laufenden Jahr wird sich das Exportwachstum deutlich beschleunigen

und in den beiden kommenden Jahren eine wichtige Konjunkturstütze bilden. Das Marktwachstum wird jedoch geringer als vor der Krise ausfallen. Zusätzlich stellt die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit eine Herausforderung für die österreichische Exportwirtschaft dar. Aufgrund einer rückläufigen Importentwicklung steigt der Überschuß der österreichischen Leistungsbilanz im Jahr 2013 auf 3 Prozent und wird sich 2014 und 2015 weiter verbessern.

Aufschwung in Österreich zunehmend von Inlandsnachfrage getragen

Die österreichischen Unternehmen halten sich seit dem Frühjahr 2012 aufgrund der lange vorherrschenden Unsicherheiten mit ihrer Investitionstätigkeit zurück. Die markante Stimmungsaufhellung läßt jedoch ein baldiges Anspringen der Investitionskonjunktur erwarten. Die ausgezeichneten Finan-

Wachstum des realen BIP (saison- und arbeitstägig bereinigt)

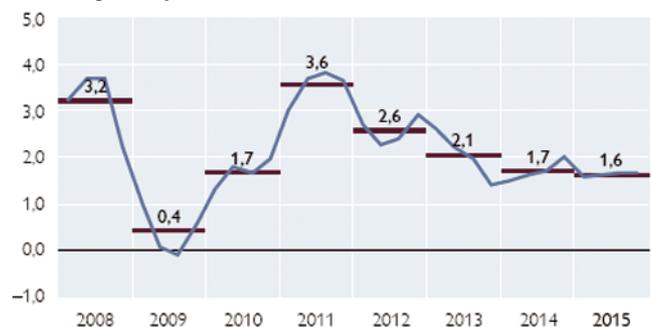
Veränderung zum Vorquartal in % (saison- und arbeitstägig bereinigt)



Quelle: Eurostat, OeNB

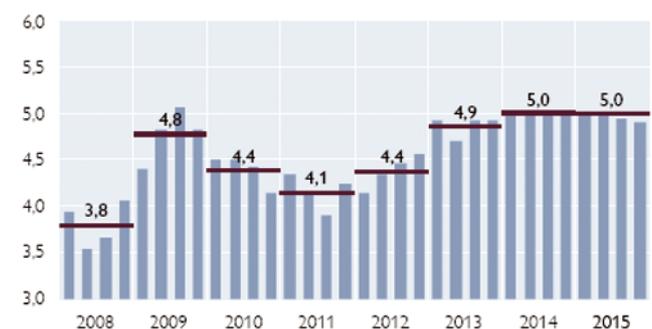
Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Veränderung zum Vorjahr in %



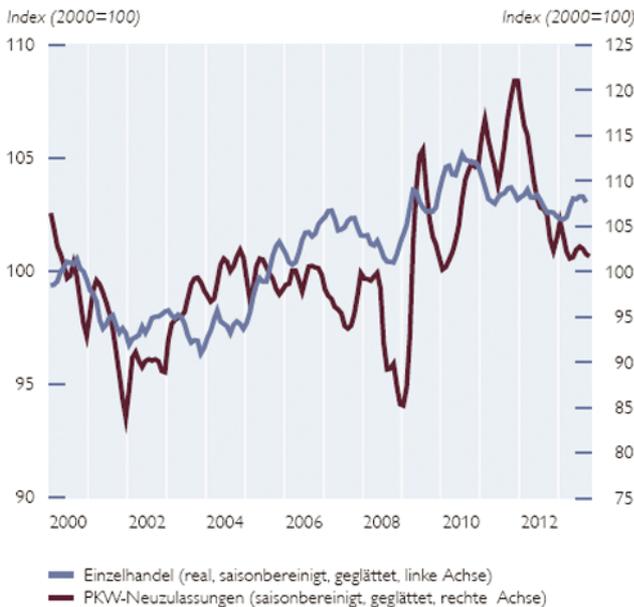
Arbeitslosenquote

in %



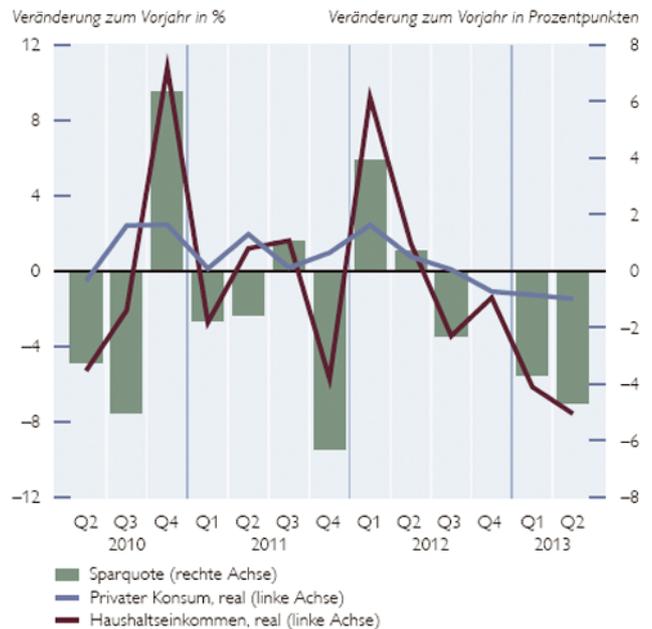
Privater Konsum

Einzelhandel und PKW-Neuzulassungen



Quelle: Statistik Austria

Einkommen, Konsum und Sparquote



Quelle: Statistik Austria, WIFO

zierungsbedingungen sowie der Bedarf an Ersatzinvestitionen lassen insbesondere einen ausgeprägten Zyklus der Ausrüstungsinvestitionen erwarten. Der an dem starken Anstieg der Immobilienpreise abzulesende hohe Bedarf an Wohnraum wird zu einer Beschleunigung der Wohnbauinvestitionen führen. Die Konsumententwicklung verlief zuletzt aufgrund sinkender realer Haushaltseinkommen äußerst gedämpft. Im Gesamtjahr 2013 wird der private Konsum stagnieren. Das anhaltende Beschäftigungswachstum und steigende Reallöhne werden jedoch in den darauf folgenden Jahren wieder zu einem positiven Konsumwachstum führen.

Arbeitslosenquote bleibt auf höherem Niveau

Die aktuelle Lage am Arbeitsmarkt stellt sich als ambivalent dar. Die Beschäftigung expandiert trotz der schwachen Konjunktur, gleichzeitig nimmt die Arbeitslosigkeit zu. Die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat ist von 4,4 Prozent im Jahr 2012 auf 4,9 Prozent im Jahr 2013 gestiegen. In den Jahren 2014 und 2015 wird die Arbeitslosenquote auf dem höheren Niveau von 5,0 Prozent bleiben.

Inflation sinkt wieder unter die 2 Prozent-Marke

Der Preisauftrieb hat sich in Österreich während der letzten zwölf Monate beinahe halbiert. Sinkende Energie- und Nahrungsmittelpreise werden zu einer weiteren Ab-

schwächung der Inflationsdynamik führen. Insgesamt wird die HVPI-Inflationsrate von 2,1 Prozent im Jahr 2013 auf 1,7 Prozent und 1,6 Prozent in den Jahren 2014 bzw. 2015 zurückgehen.

Budgetsaldo und Konsolidierungsbedarf

Die Entwicklung des gesamtstaatlichen Budgetsaldos ist im Prognosehorizont von Einmaleffekten bestimmt. Im Jahr 2013 dominieren die positiven Einmaleffekte – die Einnahmen aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen und aus dem Steuerabkommen mit der Schweiz – die negativen Effekte der staatlichen Bankenhilfe. Im heurigen Jahr verbessert sich der gesamtstaatliche Budget-

saldo daher auf -1,6 Prozent des BIP. In den Jahren 2014 und 2015 wird sich der Budgetsaldo hingegen aufgrund von weiteren möglichen Bankenhilfen voraussichtlich auf -2,2 Prozent des BIP verschlechtern. Ohne die unterstellten Bankenhilfen würde die gesamtstaatliche Defizitquote in den beiden kommenden Jahren auf jeweils -1,6 Prozent des BIP verharren. Aus der Gegenüberstellung des erwarteten strukturellen Budgetsaldos gemäß OeNB-Prognose (ESZB-Methode) und dem für das Jahr 2015 geforderten Zielwert der strukturellen Defizitquote von -0,45 Prozent des BIP ergibt sich ein nachhaltiges Konsolidierungserfordernis von rund 3 Mrd Euro, das in den Jahren 2014 bzw. 2015 umzusetzen ist. ■

Erfolgreiche Bilanz der OeNB-Repräsentanz in Brüssel

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) feierte kürzlich das 25jährige Bestehen ihrer Repräsentanz in Brüssel. „Für die OeNB war und ist es wichtig in Brüssel vertreten zu sein, denn dort wird der politische Rahmen für die europäische Finanzwelt gestaltet“, so Gouverneur Univ.-Prof. Ewald Nowotny. 1987, und somit lange vor dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, wurde die Etablierung der Repräsentanz der OeNB in Brüssel beschlossen.

Die Eröffnung fand 1988 unter dem ersten Repräsentanten und nunmehrigen Direktoriumsmitglied Kurt Pribil statt. 25 Jah-

re später liegt die Leitung bei Carmencita Nader-Uher. Sie ist die Repräsentantin der OeNB gegenüber Notenbanken, europäischen Institutionen und Vertretungen anderer Mitgliedstaaten.

Die Repräsentanz beantwortet sowohl fachspezifische Anfragen aus der OeNB als auch Anfragen anderer österreichischer Institutionen. Sie ist durch ihr Netzwerk aktiv in die Informationstätigkeit der österreichischen Vertretungen eingebunden. Ziel ist es, das Büro weiterhin als effiziente Informationsdrehscheibe zwischen der EU und der OeNB zu nutzen. ■

Exporte auch heuer mit neuem Rekord

Produkte und Dienstleistungen »Made in Austria« werden auch in schwierigem internationalem Umfeld stark nachgefragt – Erschließung neuer Märkte bewährt sich – Einfuhren rückläufig (-2,1 %), Ausfuhren leicht gestiegen (+0,7%)

Wie Statistik Austria anhand vorläufiger Ergebnisse errechnete, lag der Gesamtwert der Einfuhren von Waren im Zeitraum Jänner bis September 2013 mit 96,83 Mrd. Euro um 2,1 % unter dem Vorjahreswert, die Ausfuhren von Waren verzeichneten einen leichten Anstieg von 0,7 % auf 93,20 Mrd. Euro. Das Defizit der Handelsbilanz belief sich auf 3,63 Mrd. Euro, nach 6,32 Mrd. Euro im Vorjahreszeitraum.

Aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bezog Österreich im Berichtszeitraum Waren im Wert von 68,97 Mrd. Euro, das entspricht einem Rückgang um 1,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Wert der in diese Länder versandten Waren betrug 64,26 Mrd. Euro, das ist um 0,1 % weniger als in der Periode Jänner bis September 2012. Österreichs bedeutendste Handelspartner Deutschland (Einfuhr: -2,9 % auf 36,04 Mrd. Euro, Ausfuhr: -0,4 % auf 28,38 Mrd. Euro) und Italien (Einfuhr: -4,7 % auf 5,90 Mrd. Euro, Ausfuhr: -4,8 % auf 6,10 Mrd. Euro) wiesen überdurchschnittliche Rückgänge in beiden Verkehrsrichtungen auf.

Der Außenhandel mit Drittstaaten zeigte im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum einen Rückgang bei den Importen um 2,9 % auf 27,85 Mrd. Euro (siehe Tabelle 1), die Exporte hingegen nahmen mit 28,94 Mrd. Euro um 2,4 % zu. Daraus ergab sich ein Handelsbilanzüberschuss mit Drittstaaten von 1,09 Mrd. Euro. Exportseitig verzeichneten die drei wichtigsten Handelspartner unter Drittstaaten einen Anstieg – Vereinigte Staaten (+1,6 % auf 5,31 Mrd. Euro), Schweiz (+1,1 % auf 4,70 Mrd. Euro) und Russische Föderation (+16,7 % auf 2,66 Mrd. Euro).

Monatsergebnis September 2013: Einfuhren +3,0 %, Ausfuhren +1,4 %

Im Berichtsmonat September 2013 lag der Wert der Einfuhren von Waren bei 11,18 Mrd. Euro und verzeichnete damit einen Anstieg um 3,0 % gegenüber September 2012. Die Ausfuhren von Waren beliefen

Tabelle 1: Der Außenhandel Österreichs Jänner bis September 2013

| Jahr | Einfuhr | Ausfuhr | Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuss (+) | Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahr | | Anteil | |
|---------------------|------------|------------|---|--|---------|---------|---------|
| | | | | Einfuhr | Ausfuhr | Einfuhr | Ausfuhr |
| | | | | 1.000 € | | Prozent | |
| Insgesamt | | | | | | | |
| 2013* | 96.825.732 | 93.197.551 | -3.628.180 | -2,1 | 0,7 | 100 | 100 |
| 2012 | 98.876.595 | 92.559.771 | -6.316.824 | | | 100 | 100 |
| EU-28 ** | | | | | | | |
| 2013* | 68.972.566 | 64.257.281 | -4.715.286 | -1,7 | -0,1 | 71,2 | 68,9 |
| 2012 | 70.177.564 | 64.301.204 | -5.876.360 | | | 71,0 | 69,5 |
| Drittstaaten | | | | | | | |
| 2013* | 27.853.165 | 28.940.271 | 1.087.105 | -2,9 | 2,4 | 28,8 | 31,1 |
| 2012 | 28.699.031 | 28.258.567 | -440.464 | | | 29,0 | 30,5 |

Q: STATISTIK AUSTRIA, Monatliche Außenhandelsstatistik. – *) vorläufige Ergebnisse, **) EU-Beitritt Kroatiens per 01.07.2013.

Tabelle 2: Der Außenhandel Österreichs September 2013

| Jahr | Einfuhr | Ausfuhr | Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuss (+) | Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahr | | Anteil | |
|---------------------|------------|------------|---|--|---------|---------|---------|
| | | | | Einfuhr | Ausfuhr | Einfuhr | Ausfuhr |
| | | | | 1.000 € | | Prozent | |
| Insgesamt | | | | | | | |
| 2013* | 11.184.082 | 10.856.530 | -327.551 | 3,0 | 1,4 | 100 | 100 |
| 2012 | 10.858.056 | 10.706.541 | -151.515 | | | 100 | 100 |
| EU-28 ** | | | | | | | |
| 2013* | 8.167.606 | 7.689.911 | -477.695 | 5,3 | 1,2 | 73,0 | 70,8 |
| 2012 | 7.755.349 | 7.598.084 | -157.265 | | | 71,4 | 71,0 |
| Drittstaaten | | | | | | | |
| 2013* | 3.016.475 | 3.166.619 | 150.144 | -2,8 | 1,9 | 27,0 | 29,2 |
| 2012 | 3.102.706 | 3.108.457 | 5.751 | | | 28,6 | 29,0 |

Q: STATISTIK AUSTRIA, Monatliche Außenhandelsstatistik. – *) vorläufige Ergebnisse, **) EU-Beitritt Kroatiens per 01.07.2013.

sich auf 10,86 Mrd. Euro und erhöhten sich um 1,4 % im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Handelsbilanz wies somit ein Passivum von 0,33 Mrd. Euro auf. Unter den zehn bedeutendsten Handelspartnern Österreichs zeigten Deutschland und Polen in beiden Verkehrsrichtungen eine positive Entwicklung.

Aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bezog Österreich im September

2013 Waren im Wert von 8,17 Mrd. Euro und Waren im Wert von 7,69 Mrd. Euro wurden in diese Länder versandt. Gegenüber September 2012 stiegen die Eingänge aus den EU-Ländern um 5,3 % und die Versendungen um 1,2 %. Das Handelsbilanzdefizit betrug 0,48 Mrd. Euro.

Die Importe aus Drittstaaten beliefen sich auf 3,02 Mrd. Euro und gingen gegenüber September 2012 um 2,8 % zurück, die Ex-

Wirtschaft

porte nahmen mit 3,17 Mrd. Euro um 1,9 % zu. Das daraus resultierende Aktivum der Handelsbilanz mit Drittstaaten lag bei 0,15 Mrd. Euro (siehe Tabelle 2).

Mitterlehner: Exporte auch heuer mit neuem Rekord

„Nach zwei Rekordjahren in Folge steuert Österreichs Exportwirtschaft heuer erneut in Richtung eines neuen Rekordes“, sagte Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner zu den Exportdaten der Statistik Austria. „Trotz eines anhaltend schwierigen internationalen Umfelds werden die Produkte und Dienstleistungen unserer Exportbetriebe weiter stark nachgefragt. Das ist der beste Indikator für eine hohe Wettbewerbsfähigkeit, die wir durch gute Rahmenbedingungen am Standort Österreich sichern müssen“, betont Mitterlehner.

Die aktuellen Exportzahlen zeigen auch, daß die von Mitterlehner forcierte Strategie der Diversifizierung im Export erfolgreich ist. Während die Ausfuhren in die Länder der Europäischen Union derzeit schwächeln, sind die Exporte in Drittstaaten bis September um 2,4 Prozent gestiegen. „Die mit unserer Internationalisierungsoffensive unterstützte Erschließung neuer Märkte mit neuen Produkten ist weiterhin gut unterwegs. Damit profitieren wir vom dort stärkeren Wachstum und verteilen gleichzeitig das Risiko besser“, bekräftigt Mitterlehner.

„Der Export ist für eine kleine Volkswirtschaft wie Österreich besonders wichtig. Inzwischen werden bereits sechs von zehn Euro der heimischen Wirtschaftsleistung mit Ausfuhren erwirtschaftet. Das schafft und sichert zigtausende Arbeitsplätze“, so Mitterlehner abschließend.

Leitl: Handelsbilanzdefizit geringer, Exporte im Plus

„Die österreichische Exportwirtschaft konnte sich im laufenden Jahr trotz schwieriger Rahmenbedingungen gut behaupten. Auch wenn die hohen Exportzuwächse der Vergangenheit nicht mehr erreicht wurden, so ist der Ausfuhrzuwachs von 0,7 % in den ersten neun Monaten 2013 ein positives Signal, daß wir auch heuer wieder einen Exportrekord erreichen“, betonte Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ). „Das zeigt wiederholt die Richtigkeit unserer Exportfördermaßnahmen in der Internationalisierungsoffensive ‚go-international‘, die verstärkt die Expansion der österreichischen Unternehmen in Märkte in Übersee forcieren“, so Leitl abschließend. ■

Wendepunkt erreicht, aber Erholung nur im Schrittempo

Die Wirtschaftslage aus Sicht der Unternehmen in Österreich ist besser, aber noch nicht gut. Die Talsohle ist durchschritten, und für das kommende Jahr wird eine moderate konjunkturelle Erholung erwartet. Erstmals seit 2010 sind die Unternehmen bei fast allen Indikatoren für die kommenden 12 Monate optimistischer als für die vergangenen 12 Monate“, faßt Christoph Schneider, Leiter der Stabsabteilung Wirtschaftspolitik der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), die Ergebnisse des Wirtschaftsbarometers Austria (WBA) zusammen. Der Aufschwung wird allerdings nur im Schrittempo verlaufen. Derzeit liegen die Erwartungen noch deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt: „Das ist ein Indiz, daß es noch ‚Luft nach oben‘ gibt“, so Schneider. An dieser halbjährlichen Konjunkturumfrage der WKÖ unter den Mitgliedsbetrieben nahmen 3500 Unternehmen aus ganz Österreich teil.

Die für das Wirtschaftsbarometer Austria Befragten schätzen weiter ihre eigene Geschäftslage besser ein als das allgemeine Wirtschaftsklima. Steigende Zuversicht zeigt sich insbesondere bei Gesamt- und Exportumsätzen. „Auch das gilt in der Regel als Anzeichen für eine einsetzende Erholung“, führt Schneider weiter aus.

Angetrieben wird die schrittweise Erholung von den Betrieben mittlerer Größe, die das Rückgrat der heimischen Wirtschaft bilden. Bei den kleinen Unternehmen ist eine

Erholung noch nicht angekommen, sie blicken deshalb auch wesentlich vorsichtiger in die Zukunft.

Die Gründe für die nur langsame Erholung liegen in der Zurückhaltung bei Investitionen und Beschäftigung. Vor allem in Sachen Neuinvestitionen – denen für Wachstum und Beschäftigung eine große Bedeutung zukommt – zeigt sich keine Dynamik. Zwar will rund die Hälfte der Unternehmen Neuinvestitionen tätigen. 32 % der Befragten planen jedoch, diese in den kommenden 12 Monaten aufzuschieben oder gänzlich zu streichen. 16 % haben gar keine Neuinvestitionen geplant.

Die Unternehmen sehen im derzeitigen Umfeld wenig Spielraum, die Beschäftigung weiter auszubauen. 17 % wollen die Beschäftigung in den kommenden 12 Monaten ausbauen, demgegenüber stehen 25 %, die vorhaben, Beschäftigte abzubauen. Dadurch steht eine Korrektur am Arbeitsmarkt bevor und die Situation am Arbeitsmarkt wird sich in den kommenden Monaten verschärfen. „Deshalb“, so Schneider „braucht es gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Österreich. Auch die Unternehmen erwarten von der neuen Bundesregierung vor allem mehr Arbeitszeitflexibilisierung, die Senkung der Steuer- und Abgabenquote, eine Bildungsreform, einen besseren Zugang zur Unternehmensfinanzierung sowie Investitionsanreize.“ ■

SVA-Unterstützung für Kleinverdiener in Härtefällen

Ein Unfall, eine schwere Krankheit, die Insolvenz eines wichtigen Kunden: Insbesondere bei Einzel- und Kleinstunternehmerinnen kann ein unvorhergesehenes Ereignis existenzbedrohend sein. Für diese Situationen gibt es nun in bezug auf die Sozialversicherungsbeiträge eine Erleichterung. WKÖ-Präsident Christoph Leitl: „Um Härtefälle abzufedern, hat sich die Wirtschaftskammer für die Unterstützung von betroffenen Unternehmen stark gemacht. Wir freuen uns, daß SVA-Versicherte für solche Notfälle ab sofort eine Überbrückungshilfe beantragen können. Die vorgeschriebenen Sozialversicherungsbeiträge werden zur Hälfte erlassen.“

Die Überbrückungshilfe gibt es einmalig und grundsätzlich für drei Monate, in be-

sonders schweren Fällen (z.B. bei mehreren außergewöhnlichen Ereignissen) für bis zu sechs Monate. Diese Reduzierung der Beiträge kann bei der zuständigen SVA-Landesstelle bis spätestens 30. Juni 2014 beantragt werden.

Leitl: „Mit der Überbrückungshilfe ist uns ein weiterer Schritt zur Ausdehnung des sozialen Sicherheitsnetzes von Selbständigen gelungen. Unsere Unternehmer erbringen tagtäglich Spitzenleistungen für ihren Betrieb, ihre Beschäftigten und den Standort Österreich. Daher ist es wichtig, daß sich vor allem Klein- und Kleinstbetriebe und alle diejenigen, die Risiko auf sich nehmen, im Fall des Falls auf ein dichtes Sicherheitsnetz verlassen können.“ ■

80.000 Tonnen Papier

Die größte und modernste Kraftpapier-Maschine Europas, die mit einer Investition von 115 Mio. Euro gebaut wurde, ist jetzt im steirischen Pöls in Betrieb gegangen.

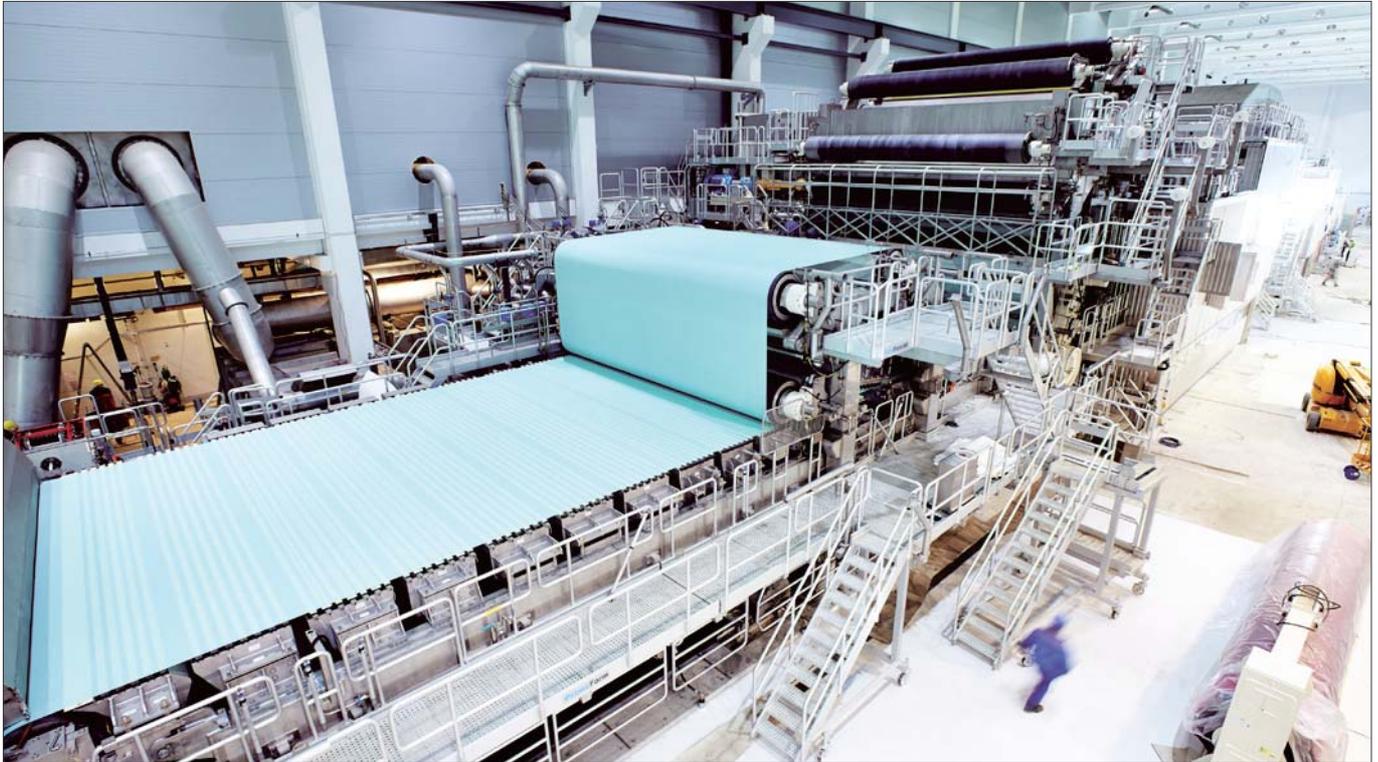


Foto: Zellstoff Pöls AG, Andritz AG

Die 100 Meter lange neue Papiermaschine produziert rund 1200 Meter Papier höchster Qualität pro Minute

Es gibt kein deutlicheres Bekenntnis zum Standort Pöls als eine derart umfangreiche Investition“, so Kurt Maier, CEO der Zellstoff Pöls AG, die die neue Papiermaschine errichtet hat. „Dies ist allerdings in dieser Form einzigartig, da derzeit im Bereich Papier vor allem in Fernost investiert wird. Umso erfreulicher ist es, daß von der Gesamtinvestition rund 80 Mio. Euro an steirische Betriebe vergeben wurden.“ Mit der Aufstockung der Papierproduktion in Pöls wird darauf reagiert, daß der Markt für hochwertig gebleichte Kraftpapiere kontinuierlich wächst.

Optimale Nutzung des wertvollen Rohstoffs Holz

Neben dem Hauptprodukt ORION-Zellstoff wird in Pöls unter dem Namen Starkraft auch hochwertig gebleichtes Kraftpapier hergestellt – seit vergangener Woche mit der 100 Meter langen neuen Papiermaschine, die 80.000 Tonnen pro Jahr produzieren wird – das sind rund 1200 Meter Papier höchster Qualität pro Minute. „Der wertvolle Rohstoff Holz wird von uns stofflich zur Produktion von Zellstoff und Papier sowie ener-

getisch zur Erzeugung von grünem Strom und Wärme für das gesamte Werk und die Region eingesetzt.“, so Kurt Maier.

Veredeln vor Verbrennen – Dialog gefordert

Die Förderung von erneuerbarer Energie hat in letzter Zeit zu einem Boom bei Biomassekraftwerken geführt, leider sind aber die in Österreich jährlich geernteten Holz-mengen eher rückläufig als steigend. Als Folge davon ist das Holz in Österreich knapp und muß zunehmend aus dem fernen Ausland importiert werden. „Das kann nicht im Sinne der angestrebten Energieziele und einer gesunden CO₂-Bilanz sein“, so Maier. „Wenn die Politik möchte, daß auch weiterhin Investitionen wie diese in Österreich getätigt werden, müssen die Rahmenbedingungen angepaßt werden, damit die Zellstoff- und Papierindustrie Planungssicherheit für weitere Investitionen hat. Wir sind gern bereit, aktiv daran mitzuarbeiten, die Wettbewerbsbedingungen so zu gestalten, daß sie für alle fair sind.“ Ziel ist es, den wertvollen Rohstoff Holz optimal auszunutzen – also Veredeln vor Verbrennen. Schon bisher wur-

den von der Zellstoff Pöls AG viele Millionen Euro in Maßnahmen zur noch effizienteren Nutzung der Wertschöpfungskette von Holz investiert, mit der Papiermaschine kommt eine weitere dazu.

Stark und flexibel wie das Flying Rhino

„Das Marktsegment Kraftpapiere ist ein hoch spezialisierter Markt mit höchsten qualitativen Anforderungen. Mit der neuen Papiermaschine werden wir unsere Qualitätsführerschaft nachhaltig festigen“, so Werner Hartmann, Managing Director von Starkraft. Nicht zufällig wurde dafür als Symbol das Flying Rhino gewählt – es symbolisiert Stärke und Flexibilität. „Die jahrzehntelange Erfahrung unseres internationalen Teams gepaart mit der neuesten Technologie, die in unserer Papiermaschine steckt, macht es uns möglich, auf die Anforderungen unserer Kunden optimal einzugehen.“ Aus Starkraft-Papier werden in weiterer Folge Produkte wie Beutel, Tragetaschen, Geschenkpapier oder Gesamtlösungen wie Verbundverpackungen für Lebensmittel oder medizinische Produkte hergestellt. ■

<http://www.starkraft.com>

Stadt Wien-Projekte gut »auf Schiene«

Ein Jahr vor Vollenbetriebnahme des Hauptbahnhofs...



Foto: ÖBB/Stadt Wien

Visualisierung des Projektgebiets Wien Hauptbahnhof – links vom breiten Schienenstrang liegt das Sonnenwendviertel, rechts davon das »Quartier Belvedere Central«, ein 25 Hektar großes Büro-, Wohn- und Geschäftsviertel mit reichem Kulturmix.

Ober Parkunterbau, Straßenzüge, Brücken oder etwa Wohnbau: Ein Jahr vor Vollenöffnung des Wiener Hauptbahnhofs im Dezember 2014 sind sämtliche Infrastrukturprojekte der Stadt Wien vor Ort sowohl im Zeit- wie auch im Kostenplan. Auch ein Blick von der Plattform des von der Stadt Wien und ÖBB betriebenen bahnorama-Turms (aktuell über 280.000 BesucherInnen, Laufzeit: bis 31. Dezember 2014) unterstreicht deutlich den bisherigen Baufortschritt.

Sonnenwendviertel: Herbst 2014 bereits 1100 Wohnungen bezogen

In unmittelbarer Nähe zum neuen Hauptbahnhof bekommt Wien ein neues Stadtquartier mit rund 5000 Wohnungen, einem Schulcampus, einer großen Parkanlage sowie Bürobauten und zahlreichen Geschäften. Im Frühjahr 2012 wurde mit dem Bau der ersten Wohnungen im Sonnenwendviertel begonnen. Auf insgesamt sieben Bauplätzen werden rund 1142 geförderte Wohnungen errichtet. Beim dazu vom wohnfonds_wien ausgelobten Bauträgerwettbewerb kam erstmals das von Stadtrat Michael Ludwig initiierte Bewertungskriterium „Soziale Nachhaltigkeit“ zur Anwendung.

Im August 2013 haben die ersten BewohnerInnen des Sonnenwendviertels bereits ihre neuen Wohnungen in der Wohnhausanlage bereits bezogen. Im September wurden die Wohnungen von zwei Bauteilen Ihren NutzerInnen übergeben.

„Neben vielfältigsten Wohnungstypen und flexibel adaptierbaren Wohnungsgrundrissen, Wohnungen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, betreutem Wohnen, Wohnen-für-Generationen-Wohnungen sowie Home-Offices bietet das neue Stadtquartier Sonnenwendviertel Kommunikationsflächen und Gemeinschaftsräume für alle Generationen. Die durchdachten Grünräume dienen nicht nur der Erholung, sondern auch der Begegnung. Auf diese Weise wird das Zusammenleben gefördert und die sozialen Netze innerhalb der Hausgemeinschaften gestärkt. Bei Gesamtbaukosten von rund 171 Millionen Euro unterstützt die Stadt Wien die Errichtung der ersten 1142 geförderten Wohnungen mit Fördermitteln im Ausmaß von 62 Millionen Euro“, hielt Wohnbaustadtrat Michael Ludwig fest.

„Es galt nicht nur den Zeitplan einzuhalten, sondern auch die Bauabwicklung inmitten unserer Stadt zu koordinieren. Das neue

Favoritner Wohnviertel befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Fußgängerzone und der U1-Station Keplerplatz. Die Verbindung zwischen dem urbanen Stadtgebiet und dem neuen Quartier an der Verkehrsstation des Hauptbahnhofs mit seinen Arbeitsplätzen ist die zentrale Herausforderung an die Stadtplanung und an den Bezirk. Mit dem Bildungscampus und den zahlreichen Angeboten an Gastronomie, Einkauf- und Freizeitangeboten im Bezirk ist dieses Viertel ein wunderbarer Beitrag, um die Lebensqualität in unserer Stadt weiter auszubauen. Wir wünschen den neuen Bewohnerinnen und Bewohnern viel Freude mit ihrer neuen Wohnung und stehen für Wünsche und Anregungen jederzeit zur Verfügung“, hob Bezirksvorsteherin-Stellvertreterin Josef Kaindl hervor.

„Es gibt wohl kaum eine europäische Großstadt außer Wien, die in so guter Lage und in derartiger Qualität leistbaren Wohnraum für alle zur Verfügung stellt. Das Viertel um den neuen Hauptbahnhof ist ein echtes Vorzeigeprojekt der Wiener Wohnpolitik und es ist für uns als Bauträger eine Freude und Ehre, dabei mitgestalten zu dürfen“, erklärte Kallco-Geschäftsführer Winfried Kallinger.

Chronik



Foto: MA 18/Fürthner

Aktuelle Luftaufnahme der größten Baustelle des Landes – die Teilbetriebnahme des Hauptbahnhofs ist bereits erfolgt.

„Solidarisch wohnen ist für uns mehr als nur ein Schlagwort – das haben wir mit unserem Mitbestimmungsprojekt SO.VIE.SO unter Beweis gestellt. Bereits ein Jahr vor Baubeginn haben wir mit den WohnungsinteressentInnen gemeinsam geplant und gestaltet. So konnte die baubehördliche Einreichplanung auf die konkreten Wohnwünsche unserer MieterInnen ausgelegt werden! Damit stellen wir nicht nur eine nachhaltig hohe MieterInnenzufriedenheit sicher – die BewohnerInnen haben auch eine viel stärkere emotionale Bindung zu ‚ihrem Haus‘, so Wilhelm Haberzettl, Vostandsvorsitzender der BWSG.

Bereits im heurigen Sommer sind die ersten MieterInnen ins Sonnwendviertel eingezogen, im November haben auch bereits die Bauarbeiten im Wohnbau südlich des Bildungscampus begonnen. Kommendes Jahr erfolgt der Baustart der ersten über 300 SMART-Wohnungen Wiens, die bis 2015 errichtet werden. Bei letzteren handelt es sich um kompakt geplante und damit besonders kostengünstige Wohnungen. Die Abänderung des Flächenwidmungsplans zwischen Helmut-Zilk-Park und Ostbahn zugunsten von Wohnungen dürfte voraussichtlich im Sommer 2014 dem Wiener Gemeinderat zum Beschluß vorgelegt werden.

Straßenbau: Umbau Gudrunstraße ab 2014

Von seiten des Straßenbaus (MA 28) standen 2013 vor allem Teile der Arsenalstraße und die Sonnwendgasse im Mittelpunkt der

Arbeiten. Darüber hinaus wurden heuer auch die ersten Verbindungsstraßen zwischen den Wohnquartieren im Sonnwendviertel in Angriff genommen. Die Hackergasse ist komplett fertig gestellt, die Antonie-Alt-Gasse und Vally-Weigl-Gasse wie auch die Alfred-Adler-Straße folgen 2014 nach. Weiters ist auch der Umbau der Gudrunstraße von Sonnwendgasse bis Marianne-Pollak-Gasse für kommendes Jahr geplant. Bei sämtlichen Straßenbauten spielt die Etablierung hochwertiger Radwege eine wesentliche Rolle.

Brückenbau dauert bis 2015

Große Bedeutung für die Querung des Sonnwendviertels zwischen Favoriten und 3. Bezirk kommt auch den beiden neuen Brücken Südbahnhofbrücke (Gesamtlänge:

322,5 Meter, Kfz-Verkehr/Fußgänger/Radfahrer) und Arsenalsteg (Länge: 312 Meter, Fußgänger/Radfahrer) zu. Bei ersterer ist die südliche Rampenzufahrt Ende dieses Jahres fertig, im Oktober 2014 wird mit dem Bau der Nordrampe gestartet. Beim Arsenalsteg konnte heuer ein weiteres Tragwerk eingeschoben werden. Bis zum Frühjahr 2014 erfolgt das Tragwerk über die Bahngleise in Richtung dritten Bezirks, danach geht es an die Errichtung der entsprechenden Zu- und Abgänge. Beide Brücken werden voraussichtlich Ende 2015 fertig gestellt sein.

Helmut-Zilk-Park: Bodenarbeiten schreiten voran

Auch beim Helmut-Zilk-Park schreiten die Vorarbeiten zügig voran. Gegenwärtig



Foto: MA 18/Fürthner

Ein Blick auf das Sonnwendviertel, in dem Tausende Wohnungen entstehen

Chronik



Foto: ÖBB/Stadt Wien

Auf insgesamt sieben Hektar entsteht der »Helmut-Zilk-Park« – die Fertigstellung ist für 2017 vorgesehen.

wird noch der Unterbau für die zukünftige zentral gelegene sieben Hektar große Grünfläche errichtet. Insgesamt ca. 110.000 Kubikmeter Aushubmaterial werden zur Nivellierung des Geländes verwendet, der Großteil stammt von Aushubarbeiten des Wohnungsbaus. Im Frühjahr 2014 wird, sobald die Witterung es erlaubt, mit dem Auftrag der Humusschicht begonnen. Im 2015er Jahr ist es dann soweit: die ersten beiden Drittel des Parks werden fertig sein, der südliche Bereich folgt 2017.

Bildungscampus: Im Herbst 2014 geht es los

Auch die Arbeiten am neuen Bildungscampus im Sonnwendviertel sind unübersehbar. Im Oktober wurde die entsprechende Dachgleiche gefeiert, aktuell ist auch ein

beträchtlicher Teil der Fassade fertig. Im Frühjahr 2014 wird mit den letzten Arbeiten im Inneren und Äußeren gestartet, sodaß wie geplant im September 2014 der Campus für 1100 Kinder und Jugendliche (Kindergarten, Volksschule und Neue Mittelschule) seine Pforten öffnen wird.

Wiener Linien: Große Umstellung bereits im Dezember 2012 erfolgt

Von seiten der Wiener Linien wurde bereits die im Dezember 2012 stattgefunden Teilinbetriebnahme des Hauptbahnhofes dazu genutzt, um die entsprechenden Adaptationen vorzunehmen: der D-Wagen fährt seitdem bereits den Hauptbahnhof im östlichen Bereich an, die Autobus-Linien 13A und 69A haben bereits ihre Endstation im Bereich des zukünftigen Vorplatzes Nord.

Ebenso fand im Dezember 2012 die Umbenennung der U1-Station in „Südtiroler Platz – Hauptbahnhof“ statt. Mit der U1 ist der Hauptbahnhof mittels der bereits im Dezember 2010 eröffneten 110 Meter langen Passage barrierefrei optimal verbunden. Mit Dezember 2014 – also in einem Jahr anlässlich der Vollinbetriebnahme des Wiener Hauptbahnhofes – wird die Autobus-Linie 69A noch eine geringfügige Veränderung erfahren: von der Arsenalstraße kommend wird er über die Alfred-Adler-Straße den Bahnhof anfahren. In der Endausbauphase wird die Straßenbahnlinie D das Sonnwendviertel bis Höhe Gudrunstraße entlang des Parks durchqueren. ■

- <http://hauptbahnhof-wien.at>
- <http://www.sonnwendviertel.at>
- <http://www.qbc.at>

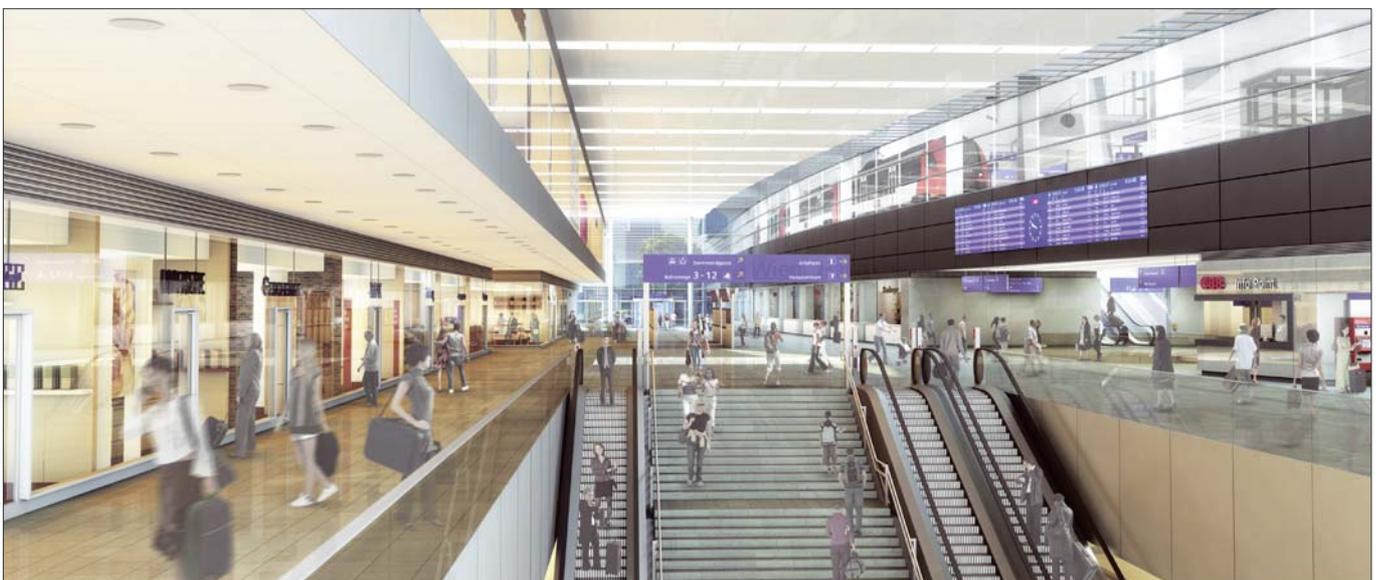


Foto: ÖBB/Stadt Wien

Auf insgesamt sieben Hektar entsteht der »Helmut-Zilk-Park« – die Fertigstellung ist für 2017 vorgesehen.

Weltrekord! ULF mit reiner Muskelkraft in Bewegung gesetzt

Am 15. Dezember stand eine ULF-Strassenbahngarnitur der Wiener Linien besonders im Fokus. Der Salzburger Extrem- und Ausdauersportler Franz Müllner setzte nur mit eigener Muskelkraft die 43 Tonnen schwere Strassenbahn in Bewegung. Hunderte Schaulustige waren live dabei und feuerten den nun 15-fachen-Weltrekordhalter bei seinem Vorhaben an. Erste Gratulanten waren Öffi-Stadträtin Renate Brauner und Wiener-Linien-Geschäftsführer Eduard Winter, die zudem einen Scheck über 1500 Euro an die Initiative „Starke Hilfe“ von Franz Müllner überreichten. Die Spende der Wiener Linien und die gesamten Reinerlöse der Veranstaltung kommen bedürftigen Familien zugute.

Bereits Anfang Oktober schob Müllner das Wiener Riesenrad aus eigener Kraft an. Lediglich zehn Wochen später setzte der Ausnahmesportler jetzt eine ULF-Strassenbahngarnitur in Bewegung. „Ich gratuliere Franz Müllner sehr herzlich zu seiner Leistung und zu seinem Einsatz für den guten Zweck“, freute sich Renate Brauner über den glücklichen Weltrekordversuch. Auch Eduard



Foto: Wiener Linien / Thomas Jantzen

Weldrekordversuch von Franz Müllner, einen ULF-Strassenbahnzug der Wiener Linien zehn Meter weit zu ziehen

Winter zeigte sich von der Leistung beeindruckt: „Ein ULF alleine wiegt 43 Tonnen. Eigentlich kaum vorstellbar, daß ein einzelner Mensch eine solche Masse ins Rollen bringen kann.“

Als zusätzliche Herausforderung lud Müllner Kinder des Vereins „Bambi“ ein, die in

der Strassenbahn Platz nahmen, während er den ULF hinter sich her zog. „Ich bin sehr erleichtert und gleichzeitig froh darüber, daß die Wiener Linien sich so kooperativ gezeigt haben und diesen Benefiz-Weltrekordversuch ermöglichen“, zog Müllner zufrieden Bilanz. ■

Spatenstich für Gibbon-Haus im Zoo Salzburg

Am 2. Dezember setzten Landeshauptmann-Stellvertreter Christian Stöckl und Vizebürgermeisterin Christine Homola, die neu gewählte Aufsichtsratsvorsitzende der Zoo Salzburg GmbH, gemeinsam mit Geschäftsführerin Sabine Grebner den Spatenstich für den Bau des neuen Gibbon-Hauses im Salzburg Zoo.

„Der Neubau des Hauses für Gibbons ist notwendig, weil das bisherige Haus mittlerweile 30 Jahre alt ist und den Kriterien des Bundstierschutzgesetzes von 2005 nicht entspricht“, betonte Stöckl. „Die Gesamtkosten des Umbaus betragen rund 600.000 Euro, die das Land und die Stadt als Eigentümer des Zoo Salzburg GmbH zu gleichen Teilen übernehmen. Wenn alles nach Plan läuft, werden die Tiere in rund einem Jahr ihr neues Zuhause beziehen.“

„Mit der Neugestaltung des Areals werden nicht nur die Kleinen Menschenaffen ein neues Zuhause erhalten, sondern es wird auch die Freianlage der Roten Pandas, einer in freier Wildbahn vom Aussterben bedrohten Tierart, vergrößert und die der Muntjaks verändert. Das begehbare Haus wird künftig auch Tierarten aus Südamerika beheimaten wie Aras, Lisztaffen, Capybaras und ein



Foto: Franz Neumayr/SB LK

v.l.: Sabine Grebner, Landeshauptmann-Stv. Christian Stöckl und Vizebürgermeisterin Christine Homola, die neue Aufsichtsratsvorsitzende der Zoo Salzburg GmbH

Aquarium“, freut sich Christine Homola. „Die Grundfläche des Hauses wird wesentlich vergrößert, wofür der Weg vorbei an der Wolfsanlage vorübergehend für BesucherInnen gesperrt werden muß“, berichtet Sabine Grebner. „Wir bauen zum Wohle unserer Tiere um und wir bitten unsere Besucherinnen und Besucher daher um Verständnis, daß sie in rund einem Jahr erst wieder beim

Zoo-Haupteingang von den beiden Gibbons Hanna und Jiao und ihren tierischen Nachbarn begrüßt werden.“

„Der Zoo zählt zu den beliebtesten und erfolgreichsten Sehenswürdigkeiten in Stadt und Land Salzburg und hat sich mit mehr als 300.000 Besuchern pro Jahr auch zu einem touristischen Faktor entwickelt“, so Stöckl. ■

<http://www.salzburg-zoo.at>

Mann des Dialogs und der Menschlichkeit

Ring der Stadt Salzburg für scheidenden Erzbischof Alois Kothgasser

Im Marmorsaal des Schlosses Mirabell überreichte Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden am 16. Dezember den „Ring der Stadt Salzburg“ an den scheidenden Erzbischof Alois Kothgasser. Der „Ring der Stadt Salzburg“ sei die emotionalste Auszeichnung, die die Stadt zu vergeben habe, erklärte Schaden – und Erzbischof Kothgasser ob seiner Rolle als Mann des Dialogs und der tiefen Verbundenheit zu den ihm anvertrauten Menschen ein überaus würdiger Empfänger dieser Auszeichnung. Er habe nahezu elf Jahre lang als Erzbischof die Freuden und Leiden der Menschen in der gesamten Diözese geteilt, daraus ist eine Verbindung entstanden, die bleibt, erwiderte Kothgasser. Der Ring, der keinen Anfang und kein Ende habe, sei ein schönes Symbol für diese Verbindung.

Die „Achse“ zwischen der Stadt und der Erzdiözese habe während seiner Amtszeit stets gut funktioniert, erklärte Kothgasser und nannte als Beleg dafür eine Reihe von kirchlichen Investitions-Vorhaben, an denen sich die Stadt beteiligt hat: Etwa die Errichtung des Diözesanarchivs, die Sanierung von Fassade, Dach und Krypta des Doms, verschiedene Pfarrzentren, Kindergärten und Kirchsaniierungen.

Erzbischof Kothgasser

Erzbischof Alois Kothgasser wurde am 29. Mai 1937 in Lichtenegg (Bezirk Feldbach, Steiermark) geboren.

1955 tritt er in den Orden der Salesianer Don Boscos (SDB) in Unterwaltersdorf (Niederösterreich) ein, wo er 1957 am Aufbau-gymnasium maturiert. Nach einem dreijährigen Erzieherpraktikum beginnt er ein philosophisches-theologisches Studium an der Päpstlichen Hochschule der SDB in Turin, wo er 1964 zum Priester geweiht wird.

Das anschließende Doktoratsstudium führt ihn an die Päpstliche Salesianer Universität in Rom, das er 1968 mit der Promotion zum Doktor der Theologie abschließt.

Von 1969 bis 1982 lehrt er dort als Dozent bzw. Professor für Dogmatik.

Ab 1982 lehrt er an der Philosophisch-theologischen Hochschule der SDB in Benediktbeuern, der er in den Jahren 1982-1988 und 1994-1997 als Rektor vorsteht.



Foto: Stadt Salzburg / Johannes Killel

Der scheidende Erzbischof Alois Kothgasser wurde von Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden mit dem »Ring der Stadt Salzburg« ausgezeichnet.

1997 wird Alois Kothgasser zum Diözesanbischof von Innsbruck ernannt.

Im November 2002 wählt ihn das Dom- und Metropolitankapitel zu Salzburg zum Erzbischof und damit zum 89. Nachfolger des hl. Rupertus in Salzburg.

Innerhalb der Österreichischen Bischofskonferenz ist Erzbischof Kothgasser für die Belange Liturgie, Priesterseminare, Theologische Fakultäten und Hochschulen sowie Laientheologen verantwortlich; er ist Mitglied der Glaubenskommission und der Finanzkommission. Weiters ist er Vertreter der Österreichischen Bischofskonferenz in

der Glaubenskommission der Deutschen Bischofskonferenz und bei den Theologengesprächen in Mainz sowie Großprior der österreichischen Statthalterei der Ritter vom Heiligen Grab und Generalpräsident der Catholica Unio Internationalis.

Vor Vollendung seines 75. Lebensjahres reicht er wegen Erreichen der Altersgrenze bei Papst Benedikt XVI seinen Rücktritt ein, der am 4. November d.J. von Papst Franziskus angenommen wird. Für die Zeit der Sedisvakanz ist er zum Apostolischen Administrator der Erzdiözese Salzburg bestellt. ■ <http://www.kirchen.net>

Dreikönigsaktion feiert 60. Geburtstag

Die Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar (KJS) feierte ihren 60. Geburtstag. Im Winter 1954/1955 waren die ersten Sternsinger in Österreich unterwegs und haben Spenden für notleidende Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika gesammelt. Seither beteiligten sich über vier Millionen Kinder und Jugendliche an der Aktion. Mit einem Festakt wurde im Wiener Weltmuseum der Einsatz der jährlich 85.000 Kinder und Jugendlichen gewürdigt. Am 28. Dezember wird das Jubiläum in den Diöze-

sen bei der Sternsinger-Sendungsfeier begangen.

Über 10.000 Hilfsprojekte seien seit Beginn der Aktion mit rund 350 Millionen Euro unterstützt worden – mit dem Ziel, einen Beitrag für „eine Welt zu leisten, in der alle gut leben können“. Mit rund 500 Projekten pro Jahr versuche man das „konkrete Leben“ von Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika „zum Besseren zu wenden“. ■

<http://www.dka.at>

ÖsterreicherInnen sind Käsetiger

Österreich ist in der Spitzenliga der Käse-Genießer angekommen. Erstmals haben wir beim Pro-Kopf-Verbrauch 20 Kilo überschritten und damit ähnlich viel Käse gegessen wie die Franzosen, Niederländer oder Italiener – Basis sind die große heimische Käsevielfalt und die Zusammenarbeit mit der Gastronomie.

Anlässlich des Milchforums und der Käse- und Asekaiser-Gala veröffentlichte die Agrarmarkt Austria (AMA) Ende November aktuelle Zahlen zum Milch- und Käsemarkt. Im Lebensmitteleinzelhandel wurden im vergangenen Jahr Milch und Milchprodukte im Wert von 1,55 Milliarden Euro gekauft, rund 40 Prozent des Umsatzes im Moppro-Regal entfallen auf Käse. Ein Haushalt gibt durchschnittlich zirka 38 Euro pro Monat für Milchprodukte aus, davon 15 Euro für Käse. Laut Statistik Austria ist der durchschnittliche Käsekonsum in den letzten Jahren stetig gestiegen und hat heuer erstmals die Grenze von 20 Kilo überschritten.

Überdurchschnittlich hoch ist der mengenmäßige Bio-Anteil bei Milch und Butter. Rund 15 Prozent der Milch und neun Prozent der Butter werden im Lebensmittel-Einzelhandel in Bio-Qualität gekauft. Bei Käse stammen rund sechs Prozent aus biologischer Milchwirtschaft. Die leicht steigende Entwicklung von Heumilchprodukten setzt sich kontinuierlich fort. Derzeit beträgt der Heumilchanteil bei Milch mengenmäßig rund 13 Prozent, bei Butter zwei Prozent, bei Käse acht Prozent.

Geschmack und Natürlichkeit sind gefragt

Die meist gekaufte Käsesorte ist Gouda, gefolgt von Emmentaler und Käse auf Germaisbasis. Für die Konsumenten ist natürlicher Geschmack die wichtigste Anforderung an Käse (72 Prozent). Rund zwei Drittel legen Wert auf Käse ohne Farb- und Konservierungsstoffe, für jeden Zweiten ist das appetitliche Aussehen sowie die Frische entscheidendes Kaufkriterium.

Käse ist Exportschlager

Einen wesentlichen Beitrag zur Wertschöpfung der heimischen Milchwirtschaft leistet der Export, der sich seit Österreichs Beitritt zur EU vervielfacht hat. Rund 75.000 Tonnen Käse verzehren Herr und Frau Österreicher, weitere 115.000 Tonnen wurden im vergangenen Jahr exportiert, davon mehr als 50.000 Tonnen alleine nach Deutschland. Fast jedes Geschäft, jeder



Foto: AMA/Winterleitner

v.l.: Michael Blass (AMA) und Helmut Petschar (Präsident der VÖM)

Markt in Deutschland führt Käse aus Österreich im Sortiment.

Österreich punktet mit Qualität und Vielfalt

Mehr als 400 verschiedene Käsesorten werden in Österreich hergestellt, viele davon nach traditionellen Verfahren und mit kleinregionaler Milchwirtschaft. Einige dürfen als Erkennungsmerkmal die von der EU vergebenen Zeichen (geschützte Ursprungsbezeichnung – g.U. und geschützte geografische Angabe – g.g.A.) tragen. Käsespezialitäten werden dann mit dem rot-weiß-roten AMA-Gütesiegel ausgezeichnet, wenn die Milch für den Käse zu 100 Prozent aus Österreich stammt und strenge Qualitätsrichtlinien eingehalten werden. Die Einhaltung dieser Vorgaben wird von unabhängigen Stellen kontrolliert. Heimische Käse überzeugen bei internationalen Wettbewerben immer wieder und erreichen höchste Anerkennung. Bei den letztjährigen „World Cheese Awards“ wurden österreichische Einreichungen mit insgesamt 23 Medaillen prämiert.

AMA setzt auf Ausbildung junger Gastronomen

Auf die hohe Qualität der Milchprodukte und die große Käsevielfalt möchte die AMA mit ihren Werbemaßnahmen aufmerksam

machen. <http://www.kaesewelten.at> listet mehr als 400 Käsesorten samt detaillierter Beschreibung auf. Der Handel hat das Potential eines breiten Käsesortiments erkannt und präsentiert dieses Lebensmittel mit stimmiger Inszenierung. Genau hier setzt die AMA einen weiteren Schwerpunkt – mit der Ausbildung von Thekenkräften. „Käse birgt eine Geschichte und wer diese Geschichte erzählen kann, begeistert die Kunden“, erklärt Michael Blass, Geschäftsführer der AMA-Marketing.

Auch die Zusammenarbeit mit der Gastronomie will die AMA verstärken und 2014 besondere Maßnahmen setzen. Die Gastronomie kann einen besonderen Verdienst um die Entwicklung der Käsekultur in Österreich ins Treffen führen. „Von der aufgeschnittenen Ware am Frühstücksbuffet hat sich Käse zu einem breiten Sortiment im Stück und zum krönenden Abschluß eines kulinarischen Abends gewandelt. Auch hier setzen wir auf die Ausbildung der jungen Gastronomen. Mehr als 1000 Schüler an 50 Tourismus- und Gastroschulen absolvieren Jahr für Jahr einen Lehrgang zum Käsekenner. Sie vermitteln danach mit viel Wissen und großem persönlichem Engagement die große Käsevielfalt und -kultur und sind somit wertvolle Botschafter“, so Blass. ■

<http://www.ama-marketing.at>

Eduard Wallnöfer ist nach wie vor ein Vorbild für Tirols Politik

Zum 100. Geburtstag des von 1963 bis 1987 amtierenden Landeshauptmannes



Foto: Amt der Tiroler Landesregierung

Die Familienangehörigen von Eduard Wallnöfer mit LH Platter (re.) und LHStv Theiner (li.): von links Edi, Michael, Maria, Annemarie, Benedikt, Benedikt jun., Luise, Herwig van Staa, Marianne, Silvia und Eduard.

Auf dem nach ihm benannten Platz vor dem Landhaus in Innsbruck versammelten sich am 9. Dezember PolitikerInnen aller Lager, frühere Weggefährten, seine Familienangehörigen ebenso wie Tiroler BürgerInnen, die ihres von 1963 bis 1987 amtierenden Landeshauptmannes gedachten: Der 1989 verstorbene Eduard Wallnöfer hätte an diesem Tag seinen 100. Geburtstag gefeiert.

Beim landesüblichen Empfang mit Schützenkompanie und Musikkapelle aus Amras sowie Abordnungen sämtlicher Tiroler Traditionsvereine ergriff Landeshauptmann Günther Platter das Wort: „Wenn wir heute seinen ‚100er‘ begehen, dann erinnern wir an einen zutiefst sozial eingestellten und persönlich bescheidenen Menschen, dessen Charme sprichwörtlich war.“ Es gäbe vieles, was die Zeit von Eduard Wallnöfer überdauert habe und heute noch vorbildlich für politisches Handeln sei: seine Gabe, sofort das Wesentliche zu erkennen und Ziele konsequent zu verfolgen, sein großer Respekt gegenüber Andersdenkenden und seine Neugier. „Sich daran zu erinnern und auch daran

zu orientieren, kann helfen, unser Land weiterhin auf einem guten Kurs zu halten“, sagte Platter. Er kündigte die Aufstellung einer Skulptur im nächsten Jahr auf dem Eduard-Wallnöfer-Platz an, wo all jene zahlreichen Gemeinden aufscheinen, in denen dieser Landeshauptmann Ehrenbürger geworden war.

Mit Weitblick und Gespür

Wallnöfer hat Tirol zu einem wohlhabenden Land entwickelt, in dem junge Menschen auch außerhalb der Städte eine solide wirtschaftliche Grundlage gefunden haben. „Dieser Politiker mit großem Weitblick und feinem Gespür für die Bedürfnisse der Menschen hat sich nicht beirren lassen, wenn er etwas für wichtig und richtig erkannt hat“, führte der Landeshauptmann aus. In Tirol wolle die Landesregierung das Positive weiterführen, wofür Eduard Wallnöfer Grundsteine gelegt habe: „Wir wollen weiterhin wirtschaftliche Entwicklung in allen Teilen des Landes ermöglichen. Wir wollen die Wasserkraft nutzen, wir wollen unser Bildungssystem

weiter modernisieren und wir wollen weiterhin sehr achtsam auf unsere Umwelt schauen.“ Platter erinnerte auch an Wallnöfers Freiheitsverständnis: „Die Feinde der Demokratie aber sind wir selbst, wenn wir die Freiheit in Unwissen, Bequemlichkeit und Opportunismus versinken lassen.“

Ebenso würdigte Südtirols LHStv Richard Theiner den aus Schluderns stammenden, gebürtigen Südtiroler Wallnöfer: „Diese Leitfigur hat die Lehren aus seiner von Armut geprägten Kindheit gezogen – seine Erfolgsgeschichte führte ihn ins Oberinntal nach Tirol, wo er zuerst einen Bauernhof und schließlich ein ganzes Land lenkte und leitete. Eduard Wallnöfer zählt zu unseren besten Freunden.“

Auch die Stadt Innsbruck gedachte Eduard Wallnöfers

Der vor 25 Jahren verstorbene Tiroler Landeshauptmann lebt in den Gedanken von zahlreichen TirolerInnen noch heute weiter. Um ein dauerhaftes Andenken an ihn zu bewahren, erinnert auch ein Platz an das ehe-

Personalia



Eduard Wallnöfer (* 11. Dezember 1913 in Schluderns, Südtirol; † 15. März 1989 in Innsbruck)

malige Tiroler Landesoberhaupt: Der Platz vor dem Landhaus trägt seinen Namen.

Die Stadt Innsbruck gedachte besonders am 9. Dezember Eduard Wallnöfers, der viel

dazu beigetragen hat, daß sich das Land Tirol so gut entwickelt hat. „Eduard Wallnöfer war eine außergewöhnliche Persönlichkeit, der die Zeit in der er Landeshauptmann von Tirol war, nachhaltig geprägt hat. Heute erinnern wir uns respektvoll an einen Politiker mit Weitblick, dem die heimatliche Tradition aber immer am Herzen lag“, so Innsbrucks Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer: „Er wird uns in guter und bleibender Erinnerung bleiben Über die Grenzen Tirols hinaus galt er als ‚politisches Original‘ seiner Zeit sowie als volksnaher Politiker.“

Tiroler Landeshauptmann mit Ecken und Kanten

Eduard Wallnöfer war 38 Jahre lang Mitglied der Tiroler Landesregierung. 24 Jahre lang hatte er das Amt des Tiroler Landeshauptmanns inne. Während seiner Amtszeit erfolgte ein stetiger wirtschaftlicher Aufschwung Tirols und ein Ausbau der Verkehrswege. Der gebürtige Südtiroler erlangte in der Bevölkerung breite Zustimmung und hohe Sympathie.

Nach seinem Ausscheiden aus der Landespolitik im Jahr 1987 blickte Eduard Wallnöfer auf 1200 Regierungssitzungen zurück. Er war unter anderem Träger des Großen Silbernen Ehrenzeichens der Republik Österreich und des Ehrenzeichens des Landes Tirol. ■



Fotos: Amt der Tiroler Landesregierung

Tirols Landeshauptmann Günther Platter und Südtirols Landeshauptmann-Stv, Richard Theiner sowie die Landtagspräsidenten Herwig van Staa und Martha Stocker beim Abschreiten der Ehrenfront vor dem Landhaus.

LH Pühringer dankt LH-Stv. Josef Ackerl für Zusammenarbeit

Als „starke und kritische Stimme für die Schwachen in der Gesellschaft“, harten Verhandler, dessen Wort aber immer gehalten habe und als „Belebung in der politischen Debatte“ würdigte Landeshauptmann Josef Pühringer Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Ackerl in der Sitzung des Oö. Landtages am 5. Dezember.

Pühringer unterstrich Ackerls Rolle in der Anfangs- und Pionierzeit der Umweltschutzpolitik als Umweltstadtrat in Linz („der Erste, an dessen Namen man sich erinnert“), wo dieser mit dem Linzer Luft-Paket einen Meilenstein gesetzt habe.

Im Oktober 1993 wechselte Josef Ackerl in die Landesregierung. Das Sozialbudget sei in der Ära von Sozialreferent Ackerl von 168 Millionen Euro im Jahr 1993 auf heute 559 Millionen Euro inklusive Pflegefonds angestiegen. Ganz besonderer Einsatz Ackerls galt Menschen mit Beeinträchtigung, denen er durch seine Arbeit Stellenwert und Würde gegeben und durch die Verankerung einer Interessenvertretung klar gemacht habe, daß sie wesentlicher Teil der Gesellschaft sind, so Pühringer. Heute gibt es in Oberösterreich 750 Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigung.

Pühringer würdigte auch Ackerls leidenschaftliches Engagement für Kinder, das



Foto: Land Oö/Stinglmayr

LH Josef Pühringer (r.) dankt LH-Stv. Josef Ackerl für die Zusammenarbeit.

unter anderem in seiner Arbeit als Referent für die Jugendwohlfahrt zum Ausdruck kam, sowie seine Tätigkeit als Gemeindefeuerrent.

„Josef Ackerl war nie ein Lavierertyp, sondern immer ein Bekenner, leidenschaftlich, in Verhandlungen manchmal auch unerbittlich. Besonders als Sozialreferent hat er sich die Eigenschaft bewahrt, mit dem Herzen gut zu sehen. Und er nimmt nicht nur wahr, er will auch handeln“, so Pühringer

weiter. Nach dem Motto „leben und leben lassen“ konnten in Verhandlungen, auch dank der Gemeinsamkeiten in der Haltung gegenüber den Schwachen in der Gesellschaft, immer wieder gute Ergebnisse erzielt werden.

„Danke für die gute Zusammenarbeit und die persönliche Verbundenheit und für die Zukunft alles Gute, Gesundheit, Glück, Erfüllung und Gottes Segen!“ schloß Pühringer. ■

Große Feier zum 60. Geburtstag der Kärntner Skilegende

Franz Klammer, Österreichs Nationalheld, der Abfahrts-Olympiasieger von 1976, feierte seinen 60. Geburtstag und das ganze Land feierte mit. So fand am 7. Dezember in Bad Kleinkirchheim ein großes Fest zu Ehren des sympathischen Kärntner Ski-Idols statt. Unter den Gratulanten waren Landeshauptmann Peter Kaiser und Landesrat Wolfgang Waldner. Als Geschenke für den Ski-Star gab es einen Stern und eine Spende von 1000 Euro für die Franz Klammer Foundation.

„Der bodenständigste aller Kärntner wird außerirdisch“, sagte der Landeshauptmann als er dem Jubilar gemeinsam mit LR Waldner einen Stern als Symbol für sein Geschenk überreichte. Als Vorbild für die Jugend und als Sportidol sei Klammer bis heute ein „Star“, der weit über die Grenzen unseres schönen Bundeslandes hinaus leuchte. „Darum widmen wir dir diesen Stern mit dem Namen ‚Skikaiser Franz‘, der noch lange an dein Wirken erinnern soll“, so der Landeshauptmann.



Foto: PD / fritzpress

Bei der Geburtstagsfeier (v.l.) David Zwilling, Franz Klammer, Landeshauptmann Peter Kaiser, Annemarie Moser-Pröll und Leonhard Stock

Klammer, dessen Foundation in erster Linie in Not geratene Sportler unterstützt, dankte in seiner Rede vor allem seiner Familie: „Die hat mich immer gleich empfangen, egal

ob ich gewonnen habe oder ob es mich zerbröseln hat. Wahrscheinlich bin ich deshalb immer auf dem Boden geblieben.“ ■

<http://www.franzklammerfoundation.com>

Großes Ehrenzeichen des Landes NÖ für Herz-Kestranek

Landeshauptmann Erwin Pröll überreichte am 10. Dezember dem vielseitigen Künstler Miguel Herz-Kestranek das Große Ehrenzeichen für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich. „Du bist einer, der das Bundesland Niederösterreich ins Herz geschlossen hat“, so Pröll zu Herz-Kestranek. Er bedankte sich bei dem Künstler, daß dieser „am öffentlichen Leben teilnimmt“ und sich auch „kritisch damit auseinandersetzt“, beispielsweise mit seinem Statement beim Europa-Forum Wachau. „Das führt zu einer Aufwertung des Standortes Niederösterreich“, so der Landeshauptmann.

„Aus tiefer Überzeugung haben wir den Schritt gesetzt, Niederösterreich ein kulturelles Profil zu geben“, meinte der Landeshauptmann im Blick zurück. Als Beispiel für die Bereitschaft der KünstlerInnen, sich dahingehend einzubringen, nannte Pröll den Schauspieler Herz-Kestranek. „Aus jeder Auseinandersetzung mit Künstlern entsteht ein Impuls und damit Innovationskraft“, so der Landeshauptmann.

Herz-Kestranek bedankte sich für die Auszeichnung und versicherte: „Auch wenn



Foto: NÖ Landespressedienst/Pfeiffer

Landeshauptmann Erwin Pröll (r.) überreicht Miguel Herz-Kestranek das Große Ehrenzeichen für dessen Verdienste um das Bundesland Niederösterreich.

ich ein leidenschaftlicher Salzkammergutler bin, ich werde immer einen Riesenplatz für Niederösterreich im Herzen haben.“ Viele Dinge hätten ihn in diesem Land bewegt, und er habe das Land „schätzen und lieben

gelernt“, so Herz-Kestranek. Begeistert sei er vor allem von der „unglaublichen Vielfalt“ und dem „Geist, der in dem Land herrscht“.

<http://www.herz-kestranek.com>

Bregenz: Ehrenring an früheren Festspiel-Präsidenten

Am 2. Dezember erhielt der frühere Festspiel-Präsident Günter Rhomberg aus den Händen von Bürgermeister Markus Linhart den Ehrenring der Landeshauptstadt Bregenz. Diese Auszeichnung nach § 9 Abs. 2 des Gemeindegesetzes zählt zu den höchsten, die eine Vorarlberger Kommune vergeben kann.

Rhomberg (75) hatte 1981 das Amt des Festspiel-Präsidenten übernommen und dieses bis zur Übergabe an Hans-Peter Metzler im Frühjahr 2012 mehr als 30 Jahre lang inne. Gleich von Beginn an leistete er – wengleich nur ehrenamtlich tätig – eine immense Aufbauarbeit. Die BesucherInnenzahlen zum Beispiel wurden bereits in den ersten zehn bis 15 Jahren von 100.000 auf 200.000 Gäste pro Jahr verdoppelt. Dabei halfen auch die Betrauung von Franz Salzmann mit der kaufmännischen Leitung des Festivals 1981 sowie die Idealbesetzung der Intendanz mit Alfred Wopmann 1982.

Ab 1997 begannen dann die großen baulichen Veränderungen, mit denen die Raumnote seit Eröffnung des Festspielbaues 1980 und damit die infrastrukturellen Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Häusern egalisiert wurden. Die damalige Errichtung



Foto: Stadt Bregenz / Udo Mittelberger

Der frühere Festspiel-Präsident Günter Rhomberg (l.) erhielt aus den Händen von Bürgermeister Markus Linhart (r.) den Ehrenring der Stadt Bregenz.

einer eigenen „Werkstattbühne“ und in den Jahren 2005/2006 der Umbau samt Generalsanierung einschließlich der Neugestaltung des Vorplatzes haben das Haus zum modernsten Veranstaltungszentrum zwischen München und Zürich und zu einer mehrfach ausgezeichneten Top-Adresse gemacht. Das Ziel eines international renommierten „Fest-

spielbezirkes“ am Bodensee wäre ohne den früheren Festspiel-Präsidenten nicht in dieser exzellenten Qualität erreicht worden, betonte der Bürgermeister in seiner Laudatio. Die Verleihung des Ehrenringes sei für ihn daher ein gebührendes Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung.

<http://www.festspielhausbregenz.at>

Gehirnmodell aus der Organkultur

Das renommierte Fachmagazin »Science« führt die wissenschaftliche Arbeit von Madeline Lancaster und Jürgen Knoblich vom Institut für Molekulare Biotechnologie (IMBA) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften als einen der zehn wichtigsten wissenschaftlichen Durchbrüche des Jahres 2013 an.

Den Forschern am Institut für Molekulare Biotechnologie (IMBA) der österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) in Wien gelang es erstmals, frühe Stadien der menschlichen Gehirnentwicklung in einer Organkultur nachzubilden. Die Erkenntnisse der Forscher liefern wichtige Einblicke in die frühe Gehirnentwicklung beim Menschen und erlauben es erstmalig, Erbkrankheiten des Gehirns an einer menschlichen Organkultur zu untersuchen (vom 28 August 2013).

Erstmals gelang es Forschern in einer Organkultur frühe Stadien der menschlichen Gehirnentwicklung nachzubilden. Stammzellforscher Jürgen Knoblich, Gruppenleiter und stellvertretender Direktor am Institut für Molekulare Biotechnologie (IMBA) der österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und seinem Team ist es erstmals gelungen, aus Stammzellen die frühen Entwicklungsstadien eines menschlichen Gehirns nachzubilden.

Das menschliche Gehirn ist das komplexeste Organ, das die Natur hervorgebracht hat. Da sich die menschliche Gehirnentwicklung grundsätzlich von der in Tieren unterscheidet, ist es schwierig die Ausbildung dieses faszinierenden Organs in Tiermodellen zu untersuchen. Wiener Forschern ist es nun gelungen, die frühen Stadien der menschlichen Gehirnentwicklung in einem speziell entwickelten dreidimensionalen Organkultursystem nachzubilden. Für die Herstellung dieser sogenannten „mini brains“ verwendeten die Forscher embryonale Stammzellen und induzierte pluripotente Stammzellen (iPS Zellen), die aus Patientengewebe gewonnen wurden. Sie konnten zeigen, daß Stammzellen die unterschiedlichen Zelltypen des Gehirns ausbilden und daß diese Zellen sich in überraschend exakter und präziser Weise so organisieren, wie im embryonalen Gehirn. Durch ein spezielles Kulturverfahren gelang es, die frühen Entwicklungsstadien des Großhirns aber auch anderer Gehirnstrukturen, wie dem Hippokampus, nachzubilden.



Madeline Lancaster



Jürgen Knoblich

Fotos: IMBA

Da iPS Zellen auch aus Patienten mit Gendefekten erzeugt werden können, erlauben diese Arbeiten erstmals, menschliche Erbkrankheiten in einer Organkultur zu untersuchen. Die Forscher gewinnen damit wichtige Einblicke in die entscheidenden Prozesse der menschlichen Gehirnentwicklung und konnten untersuchen, wie Erbkrankheiten diese Prozesse stören.

Ungeahnte Möglichkeiten

Normalerweise werden wissenschaftliche Versuche zuerst in Zellkultur und anschließend in Tiermodellen, wie der Maus oder der Fliege, durchgeführt. Grundlegende Unterschiede in der Gehirnentwicklung machen es aber schwer, Erkenntnisse in diesem Bereich vom Tier auf den Menschen zu übertragen. Die Stammzellforschung eröffnet hierbei völlig neue und bisher ungeahnte Möglichkeiten. „Wie unsere Ergebnisse zeigen, haben menschliche Stammzellen bemerkenswerte Fähigkeiten sich selbst zu organisieren. Die Zellen bilden, wenn man sie sozusagen sich selbst überläßt, überraschend komplexe Strukturen aus, anhand derer man auch die Aktivität der Nervenzellen und die Kommunikation zwischen den Zellen studieren kann. So ist es anderen Forschern bereits gelungen darm-, oder netzhautähnliche Strukturen nachzubilden“, weiß Jürgen Knoblich, Letztautor der Studie. „Derartige Modelle haben sehr großes Potenzial für die Erforschung von Krankheiten und Entwicklung von Medikamenten.“

Bedeutung für die Erforschung von Gehirndefekten

Die Forscher haben nicht nur gehirnähnliche Organoiden gezüchtet, sondern diese auch bereits als Modelle für die Nachbildung von Gehirndefekten genutzt. Dabei stehen so genannte Mikrozephalien im Vordergrund – aufgrund eines Defekts in frühen Phasen der Gehirnentwicklung geht diese Erkrankung in der Regel mit geistigen Behinderungen aufgrund eines deutlich zu kleinen Gehirns einher. In ihren früheren Arbeiten konnten die IMBA Wissenschaftler bereits zeigen, daß es in diesen jungen Stadien der Gehirnentwicklung auf die Richtung ankommt, in der sich die Zellen teilen. Denn der ungehinderte Nachschub von Neuronen aus dem Stammzell-Reservoir und ihre korrekte Positionierung am Bestimmungsort in der Hirnrinde sind wesentliche Voraussetzungen für die Gehirnentwicklung. Mikrozephalien

konnten zwar bereits im Mausmodell erforscht werden, jedoch führen dieselben Gendefekte in diesem Fall nicht zu denselben Krankheitsbildern wie im Menschen. „Mit Hilfe unseres neu entwickelten Systems konnten wir Mikrozephalien aus menschlichen Stammzellen erfolgreich in der Kultur nachstellen. In Zukunft möchten wir auch andere Krankheiten, die mit entwicklungsbiologischen Störungen des Gehirns in Zusammenhang stehen könnten – etwa Autismus oder Schizophrenie – in der Kultur nachbauen und erforschen“, faßt Jürgen Knoblich das Potential seiner Ergebnisse zusammen.

Innovative Kultursysteme

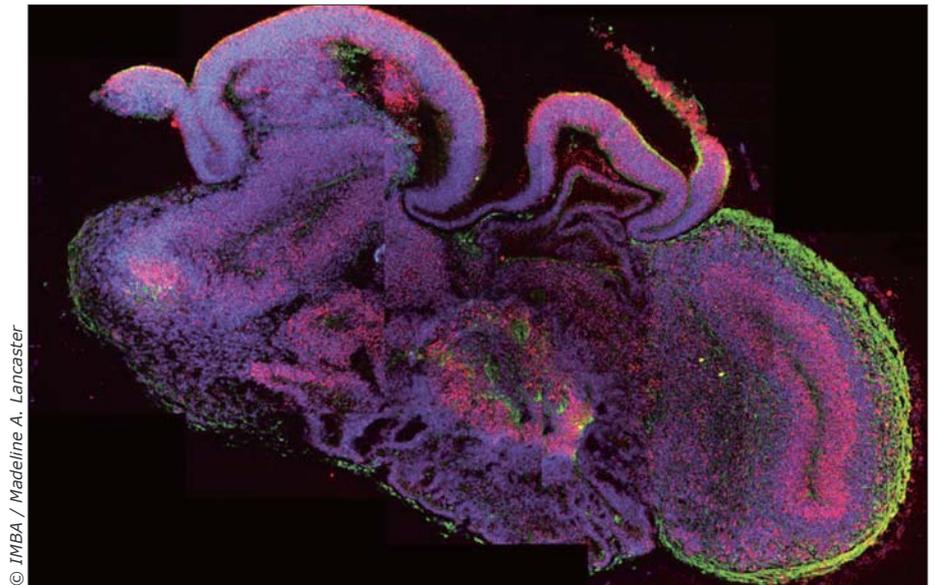
Das neue 3D-Kultursystem hat eine große Bedeutung für die Zukunft der Stammzellforschung: Zum einen wird dadurch die Zahl der Tierversuche verringert, und zum anderen ist es nun möglich, die Ergebnisse dieser Versuche besser auf den Menschen zu übertragen. „Der entscheidende Vorteil des neuen Systems sind optimierte Kulturbedingungen, welche die Übereinstimmung zwischen Kultur und tatsächlicher Gehirnentwicklung entscheidend verbessert haben“, erläutert Madeline Lancaster, Erstautorin der Studie und Post-Doc bei Jürgen Knoblich. „Nach acht bis zehn Tagen entsteht in der Kultur neuronales Gewebe, nach 20 bis 30 Tagen haben sich die Zellen zu unterschiedlichen Hirnregionen weiterentwickelt. Im Durchschnitt können die Gehirn-Organoids die Entstehung von Gehirnstrukturen bis in die neunte Schwangerschaftswoche imitieren“, erklärt Madeline Lancaster. Da in späteren Phasen die Sauerstoffversorgung durch die Blutbahn erfolgt, wurde zu diesem Zeitpunkt das Limit der Modelle erreicht. Blutgefäße konnten in den Modellen noch nicht nachgebildet werden.

Relevanz für die Pharmaindustrie

Die Nachbildung menschlicher Gehirnstrukturen in Kultursystemen könnte in Zukunft auch in der pharmazeutischen und chemischen Industrie von Bedeutung sein. So ermöglichen die Kulturen etwa die Testung von Medikamenten gegen Gehirndefekte und andere neurologische Erkrankungen und erlauben, die Auswirkungen von Chemikalien auf frühe Stadien der Gehirnentwicklung zu untersuchen.

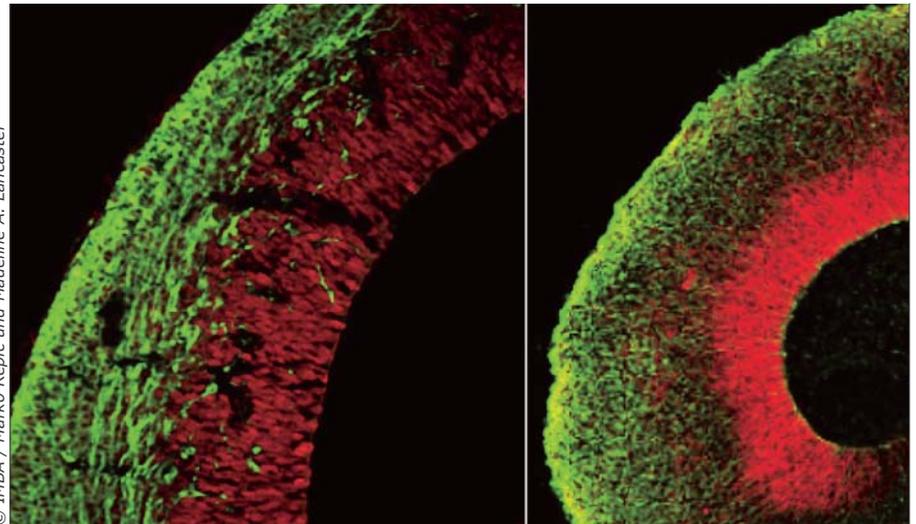
<http://de.imba.oeaw.ac.at>

Originalpublikation in Nature: „Cerebral organoids model human brain development and microcephaly“ DOI: 10.1038/nature12517



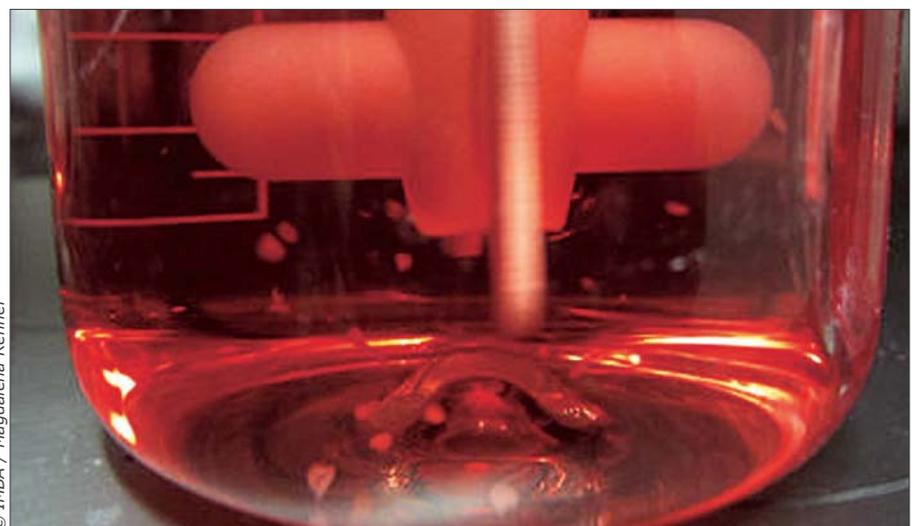
© IMBA / Madeline A. Lancaster

Querschnitt eines vollständigen cerebralen Organoids mit verschiedenen Gehirnregionen. Zellen sind in blau, neuronale Stammzellen in rot und Neuronen in grün dargestellt.



© IMBA / Marko Repic und Madeline A. Lancaster

Vergleichende Darstellung eines cerebralen Organoids (rechts) mit dem sich entwickelnden Gehirn einer Maus (links). Beide Bilder zeigen neuronale Stammzellen in rot und Neuronen in grün.



© IMBA / Magdalena Renner

Bioreaktor-System: Nahaufnahme des schwimmenden Organoids im Nährmedium

Eiskalte Methoden entschlüsseln bakterielle Infektionssysteme

Bakterien verfügen über einen effizienten Infektionsapparat. Sie bauen bei einer Attacke eine große Zahl nadelartiger Fortsätze auf, über die sie ihre Wirtszellen infizieren.

Auf Grundlage des Wissens um den exakten Bauplan dieser Strukturen haben Wiener Forscher nun erstmals sichtbar gemacht, wie die Giftstoffe in die Zellen eingeschleust werden. Ihre Erkenntnisse können helfen, neue Medikamente gegen bakterielle Infektionen zu entwickeln.

Beim Befall von Körperzellen injizieren Bakterien, wie etwa Salmonellen oder Yersinien (Pesterreger), spezifische Signalstoffe durch hohlnadelartige Strukturen in die Wirtszellen. Diese Stoffe programmieren die Zellen um und können so deren Abwehr überwinden. Danach haben die Krankheitserreger leichtes Spiel. Sie können ungehindert in großer Zahl in die Zellen eindringen und Krankheiten wie Typhus, Pest oder Cholera auslösen. Bis dato war jedoch ungeklärt, wie die Signalstoffe den Infektionsapparat passieren, ehe sie die Abwehr der Körperzellen überwinden und so das Eindringen der Bakterien ermöglichen.

In seinen früheren Arbeiten konnte Thomas Marlovits, Professor für Struktur- und Systembiologie und Gruppenleiter am Wiener Institut für Molekulare Biotechnologie (IMBA) der österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und am Institut für Molekulare Pathologie (IMP), die Struktur dieses Infektionsapparats, des sogenannten Typ-3 Sekretionssystems (T3SS), mithilfe der Kryo-Elektronenmikroskopie im nahezu atomaren Bereich auflösen. Jetzt ist es den Forschern erstmals gelungen, den gesamten Transportweg der Giftstoffe durch den Infektionskanal in Salmonellen sichtbar zu machen.

Eiskalte Technologien

Für seine Forschungsarbeit verwenden Thomas Marlovits und sein Team ein hochauflösendes Kryo-Elektronenmikroskop mit einer eigens entwickelten, bildgebenden Software. mit Hilfe des in Österreich einzigartigen Mikroskops zur Strukturanalyse biologischer Proben werden isolierte Infektionsapparate schockgefroren und aus verschiedenen Winkeln fotografiert. Dies ermöglicht eine dreidimensionale Rekonstruktion



Foto: Kulcsar/Marlovits (IMP/IMBA)

Es entsteht eine dreidimensionale Rekonstruktion aus mehreren tausend Einzelbildern, um so Form und Aussehen des isolierten Infektionsapparates bis ins kleinste Detail darzustellen.

tion aus mehreren tausend Einzelbildern, um so Form und Aussehen des isolierten Infektionsapparates bis ins kleinste Detail darzustellen.

Die Erkenntnisse daraus kombinieren der Forscher und sein Team mit der so genannten Kryo-Elektronentomographie. Dabei handelt es sich um ein bildgebendes Verfahren zur dreidimensionalen Darstellung feinsten Strukturen durch blitzartiges Einfrieren der Proben. „Die Methode funktioniert ähnlich wie die Computertomographie

bei Menschen und gibt den Wissenschaftern die Möglichkeit, intakte Zellstrukturen auf molekularer Ebene zu untersuchen. So kann der Transport der Signalstoffe durch den Kanal quasi in Echtzeit beobachtet werden“, erklärt Thomas Marlovits, Hauptautor der Studie, die hochinnovative Technologie.

Eingebauter Kontrollpunkt

Die Signalstoffe zur Überlistung des Abwehrsystems sind bakterielle Proteine, die ähnlich wie Papierkugeln zusammengeknäu-

elt sind. Die Wissenschaftler im Team von Thomas Marlovits haben mit Hilfe der fortgeschrittenen Technologien herausgefunden, daß die Signalstoffe vollkommen entfaltet werden müssen, um den engen Sekretionskanal zu passieren. „Durch die dreidimensionale Darstellung können wir auch zeigen, daß der Kanal gleich zu Beginn des Nadelfortsatzes besonders eng ist, ein noch gefaltetes Protein würde niemals hindurch passen. Unsere weiteren Ergebnisse weisen darauf hin, daß diese Stelle als Kontrollpunkt für den strukturellen Wandel von einem in der Zelle gefalteten Protein zu einem völlig entfalteten Transportprotein dient“, schildert Thomas Marlovits seine Entdeckung.

Trojanische Pferde zur Entwicklung neuer Antibiotika

Als etwas Nützliches getarnt, verleitet das trojanische Pferd die Angegriffenen dazu, die Gegner in den geschützten Bereich zu bringen, wo die Opfer ungehindert überwältigt werden können. Diese List könnte in Zukunft auch zur Entwicklung neuer Therapien gegen bakterielle Infektionen angewendet werden. „In der Infektionsbiologie könnten unsere Erkenntnisse etwa zur Entwicklung einer neuen Generation von Antibiotika beitragen. Die Funktionsfähigkeit des Sekretionsystems könnte gezielt beeinträchtigt werden, indem beispielsweise ein neuartiges Transportprotein in den Nadelkomplex eingeschleust wird, das dann entweder den Nadelkanal verstopft oder verhindert, daß die Signalstoffe richtig entfaltet werden und den Kanal passieren können“, erklärt Thomas Marlovits zukünftige Anwendungsgebiete seiner Forschungsarbeit.

Originalpublikation in Nature Structural & Molecular Biology: „Structure of a type-3 secretion system in action“

Thomas Marlovits

Der Biochemiker und Biophysiker Thomas Marlovits stammt aus Rechnitz im Burgenland. Als Professor für Struktur und Systembiologie am Universitätsklinikum Eppendorf Hamburg arbeitet er in einer Kooperation mit dem Deutschen Elektronen Synchrotron (DESY) und dem IMP und IMBA, wo er seit 2005 als gemeinsamer Forschungsgruppenleiter tätig war. Zuvor forschte er sieben Jahre lang an der Universität Yale (USA) und dem Max Planck Institut für Biophysik (Deutschland). Marlovits beschäftigt sich mit der Struktur und Funktion molekularer Maschinen und be-

gann bereits in Yale mit Untersuchungen am Infektionsapparat von Salmonellen.

IMBA

Das IMBA – Institut für Molekulare Biotechnologie ist ein international anerkanntes Forschungsinstitut mit dem Ziel, molekulare Prozesse in Zellen und Organismen zu erforschen und Ursachen für die Entstehung humaner Erkrankungen aufzuklären. Unabhängige wissenschaftliche Arbeitsgruppen arbeiten an biologischen Fragestellungen aus den Bereichen Zellteilung, Zellbewegung, RNA-Interferenz und Epigenetik, ebenso wie an unmittelbaren medizinischen Fragestellungen aus den Gebieten Onkologie,

Stammzellforschung und Immunologie. Das IMBA ist eine 100-Prozent-Tochtergesellschaft der ÖAW.

<http://www.imba.oeaw.ac.at>

ÖAW

Die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) ist die führende Trägerin außeruniversitärer akademischer Forschung in Österreich. Die 28 Forschungseinrichtungen betreiben anwendungsorientierte Grundlagenforschung in gesellschaftlich relevanten Gebieten der Natur-, Lebens- und Technikwissenschaften sowie der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften. ■

<http://www.oeaw.ac.at>

Jedes Teilchen zählt

Forscher der Uni Graz kontrolliert erstmals Reaktion eines einzelnen Moleküls mit nur einem Atom

In chemischen Prozessen in der Natur zerfallen Moleküle, binden sich erneut oder verändern ihre geometrische Struktur, was man sich auch in technischen Anwendungen zunutze macht. Man weiß seit langem, daß die direkte Umgebung jedes einzelnen Moleküls solche Prozesse beeinflussen kann. Auf der Ebene einzelner Atome konnte diese Einwirkung bisher allerdings weder nachgewiesen noch gesteuert werden. Eine Gruppe von Forschern rund um Univ.-Prof. Leonhard Grill vom Institut für Chemie der Karl-Franzens-Universität Graz und dem Fritz-Haber-Institut in Berlin hat nun erstmals gezeigt, wie sich der Protonentransport innerhalb eines Moleküls durch ein einziges Atom beeinflussen läßt. In Zukunft könnte man diesen Effekt zur Steuerung extrem kleiner Schaltkreise in der Nanotechnologie nutzen, in denen jedes einzelne Molekül einen eigenen Schalter darstellt. Die Forschungsergebnisse werden in der Jänner-Ausgabe des international renommierten Fachmagazins „Nature Chemistry“ veröffentlicht.

Für ihre Versuche entnahmen die Experten mit der Spitze eines Rastertunnelmikroskops einer Kupferoberfläche ein einzelnes Atom und bewegten es ganz exakt an eine bestimmte Stelle. „Wir konnten dabei erstmals beobachten, wie das Atom die benachbarten Moleküle beeinflusst“, erklärt Grill. „Ersichtlich wurde dies an der veränderten Frequenz des Protonentransfers – also wie häufig sich ein Proton innerhalb des Moleküls bewegt.“ Dieser Prozeß änderte sich mit

der Position des Atoms und dem Abstand zum nächsten Molekül, wodurch sich die Rate entweder erhöhen oder verringern läßt. Der erstaunliche Einfluß sogar einzelner Atome ließ sich auch auf Anordnungen aus mehreren Molekülen erweitern.

Grill ist überzeugt, daß diese Ergebnisse einen großen Fortschritt in diesem Gebiet der Grundlagenforschung darstellen: „Die Resultate geben einen wichtigen Einblick in fundamentale chemische Prozesse. Sie zeigen nicht nur, wie wichtig die atomare Umgebung jedes einzelnen Moleküls ist, sondern daß sich die Funktion einzelner Moleküle sogar mit einzelnen Atomen steuern lassen kann.“ Diese neuesten Erkenntnisse könnten in Zukunft beispielsweise in der molekularen Elektronik genutzt werden. „Die Steuerung einzelner funktionaler Moleküle könnte in der Molekularen Nanotechnologie von Interesse sein. Ihr Vorteil ist, ihre Schaltkreise sind nicht nur extrem klein, sondern auch billig, extrem schnell und brauchen sehr wenig Energie“, nennt der Wissenschaftler eine Anwendungsmöglichkeit.

Leonhard Grill ist seit August dieses Jahres Professor für Physikalische Chemie an der Karl-Franzens-Universität Graz. Zuvor war er am Fritz-Haber-Institut in Berlin tätig, wo er die aktuellen Forschungen großteils realisiert hat. In dem Projekt arbeitet er auch mit Wissenschaftlern der Universität Liverpool sowie der polnischen Akademie der Wissenschaften zusammen. ■

<http://www.uni-graz.at>

Krebszellen den Garaus gemacht

Eine besonders aggressive Form der Leukämie ist die Akute Lymphatische Leukämie (ALL). Besonders häufig tritt diese Krebsart bei Kindern auf und ist zudem schwer zu behandeln.

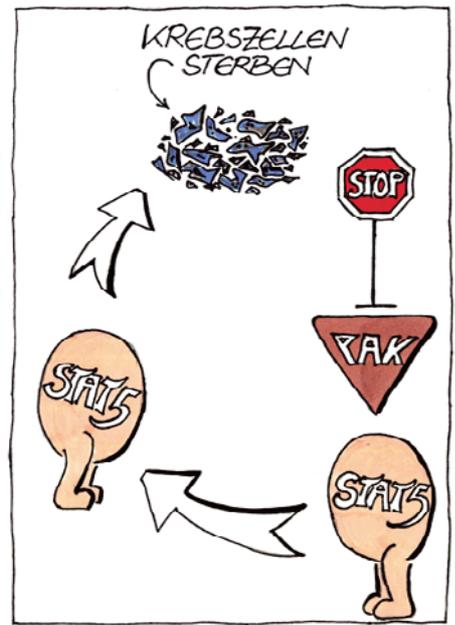
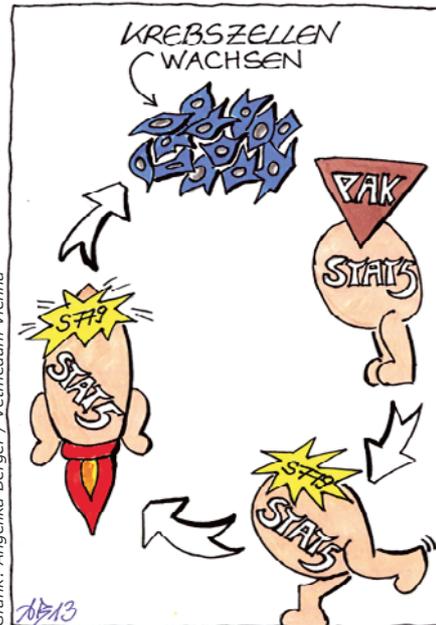
Forschende der Vetmeduni Vienna haben nun völlig neue Angriffspunkte für die Behandlung von Blutkrebskrankungen entdeckt: An dem bereits gut erforschten Krebsprotein STAT5 fanden die WissenschaftlerInnen neue Möglichkeiten für die Entwicklung wirksamer Medikamente. Das Forschungsteam publizierte seine wissenschaftliche Arbeit, die auch für andere Krebsarten relevant werden könnte, im „Journal Leukemia“.

Proteine kommunizieren in der Krebszelle wie Staffelläufer im Wettbewerb. Mehrere Läufer reichen sich nacheinander einen Stab weiter, die sogenannten „Signale“. So wird Information in der Zelle von Protein zu Protein weitergereicht. Das Resultat dieses Staffellaufs ist die Produktion von eigenmächtigen Faktoren, mit denen die Krebszelle ihr Überleben sichert. Es gilt, für die Entwicklung neuer Therapien diese Informationskaskaden zu unterbinden, um somit der Krebszelle den Garaus zu machen.

Ein solcher für die Krebszelle essentieller Staffelläufer ist das Protein STAT5. Es ist bekannt, daß STAT5 bei vielen Krebserkrankungen überreagiert, die Signale unkontrolliert weiterleitet und somit schlussendlich für die überschießende Zellteilung von Krebszellen verantwortlich ist. Am Modell leukämiekranker Mäuse konnte bereits früher gezeigt werden, daß das Ausschalten von STAT5 die kranken Mäuse rasch wieder gesunden läßt. Daran läßt sich bereits die große Bedeutung dieses Proteins für die Krebszellen erkennen. Aber wie legt man diese Information nun auf den Menschen um?

STAT5 einbremsen

Das Forschungsteam um Veronika Sexl vom Institut für Pharmakologie und Toxikologie der Vetmeduni Vienna hat das Krebsprotein STAT5 nun genauer untersucht. Am Beispiel der Leukämieerkrankung suchte das Team nach therapeutisch verwertbaren Angriffspunkten am Protein und konnte tatsächlich solche identifizieren. Das Abschalten zweier bestimmter Signale von STAT5 hatte zur Folge, daß Mäuse bedeutend später



Grafik: Angelika Berger / Vetmeduni Vienna

Im linken Bild ist STAT5 aktiv und Krebszellen können wachsen. Rechts ist PAK gehemmt, STAT5 ist deshalb nicht mehr aktiv und die Krebszellen sterben ab.

an Leukämie erkrankten als Artgenossen, deren Leukämiezellen nur das unveränderte STAT5 zur Verfügung stand. Einer dieser zwei therapeutisch relevanten Stellen kommt eine besondere Bedeutung zu: „Durch die Mutation der Stelle Serin779 ist es STAT5 nicht mehr möglich, seine Rolle als Staffelläufer zu erfüllen und in den Zellkern zu wandern. Somit ist die Wirkung von STAT5 unterbunden“, so Hölbl-Kovacic, eine der ErstautorInnen der Publikation.

Staffellauf an mehreren Punkten unterbrechen

In einem groß angelegten Screening identifizierte die Co-Erstautorin Angelika Berger jenen Staffelläufer, der Serin779 übergeordnet ist. Das sogenannte PAK (p21 aktivierte Kinase). Das bedeutet, daß PAK die Kontrolle über STAT5 hat und es aktiviert. Durch die Hemmung von PAK, wird folglich STAT5 deaktiviert und der Staffellauf unterbrochen. Die KrebsforscherInnen fanden zudem heraus, daß PAK auch dann noch aktiv ist, wenn die Krebszellen bereits mit dem derzeit üblichen Therapeutikum Imatinib

behandelt wurden. Das bedeutet, daß ein potentes neues Medikament, das PAK angreift, auch gut in Kombination mit Imatinib verwendet werden könnte. Eine solche Strategie wäre in den Fällen von Bedeutung, in denen Krebszellen nicht mehr auf Imatinib reagieren, sozusagen „therapie-resistent“ sind. PAK Kinasen stellen somit einen neuen therapeutischen Angriffspunkt dar, der unabhängig von bisherigen Behandlungsmethoden ist.

STAT5 spielt bei vielen Krebserkrankungen eine Rolle

Angelika Berger erklärt: „Den PAK Kinasen hat man in der Krebstherapie bisher relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Sie könnten aber für ein breites Anwendungsgebiet von Nutzen sein. Alle Krebserkrankungen, bei denen STAT5 eine Rolle spielt, könnten über dieses System auf neue Art eingebremst werden. Das sind beispielsweise die Leukämien aber auch eine Reihe anderer Erkrankungen wie Brustkrebs oder Prostatakrebs.“

<http://www.vetmeduni.ac.at>

Kochrezept für ein Universum

Erhitzen und ein bißchen rühren: Ein expandierendes Universum kann auf erstaunlich einfache Weise entstehen, sagen Berechnungen an der TU Wien.

Wenn man Suppe erhitzt, beginnt sie zu kochen. Wenn man Raum und Zeit erhitzt, kann ein expandierendes Universum entstehen – ganz ohne Urknall. Diesen Phasenübergang zwischen einem langweiligen leeren Raum und einem expandierenden Universum, das Masse enthält, konnte ein Forschungsteam der TU Wien gemeinsam mit Kollegen aus Harvard, dem MIT und Edinburgh nun berechnen. Dahinter liegt ein bemerkenswerter Zusammenhang zwischen Quantenfeldtheorie und Einsteins Relativitätstheorie.

Kochen mit Raum und Zeit

Aus dem Alltag kennen wir Phasenübergänge nur von Stoffen, die zwischen festem, flüssigem und gasförmigem Zustand wechseln. Allerdings können auch Raum und Zeit selbst solche Übergänge durchmachen, wie die Physiker Steven Hawking und Don Page schon 1983 zeigten. Sie berechneten, daß aus leerem Raum bei einer bestimmten Temperatur plötzlich ein Schwarzes Loch werden kann. Läßt sich bei einem ähnlichen Prozeß aber auch ein ganzes Universum erzeugen, das sich kontinuierlich ausdehnt, so wie unseres? Diese Frage stellte sich Daniel Grumiller vom Institut für Theoretische Physik der TU Wien gemeinsam mit Kollegen aus Harvard, dem Massachusetts Institute of Technology (MIT) und der Universität Edinburgh. Das Ergebnis: Tatsächlich scheint es eine kritische Temperatur zu geben, bei der aus einem völlig leeren, flachen Raum ein expandierendes Universum mit Masse wird. „Die leere Raumzeit beginnt gewissermaßen zu kochen, es bilden sich Blasen, eine von ihnen expandiert und nimmt schließlich die gesamte Raumzeit ein“, erklärt Grumiller.

Das Universum muß dabei rotieren – das Kochrezept für ein expandierendes Universum lautet also: Erhitzen und umrühren. Diese Rotation kann allerdings beliebig gering sein. Bei den Berechnungen wurden vorerst nur zwei Raumdimensionen berücksichtigt. „Es gibt aber nichts, was dagegen spricht, daß es in drei Raumdimensionen genauso ist“, meint Grumiller.

Unser eigenes Universum ist allerdings wohl nicht auf diese Weise entstanden: Das Phasenübergangs-Modell ist nicht als Kon-



Kochrezept für ein Universum: Erhitzen und umrühren.

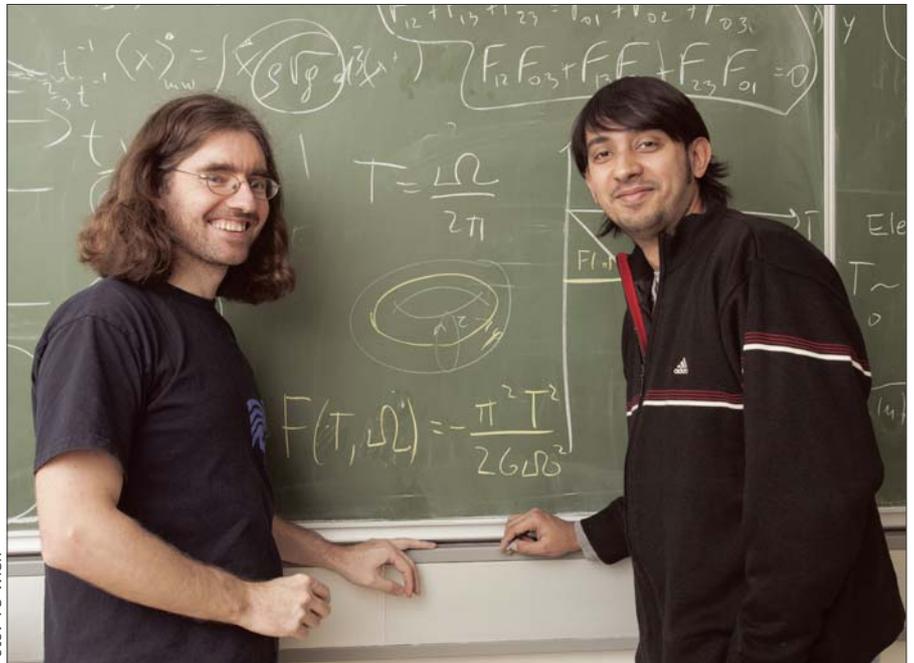


Foto: TU Wien

Der indische Physiker Arjun Bagchi (r.) besucht derzeit die TU Wien und hat kürzlich ein Lise-Meitner Fellowship vom FWF erhalten, um in Zusammenarbeit mit Daniel Grumiller die neuen holographischen Zusammenhänge in flachen Raumzeiten zu erforschen.

kurrenz zur Urknalltheorie gedacht. „In der Kosmologie weiß man heute sehr viel über das frühe Universum – das zweifeln wir nicht an. Aber für uns ist die Frage entschei-

dend, welche Phasenübergänge in Raum und Zeit möglich sind und wie die mathematische Struktur der Raumzeit beschrieben werden kann“, sagt Grumiller.

Auf der Suche nach der Struktur des Universums

Die Theorie ist die logische Fortsetzung der sogenannten „AdS-CFT-Korrespondenz“, einer 1997 aufgestellten Vermutung, die seither die Forschung an den fundamentalen Fragen der Physik stark beeinflusst hat: Sie beschreibt einen merkwürdigen Zusammenhang zwischen Gravitationstheorien und Quantenfeldtheorien – zwei Bereiche, die auf den ersten Blick gar nichts miteinander zu tun haben müßten. In bestimmten Grenzfällen, so sagt die AdS-CFT-Korrespondenz, lassen sich Aussagen der Quantenfeldtheorie in Aussagen von Gravitationstheorien überführen und umgekehrt. Das klingt zunächst ähnlich merkwürdig, als würde man das Herunterfallen eines Steins studieren, indem man die Temperatur heißer Atome in einem Gas berechnet. Zwei ganz unterschiedliche physikalische Gebiete werden in Verbindung gebracht – aber es funktioniert.

Die Quantenfeldtheorie kommt dabei immer mit einer Dimension weniger aus als die dazugehörige Gravitationstheorie – das bezeichnet man als „holographisches Prinzip“. Ähnlich wie ein zweidimensionales Hologramm ein dreidimensionales Objekt darstellen kann, kann eine Quantenfeldtheorie mit zwei Raumdimensionen eine physikalische Situation in drei Raumdimensionen beschreiben.

Korrespondenz auch für flache Raumzeit

Die Gravitationstheorien müssen dafür allerdings in einer Raumzeit mit einer exotischen Geometrie definiert werden – in sogenannten „Anti-de-Sitter-Räumen“, deren Geometrie von der flachen Geometrie unserer Alltagserfahrung deutlich abweicht. Es wurde schon seit langem vermutet, daß es eine ähnliche Version dieses „holographischen Zusammenhangs“ auch für flache Raumzeiten geben könnte, aber es mangelte bisher an konkreten Modellen, die diesen Zusammenhang belegten.

Letztes Jahr wurde von Daniel Grumiller und Kollegen erstmals so ein Modell aufgestellt (der Einfachheit halber in bloß zwei Raumdimensionen). Das führte schließlich zur aktuellen Fragestellung: Daß es in den Quantenfeldtheorien einen Phasenübergang gibt, wußte man. Doch das bedeutete, dass es aus Konsistenzgründen auch auf der Gravitations-Seite einen Phasenübergang geben muß.

„Das war zunächst ein Rätsel für uns“, sagt Daniel Grumiller. „Das würde einen

Phasenübergang zwischen einer leeren Raumzeit und einem expandierenden Universum bedeuten, und das erschien uns zunächst äußerst unwahrscheinlich.“ Die Rechenergebnisse zeigten dann aber, daß genau diesen Übergang tatsächlich gibt. „Wir be-

ginnen erst, diese Zusammenhänge zu verstehen“, meint Daniel Grumiller. Welche Erkenntnisse über unser eigenes Universum wir dadurch ableiten können, ist heute noch gar nicht absehbar. ■

<http://www.tuwien.ac.at>

Reifenwechsel bei voller Fahrt

JKU-Informatiker revolutioniert Serverwartung

Wer kennt es nicht: Die Computersysteme müssen gewartet werden, die Arbeit ruht – meist ausgerechnet, wenn man mitten im Stress ist. Aber für Updates war es bislang nötig, die Systeme abzuschalten und neu zu starten. Dies war ein großes Problem für komplexe Serversysteme, das zu lösen eines der wichtigsten Ziele großer Softwarefirmen war. Gelungen ist es Thomas Würthinger in seiner JKU-Dissertation „Dynamic Code Evolution for Java“.

„Oracle“ ist einer der größten Softwareentwickler weltweit mit über 115.000 MitarbeiterInnen und 37 Milliarden Dollar Jahresumsatz. In Österreich betreibt das Unternehmen allerdings nur ein einziges Forschungslabor, und das an der JKU. „Die JKU-Informatik hat bei Oracle einen so guten Ruf, daß das Oracle-Labor an der JKU sogar das größte Europas ist“, zeigt sich Prof. Hanspeter Mössenböck (Leiter des Instituts für Systemsoftware) stolz auf den Erfolg. Die Kooperation läuft bereits seit zwölf Jahren, die neue Technik, um die Struktur von Programmen zu ändern, während sie weiterlaufen, ist ein Highlight dieser Zusammenarbeit.

Reifenwechsel während der Fahrt

„Ein Programm zu ändern, das gerade läuft, ist ein sehr komplizierter Vorgang“, erklärt Prof. Mössenböck. „Es ist, als würde man bei voller Fahrt die Reifen eines Autos wechseln.“ Dennoch ist es enorm wichtig: Das Starten großer Anwendungen ist zeitaufwendig, die Programme können beim Runterfahren Daten verlieren. „Vor allem aber laufen viele Serversysteme rund um die Uhr. Man muß nur an Online-Shops denken – hier bedeutet eine längere Systemwartung einen massiven wirtschaftlichen Verlust“, so Würthinger. Kein Wunder also, daß die Lösung des Problems unter den Top 4 der Prioritätsliste der Java-Programmierer stand. In seiner

Dissertation erfüllte Würthinger den Wunsch unzähliger Java-Programmierer weltweit. Er schuf einen DCE-Algorithmus, der quasi ein „Nebenuniversum“ erstellt, das parallel zum laufenden Programm existiert. Dann wird das Originalprogramm sequentiell angepaßt. „Das war die eigentliche Schwierigkeit. Programme haben einen bestimmten Ist-Zustand – verändert man den, droht ein Systemcrash“, beschreibt Würthinger den Knackpunkt des Vorgangs. In seiner Arbeit konnte er auch dieses Problem lösen.

Zahlreiche Würdigungen

Kein Wunder also, daß er am 3. Dezember den „Heinz Zemanek Preis der Österreichischen Computergesellschaft“ verliehen bekam. Dabei handelt es sich um den größten Dissertationspreis des Landes, der alle zwei Jahre für die beste Informatik-Dissertation verliehen wird. Nicht die erste Auszeichnung für Würthinger: Der zweitjüngste Doktor der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der JKU wurde bereits mit dem Preis des Vereins Deutscher Ingenieure und mehreren Würdigungspreisen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung ausgezeichnet.

Oracle hat dem heute 27jährigen bereits die Leitung seines österreichischen Forschungslabors übertragen. Dazu steht Würthinger in regem Austausch mit der Konzernzentrale im Silicon Valley (USA). In der Heimat wird natürlich auch in Würthingers Abwesenheit fleißig weiter geforscht. Die überwiegende Mehrheit der LabormitarbeiterInnen sind Informatiker, die an der JKU ausgebildet wurden. „Das beweist nicht nur die hohe Qualität einer Informatik-Ausbildung an der JKU, sondern bestätigt auch unsere sehr praxisbezogenen Lehrgänge“, freut sich Prof. Mössenböck über den Erfolg der JKU-Informatiker. ■

<http://www.jku.at>

Die Vermessung von Molekülen

Uni-Graz-Physiker sind dem Geheimnis von Elektronenzuständen auf der Spur.

Seit dem Nobelpreisträger Erwin Schrödinger träumen PhysikerInnen und ChemikerInnen davon, quantenmechanische Orbitale von Elektronen in Atomen, Molekülen und Festkörpern zu messen. In der Quantentheorie bestimmen diese Orbitale die Eigenschaften aller Materie. Den Arbeitsgruppen von Ass.-Prof. Peter Puschnig und Ao.Univ.-Prof. Michael Ramsey am Institut für Physik an der Karl-Franzens-Universität Graz ist es gelungen, Elektronenorbitale von Molekülen sichtbar zu machen. Dabei wurden sie von KollegInnen des deutschen „Forschungszentrums Jülich“ unterstützt.

Die Ergebnisse dieser exzellenten Grundlagenforschung aus dem universitären Forschungsschwerpunkt „Modelle und Simulation“ wurden nun in der aktuellen Ausgabe des renommierten Fach-Journals „Proceedings of the National Academy of Sciences (PNAS)“ publiziert.

In der Physik werden Elektronen nicht nur als Teilchen, sondern auch als Wellen beschrieben. In der Quantentheorie wird die Wellennatur mathematisch durch die räumliche Wellenfunktion, das Orbital, erfaßt. „Orbitale beinhalten Informationen über die räumliche Verteilung der Elektronen bei einer bestimmten Energie. Sind sie bekannt, lassen sich alle relevanten Eigenschaften des Systems ableiten“, erklärt Puschnig. „Die Wellenfunktion selbst ist jedoch keine direkt beobachtbare Größe, die sich im Experiment bestimmen läßt.“ Deshalb waren die ForscherInnen überrascht, als sie kürzlich mit Hilfe eines experimentellen Aufbaus und eines mathematischen Tricks die vollständige Wellenfunktion inklusive deren Phasenbeziehung für eine Reihe von organischen Molekülen bestimmen konnten.

Vermessung von Orbitalen

Für ihre Untersuchungen verwendeten sie einen einfachen und unkonventionellen Zugang: In ihrem Versuchsaufbau bedienten sie sich des Photoeffekts und schossen mit Hilfe von ultraviolettem Licht die Elektronen förmlich aus den Molekülen heraus. Die anschließende Vermessung der Energie- und Winkelverteilung der Elektronen gab Aufschluß über deren Bindungsenergie und räumliche Verteilung im Molekül. Bei dieser Meßmethode geht allerdings eine wichtige

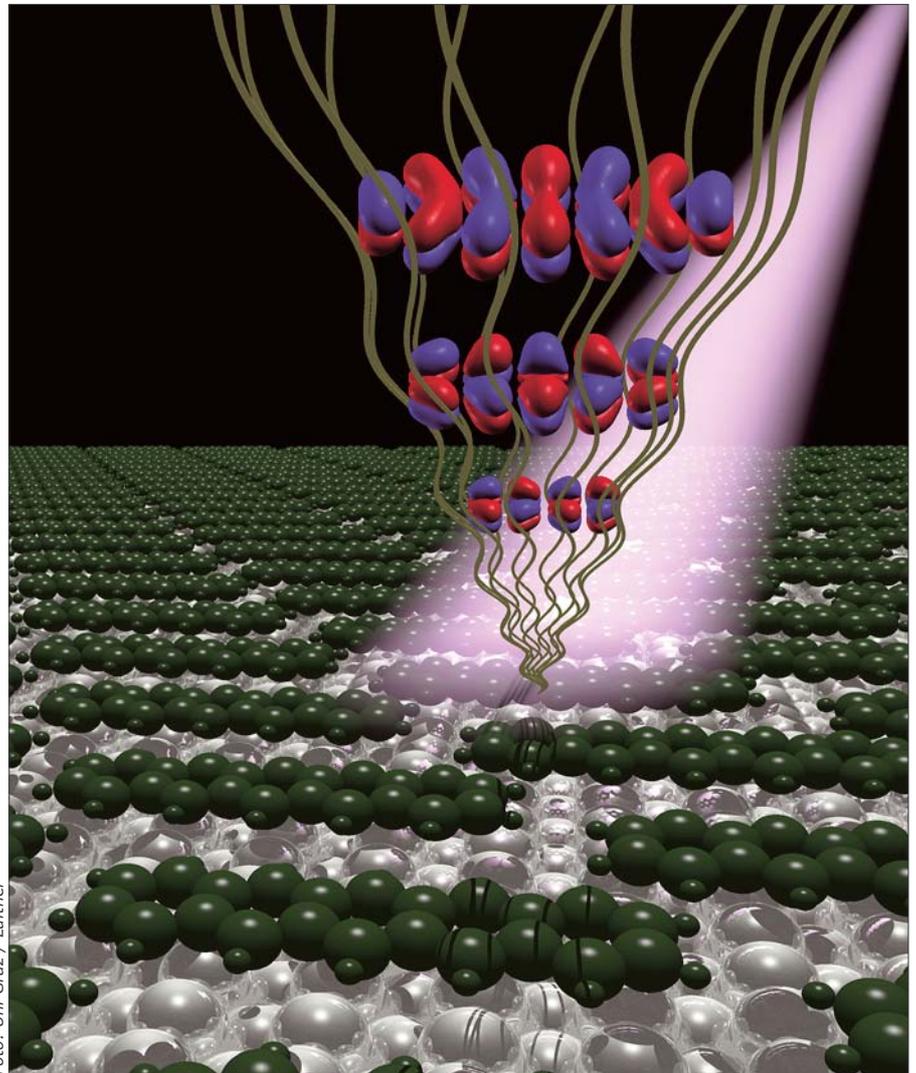


Foto: Uni Graz / Lüftner

Ultraviolette Photonen schießen Elektronen aus einer Molekülschicht (grün) heraus, die auf einer Silberoberfläche adsorbiert ist. Die Messung der Energie- und Winkelverteilung der emittierten Elektronen liefert nach Anwendung eines iterativen mathematischen Verfahrens, die Elektronenorbitale des Moleküls (rot / blau).

Information, die Phasenbeziehung, verloren.

Bei der Rekonstruktion dieser fehlenden Information kommt den PhysikerInnen etwas zugute, das mit den mathematischen Eigenschaften der „Fourier-Transformation“ zu tun hat: „Wenn man die räumliche Ausdehnung der Wellenfunktion kennt, die durch die Größe des Moleküls vorgegeben ist, so kann die fehlende Phase durch ein mathematisches Verfahren schrittweise rekonstruiert werden“, klärt der Doktorand Daniel Lüftner auf. Daß dieses Verfahren funktioniert, konnte am Beispiel von fünf Molekülorbitalen gezeigt werden. Diese rekonstruierten Orbitale werfen nicht nur ein neues Licht auf das theoretische Konzept

von Orbitalen, sondern liefern wichtige Einblicke in das Verhalten von Elektronen an Grenzflächen zwischen Metallen und organischen Halbleitern. Die Arbeit ist Teil des vom FWF – Der Wissenschaftsfonds geförderten Projekts „Understanding photoemission of organic molecular films“.

<http://www.uni-graz.at>

Publikation

„Imaging the wave functions of adsorbed molecules“. Daniel Lüftner, Thomas Ules, Eva Maria Reinisch, Georg Koller, Serguei Soubatch, F. Stefan Tautz, Michael G. Ramsey, Peter Puschnig *Proceedings of the National Academy of Sciences, PNAS, 2013, published online*
<http://www.pnas.org/cgi/doi/10.1073/pnas.1315716110>

Weltmuseum Wien

Generaldirektorin Sabine Haag und Direktor Steven Engelsman präsentieren gemeinsam mit Timothy Ventimiglia und Gareth Hoskins vom Architektenkonsortium die Pläne für die Neugestaltung des Hauses – dem ehemaligen Museums für Völkerkunde am Wiener Heldenplatz.



Foto: Ralph Appelbaum Associates/Gareth Hoskins Architects

Das Weltmuseum Wien in der Neuen Burg am Heldenplatz in einer Visualisierung von Ralph Appelbaum Associates (RAA): bereits auf dem neu gestalteten Vorplatz wird es mit einer leuchtenden Medienbox auf sich aufmerksam machen.

Das „Österreichische Museum für Volkskunde“ (MVK), wie es früher hieß, nimmt seit seiner Gründung eine bedeutende Stellung innerhalb der europäischen Kultur-museen ein. Aufgrund seiner umfangreichen Sammlungen zur Volkskunst und Regional-kultur Österreichs, seiner Nachbarländer (ehemalige Kronländer) und vergleichender Sammlungen aus ganz Europa ist es einzigartig in Österreich und unterscheidet sich von seiner Konzeption her von den national orientierten Volkskundemuseen der meisten europäischen Länder.

Internationale Kontakte und Kooperationen machten das Museum zu einem Ort des wissenschaftlichen und kulturellen Dialogs in einem sich politisch und gesellschaftlich neu formierenden Europa. In diesem Europa der Transformation sieht das Museum seine Aufgabe in einer fundierten Kulturanalyse, die Gemeinsamkeiten wie Differenzierungen

erfaßt, interpretiert und so zum besseren Verständnis eigener und fremder Kulturmuster beiträgt.

Das Museum arbeitet im Sinne des Faches Volkskunde/Europäische Ethnologie als einer Gegenwartswissenschaft mit historischer Orientierung. Als Dialog-, Vermittlungs- und Bildungsort sieht sich das Museum aber auch als Schnittstelle zwischen verschiedenen Wissenschaften und der Kunst. In Ausstellungen und Veranstaltungen werden Alltagskulturen und Lebensstile reflektiert, Kontaktzonen und Kulturtransfers in Europa in deren regionalen, nationalen wie globalen Ausprägungen und Auswirkungen.

Die Geschichte

Das Museum wurde 1895 von Michael Haberlandt und Wilhelm Hein als Vereinsmuseum gegründet. Von Beginn an verfolg-

ten die Gründer den Anspruch, ein „Monument des Vielvölkerstaates“ zu etablieren, Vertreter des Hauses Habsburg fungierten als Protektoren für den Verein. Zuerst in Räumlichkeiten der Börse eingerichtet, übersiedelte das Museum 1917 in das barocke Gartenpalais Schönborn. 1920 wurde das Museum hier wiedereröffnet.

Als Kulturinstitution mit Wurzeln im 19. Jahrhundert unterlag das Museum von Beginn an einer stetigen Entwicklung und inhaltlichen Justierung unter den wechselnden kulturpolitischen und fachinternen Voraussetzungen des 20. Jahrhunderts.

Heute beschäftigt sich das Museum mit historischer Volkskunst und Volkskultur, mit deren aktuellen Erscheinungsformen und mit den damit verbundenen Konstruktionen einer neuen Ästhetik und wechselnder Identitäten.

Es setzt sich mit historischen und gegenwärtigen Lebensstilen auseinander, mit kul-

turellen Äußerungen sozialer und ethnischer Gruppierungen vorwiegend im europäischen Raum.

Die Neuausrichtung

Mit der Berufung von Steven Engelsman als Direktor mit 1. Mai 2012 brach für das MVK eine neue Periode an, in deren Zentrum die Neukonzeption des Hauses innerhalb von fünf Jahren steht. Zielsetzung ist eine zeitgemäße Präsentation der Sammlungen bei gleichzeitiger Berücksichtigung innovativer Vermittlung derselben. Im November 2012 wurde dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur ein Konzept zur Neuausrichtung des Hauses als „Weltmuseum Wien“ präsentiert, worauf Ende des Jahres weitere Gespräche über die konkreten Umsetzungsmöglichkeiten der geplanten Maßnahmen geführt wurden. Die Umsetzung des Konzepts, in das die Erkenntnisse des Prozesses zum MuseumNEU eingeflossen sind und das sowohl bauliche als auch inhaltliche Ziele verfolgt, wurde 2013 beginnen und soll bis Ende 2016 abgeschlossen sein.

Ein erster, wichtiger Schritt war im Frühjahr 2013 die mit der Präsentation des neuen Namens, der als „Missionstatement“ die Begegnung in den Vordergrund rückt: Das Weltmuseum soll ein Treffpunkt für Menschen und Kulturen sein, der die Wertschätzung von und die Begeisterung für kul-



Intervention in der Säulenhalle des Corps de Logis (Mezzanin)

turelle Vielfalt vermittelt. „Welt“ steht für „weltoffen, weltbewegend, welterfahren, weltumfassend, Weltbilder, Weltansichten, Erlebniswelten und Weltkulturerbe“.

Die neue Architektur

Die Gewinner des international ausgeschriebenen Vergabeverfahrens zur architektonischen Neugestaltung des Weltmuseums Wien stehen seit 16. Dezember 2013 offi-

ziell fest: Es wurde ein Konsortium gewählt, bestehend aus dem internationalen Museums- und Ausstellungsgestalter Ralph Appelbaum Associates und dem schottischen Architekturbüro Gareth Hoskins Architects mit der technischen Unterstützung durch das österreichische Ingenieurbüro Vasko + Partner. Sabine Haag, Generaldirektorin des Kunsthistorischen Museums und der angeschlossenen Häuser, und Direktor Steven Engelsman

Fotos: Ralph Appelbaum Associates/Gareth Hoskins Architects



Der Entwurf verschmilzt den »Korridor des Staunens« und die Bibliothek zu einem architektonischen Gesamterlebnis.

Fotos: Ralph Appelbaum Associates/Gareth Hoskins Architects



Jeder Ausstellungssaal ist jeweils einem eigenen Thema gewidmet und so erhält die Reflexion der Museumsgeschichte Einzug.

präsentieren gemeinsam mit Timothy Ventimiglia und Gareth Hoskins vom Architektenkonsortium am 19. Dezember 2013 die Pläne für die Neugestaltung des Hauses.

Das Konzept für ein neues Weltmuseum Wien, das Kosten von 25 Millionen Euro beinhaltet, wurde vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) und vom Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) im April 2013 genehmigt. Das Weltmuseum Wien hat sich – und damit die wissenschaftliche Anstalt Kunsthistorisches Museum (KHM) mit MVK und Österreichischem Theatermuseum – verpflichtet, aus Sponsoring einen finanziellen Beitrag in der Höhe von 2,5 Millionen zu leisten. Die budgetierten Gesamtkosten betragen also in Summe 27,5 Millionen Euro. Die Neuaufrichtung der Sammlungen und die angestrebte vollständige Sanierung der 29 Säle auf insgesamt rund 4600 m² soll bis Ende des Jahres 2016 fertiggestellt sein.

Bereits im April dieses Jahres wurde der Neuauftritt als Weltmuseum Wien offiziell eingeläutet. Neben dem neuen Namen erhielt das Museum auch ein neues Corporate Design. Gleichzeitig begann mit diesem Tag das rechtlich vorgegebene, international ausgeschriebene Vergabeverfahren für die Museumsarchitektur.

Hierbei handelte es sich um ein zweistufiges Vergabeverfahren, das durch die Rechtsanwaltskanzlei Fellner Wratzfeld & Partner und das Architekturbüro Simlinger und Partner begleitet wurde. In einer ersten Stufe wurden von den insgesamt 17 Einreichungen durch eine aus Sabine Haag (Generaldirektorin KHM-Verband), Gerbert Frodl (ehemaliger Direktor der Österreichischen Galerie Belvedere), Albert Lutz (Direktor Museum Rietberg, Zürich) und Barbara Plankensteiner (Vizedirektorin des Weltmuseums Wien) bestehende Jury unter dem Vorsitz von Steven Engelsman (Direktor des Weltmuseums Wien) die fünf Besten in die zweite Runde gewählt. Vier der ausgewählten Bewerber haben auch in der zweiten Stufe Entwürfe abgegeben.

Die weiteren drei Mitbewerber der zweiten Stufe waren:

- pla.net architects zt / 7reasons Medien / Atelier Wunderkammer
- Nieto Sobejano Arquitectos S.L.P. / VERDANDI Ausstellungs- und Museumsplanung und
- Bernard Walten Moser Ziviltechniker

Die Bekanntgabe der Zuschlagserteilung erfolgte mit 16. Dezember 2013. Der Gewinnerentwurf sowie die Entwürfe der Mitbewerber wurden ab 19. Dezember 2013 in

einer Präsentation im Weltmuseum ausgestellt.

Das Ausstellungs- und Architekturkonzept

Ziel des architektonischen Entwurfs ist es, das Weltmuseum Wien in ein zeitgemäßes Museum zu verwandeln, das mit der Anziehungskraft seiner herausragenden Sammlungen und einer verbesserten Sichtbarkeit zahlreiche Besucher anlockt, dabei jedoch respektvoll mit dem historischen Bau der Neuen Burg und des Corps de Logis umgeht. Alle neu geplanten Ein- und Umbauten auf der 4600 m² großen Ausstellungsfläche und die Neustrukturierung von weiteren 4600 m² Nutzungsfläche sprechen dabei eine einheitlich, klare Architektursprache, die sich im Zusammenwirken mit der Ausstellungsgestaltung wie ein roter Faden durch das neue Weltmuseum zieht.

Die Objekte aus aller Welt werden in ihrer ganzen Vielfalt gezeigt und aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet, um ihren komplexen Ursprüngen und dem Deutungswandel im Laufe der Zeit gerecht zu werden. Dabei greift die Ausstellungsgestaltung den neuen Ansatz des Weltmuseums Wien auf, sich als ethnologische Institution mit dem eigenen historischen Erbe auseinanderzusetzen und offen zu legen, auf welchen Wegen

Kultur

die Objekte Eingang in die Sammlungen erhalten haben. In jeden einzelnen Ausstellungssaal, der jeweils einem eigenen Thema gewidmet ist, erhält deshalb auch die Reflexion der Museumsgeschichte Einzug.

Der Dialog zwischen den Weltkulturen erfolgt heute unter anderen Vorzeichen und auf Augenhöhe. Um ein möglichst vielstimmiges und facettenreiches Bild vermitteln zu können, fließen die Überlieferung von Mythen und Traditionen genauso wie persönliche Erfahrungen oder neue Forschungsergebnisse in die Ausstellung ein. Für die Kontextualisierung der Sammlungsobjekte eignen sich analoge wie digitale Vermittlungsangebote: Je nach Situation können kleine mobile Geräte oder großflächige, interaktive Medieninstallationen zum Einsatz kommen, wobei die Objekte immer im Mittelpunkt stehen.

Das neue Weltmuseum Wien wird bereits auf dem neu gestalteten Vorplatz mit einer leuchtenden Medienbox auf sich aufmerksam machen, die als Orientierungs- und Informationspunkt dient, aber auch als Ort für Gastronomie und Events nutzbar ist.

Die Säulenhalle in zentraler Achse zum neu geplanten Kassabereich wird zum neuen Treffpunkt innerhalb des Museums, wobei Sitzgelegenheiten die Qualität des Aufenthalts erhöhen und künstlerische Interventionen im Luftraum Neugier auf die sich anschließenden Ausstellungsräume wecken.

Bislang nicht zugängliche Objekte aus den Depots werden in ihrer überbordenden Fülle ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Der Entwurf verschmilzt den „Korridor des Staunens“ und die Bibliothek zu einem architektonischen Gesamterlebnis. Highlight-Vitrinen heben einzelne Exponate bzw. Bücher besonders hervor, spielerische Vermittlungsansätze laden zum Entdecken ein.

Weitere Planungen beinhalten die Neugestaltung und Aufwertung des Veranstaltungsbereichs, eine großzügige Gastronomie und eine exklusive Besucher-Lounge. Das neue Architektur- und Ausstellungskonzept schafft die einmalige Gelegenheit, einer stark auf Gegenwart und Zukunft ausgerichteten Museumsvision eine Bühne zu geben, auf der die historisch gewachsenen Sammlungen in vielen verschiedenen Perspektiven erlebbar werden. Das Nachdenken auch über die eigene Geschichte und die aus ihr resultierenden erneuerten interkulturellen Beziehungen sind in einer zunehmend globalisierten Welt für gegenseitiges Verständnis, Respekt und die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft von essentieller Bedeutung.



Foto: KHM mit MVK und ÖTM

v.l.: Kulturministerin Claudia Schmied, Burghauptmann Reinhold Sahl, Direktor Steve Engelsman und Generaldirektorin Sabine Haag

Der weitere Fahrplan

- Frühjahr 2014: Eröffnung der Sonderausstellung über die Weltreise und die Sammlungen von Franz Ferdinand von Österreich-Este anlässlich des 100. Jahrestags des Attentats in Sarajewo am 28. Juni 1914. Ein thematischer Prolog für die künftige Schausammlung, mit dem Arbeitstitel „Kavalierreisen“
- Baubeginn und Spatenstich
- Anfang 2016: Ende der Baumasnahmen und Beginn der Museumseinrichtung
- Ende 2016: Das große Finale: die Neueröffnung des Weltmuseums Wien, inklusive ZOOMKindermuseum

Statements

Generaldirektorin Sabine Haag

„Ich freue mich, daß wir mit Bekanntheit der Gewinner des Vergabeverfahrens zur Museumsarchitektur einen weiteren wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur Neueröffnung des Weltmuseums Wien erreicht haben. Die zeitgemäße Präsentation dieser einzigartigen Sammlungen stellt eines der derzeit wichtigsten Kulturprojekte Österreichs dar und ich bin überzeugt, daß wir mit dem international renommierten Architektenkonsortium Appelbaum/Hoskins dieser großen Herausforderung gerecht werden.“

Direktor Steven Engelsman

„Das Weltmuseum Wien ist ein Treffpunkt für Menschen und Kulturen, wo Wert-

schätzung und Begeisterung für kulturelle Vielfalt gelebt und vermittelt werden. Es geht um Menschen und um ihre soziale, gesellschaftliche und kulturelle Verankerung. Wir wollen das Weltmuseum Wien mit der Neueinrichtung zu einem Ort machen, an dem sich die Vielfalt der Kulturen der Welt allen Menschen in einzigartigen Räumlichkeiten und wissenschaftlich fundierter Weise präsentiert. Mit Ralph Appelbaum aus New York und Garreth Hoskins aus Glasgow haben wir für das Weltmuseum Wien ein Architektenteam von Weltrang! Ich freue mich auf eine spannende und inspirierende Zusammenarbeit.“

Architektenkonsortium
Appelbaum/Hoskins

„Wir, Ralph Appelbaum Associates und Gareth Hoskins Architects, haben unseren Wettbewerbserfolg mit großer Begeisterung aufgenommen und freuen uns nun auf eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Projekts mit dem Weltmuseum Wien. Die Qualität der Sammlungen und die Architektur des Corps der Logis haben uns sehr beeindruckt und zusammen mit dem neuen Konzept und dem interkulturellen Dialog des Museums sehr inspiriert: Viele der Objekte sind weltweit einmalig, und die Suche nach ihren Ursprüngen und Bedeutungen bietet Stoff für unendlich viele Geschichten.“

<http://www.weltmuseumwien.at>

<http://www.khm.at>

Von Generation zu Generation

Zum 85. Geburtstag des Malers, Architekten, Grafikers, Bühnenautors, Dichters und Chansonniers Arik Brauer: Ausstellung seiner neuen 24 Bilder zur Pessach-Haggada im Jüdischen Museum von 22. Jänner bis 25. Mai 2014

Von Generation zu Generation werden im Judentum bedeutungsvolle Ereignisse jüdischer Geschichte weitergegeben – so auch in der Haggada (vom hebr. Verb „leha-gid“ = erzählen, berichten), die die Geschichte des Auszugs der Juden aus der ägyptischen Sklaverei erzählt und Ablauf des Sederabends am Vorabend des alljährlichen Pessach-Festes begleitet, dem wahrscheinlich meistbegangenen Festes im jüdischen Jahr. Wenn sich Familie und Freunde beim Festmahl versammeln, wird aus der „Haggada“ gemeinsam gelesen und gesungen, eine Tradition, die auch heute noch weltweit gepflegt wird.

24 Bilder sind erstmals zu sehen

Der Wiener Künstler Arik Brauer hat eine neue Pessach-Haggada geschaffen. Die 24 Bilder dazu werden erstmals im Jüdischen Museum gezeigt. Brauer illustriert in seinen neuen, kraftvollen Bildern die biblischen Ereignisse um diesen Feiertag.

Zum 85. Geburtstag im Jänner 2014 wird mit der wertvollen neuen Illustration ein besonders intensiver Blick auf diese zentralen Ereignisse jüdischer Geschichte ermöglicht. Pessach beginnt mit dem so genannten Sederabend ein Feiertag, an dem traditionell die ganze Familie zusammenkommt. Gemeinsam lesen Familienmitglieder und Freunde aus der Haggada, einem Buch, das meist aus Texten aber auch aus Bildern besteht. Lieder und Gesänge begleiten das festliche Abendessen und sind Teil des Sederabends.

Schon 1979 hatte Arik Brauer einmal eine Haggada illustriert, die schnell vergriffen war und mittlerweile zu einem Klassiker wurde. Eine Neuauflage aber war dem trotz seiner mittlerweile 85 Lebensjahre noch hochaktiven Künstler ein zu altmodischer Ansatz. So kommentiert nun Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg im Dialog mit Erwin Javor, dem Herausgeber der neuen „Brauer-Haggada“, die biblischen Texte ebenso wie der israelische Dramatiker Joshua Sobol. Dadurch fließen in die neue »Brauer Haggada« die Stimmen und Gefühle moderner, kritischer Juden ebenso ein wie auch die Beständigkeit religiöser Tradition und Zugehörigkeit erhalten bleibt.

Die 25 Originalzeichnungen aus der Pessach-Haggada werden dem Museum von Erwin Javor als Dauerleihgabe überlassen.

Gleichzeitig mit der von Danielle Sperakuratierten Ausstellung im Jüdischem Museum Wien erscheint die Haggada von Arik Brauer, die auch als Katalog des Jüdi-

schen Museums erhältlich ist, in Hebräisch/Deutsch und Hebräisch/Englisch.

Arik Brauer

wurde am 4. Jänner 1929 als Sohn eines Handwerkers in Wien geboren und ist in einer bescheidenen „Zimmer-Küche-Woh-

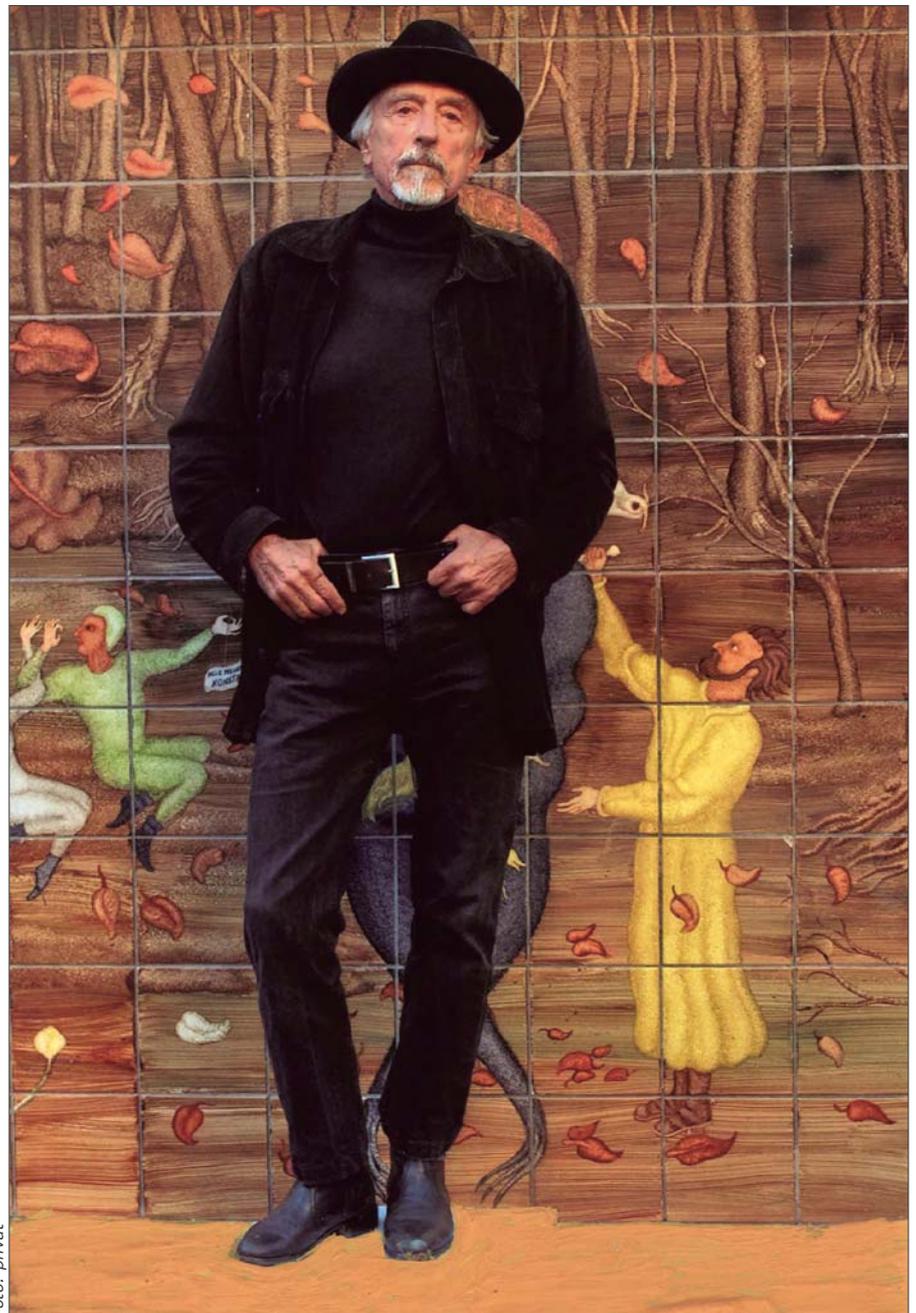
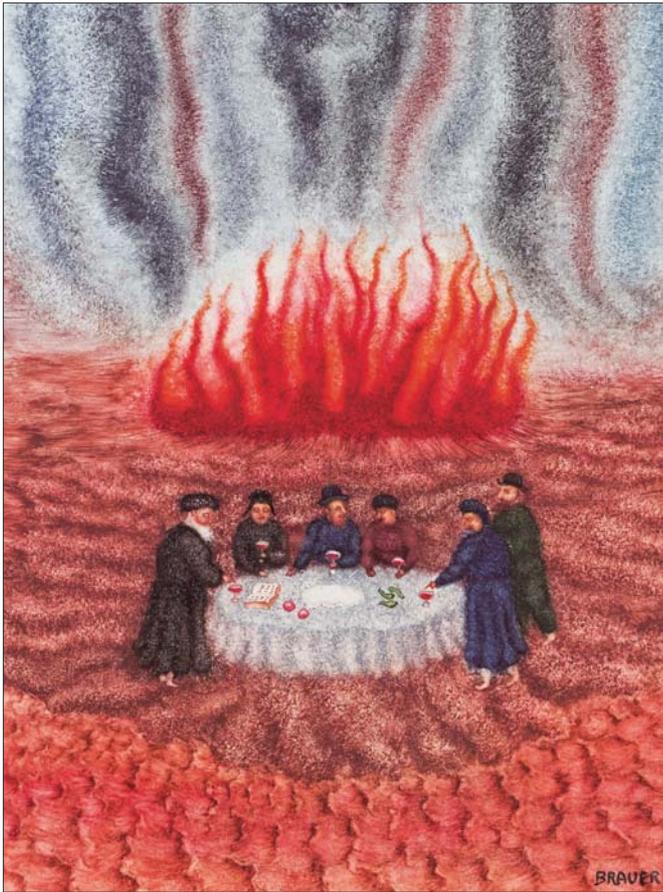


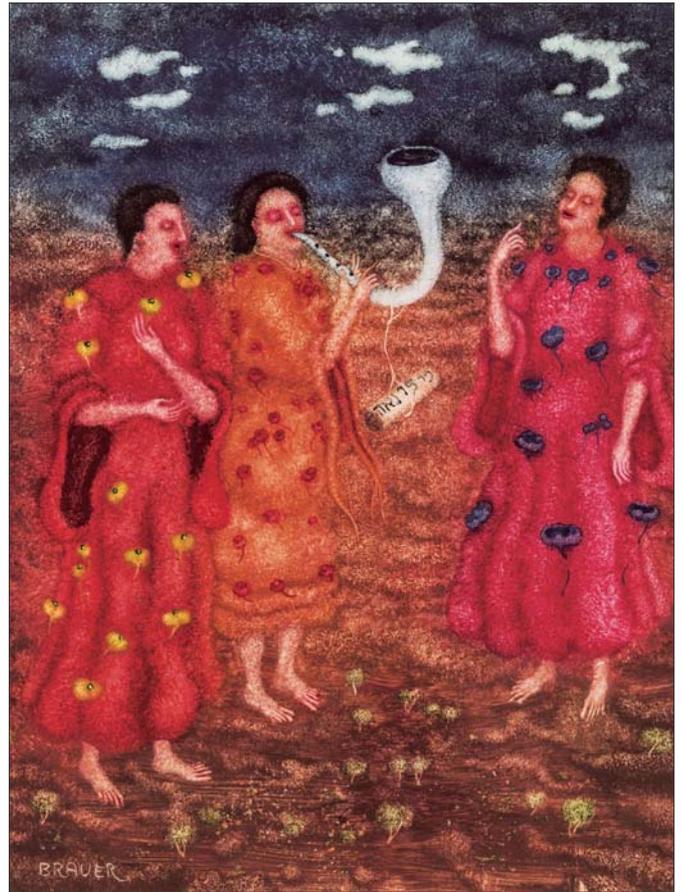
Foto: privat

Arik Brauer vor einem seiner Haggada-Bilder, die im Jüdischem Museum Wien zu sehen sein werden.

Kultur



Arik Brauer: »Blut, Feuer und Rauchsäulen« 1) *)



Arik Brauer: »Du, oh Herr, wirst ewig sein« 2) *)



Arik Brauer: »Mit starker Hand« 3) *)



Arik Brauer: »Dort gedieh er zu einer großen Nation« 4) *)

*) Die Beschreibungen zu diesen vier Bildern finden Sie auf der folgenden Seite der jeweiligen Nummer zugeordnet...

© für alle: Arik Brauer

Zu den Abbildungen der Seite zuvor:

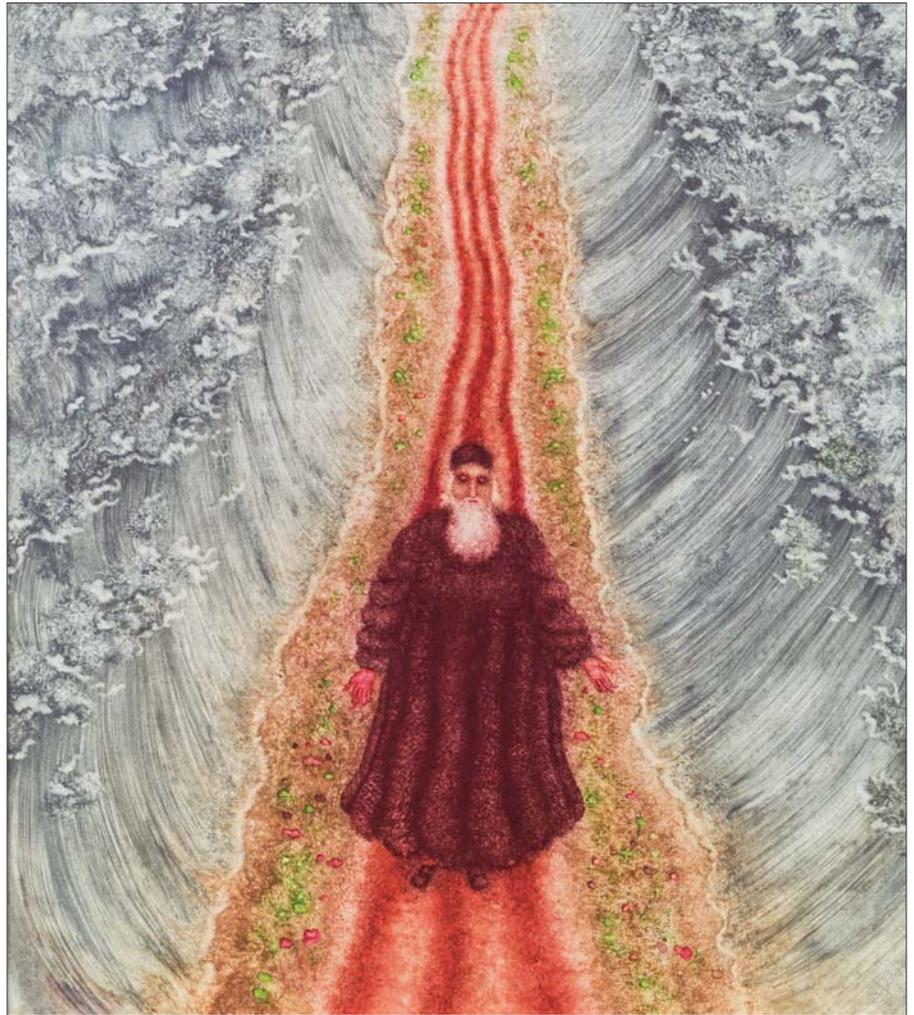
- 1) *Blut, Feuer und Rauchsäulen*
Es handelt sich um Symbole. Das Blut ist wie ein Fluss, ein Teil der Landschaft; das Feuer eine Krone über dem Sedertisch, die Rauchsäulen wie eine Krone auf der Krone
- 2) *Du, oh Herr, wirst ewig sein*
Drei Töchter singen und spielen zum Sederabend, über jeder schwebt eine kleine weiße Wolke – auch ich habe drei singende Töchter.
- 3) *Mit starker Hand*
Das Bild zeigt eine dunkle Grube, umgeben von helleren Bodenwellen, in der die Ägypter die Schläge der starken Hand empfangen. Es geht dabei vor allem um die von den Ägyptern vertretene Vielgötterei und um die Überlegenheit des Monotheismus.
- 4) *Dort gedieh er zu einer großen Nation*
Zahlreich wie die Sterne am Himmel und das Gewächs des Feldes. Auf Jakobs Kleid stehen die Worte »Goi Gadol«, große Nation. (Goi ist keineswegs ein Schimpfwort.)

nung mit Klo am Gang“ aufgewachsen, wie Brauer es selbst schildert. „So wie eben damals die meisten Menschen gelebt haben. Aber wir haben nie Hunger gelitten. Das Leben bei uns in Ottakring hat sich hauptsächlich in Richtung Wienerwald abgespielt – die Ziege im Hof war damals wahrscheinlich die Einzige im Haus, die kein Anti-Semit war“, erzählt er in seinem soeben auch auf DVD erschienenen Theater-Abend „A Gaude war’s in Ottakring“, „In die Stadt ist man wie ins Ausland gegangen“, so Brauer.

Arik Brauers jüdischer Vater wird von den Nazis im KZ ermordet. Arik bleibt mit Mutter und Schwester in Wien und arbeitet als Tischlerlehrling für den „Ältestenrat der Juden in Wien“ (Kultusgemeinde). Das Ende der Nazi-Diktatur überlebt er schließlich als „U-Boot“.

Danach studiert er an der Akademie der bildenden Künste Malerei, dazu Gesang an der Musikschule der Stadt Wien: „Wir Studenten mußten wegen der Kriegsschäden Ziegel abklopfen und im Wienerwald Brennholz schlagen und ich habe, um meinen Lebensunterhalt während des Studiums zu verdienen, auch als Ballett-Tänzer am Wiener Raimund-Theater getanzt.“

Gemeinsam mit Rudolf Hausner, Ernst Fuchs, Wolfgang Hutter und Anton Lehmden gründet er die „Wiener Schule des Phantastischen Realismus“. Ab 1951 reist er auf dem Fahrrad quer durch Europa und Afrika und lebt als Sänger und Tänzer in Israel, wo er Naomi Dahabani kennenlernt und heiratet. Mit ihr lebt er ab 1958 sechs Jahre in



Arik Brauer: »Hätte er für uns auch das Meer gespalten...«

Paris – anfangs mußten sie sogar unter Brücken schlafen, später traten sie erfolgreich als Volkslied-Sänger auf – wo seine Karriere als Maler begann und auch die beiden ersten Töchter geboren wurden.

Nach den Jahren in Tel Aviv und Paris gestaltet er Bühnenbilder, u. a. für die Wiener Staatsoper, die Oper in Paris und das Züricher Opernhaus. Seit 1965 lebt Arik Brauer abwechselnd in Wien und im Künstlerdorf Ein-Hod in Israel, wo er eine Ruine nach seinen künstlerischen Gesichtspunkten zu einem Haus umgestaltete. Sein Interesse an Architektur fand in den Entwürfen für das „Brauer-Haus“ in Wien ebenso eine Fortsetzung wie im Architekturprojekt „Casträ“ in Haifa, wofür er das größte Wandbild der Welt gemalt hat.

Die Anerkennung Brauers als Maler – keineswegs nur im Kontext des Phantastischen Realismus – läßt sich an den vielen erfolgreichen Ausstellungen in aller Welt und immer wieder in Wien ablesen. 1986-1997 war er ordentlicher Professor an der Wiener Akademie der bildenden Künste.

Brauers musikalische Karriere ist ebenfalls bemerkenswert. In den 70er-Jahren trat er mit Dialektliedern auf. Seine erste LP erwies sich als Meilenstein in der Entwicklung des modernen Wiener Dialektliedes und des politischen Protestsongs „Sie habn a Haus baut“: „Der Erfolg meiner Protestlieder hatte zur Folge, daß ich viele Drohbriefe erhielt.“ Er wurde mit zwei goldenen Schallplatten ausgezeichnet. Es folgten etliche weitere Alben, multimediale Werke für das Fernsehen und Konzertauftritte.

2001 richtete er in seinem Wohnhaus im 18. Wiener Gemeindebezirk ein Arik-Brauer-Museum ein.

2002 erhielt er vom Bundespräsidenten das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse. ■

<http://www.jmw.at>

<http://www.arikbrauer.at>

Werke von Arik Brauer sind auch im Phantastenmuseum Wien ausgestellt, das der sich der Bildenden Kunst des Wiener Phantastischen Realismus widmet.

<http://www.phantastenmuseum.at>

Kinder, wie die Zeit vergeht!

Kleine Prinzen und große Mädchen in historischen Fotografien – von 22. November 2013 - 23. Februar 2014 in der Österreichischen Nationalbibliothek

Leuchtende Augen, unbeschwerte Kindertage, aber auch der frühe Ernst des Lebens – die Ausstellung „Kinder, wie die Zeit vergeht!“ präsentiert im Prunksaal die schönsten, amüsantesten und berührendsten Kinderfotos aus den reichhaltigen Beständen der Österreichischen Nationalbibliothek. Zum Teil noch nie gezeigte Atelier- und Pressefotos, aber auch Privataufnahmen von Buben und Mädchen lassen die Zeit von ca. 1870 bis in die 1970er Jahre aus einer ganz besonderen Perspektive wieder lebendig werden.

Aufgenommen auf dem Gebiet des historischen und des heutigen Österreich, geben sie einen sozial- und kulturhistorisch spannenden Einblick in das Alltagsleben vergangener Tage. Mehr als 250 Exponate zu den Themen Schule und Erziehung, Arbeit und Spiel, Mode und Medien, Feste und Familie zeigen alles, was das Kinderherz damals bewegte. Kinderbilder von Prominenten wie Arthur Schnitzler, Ludwig Wittgenstein oder Kronprinz Rudolf illustrieren die Lebenswelt der Oberschicht in der Donaumonarchie, Aufnahmen von Kindern, die mit echten Waffen posieren oder in Kriegsrüinen spielen, beleuchten das Elend der Weltkriege, während Fotos der 50er-, 60er- und 70er-Jahre die eigene Kindheit wieder in Erinnerung rufen. Ergänzt wird diese abwechslungsreiche Vielfalt an Fotografien durch Grafiken und Aquarelle aus dem berühmten „Kronprinzenwerk“, das die Völker sämtlicher Kronländer dokumentierte, sowie durch ausgewählte Schulaufsätze, Kinderzeichnungen und Kinderbücher. „Kinder, wie die Zeit vergeht!“ ist eine faszinierende Geschichte der Kindheit in Bildern.

Prinzen und Bürger: Kindheit in der Donaumonarchie

Zwei Kinderbilder, zwei Kinderwelten im Österreich-Ungarn der Kaiserzeit: Hier ein Dreijähriger, ernst und unsicher in die Kamera blickend, gekleidet in der Oberuniform eines Infanterieregiments, da ein Vater, der stolz seinen kleinen Sohn emporhebt und sich von dem lachenden Kind in die Wangen kneifen läßt. Gegensätzlicher können kindliche Lebenswelten kaum sein. Das Kind in der Uniform ist Kronprinz Rudolf

(1858-1889), Sohn von Kaiser Franz Joseph und Kaiserin Elisabeth. Auf dem Foto von 1861 wird deutlich, daß er bereits früh auf seine spätere Rolle vorbereitet wurde. Mit militärischer Erziehung und eiserner Disziplin: Stundenlanges Exerzieren bei jedem Wetter und nächtliche Pistolenschüsse standen auf dem Lehrplan und sollten Rudolf abhärten. Stattdessen wurde das hochintelli-

gente Kind, das bereits mit drei Jahren Schreiben und Rechnen lernte, schwer traumatisiert. Seine Kinderfotos zeigen einen verlorenen, einsamen Buben und als er im Zuge seines Unterrichts eine Naturstudie anfertigen sollte, zeichnete er – die Ausstellung präsentiert das Aquarell ebenfalls im Original – ausgerechnet ein schwarzes Schaf.



Foto: Ludwig Guttmann

Anonymes Mädchen beim Zähneputzen, Wien, um 1915



Foto: Victor Angerer

Bild oben: Erzherzogin Marie Valerie mit Bernhardiner, Wien 1871

Bild rechts: Kinder im Kindergarten, Wien 1959

Ganz anders hingegen das Bild vom Vater mit seinem Kind: Der bekannte Wiener Grafiker Ferdinand Schmutzer (1870-1928) wird geherzt von seinem Sohn Johannes. Die Privataufnahme, entstanden um 1914, zeigt eine liebevolle Beziehung zwischen Eltern und Kindern. Ganz ähnlich wie die idyllischen Kinderbilder des Fotokünstlers Heinrich Kühn (1866-1944) aus der Zeit der Jahrhundertwende. Anfertigt im Autochrome-Verfahren, zählen sie zu den frühesten Farbaufnahmen der Welt und sind einer der vielen fotografischen Höhepunkte der Schau. Sie vermitteln Kindheit als etwas Heiteres, Schönes, Unschuldiges und sind damit nicht weit entfernt von heutigen Vorstellungen.



Foto: Otto Simoner

Inszenerung und harte Realität: Kinder im Studio und an der Werkbank

Doch diese Privatheit und Intimität war eine bemerkenswerte Ausnahme in den Kinderfotografien aus der Zeit der Donaumonarchie. Kinder wurden damals zumeist als kleine Erwachsene betrachtet und daher auch so fotografiert. Die Ausstellung zeigt Bilder von Heranwachsenden aus gehobenen bürgerlichen Haushalten, von denen einige später prominent wurden. So sieht man den sechsjährigen Arthur Schnitzler gut gekleidet und ernst in die Kamera blickend, Ödön von Horvarth 1908 im Matrosenanzug oder den jugendlichen Hugo von Hofmannsthal in Tracht um 1882. Auch der kleine Ludwig Wittgenstein ist vertreten mit Aufnahmen aus einem Familienalbum, das erstmals öffentlich zu sehen ist und dessen Aufnahmen gemeinsam mit 600 weiteren aus dem Nachlaß der Familie Wittgenstein-Stonborough derzeit an der Österreichischen Nationalbibliothek in einem Forschungsprojekt wissenschaftlich erschlossen werden.

Die meisten dieser Bilder wurden von professionellen Atelierfotografen produziert, oftmals in Anlehnung an bekannte Motive aus der Porträtmalerei, die erst in den 1850er Jahren durch die Fotografie abgelöst wurde. Manche Bildkompositionen wirken daher in den Proportionen etwas unbeholfen, wie in der Ausstellung ein Foto von 1871 mit Erzherzogin Marie Valerie und ihrem gleichgroßen Bernhardiner anschaulich macht, das einem Ölgemälde nachempfunden ist. Das Porträtstudio wurde zu offiziellen Anlässen, z. B. zur Erstkommunion, aufgesucht, um eine Serie von Aufnahmen in repräsentativer

Pose und Dekor anzufertigen. Kleidung, Ambiente, Haltung und ausgesuchtes Spielzeug der Kinder sollten stolz auf den zukünftigen gesellschaftlichen Rang verweisen. Für Kinder aus Oberschicht und Bürgertum bedeutete dieser elterliche Anspruch zumeist einen starken Leistungs- und Erwartungsdruck in der Erziehung.

Am anderen Ende der gesellschaftlichen Hierarchie des Habsburgerreiches gab es wenig Repräsentatives zu sehen. Kinderbilder entstanden hier, wenn überhaupt, am Arbeitsplatz der Minderjährigen. Trotz Schulpflicht und gesetzlicher Begrenzung von Kinderarbeit mußten viele Kinder in Fabriken und im Kleingewerbe arbeiten, um zum Familieneinkommen beizutragen. Auf vielen Bildern der damaligen Zeit sind idealisierte „Wiener Typen“ zu sehen wie der „Schusterbub“, aber selten die harte, oft elende Arbeitsrealität. Die Ausstellung zeigt einige der wenigen Bilder, meist von AmateurfotografInnen angefertigt, die im Stil der frühen Sozialreportage das tatsächliche Leben der Kinder abbildeten. So präsentiert eine Aufnahme von 1908 einen zwölfjährigen Buben an einer überdimensionalen Werkzeugmaschine. Obwohl in eine gänzlich andere soziale Welt geboren, blickt er ähnlich verloren in die Kamera wie der kleine Kronprinz Rudolf.

Pustebblumen und Granaten: »Rotes Wien« und Weltkriegszeiten

100 Jahre Kinderwelt, das sind auch 100 Jahre Erwachsenenwelt: „Kinder, wie die Zeit vergeht!“ ruft eindrücklich in Erinnerung



Foto: United States Information Service

»Romantisches Wien«: zwei Kinder auf der Parkbank, Wien, 1949

ung, wie sehr das Leben der Kleinen durch die Taten der Großen, durch gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen geprägt wurde. In kaum einer Zeit wird das deutlicher als in den Jahren von 1914 bis 1945: Der Untergang der Monarchie und der Erste Weltkrieg, die Zwi-

schenskriegszeit mit Weltwirtschaftskrise und schließlich der „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg – all diese historischen Einschnitte hatten gravierende Auswirkungen auf die kindliche Lebensrealität.

Erschreckend etwa ein Foto des k.u.k. Kriegspressequartiers von 1915, das den Sohn eines Obersts in Uniform auf dem Blindgänger einer italienischen Granate posieren läßt; Bilder aus den 1920er-Jahren, einer ersten Blütezeit des Bildjournalismus, die verarmte Kinder in den Slums von Wien zeigen; Propagandafotos der NS-Zeit, auf denen Schulklassen den Hitlergruß einüben, aber auch Fotos von jüdischen Kindern auf der Flucht – sie alle rufen in Erinnerung, daß unbeschwerter Kindheitstage selten waren in diesen Jahren.

Trotzdem gab es sie und auch sie sind in dieser Ausstellung zu finden: Fotos aus dem „Roten Wien“ wie das ergreifende Bild eines Kleinkinds in einer „Kinderübernahmestelle“, das sich über seine neue Blechtrommel freut, illustrieren, daß die Schutzbedürftigkeit von Kindern zu einem zentralen gesellschaftlichen Thema geworden war. Und Bilder wie jenes des berühmten Pressefotografen Lothar Rübelt, der 1932 Kinder beim



Foto: Lothar Rübelt

Fußball auf der »Gstätten«, Wien, um 1932

Kultur

Fußballspiel auf der „Gstätten“ fotografierte, lassen erkennen, daß sich das Kinderbild langsam vom starren Atelierstil hin zu mehr Natürlichkeit und Lebendigkeit bewegte. Und doch liegt auch über diesen Bildern ein Schatten. So läßt ein unbekannter Amateurfotograf auf einem der goldigsten Kinderbilder der Ausstellung ein kleines Mädchen im Sommerkleid unbekümmert in einen Löwenzahn pusten. Das Bild stammt von 1935. Vier Jahre später brach der Zweite Weltkrieg aus.

Blue Jeans und Teenager: von den »wildern 50ern« zu den 70er-Jahren

Fotografien halten die Zeit fest und machen gerade dadurch das Voranschreiten der Zeit bewußt. Kaum ein Medium führt das deutlicher vor Augen als Kinderfotos. Derjenige, der man war, ist man nicht mehr, aber wie es damals war, wird wieder in Erinnerung gerufen: Kinder, wie die Zeit vergeht! Ob der erste Kuß auf einer Parkbank, die ersten „Blue Jeans“, der gerade erworbene VW-Käfer oder der brandneue Fernseher – so manches Bild der Ausstellung aus den 50er-, 60er- oder 70er-Jahren wird einem aus der eigenen Kindheit bekannt vorkommen.

Deutlich wird in den Bildern aus dieser Zeit, daß Kindheit zu einer eigenen Lebensphase geworden ist. Kinder sind nicht mehr „kleine Erwachsene“ wie noch auf den Fotografien vor 1900, vielmehr suchen sie die Abgrenzung zur Welt der Erwachsenen. Das illustriert z. B. ein Foto des österreichischen Bildjournalisten Albert Hilscher, der 1958 „Halbstarke“ in einem Wiener Beseirpark ablichtete. Mit dem Begriff des „Teenagers“ wird dieser Lebensphase nun auch sprachlich Rechnung getragen und erstmals bieten Kaufhäuser eigene Mode für Heranwachsende an – abseits des früher omnipräsenten Matrosenanzugs: Der Siegeszug der Blue Jeans war damit auch in Österreich nicht mehr aufzuhalten.

Ebensowenig wie der Siegeszug des Fernsehens und der Spielzeugindustrie. Die zwischen 1960 und 1970 Geborenen waren die ersten nach zwei Weltkriegen, die unbelastet von den unmittelbaren Kriegsfolgen in steigendem Wohlstand aufwuchsen. Was diese Generation daher im kollektiven Gedächtnis am meisten prägte, war die flächendeckende Versorgung mit Konsumgütern und massenmedialer Unterhaltung. Ob Lego, Barbie und Carrera-Bahn, „Kasperl und Petzi“, „Am Dam Des“ und „Wickie“-Fotos dieser Zeit zeigen leuchtende Augen und unbeschwerte Kindertage. Der Ernst des Lebens ist noch ganz weit weg.



Foto: FotografIn unbekannt

Kleines Mädchen mit Löwenzahn, um 1935

Geschlechterrollen: kleine Prinzen, große Mädchen

Kinderbilder zeigen nicht nur Kinder. Sie zeigen auch stets die idealtypische Vorstellung von Kindheit in der jeweiligen Epoche. Vordergründig nebensächliche Details wie Mimik und Gestik der Abgebildeten, Bildkomposition, Kleidung und Requisiten sind nicht zufällig, sondern inszeniert. Besonders die in der Ausstellung zu sehenden Atelieraufnahmen von Kindern der 1870er- bis 1890er-Jahre wirken extrem standardisiert und vermitteln dadurch besonders deutlich ein Bild von jener Rolle, die Buben und Mädchen als spätere Erwachsene zugeordnet war.

Mädchen als zukünftige Hausfrauen und Mütter werden häufig sitzend und passiv abgelichtet, während Bilder von Buben in lässiger Pose oder strammstehend den späteren Haushaltsvorstand und Vormund der Ehefrau vorwegnehmen. Die Konstruktion und Reproduktion solcher Geschlechterrollen wird bishin zu den Requisiten augen-

scheinlich: Buben bekommen Holzpferde, Peitschen, Gewehre und Trommeln beigegeben, Mädchen müssen sich hingegen mit Puppen, Fächern und Blumen „begnügen“. Selbst die Benachteiligung von Frauen in Politik und Bildung läßt sich an diesen frühen Kinderfotografien ablesen: Militärische Uniformen oder Bücher als Symbol des Intellekts findet man nur auf Bubenbildern.

Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts setzt eine Stilwende hin zu künstlerisch individualisierten Porträtaufnahmen ein. Kinder werden nun in natürlicher Pose, häufig auch beim Spielen fotografiert. Und dennoch: Die unterschiedliche Darstellung der Geschlechter bleibt erhalten und wird, wie man beim Gang durch die Ausstellung sehen kann, mitunter sogar noch überzeichnet: Mädchen werden zu Engeln und Buben haben in betont männlicher Pose eine Zigarette im Mund. Die, immerhin, war ebenfalls nur inszeniert: Sie wurde nachträglich in die Fotos retuschiert. ■

<http://www.onb.ac.at>

Drehscheibe – 5 Positionen

Ernst Exinger, Gerlinde Gröllinger, Monika Pawlik, Helga Petri-Basaran und Walburga Vilem-Weber in der Ausstellungsbrücke St. Pölten



Foto: Land Niederösterreich/Silvia Fembek

v.l.: Ernst Exinger, Helga Petri-Basaran, Walburga Vilem-Weber, Manfred Pawlik, Monika Pawlik, Gerlinde Gröllinger, Katharina Szlezak (Direktorin der Ausstellungsbrücke) und c(Kulturabteilung der NÖ Landesregierung)

Keramik trifft Malerei. Im Dezember werden auf der Ausstellungsbrücke im Regierungsviertel St. Pölten neben Keramiken der niederösterreichischen KünstlerInnen Monika Pawlik und Walburga Vilem-Weber malerische Werke von Ernst Exinger, Gerlinde Gröllinger und Helga Petri-Basaran zu sehen sein. Ernst Exinger wird darüber hinaus einige seiner grotesken aus Moltofill geformten Köpfe präsentieren. Die Ausstellung „Drehscheibe – 5 Positionen“ wird bis 15. Jänner 2014 im Landhaus St. Pölten zu sehen sein.

Die Ausstellung spannt einen Bogen über fünf künstlerische Positionen, die sich in den drei architektonisch angedeuteten Räumen der Ausstellungsbrücke entfalten und in Dialog treten. Die gezeigten Arbeiten drehen sich alle um das Thema Figur und Form und eröffnen dem Betrachter unterschiedliche und sehr persönliche Blickwinkel darauf.

Ernst Exinger

Nach seiner Ausbildung zum Raumgestalter und Innenarchitekten in den 1970er Jahren entdeckte der in Kalladorf in Niederösterreich lebende Künstler Ernst Exinger sein Interesse für Aquarellmalerei und Collagen. Sein vielseitiges malerisches Werk

erweiterte er im Laufe der Jahre durch bildhauerische Arbeiten. Von den künstlerischen Möglichkeiten unterschiedlicher Materialien inspiriert und mit diesen experimentierend, entstanden seine charakteristischen Kopfplastiken „Crazy Heads“ – aus der Spachtelmasse Moltofill geformte witzige zuweilen auch groteske Kopfkreation. Seine neuesten Werke zeigen einerseits objekthaften sowie andererseits multimedialen Charakter durch eingearbeitete Licht- und Toninstallationen.

Gerlinde Gröllinger

„Ich habe Lust am Übertreiben, Verzeichnen, Überzeichnen und Verändern. Mich interessiert das Nichtperfekte“, schreibt die in Theiß in Niederösterreich geborene Künstlerin Gerlinde Gröllinger. Der Mensch steht in ihren Arbeiten im Mittelpunkt. Die Bilder entstehen vor dem Modell und setzen sich aus schnell gezeichnete Bewegungen oder Detailstudien zusammen. Sie sind gezeichnet, gemalt oder gewischt vorwiegend mit den Materialien Tusche, Acryl und Kreide.

Monika Pawlik

Die keramischen Plastiken der in Sonnbach in Niederösterreich lebenden Künstlerin Monika Pawlik können als märchenhafte

Schöpfungen betrachtet werden, die Menschliches, Tragisches, Heiteres zeigen und durchaus auch Sinnbilder für Unergründetes darstellen: Es gibt Tierserien, Zungenzeiger, verdrehte Männer und Frauen, Familien mit außerirdischen Kindern, wirrköpfige Väter, Köllamauna, Köpfe, Zwischenwesen und vieles mehr. In Ton und Stein durch Zu- und Wegnehmen, durch Form und Verdichtung, durch die inhärenten Qualitäten des verwendeten Materials, durch das Einbeziehen von Licht und Schatten, durch Glätten und Zerklüften entstehen biomorphe Skulpturen von unterschiedlichem Abstraktionsgrad, die den Schauenden zur Kontaktaufnahme einladen, fast zwingen.

Helga Petri-Basaran

Im Anschluß an ihre Lehrtätigkeit im Bereich bildnerische Erziehung an Oberstufengymnasien in Frankfurt am Main entwickelte die in Mödling bei Wien und im Burgenland tätige Malerin Helga Petri-Basaran unter professioneller Anleitung eine besondere Neigung zur abstrakten Malerei. Bevorzugtes Medium ist die abstrakte Acrylmalerei, die ihr eine einzigartige Freiheit im kreativen Umgang mit Formen, Farben und deren Konsistenzen ermöglicht. Die Künstlerin be-

Kultur



Foto: Wolfgang Mayer.

Monika Pawlik und Katharina Szlezak



Foto: Land Niederösterreich/Silvia Fembek

Walburga Vilem-Weber und Josef Ortmann (Weingut Ortmann)



Foto: Wolfgang Mayer.

Ernst Exinger und Marianne Schiel



Foto: Land Niederösterreich/Silvia Fembek

Helga Petri-Basaran und Hermann Dikowitsch



Foto: Land Niederösterreich/Silvia Fembek

Besucherinnen der Vernissage in der Ausstellungsbrücke



Foto: Land Niederösterreich/Silvia Fembek

Gerlinde Gröllinger und Manfred Pawlik

wegt sich an der Grenze zwischen figurativer Malerei und Abstraktion. Mit großem Gespür für Farbe und Form gestaltet Helga Petri-Basaran fein nuancierte Farbwelten, die Figuration zwar zulassen aber nicht zwingend notwendig machen.

Walburga Vilem-Weber

Die in Stockerau lebende und arbeitende Keramikkünstlerin Walburga Vilem-Weber hat sich ganz der Arbeit mit Ton verschrieben. In Ihren Arbeiten gibt die Form den Ton an. „Wenn ich mit Ton eine Symbiose eingehen, mit ihm arbeite, dann ist es mein Wunsch

dem Ton, wenn er im Brand gefestigt ist, immer noch die Möglichkeit offen zu halten, in Bewegung zu bleiben“, schreibt die Künstlerin. Die in der Ausstellung zu sehenden Oloide bringen diesen Anspruch sehr eindrücklich zum Ausdruck.

Die Ausstellungsbrücke

Seit über zehn Jahren werden auf der Ausstellungsbrücke im Landhaus St. Pölten KünstlerInnen aus Niederösterreich sowie Werke mit Niederösterreich-Bezug präsentiert. In den themenbezogenen Ausstellungen findet bildende Kunst in all ihren Er-

scheinungsformen Platz, wodurch die Vielfalt des aktuellen Kunstschaffens in ganz Niederösterreich und das vorhandene Kreativitätspotential sichtbar wird. Als Plattform für zeitgenössische KünstlerInnen, grenzüberschreitende Ausstellungsprojekte sowie sozial motivierte oder der Talentförderung dienende Kunstinitiativen hat die Ausstellungsbrücke in den letzten Jahren einen würdigen Platz in der niederösterreichischen Galerienlandschaft eingenommen und ist ein beliebter Treffpunkt für ansprechende künstlerische Begegnungen. ■

http://www.noel.gv.at/Kultur-Freizeit/Kunst-Kultur/Museen-Ausstellungen/a_m_ausstellungsbruecke.html

Neujahrskonzert 2014

live im ORF: Michael Beyer setzt Wiener Philharmoniker und Wiener Staatsballett in Szene



Foto: ORF/All Schaffner

Nach seinem großen Erfolg 2009 wurde Daniel Barenboim von den Wiener Philharmonikern eingeladen, das traditionelle Neujahrskonzert, im Wiener Musikverein die musikalische Grußbotschaft Österreichs zum zweiten Mal zu dirigieren.

Am 1. Jänner 2014, um 11.15 Uhr live im ORF 2 und Ö1, überträgt der ORF – zum 56. Mal in seiner Geschichte – das traditionelle „Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker“ aus dem Goldenen Saal des Wiener Musikvereins. In bester HD-Qualität und mit Dolby Digital 5.1.-Sound geht die – zum zweiten Mal von Daniel Barenboim dirigierte – musikalische Grußbotschaft Österreichs um die ganze Welt. Die Vorbereitungen des ORF zur anspruchsvollen TV-Übertragung des hochkarätigen Konzertevents, der mittlerweile mehr als 80 Länder erreicht, laufen auf Hochtouren. Für die Bildregie zeichnet heuer erstmals Michael Beyer verantwortlich. Somit ist der vom ORF bereits vielfach eingesetzte Regisseur, der bisher u. a. schon beim „Sommernachtskonzert“ der Wiener Philharmoniker sowie mehrfach bei den Neujahrskonzertballetten für brillante

ORF-Bilder sorgte, erstmals für das gesamte Regiekonzept zuständig. Die beiden Balletteinlagen zum diesjährigen Konzert wurden bereits im September aufgezeichnet.

Beyer: »Ein Ritterschlag!« und »Keine Angst vor Live-Situationen«

„Natürlich freue ich mich sehr, nach mehrfacher Zusammenarbeit mit dem ORF und den Wiener Philharmonikern nun erstmals beim Neujahrskonzert die Bildregie zu übernehmen“, sagt Michael Beyer. „Aufgrund der hohen Aufmerksamkeit und des festlichen Anlasses ist das natürlich eine besondere Herausforderung! Für jeden Bildregisseur ist das Neujahrskonzert gewissermaßen ein Ritterschlag“, so Beyer. Die Live-Situation macht den in Celle geborenen Deutschen überhaupt nicht nervös: „Da ich selbst von der Musik und vom Theater kom-

me, bin ich sehr vertraut damit. Ich habe keine Angst vor Live-Situationen. Im Gegenteil: Positive Motivation des Teams und das Adrenalin sorgen dafür, daß jeder sein Bestes gibt. Diese Spannung ist bei Aufzeichnungen, die anschließend bearbeitet werden können, fast nicht herzustellen“, schildert der auch international vielbeschäftigte Bildkünstler.

16 Kameras und neue Blickwinkel, aber: »Technik nicht im Vordergrund«

Insgesamt 16 Kameras setzt Beyer beim „Neujahrskonzert 2014“ ein, darunter zwei Schienenkameras (eine davon erstmals über dem Stehplatzraum mit Blick durch die Säulenreihe auf die Bühne), drei Tower-Cams auf der Bühne und der Galerie sowie eine Mini-Remote-Kamera auf der Bühne, die speziell den Dirigenten ins Bild rückt. Diese



Foto: ORF/Ali Schaffler

Dirigent Daniel Barenboim (Archivbild aus 2009)

Effektkameras ermöglichen wieder neue Blickwinkel im Konzertsaal. „Natürlich ist es schwer, nach zahlreichen Neujahrskonzerten im gleichen Saal noch vollkommen neue Kamerapositionen zu „erfinden“, erzählt Beyer. „Uns ist es aber diesmal gelungen, ein paar neue Akzente zu setzen. Es gibt zwei Positionsvarianten heuer, dazu ein neues Konzept für eine bewegliche Kamera auf einer Schiene im Bereich Stehparterre. Zu viel möchte ich natürlich nicht verraten. Zudem hoffe ich, daß die Technik sich nicht in den Vordergrund spielt, sondern immer nur dazu beiträgt, die Musik und die Inter-

preten bestmöglich zu präsentieren“, so Beyer.

Laufende Überprüfung und Verbesserung des Kamerakonzepts

Die Vorbereitungen auf den großen Tag bedeutet das für Beyer „viel Schreibtischarbeit an der Partitur, weil jede Kameraeinstellung im Vorfeld genau geplant wird. Aber wichtiger für mich ist die erste Phase der Vorbereitung im September/Oktober, in der ich die Musik ohne Noten vor den Augen höre, um ein Gefühl für die Atmosphären zu bekommen. Besonders gern mache ich das

beim Spazierengehen oder im Fitnessstudio.“ Sehr wichtig sind für den „Herrn der Bilder“ die Begehungen im Musikverein, bei denen die Kamerapositionen festgelegt werden. „Die erste dieser Begehungen fand bereits am 1. Mai statt“, erinnert sich Beyer. „Natürlich wird das erarbeitete Konzept in den Proben ab dem 26. Dezember überprüft und ständig korrigiert, ergänzt und verbessert.“

Zwei aufgezeichnete Balletteinlagen

Bereits im Kasten ist die von Beyer inszenierte Ballettproduktion zum Neujahrskonzert 2014. Ende September wurden die Dreharbeiten zu den beiden zaubernden Tanzeinlagen des Wiener Staatsballetts im glanzvollen Ambiente des neu renovierten Stadtpalais Liechtenstein abgeschlossen. Nach seiner erfolgreichen Premiere 2013 zeichnet erneut der britische Choreograph Ashley Page für die tänzerische Gestaltung der beiden Einlagen – dem Walzer „Die Romantiker“ von Joseph Lanner und der Polka „Pizzicati“ aus dem Ballett „Sylvia“ von Léo Delibes – verantwortlich. Für die exzeptionellen Kostümkreationen konnte keine Geringere als die weltbekannte englische Modeschöpferin und Stilikone Vivienne Westwood gewonnen werden. Das Haus Westwood hat den Walzer-Roben eine elegante Note und den Polka-Kostümen einen witzig-frechen Touch verliehen und so eine kongeniale Einheit mit dem klassisch-britischen Tanzstil des Choreographen Page geschaffen.



Foto: ORF/Günther Pichlikostner

Das Stadtpalais Liechtenstein, das nach umfassenden Renovierungsarbeiten wieder in all seiner Pracht erstrahlt, ist Schauplatz für die Balletteinlagen des Wiener Staatsballetts.

Überraschungstänzer beim Live- »Donauwalzer« im Musikverein

Beim live getanzten Wiener Walzer „An der schönen blauen Donau“ wird es am Neujahrstag eine besondere Überraschung geben: Die beiden österreichischen Weltklasse-Profitänzer und Heeressportler Kathrin Menzinger und Vadim Garbuzov werden mit einer kunstvollen Variante des Wienerischsten aller Gesellschaftstänze elegant durch den Musikverein schweben. Das auch im Privatleben liierte Tänzerpaar ist im Turnier- und Showtanz aktiv und konnte bisher zahlreiche Erfolge bei Staats- und Weltmeisterschaften im Latein- und Standardfach verbuchen. Erst dieses Jahr war das Paar bei gleich zwei Weltmeisterschaften im Finale vertreten und vor knapp einem Monat gingen die beiden mit einem „Donauwalzer“ siegreich aus der Wiener-Walzer-Konkurrenz der „Austrian Open Championships“ hervor. Einem breiten TV-Publikum bekannt wurden der 26jährige in der Ukraine geborene Österreicher und die 25jährige Niederösterreicherin aus Franzensdorf durch das ORF-Erfolgsformat „Dancing Stars“, in dem sie drei Staffeln hindurch, von 2011 bis 2013, die Promis übers Parkett wirbelten. Auch sie werden für ihren Auftritt beim Neujahrskonzert 2014 in elegante Tanzroben der Marke Westwood gehüllt.

„Es ist eine große Ehre für uns, beim Neujahrskonzert für ein weltweites Millionenpublikum zu tanzen. Wir freuen uns sehr über diese neue Möglichkeit und hoffen, den wunderschönen Klängen von Johann Strauß’ „An der schönen blauen Donau“ mit unserem Wiener Walzer gerecht zu werden“, sagen Menzinger und Garbuzov. Mitte Dezember tanzte das Paar in Italien seine letzte Weltmeisterschaft für dieses Jahr, danach haben die beiden sich intensiv mit der Musik und mit einer perfekt dazu passenden Choreographie auseinandergesetzt: „Nervös sind wir im Moment noch nicht, aber wir bezweifeln, daß wir in der Silvesternacht viel schlafen werden – und das wird ausnahmsweise mal nicht am Feiern liegen! Wir können uns wirklich keinen schöneren Start ins neue Jahr vorstellen und freuen uns auf eine unvergeßliche Zeit gemeinsam mit einem tollen Team!“

»Backstage«: ORF-»Pausenfilm« blickt hinter die Kulissen

Der traditionelle ORF-Film in der Konzertpause, um circa 11.50 Uhr, kommt diesmal von Felix Breisach: Unter dem bezeichnenden Titel „Backstage“ wirft der Filme-



Foto: ORF/Günther Pichlkostner

Die große Sensation des Neujahrskonzertes 2014 ist die Kostümbildnerin für die Wiener Tänzer. Keine Geringere als Vivienne Westwood konnte für die fantasievollen Kreationen gewonnen werden.

macher einen Blick hinter die Kulissen des weltweit erfolgreichsten Klassik-Events. Über fast ein Jahr erstrecken sich die Vorbereitungen dazu: Breisach verfolgte mit der Kamera u. a. die Arbeit an den Kostümen, die ersten Proben des Orchesters sowie die Produktion der beiden Ballette im einzigartigen Stadtpalais Liechtenstein. Der Film zeigt den enormen Einsatz der ORF-Technik und auch den großen Arbeitsaufwand, der nötig ist, um den Musikverein mit der Blumenpracht zu schmücken. Die rund 25minütige Produktion ist ganz aktuell und wird daher erst letzter Minute vor der Live-Übertragung des „Neujahrskonzerts der Wiener Philharmoniker“ fertiggestellt.

ORF-Auftaktprogramm am Neujahrstag

Durch das Programm der ORF-Neujahrskonzertübertragung führt auch am 1. Jänner 2014 wieder Barbara Rett. Zum Auftakt der Neujahrskonzert-„matinee“ in ORF 2 stehen das Dirigentenporträt „Wege zur Musik mit Daniel Barenboim“ und die ebenfalls von Felix Breisach gestaltete Dokumentation „Goldene Klänge – Der Musikverein Wien“ auf dem ORF-Spielplan. Bereits am 29. Dezember stimmt die „matinee“ mit „Vivienne Westwood – Do it yourself“, einem Porträt der Designerin der diesjährigen Kostüme für die Ballett- und Tanzeinlagen, auf das „Konzert der Konzerte“ ein. ■

Alle Termine finden Sie hier: <http://orf.at>

Ein Fest der Musik im Jubiläumsjahr

20 Jahre Musikfestival Steyr. 20 Tage Programm

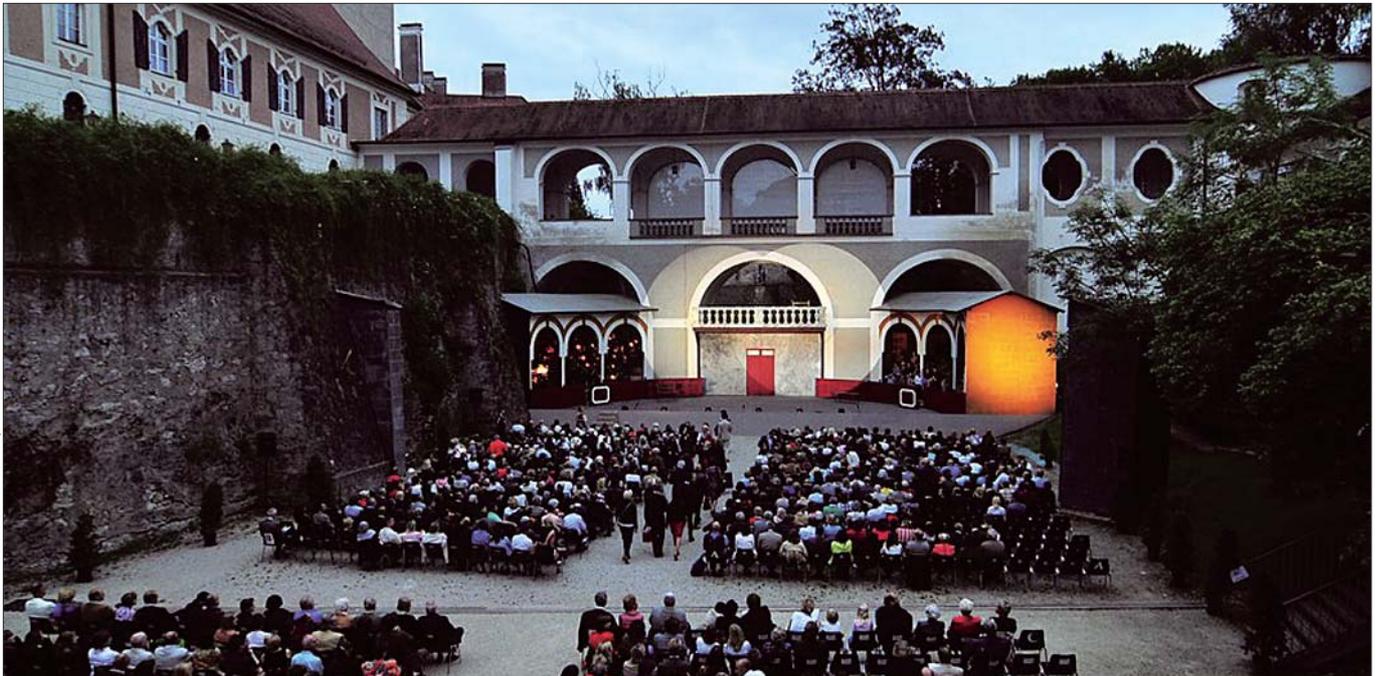


Foto: Verein Musikfestival Steyr

»Die Fledermaus« von Johann Strauß zum 20jährigen Jubiläum des Open Air im Schloßgraben von Schloß Lamberg in Steyr.

Grund zum Feiern für das Musikfestival Steyr: Der 20. Geburtstag wird als großes Fest der Musik begangen. Mit Johann Strauss' „Die Fledermaus“ Open Air im Schloßgraben von Schloß Lamberg steht ein echtes Jubiläumsstück auf dem Programm. Außerdem ein Musical-Puzzle mit den Highlights aus 20 Jahren Musikfestival Steyr im Alten Theater.

Der eben erst mit dem silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnete Intendant Konsul Karl-Michael Ebner freut sich, daß „sein“ Musikfestival zum fixen Bestandteil des oberösterreichischen Kulturkalenders geworden ist: „Eine schöne Entwicklung. Vor 20 Jahren stellte ich mich der reizvollen Herausforderung, in Steyr etwas Neues zu initiieren. Heute bin ich stolz darauf, daß nächsten Sommer zum 20. Mal Publikum, Künstler und Mitarbeiter zusammen kommen und gemeinsam ein Stück Kultur schaffen“, so Ebner.

„Die ganze Stadt feiert ein Fest der Musik“ ist das zentrale Thema im Programm 2014. Vom 22. Juli bis 10. August 2014 wird das Jubiläum „20 Jahre Musikfestival Steyr“ 20 Tage lang mit viel Musik in der Stadt zelebriert.

Den Anfang macht am 22. Juli 2014 eine imposante Lichtshow am Stadtplatz Steyr, bevor am 24. Juli 2014 „Die Fledermaus“ Open Air im Schloßgraben von Schloß Lamberg Premiere feiert. Weitere Vorstellungen des beliebten Johann Strauss-Werkes gibt es am 26.7., vom 31.7. bis 2.8. und vom 7.8. bis 9.8. Die klassische Inszenierung wird anlässlich des Jubiläums exklusiv für die Aufführungen beim Musikfestival in ein neues musikalisches Kleid gepackt. Regie führt Susanne Sommer, in den Hauptrollen kann man Beate Ritter, Martina Dorak, Alois Mühlbacher, Josef Luftensteiner, Gernot Kranner, Daniel Serafin sowie den ein oder anderen Überraschungsgast in der Rolle des „Frosch“ (Gerichtsdienstler) sehen. Vor Beginn der Aufführungen wird im Schloßpark von Schloß Lamberg mit Champagner, Sekt und Canapées – ganz wie im Stück – auf einen beschwingten Abend angestoßen.

Etwas ganz Besonderes erwartet Musicalfreunde im Alten Theater Steyr. Am 30.7., 3.8., 6.8. und 10.8. läßt man im Rahmen einer Musical Gala die Highlights aus 20 Jahren Musikfestival Steyr Revue passieren. Ein Streifzug durch jene Musicalproduktionen, die zwischen 1995 und 2013 im Rahmen des

Musikfestival Steyr aufgeführt wurden. Gernot Kranner führt durch den Abend und präsentiert eine geballte Ladung Musical-Hits.

Eine Rechtzeitige Reservierung von Karten ist empfohlen.

Für Kinder und Jugendliche, die Kulturbegeisterten von morgen, wird es auch diesmal wieder ein spannendes Programm geben. Zunächst können 10- bis 14jährige im Rahmen eines Theaterworkshops ihr Talent auf der Bühne ausprobieren. Angelehnt an die Hauptproduktion „Die Fledermaus“ wird Pili Cela von 14.7.-19.7. mit den TeilnehmerInnen die „Mini-Fledermaus“ erarbeiten und am 19.7. in einer Vorstellung im Alten Theater aufführen. Das Märchenmusical „Florian, das Glückskind“, frei nach „Der kleine Prinz“ von Saint-Exupéry, steht von 25.7.-27.7. ebenfalls im Alten Theater auf dem Programm und zählt zu den besten Kindertheaterstücken.

Abgerundet wird das umfassende Musikangebot mit der erfolgreichen Reihe „Kino unter Sternenhimmel“ in Kooperation mit Citykino Steyr und einem Schwerpunkt auf Filmen rund um das Thema Musik. ■

<http://www.musikfestivalsteyr.at>

Filmpreis 2014 in Grafenegg

Die Nominierungen in 14 Kategorien wurden im Rahmen einer Pressekonferenz der Akademie des Österreichischen Films für den Österreichischen Filmpreis 2014 bekanntgegeben. Er wird im Jänner erstmals in Grafenegg verliehen werden.



Foto: Akademie des Österreichischen Films / Markus Newald

v.l.: Heinrich Mis (Film- und Serienchef des ORF), Andrea Ecker (Leiterin der Sektion V im Unterrichtsministerium), Martin Eichtinger (Sektion V - Kulturpolitische Sektion im Außenministerium), Erwin Pröll (Landeshauptmann von Niederösterreich), Ursula Strauss (Präsidentin der Akademie des Österreichischen Films), Reinhold Mitterlehner (Wirtschaftsminister), Marlene Ropac (Geschäftsführerin der Akademie des Österreichischen Films) und Markus Schleinzer (Verband Filmregie Österreich)

Am 22. Jänner 2014 wird die vierte Verleihung des Österreichischen Filmpreises stattfinden, erstmals wird die Gala in Niederösterreich – im Auditorium in Grafenegg – über die Bühne gehen. Jüngst wurden im Zuge einer Pressekonferenz in Wien die Nominierungen für die Filmpreisverleihung bekannt gegeben.

54 Filme wurden eingereicht. Über 280 wahlberechtigte Mitglieder der Akademie gaben ihr Votum für die Nominierungen ab. Nun stehen die Nominierungen für den 4. Österreichischen Filmpreis fest, der in 14 Kategorien vergeben wird. Pro Kategorie gibt es drei Nominierungen von abendfüllenden österreichischen Spiel- und Dokumentarfilmen mit Kinostart zwischen Oktober 2012 bis November 2013. Die Minister Josef Ostermayer und Reinhold Mitterlehner, der Nie-

derösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll und der Leiter der Kulturpolitischen Sektion im Außenministerium Martin Eichtinger unterstrichen einmal mehr die Wichtigkeit des Engagements für den österreichischen Film im In- und Ausland. Sie treten ein für dessen substantielle Förderung und unterstützen den Österreichischen Filmpreis.

Der bekannte Regisseur Stefan Ruzowitzky, neuer Präsident der Akademie des Österreichischen Films, freut sich, daß die bestehenden Fördertöpfe wie der des ÖFI merklich aufgestockt wurden und daß mit der FISA eine völlig neue Förderinstitution geschaffen wurde. Er merkte aber auch an, daß es im Bereich der Landesförderungen noch gut zu tun gebe.

Am 22. Jänner findet dann die Verleihung des Österreichischen Filmpreises erstmals

auf Einladung des Niederösterreichischen Landeshauptmanns Erwin Pröll in Grafenegg statt. Die Preisverleihung wird wie jedes Jahr ehrenamtlich von Akademie-Vorständen, Nominierten bzw. PreisträgerInnen der Vorjahre gestaltet. Die treppenförmigen Preis-skulpturen stammen von Valie Export. Die Kooperation mit dem Außenministerium wird 2014 fortgesetzt. Die erfolgreiche Kurzfilmschau in österreichischen Botschaften, Kulturforen und Generalkonsulaten geht auch 2014 wieder auf Tournee.

„Ich freue mich, daß mit der Akademie ein starker Partner für den österreichischen Film aktiv ist und daß der ORF mit einer jungen und beweglichen Institution einen zukunfts-trächtigen Diskurs und eine befruchtende Zusammenarbeit intensivieren kann“, so ORF-Fernsehdirektorin Kathrin Zechner.

Film

Die Medienpartnerschaft mit ORF und ORF III konnte weiter vertieft und ausgebaut werden. So wird die Verleihung des Österreichischen Filmpreises prominent und adäquat begleitet mit Sondersendungen und Schwerpunkten. Es wird am 23. Jänner 2014 wieder eine „Lange Nacht des Österreichischen Films“ geben. ORF III plant u.a. ein „Kultur Heute Spezial“ und einen Live-Einstieg.

Bester Kurzfilm

Zum zweiten Mal wird der Österreichische Filmpreis 2014 in der Kategorie „Bester Kurzfilm“ verliehen. Für das Auswahlverfahren sind österreichische Kurzfilme mit einer Länge bis zu 60 Minuten zugelassen, die im vergangenen Jahr bereits maßgebliche Festival- Auszeichnung erhalten haben. 17 Kurzfilme konnten sich heuer so qualifizieren. Das Auswahlverfahren wird in Kooperation mit VIS Vienna Independent Short und Shortynale Kurzfilmfestival Klosterneuburg durchgeführt.

Die neue Preiskategorie „Bester Kurzfilm“ wurde von Branche, Medien und Publikum gleichermaßen begrüßt und initiierte in Folge weitere Aktivitäten und Veranstaltungen der Akademie im In- und Ausland.

Die »Österreichische Kurzfilmschau« auf Auslandsreise

„Anlässlich eines Treffens mit Karl Markovics (ehemaliger Präsident der Akademie des Österreichischen Films, Anm.) entstand die spontane Idee, eine Auswahl hervorragender österreichischer Kurzfilme durch unser Auslandsnetzwerk präsentieren zu lassen“, sagte Martin Eichtinger (Leiter der Kulturpolitischen Sektion im Außenministerium) anlässlich des Pressegesprächs. „Aus dieser spontanen Idee entstand ein wunderbares gemeinsames Projekt. Seit nunmehr einem Jahr befinden sich die Filme der ‚Österreichischen Kurzfilmschau‘ auf Auslandsreise und eroberten bisher Destinationen und Herzen in Spanien, Rußland, Rumänien, Litauen, Tschechien, Ukraine, Kroatien, Kenia und Ungarn und wandern Ende des Jahres noch weiter in die Türkei.“

Es freue ihn besonders, „daß die Kooperation der Akademie des Österreichischen Films und des Außenministeriums fortgeführt wird und die ‚Österreichische Kurzfilmschau 2013/2014‘ im nächsten Jahr mit einer Auswahl hervorragender Kurzfilme auf internationale Tournee gehen wird. Die Vielfalt der Kurzfilme ermöglicht einen zusätzlichen Blick auf den Reichtum des österreichischen



v.l.: Sektionschef Martin Eichtinger (BMeia), Sektionschefin Andrea Ecker (BMUKK) und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner



v.l.: Landeshauptmann Erwin Pröll und die Präsidentin/der Präsident der Akademie des Österreichischen Films Ursula Strauss und Stefan Ruzowitzky



Generaldirektor Günter Geyer (l.) und Kanzleramtminister Josef Ostermayer

Foto: Akademie des Österreichischen Films / Markus Newald

Film

Filmschaffens aber auch einen Ausblick auf das künftige Schaffen unserer jungen Talente, denen wir hiermit eine weitere Plattform bieten möchten. Ein herzliches Dankeschön an die Akademie des Österreichischen Films für die Realisierung dieses gemeinsamen Projektes“, so Eichtinger.

Die Akademie des Österreichischen Films

Die im Jahr 2009 gegründete Akademie des Österreichischen Films hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Leistungen der heimischen Filmbranche zu fördern und entsprechend zu würdigen, sowie deren Anliegen zu kommunizieren und mitzutragen. Sie stand seit 2010 unter der Präsidentschaft von Barbara Albert und Karl Markovics. Seit Oktober 2013 haben Ursula Strauss und Stefan Ruzowitzky diese Aufgaben übernommen. Die Akademie hat aktuell mehr als 330 Mitglieder.

Der von der Akademie geschaffene und im Jänner 2011 erstmals im Odeon verliehene neue Österreichische Filmpreis präsentiert die Leistungen der heimischen Filmbranche. Die Verleihung 2012 fand in den Rosenhügelstudios und die dritte Verleihung 2013 fand im Wiener Rathaus statt. Neue Veranstaltungsformate der Akademie des Österreichischen Films sind die Plattform Österreichischer Kinofilm und das Forum der Akademie des Österreichischen Films.

Unterstützt wird die Akademie des Österreichischen Films von Unterrichts-, Wirtschaftsministerium, ÖFI, FISA, Niederösterreich Kultur, der Stadt Wien, der WKO/F&MA der Wirtschaftskammer Wien und durch ihre Mitglieder sowie Sponsoren und Sachsporen.

Besonderes Anliegen Niederösterreichs

Es sei für ihn eine besondere Freude, daß die Verleihung des vierten Österreichischen Filmpreises in Niederösterreich stattfinden werde, sagte Landeshauptmann Erwin Pröll im Zuge des Pressegesprächs. Die Förderung der Film- und Kinokultur sei dem Land Niederösterreich ein besonderes Anliegen, denn diese Förderung habe „sowohl eine kulturpolitische als auch eine regionalpolitische Facette“, betonte er: „Ein Förder-Euro verzinst sich dreifach.“

Das kulturfreundliche Klima in Niederösterreich habe auch dazu geführt, „daß in den letzten Jahren viele Künstlerinnen und Künstler Niederösterreich als ihre Heimat gewählt haben“, so Pröll: „Dadurch wurde auch das kulturpolitische Profil unseres Lan-

des geschärft.“ Daß die Verleihung des Filmpreises nun in Grafenegg stattfinden werde, werde auch dazu beitragen, daß „der Kulturstandort Grafenegg weit über die Grenzen

unseres Landes hinaus“ präsentiert werden könne, meinte Pröll abschließend. ■

<http://www.oesterreichische-filmakademie.at>
<http://www.bmeia.gv.at/ausssenministerium/ausssenpolitik/auslandskultur.html>

Die Nominierungen

Bester Spielfilm

Deine Schönheit ist nichts wert

P: Danny Krausz, Kurt Stocker, Milan Dor, Hüseyin Tabak; R: Hüseyin Tabak
Oktober November

P: Antonin Svoboda, Martin Gschlacht, Bruno Wagner, Götz Spielmann;
R: Götz Spielmann

Soldate Jeannette

P: Katharina Posch, Daniel Hoesl, Gerald Kerkletz; R: Daniel Hoesl

Bester Dokumentarfilm

Die 727 Tage ohne Karamo

P: Alexander Dumreicher-Ivanceanu, Bady Minck; R: Anja Salomonowitz

Alphabet

P: Mathias Forberg, Viktoria Salcher, Peter Rommel; R: Erwin Wagenhofer

Meine keine Familie

P: Oliver Neumann, Sabine Moser;
R: Paul-Julien Robert

Bester Kurzfilm

Erdbeerland

Florian Pochlatko

Spitzendeckchen

Dominik Hartl

Trespass

Paul Wenninger

Beste weibliche Darstellerin

Maria Hofstätter: Paradies:Glaube

Natalie Press: Where I Belong

Ursula Strauss: Oktober November

Bester männlicher Darsteller

Klaus Maria Brandauer: The Strange Case of Wilhelm Reich

Gerhard Liebmann: Blutgletscher

Abdulkadir Tuncer: Deine Schönheit ist nichts wert

Beste Regie

Katharina Mückstein: Talea

Götz Spielmann: Oktober November

Hüseyin Tabak: Deine Schönheit ist nichts wert

Bestes Drehbuch

Selina Gnos, Katharina Mückstein, Talea

Daniel Hoesl: Soldate Jeannette

Hüseyin Tabak: Deine Schönheit ist nichts wert

Beste Kamera

Martin Gschlacht: Oktober November

Jerzy Palacz: Shirley – Visions of Reality

Martin Putz: Die 727 Tage ohne Karamo

Bestes Kostümbild

Julia Cepp: Shirley – Visions of Reality

Tanja Hausner: The Strange Case of Wilhelm Reich

Natalie Humphries: Where I belong

Beste Maske

Sam Dopona: The Strange Case of Wilhelm Reich

Michaela Haag: Shirley – Visions of Reality

Susanne Weichesmiller, Roman Brauhofner: Blutgletscher

Beste Musik

Christian Fennesz, David Sylvian:

Shirley – Visions of Reality

Bernd Jungmair, Stefan Jungmair:

The Strange Case of Wilhelm Reich

Judit Varga: Deine Schönheit ist nichts wert

Bester Schnitt

Emily Artmann: Population Boom

Oliver Neumann: Meine keine Familie

Daniel Prochaska: Blutgletscher

Bestes Szenenbild

Gustav Deutsch, Hanna Schimek:

Shirley – Visions of Reality

Christoph Kanter: Ludwig II.

Katharina Wöppermann: The Strange Case of Wilhelm Reich

Beste Tongestaltung

Hjalti Bager-Jonathansson, Veronika

Hlawatsch, Alexander Koller:

Die 727 Tage ohne Karamo

Heinz K. Ebner, Bernhard Bamberger,

Bernhard Maisch: Oktober November

Dietmar Zuson, Nils Kirchhoff, Philipp

Kemptner, Bernhard Maisch:

Blutgletscher

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **72. Folge** portraitiert er

Paul L. Stein

Regisseur

Paul Ludwig Stein, am 4. Februar 1892 als Sohn des in Österreich und Deutschland sehr bekannten Schauspielers Emil Stein in Wien geboren, war damit komödiantisch vorgeprägt. Er machte sich nach dramatischem Unterricht in jungen Jahren durch Vermittlung des Vaters als Reinhardt-Schauspieler in komischen Charakterrollen in Shakespeare-Stücken in Berlin und am Deutschen Volkstheater Wien einen Namen. Stein kam bei Sascha-Meißner 1910 oder 1912 mit dem Film in Berührung, 1915 stand er in Berlin in Ernst Lubitschs zweiaktigen Lustspiel „Zucker und Zimmt“*) erstmals vor einer Filmkamera, die endgültige Hinwendung zum Medium erfolgte jedoch erst 1918. Aus seiner mehr als 25 Titel umfassenden Regie-tätigkeit bei der österreichischen Filmag, der eigenen und sonstigen Produktionsgesellschaften in Berlin, Dea, Leitner-, Goron-, Trianon- und Davidson-Film, weitgehend aber bei der Projektions-AG Union

*) Damalige Schreibweise



Paul L. Stein



Fotos: Archiv Rudolf Ulrich

Poster zu »A Woman Commands«, Pola Negris letzter Film in den USA vor ihrer Rückkehr nach Deutschland

(PAGU), zählen der Pola-Negri-Film „Das Martyrium“, zu dem er auch das Drehbuch schrieb sowie ein weiterer mit der Schauspielerin, „Arme Violetta“ (beide 1920), der in den USA unter dem Titel „The Red Peacock“ lief, zu seinen memorablen Inszenierungen.

1926 verpflichtete ihn Warner Bros. nach Hollywood, wo er später auch für Pathé und andere Studios eine Reihe erfolgreicher und unterhaltsamer Filme schuf, sentimentale Romanzen, oft aus weiblicher Perspektive erzählte oder auf Theaterstücke von Edwin Burke und Franz Molnár zurückgehende Themen. Die ersten Arbeiten, „My Official Wife“ (1926), „Don't Tell the Wife“ (1927), „The Forbidden Woman“ (1927) oder „Man-Made Women“ (1928) waren noch im Bereich der „silents“ angesiedelt, die ersten „talkies“, beginnend mit der Komödie „Show Folks“ 1928, beinhalteten nur minutenweise Dialoge oder lediglich Sound Effekte, meist am Ende des Films. Die Verfilmung von Edwin Burkes Theaterstück „This Thing Called Love“ (1929) war Steins erster voller Sprechfilm, der auch bereits eine dreiminütige Farbsequenz enthielt.

Fast alle Streifen waren mit Darstellern wie Irene Rich, Constance Bennett, Lillian Gish, Jeanette MacDonald, Edmund Lowe und Joel McCrea in den Hauptrollen prominent besetzt. 1929 wirkte Stein (uncredited) am Drehbuch des Stroheim-Films „Queen Kelly“ mit, der aufgrund verschiedener Umstände erst 1932 und nur in Europa in die Kinos kam. Für Steins vorletzte Hollywood-Regie 1932, „A Woman Commands“ (in D: „Um eine Fürstenkrone“, in Ö: „Maria Draga –

Serie »Österreicher in Hollywood«



Regiebesprechung zur RKO-Produktion »A Woman Commands« von 1932. (v.l.) Hauptdarstellerin Pola Negri in ihrer Rolle als Maria Draga, Reginald Owen, Paul L. Stein und Roland Young.

Das Drama einer unglücklichen Königin“), wofür RKO Radio reichlich Mittel investierte, stand ihm neben den Hauptdarstellern Roland Young und Basil Rathbone seine frühere Stummfilmpartnerin Pola Negri als „leading lady“ zur Verfügung. Die New-York-Premiere der auf dem Balkan spielenden Produktion verlief als Gala-Abend in Anwesenheit des Bürgermeisters der Stadt Jimmy Walker und vieler Kinostars der damaligen Zeit im großen gesellschaftlichen Rahmen.

Stein war ein routinierter und sehr geschätzter Inszenator, prädestiniert für Filme mit würdevollem Touch und kommerzieller Zielrichtung. Die Atmosphäre in Kalifornien sagte ihm jedoch nicht zu, 1933 kehrte „Lulu“ nach Wien zurück, übersiedelte aber anschließend nach England.

Im Rahmen eines Kontrakts mit British International Pictures (BIP) und nach deren Erwerbung von British Pathé mit der neu benannten Associated British Picture Corporation (ABPC), bei einigen unabhängigen Herstellern, zuletzt bei British National Films, drehte Stein Musicals, sowie Sentimental-, Abenteuer- und Kriminalfilme, teils für den US-Markt: „Blossom Time“ (1934, ein Schubert-Thema) und „Heart’s Desire“ (1935), in denen er den Tenor Richard Tauber herausstellte, „Mimi“ (1935), die dramatische Version der Puccini-Oper „La Bohème“, dazu Thriller und Dramen, darunter „The Outsider“ (1939), „Twilight Hour“ (1945) und „Lisbon Story“ (1946). Mit „Murder on the Air“ schloß Stein 1950 seine filmische Tätigkeit ab. Der britische war ein neuer, wenn auch vergleichsweise weniger bedeutender Abschnitt in seiner langjährigen internationalen Karriere.

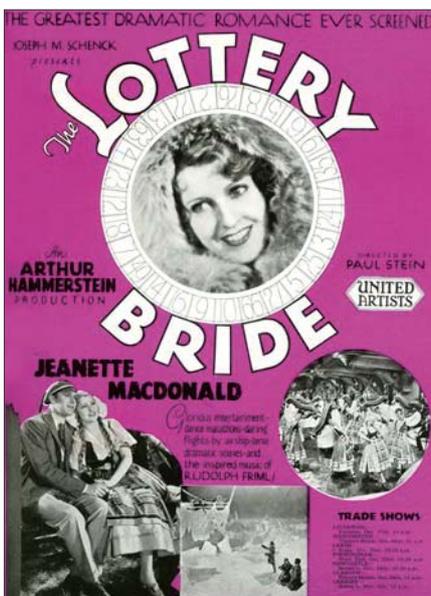
Der Regisseur, dessen „credits“ hauptsächlich auf Paul L. Stein lauteten, ein Veteran der deutsch- und englischsprachigen Filmindustrie, versuchte seine künstlerische Arbeit in der wechselseitigen Befruchtung europäischer und amerikanischer Filmtraditionen weiter zu entwickeln. Sein Schaffen umfaßt insgesamt an die 70 Filmwerke. Paul Ludwig Stein, mit Olga Schröder Devrient

verheiratet, seit 1938 britischer Bürger, starb nach langer schwerer Krankheit am 2. Mai 1951 im Londoner Stadtteil Hornsey. ■

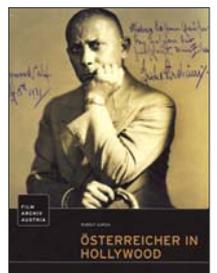
Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.

Rudolf Ulrich
 „Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>



Poster zum Musical »The Lottery Bride« (1930) der United Artists, produziert von Arthur Hammerstein, in dessen Produktionsstab die Österreicher Karl Freund (Kamera Two Color Technicolor), Rudolf Friml (Musik, Songs) und Hugo Riesenfeld (musical director) mitwirkten.



Fotos: Archiv Rudolf Ulrich

Ein Berliner lernt Skifahren

Eigentlich war es nicht geplant, daß der 24jährige Berliner Robert jemals Skifahren lernt. Aber wie das Leben so spielt, brachte das Studium Robert nach Tirol. Und im Herz der Alpen ist man um jene besonders bemüht, die Skifahren lernen wollen oder sich nach vielen Jahren wieder auf die »Brettln« stellen.



Foto: Tirol Werbung / Laurin Moser

Sechs Tiroler Regionen bieten spezielle Pakete für Anfänger und Wiedereinsteiger in den Skisport - Lernerfolge in kurzer Zeit.

Robert Löser kommt aus Ostberlin, ist 24 Jahre alt und hatte bisher mit Skifahren wirklich nichts zu tun. Nach Tirol brachte ihn das Studium. In Innsbruck er derzeit an der Pädagogischen Hochschule. Sein Ziel ist es, zukünftig Kindern mit Lernschwächen und Defiziten auf die Sprünge zu helfen.

Was Robert nicht wußte: In Tirol ist Skifahren mehr als Nationalsport, es ist gelebte Kultur. Im Herz der Alpen wird sehr viel investiert, um Neuanfängern und Wiedereinsteigern die Faszination des Skifahrens näherzubringen. Dazu gehört, daß Skifahren auch im Schulsport eine wichtige Rolle spielt. Kurzum – was Robert nicht wußte: Wer in Tirol ein Lehramt studiert, der muß auch Skifahren können, um dieses Wissen an die Kinder weiterzugeben.

„Wenn ich ganz ehrlich bin, hätte ich es nicht für das Studium gebraucht, ich glaube, ich hätte Skifahren wohl nie probiert“, meint

Robert und denkt an seine Überraschung als es hieß: Eine Woche Skifahren gehört zum Studium!

Die ersten Schritte

Skifahren zu lernen, ist mit modernen Skiern und etwas Anleitung nicht schwer. Und dennoch: Wie bei jedem neuen Sport ist die Aufregung mit dabei. „Mein Puls ging schon das eine oder andere Mal über 180“, gesteht Robert. Begonnen hat der Wahltiroler aus Berlin das Skifahren mit einer Studienkollegin. Ein Versuch, der scheiterte. „Meine Kollegin ist zwar eine erfahrene Skifahrerin, aber sie konnte mir die Technik nicht erklären und war auch zu ungeduldig mit mir“, meint Robert.

Darum kann er jedem nur den Tipp geben, sich in professionelle Hände zu geben. „Ich hatte dann das Glück, professionellen Skiunterricht im Rahmen des Studiums zu

bekommen. Da ist mir dann sehr schnell der Knopf aufgegangen.“

Das richtige Skigebiet

Wichtig war für den Berliner Skianfänger auch, das richtige Skigebiet zu finden. Leichte Pisten, aber dennoch nicht zu flach. Genügend Platz zum Üben und jede Menge Verständnis für Skianfänger. Aber gerade das ist in Tirol kein Problem, denn die Auswahl an Skigebieten, die für Familien, Wiedereinsteiger und Neuanfänger ideal sind, ist groß. „Ich wollte mit meinen 24 Jahren nicht unbedingt am Kinderhang üben“, gesteht Robert. „Auf manchen blauen Pisten habe ich mich am Anfang aber auch noch nicht wohl gefühlt, weil sie mir zu steil erschienen.“

Aber es hat funktioniert. Robert steht heute nach nur einer Wintersaison sicher auf den Skiern und bewältigt selbst rote Pisten mit Bravour. „Es ist ein tolles Gefühl, wenn

ÖJ-Reisetip

du selbst merkst, daß du immer sicherer wirst – und auch schneller. Es macht dann so richtig Spaß, wenn man weiß, wie die Carving-Skier funktionieren und du dich ein wenig in die Kurve legen kannst und merkst: Das funktioniert!“ Nach nur einer Saison freut sich der Wahltiroler aus Berlin jetzt schon auf den kommenden Winter. „Ich möchte unbedingt neue Pisten entdecken, denn es ist schon ein Nervenkitzel, die vielen Möglichkeiten zu erforschen, die Tirol Skifahrern bietet.“

Entspannung pur

Robert hat das Skifahren eine neue Welt eröffnet. „Es ist ein vollkommen neues Naturgefühl“, beschreibt es der Berliner. „Ich stelle mich auf die Brettern, bin mitten in der herrlichen Bergwelt Tirols und schalte vollkommen ab“, meint Robert und ergänzt. „In Berlin war Winter für mich eine furchtbare, kalte, nervige Jahreszeit, die hoffentlich schnell vorbei war. In Tirol kann der Winter gar nicht lange genug dauern“, lacht der sympathische Student aus Deutschland.

Robert weiß aber auch, was manchen davon abhält, mit dem Skifahren zu beginnen. „Wenn du dir deine Ausrüstung selbst kaufst und nicht ausleihst, dann können einen die Kosten abschrecken. Ich denke mir, daß auch die Meldungen von Skiverletzungen manchen überlegen lassen“, sagt er. Dieser Eindruck täuscht, denn seit Mitte der 1970er-Jahre ist das Verletzungsrisiko beim Skifahren um mehr als die Hälfte gesunken; allein der Carvingski hat die Unfallzahlen um 20 Prozent reduziert. (Quelle: ÖSV Unfallerhebung 2007/2008)

Tirol bietet das richtige Umfeld

Mit Hilfe der Schneesportlehrer in rund 300 Skischulen gelingt Anfängern und Wiedereinsteigern wie Robert Löser nach kurzer Zeit der perfekte Schwung. Sechs Tiroler Regionen bieten ihnen spezielle Pakete – das garantiert Lernerfolge in kurzer Zeit.

Spezielle Angebote ermöglichen es Wiedereinsteigern und Neuanfängern, komfortabel und sicher in den Skisport hineinzuschnuppern. Die Regionen Pitztal, Wilder Kaiser, Ski Juwel Alpbachtal Wildschönau, Kitzbüheler Alpen, Imst und Stubai haben sich für Neuanfänger und Wiedereinsteiger einiges einfallen lassen. Sie bieten spezielle Pakete an, die Unterkunft, Liftpaß, Skiverleih und Skikurs bereits beinhalten. Eine Besonderheit, zu der sich diese Tiroler Regionen verpflichtet haben, ist beispielsweise, daß jeder Wiedereinsteiger einen Privatskilehrer



Foto:

Die Auswahl an idealen Skigeieten für Familien, Wiedereinsteiger und Neuanfänger ist in Tirol groß.

zur Seite gestellt bekommt. Nur so kann auf das unterschiedliche Vorwissen und Können von Wiedereinsteigern optimal eingegangen werden. Auch Neuanfänger werden bestens betreut, denn in kleinen Gruppen mit maximal sieben Personen sind schneller Lernerfolg und gemeinsamer Spaß garantiert.

Sicherer (Wieder-)Einstieg

Einige Regionen wie beispielsweise der Wilde Kaiser bieten einen (Wieder-)Einstieg mit Geld-zurück-Garantie an. Wenn Neuanfänger oder Wiedereinsteiger vor Ort merken, daß ihnen der Skisport doch nicht gefällt oder es aus gesundheitlichen Gründen nicht geht, können sie noch nicht in Anspruch genommene Angebotsbestandteile (z.B. Skipaß, Skikurs, Skiverleih) stornieren. Sie bekommen ihr Geld für diese nicht genutzten Teile des Angebots zurück.

Spaß auf und abseits der Piste

Die Regionen Pitztal, Wilder Kaiser, Kitzbüheler Alpen, Imst, Stubai und das Ski Juwel Alpbachtal Wildschönau lassen sich zusätzlich noch einiges einfallen, um (Wieder-)Einstiege fürs Skifahren zu begeistern. Im Ski Juwel Alpbachtal Wildschönau beispielsweise bekommt jeder Wiedereinsteiger die Regionskarte mit dazu. Mit ihr können Urlauber auch abseits der Skipiste viele Freizeitangebote kostengünstig nutzen. Sie erle-

ben den Winterzauber Tirols beispielsweise bei einer geführten Schneeschuhwanderung mit Hütteneinkehr.

Familien dürfen sich ebenfalls freuen: In Imst etwa gibt es einen kostenlosen Skikurs für Kinder. Im Stubaital ist der Skiverleih für Kinder kostenlos, wenn die Eltern auch Ski ausleihen. Zudem fahren Kinder bis zehn Jahre im Stubaital gratis Ski, in Imst bekommen Kinder unter sieben Jahren kostenlos einen Skipaß. Auch abseits der Piste leuchten ihre Augen, wenn sie sich beispielsweise auf einem Erlebnisbauernhof das Frühstück für den nächsten Tag aussuchen.

Ein Sorglos-Paket bieten die Kitzbüheler Alpen an. Hier kommt der Schneesportlehrer ins Hotel, holt den „Skischüler“ ab, geht mit ihm zu Skiverleih und kümmert sich rundherum um dessen Wohlbefinden.

So umso mehr hätte wohl auch der Berliner Student Robert noch schneller die Lust am Skifahren entdeckt, der sich jetzt schon auf die Weihnachtsferien in den Tiroler Bergen freut. „Mittlerweile bin ich wirklich froh, daß ich Skifahren gelernt habe. Mir würde inzwischen sogar etwas fehlen, wenn ich nicht über den Schnee gleiten könnte.“ Und der Lehrer in spe setzt sogar noch eines drauf: „Wenn ich dann einmal selber Kinder haben werde, dann müssen sie unbedingt Skifahren lernen. Das weiß ich jetzt schon.“

<http://www.tirol.at/anfaenger-wiedereinsteiger>